

Stephan Eisel

Internet und Demokratie

Stephan Eisel

Internet und Demokratie

Herausgegeben im Auftrag
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



FREIBURG · BASEL · WIEN

CO2-kompensiert-logo



Originalausgabe

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2011
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln
Bildnachweis: Stas Perov – Fotolia.com (Hauptmotiv);
dpa – picture alliance

Satz: Barbara Herrmann, Freiburg
Herstellung: fgb · freiburger graphische betriebe
www.fgb.de

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier (säurefrei)
Printed on acid-free paper
Printed in Germany

ISBN 978-3-451-30351-7

Inhalt

Vorwort	9
I. Faszination Internet – Kompass Demokratie	
1. Mythos Internet	15
Faszination grenzenloser Kommunikation – Unüberschaubarkeit der Angebote – Rasante Dynamik der Innovationschübe	
2. Wertefundament freiheitliche Demokratie	27
Bezugspunkt Menschenwürde – Minimalkonsens als Grundlage – Demokratische Entscheidungsfindung	
3. Weder Volkssport noch Alltagsdominanz	37
Digitale Spaltung – Aktivitätsmedium – Nutzertypologie	
4. Die Minderheit der Zeitreichen	50
Politik in der Nische – Kein Partizipationsschub – Strohfeuer im Cyberspace	
5. Ist das Internet demokratisch?	62
Geburtshelfer Demokratie – Autonomie-Illusionen – Brandbeschleuniger oder Feuerwehr	
II. Menschenwürde und Persönlichkeitsschutz	
6. Abenteuerspielplatz und Stammkneipe	75
Ambivalenz der Anonymität – Soziale Netzwerke – Entblößung im Netz	
7. Verlorene Privatheit	86
Entgrenzung der Erinnerung – Folgenreiche Sammelwut – Datenschutz als Aufgabe	

8. Die neue Freiheit des Wirtschaftsbürgers	100
Anbieter und Käufer zugleich – Urheberrecht als Eigentumsschutz – Der souveräne Konsument – Problema- tische Wirtschaftskonzentration	
9. Internet und Menschenrechte	117
Ende der Abschottung – Internetzensur – Im Cyberspace ge- gen Menschenrechte	

III. Meinungsbildung im Netz

10. Das Internet als Freiheitsmedium	133
Jedermann als Autor – Das Blog-Phänomen – Netzdynamik	
11. Grenzenlose Information und begrenztes Wissen .	148
Konstante Zerstreutheit – Suchmaschinensucht – Dominanz der Amateure	
12. Die fragmentierte Echogesellschaft	164
Selbstbestätigung in Netznischen – Radikalisiertem Tunnel- blick	
13. Politische Kommunikation im Netz	174
Chancen der Bürgernähe – Wege der Wähleransprache – MdB-Erfahrungen	

IV. Entscheidungsfindung im Netz

14. Plebiszitäre Versuchungen	195
Faszination der großen Zahl – Beschleunigungsproblem und Hysteriefälle – Politisierung als Gruppenzwang	
15. Internet-Abstimmungen	210
Geringe Beteiligungsquote – Bürgerhaushalt per Internet- klick – Hohe Manipulationsgefahr	
16. Internet-Wahlen	223
Internet statt Urnenwahl? – Feldversuche – Wahlbetei- ligungsillusionen	

V. Wehrhafte Demokratie

17. Netz-Extremisten und Internet-Kriminelle	241
Anti-demokratische Internet-Professionalität – Jugendschutz und Kinderpornographie – Löschen und Sperren	
18. Cyberwar	258
Viren-Angriffe – System-Blockaden – Demokratische Staaten unter Beschuss	
19. Bürgerpflicht und politische Verantwortung	272
Individualverantwortung – Netzpolitik und Enquete- kommission des Deutschen Bundestages	
20. Freiheit braucht Verantwortung – Zwanzig Thesen zum Umgang mit dem Internet	279
Anmerkungen	295
Literaturverzeichnis	349
Über den Autor	358

Vorwort

Chancen, Herausforderungen und Gefahren für die freiheitliche Demokratie durch das Internet sind das Thema dieses Buches. Es geht also nicht um das Internet an sich, sondern um seine Wirkungen für unsere demokratische Ordnung.

Wer die Debatte um das Internet verfolgt, stößt schnell auf ihren ideologischen Gehalt. Befürworter, die die Chancen des neuen Mediums betonen, und Kritiker, die seine Gefahren beschreiben, sind wenig dialogfähig. Der aggressive Ton von beiden Seiten ist auffällig und macht misstrauisch. Ich stehe denen, die das Internet als Erlösungsmedium überhöhen, ebenso skeptisch gegenüber wie denen, die darin den Untergang des Abendlandes sehen. Gegenüber solchen ideologischen Betrachtungen ist wegen ihrer Absolutheitsansprüche höchste Vorsicht geboten.

Mir kommt es auf eine nüchterne und sachliche Betrachtung der Möglichkeiten und Wirkungen des Internets an. Um sie einzuordnen, bedarf es freilich eines Wertmaßstabes, wie ihn die freiheitliche Demokratie liefert. Erst durch einen solchen Maßstab lassen sich positive und negative Bewertungen vornehmen. Wer diesen Wertmaßstab nicht zugrunde legt, wird auch zu anderen Bewertungen kommen. Deshalb wird das Internet in Demokratien und Diktaturen auch unterschiedlich bewertet.

Persönlich nutze ich das Internet intensiv seit Anfang der 1990er Jahre, als mich ein amerikanischer Freund bei einem Besuch nach einem in Deutschland damals noch gänzlich unbekanntem Modem fragte, um sich mit einem Schallwandler über den Hörer eines vorhandenen Telefons in das Computernetzwerk seiner heimatlichen Universität einzuwählen. Mich haben die damit verbundenen Möglichkeiten seitdem fasziniert und meinen beruflichen, politischen und privaten Alltag bis hin zu meiner Arbeit als Mit-

glied des Deutschen Bundestages entscheidend geprägt. Je intensiver dies geschah, umso deutlicher wurde mir auch die Ambivalenz des Internets.

In dieses Buch flossen politikwissenschaftliche Betrachtungen ebenso ein wie konkrete politische Erfahrungen. Ohne das Internet als Hilfsmittel wäre dabei die Untersuchung über das Internet nicht möglich gewesen. Soweit Suchmaschinen oder Online-Enzyklopädien zum Einsatz kamen, wurden die dort angebotenen Informationen nicht ohne einen unabhängigen weiteren Nachweis verwendet. Diese quellenkritische Herangehensweise ist bei der Nutzung des Internets unverzichtbar.

Wer sich zum Internet äußert, muss die die rasante technische und strukturelle Entwicklung in der Online-Welt berücksichtigen. Bewertungen und Aussagen darüber sind mit einem außergewöhnlich kurzen Verfallsdatum versehen. Deshalb konzentriere ich mich in diesem Buch auf die grundsätzlichen Entwicklungen, die das Internet ausgelöst hat.

In das Literaturverzeichnis wurden nur Publikationen aufgenommen, die in ihrer Gesamtheit in die vorliegende Untersuchung eingeflossen sind. Einzelnachweise finden sich in den Fußnoten.

Leider konnten die Ergebnisse der vom Deutschen Bundestag im März 2010 eingesetzten Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (Drucksache 17/950) nicht in gewünschtem Umfang berücksichtigt werden. Der im Einsetzungsbeschluss des Parlaments „bis Ostern 2011“ vorgesehene Zwischenbericht mit „ersten Ergebnissen und Handlungsempfehlungen“ lag bis Redaktionsschluss nicht vor. Stattdessen verabschiedete die Kommission im April 2011 lediglich einen Sachstandsbericht zur bisherigen Arbeit (Drucksache 17/5625), in dem „Arbeitsergebnisse und Handlungsempfehlungen“ bis zur parlamentarischen Sommerpause 2011 in Aussicht gestellt

werden, die „nach der Sommerpause 2011 im Plenum des Deutschen Bundestages beraten werden“. Nach dem Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages soll die Enquetekommission dann „bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können“. Die Arbeit der Enquetekommission lässt sich im Internet unter <http://www.bundestag.de/internetenquete/> verfolgen.

Eine Möglichkeit zur Kommentierung über die Aussagen dieses Buches biete ich über den Blog <https://internetunddemokratie.wordpress.com/> und lade dort herzlich zur Diskussion ein.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Einstieg in das Internet mit einer eigenen Homepage (www.kas.de) ich Mitte der 1990er Jahre verantwortet habe, danke ich für die Möglichkeit zur Durchführung dieser Untersuchung und die Aufnahme in ihre Taschenbuchreihe beim Herder-Verlag. Besonderer Dank gebührt dabei Elisabeth Enders von der Zentralredaktion Print/Online der Konrad-Adenauer-Stiftung und Lukas Trabert und Angela Haury vom Verlag Herder für die geduldige Betreuung der Publikation sowie Maren Mißmahl für das Korrekturlesen des Manuskripts.

St. Augustin bei Bonn im Mai 2011
Dr. Stephan Eisel

I. Faszination Internet – Kompass Demokratie

1. Mythos Internet

„Eine der glücklichsten Gaben an die Menschen ist zweifellos ihr schlechtes Gedächtnis; es übersteht höchstens ein bis zwei Generationen, daher ihr Optimismus, ihr ‚ruchloser‘ Optimismus, wie ihn Nietzsche nennt, daher der Glaube jedes Zeitalters, Aufgang, Zenith und Gloriole des Entwicklungsprozesses zu sein.“

Gottfried Benn (1886–1956), Schriftsteller¹

Das Internet – kaum jemand weiß noch, dass die Abkürzung für „Interconnected Networks“ steht – hat unser Leben vielfältig verändert. Die Dramatik dieses Umbruchs nehmen wohl vor allem die wahr, die die Vor-Internet-Zeit bewusst erlebt haben – jene längst vergangene Zeit der mechanischen Schreibmaschine und dem als Korrekturwunder empfundenen Tippex, in der das Faxgerät als Innovationshöhepunkt galt und das Modem als geheimnisvolle, unbekannte Kommunikationsbox kleiner Spezialistengruppen.

Weil der Wandel durch das Internet die unterschiedlichsten Lebensbereiche tiefgreifend verändert, beflügelt er auch die Phantasie der Menschen, die sich darin gefallen oder davor ängstigen, in Zeiten dramatischer Umbrüche zu leben. Sie tendieren dazu, das Internet als Erlösungsmedium zu überhöhen oder Untergangsmedium zu dramatisieren.

Faszination grenzenloser Kommunikation

Die Wirkmächtigkeit des Internets wird gespeist durch die zeitliche, räumliche und körperliche Entgrenzung der Kommunikation, die es mit sich bringt. Die Folgen sind weitreichend, denn „die Rolle der physischen Erscheinung des Individuums verändert sich und tritt stark in den Hintergrund.“²

Grundstein für den Erfolg des Internets ist vor allem die Überwindung der einschränkenden Kategorie der Entfernung – der „Death of Distance“, wie die englische Autorin Frances Cairncross ihr 1997 erschienenes Buch betitelte. Das Internet ist insofern das typische Medium einer in der Globalisierung zusammenwachsenden Welt. Doch Entfernung spielt nicht nur zwischen den Internetnutzern keine Rolle mehr, sondern sie wird auch durch den 1999 von Apple entwickelten kabellosen (W-Lan) und dann gänzlich ortsunabhängigen Zugang zum Internet mit mobilen Geräten überwunden: „Das mobile Medium verankert web 2.0 in der physischen Welt und im Alltag.“³

In der Fähigkeit zur Entfernungsüberwindung ist das Internet zwar mit dem Telefon vergleichbar und verschmilzt deshalb auch immer mehr damit. Aber von anderen Massenmedien, nicht zuletzt dem Fernsehen, unterscheidet es sich in einem grundlegenden Punkt: „Es ist bidirektional. Wir können Nachrichten durch das Netz sowohl senden als auch empfangen.“⁴ Dabei vereint das Internet Individualkommunikation (E-Mail), Gruppenkommunikation (Chatroom) und Massenkommunikation (Website). Es ist zugleich Informationsmedium, Unterhaltungsmedium und Marktplatz. Dabei ermöglicht die computervermittelte Kommunikation zeitversetzte, asynchrone Kommunikation (E-Mail) ebenso wie zeitgleiche, synchrone Kommunikation (Chat)⁵: „Wer miteinander in Verbindung tritt, ist von vorneherein ebenso wenig festgelegt wie die Themen, über die gesprochen wird.“⁶

Zudem ist das Internet ständig nutzbar – überall und rund um die Uhr: „It’s always on (...) I am aware of no other machine – of any type – that has run that long with zero downtime.“⁷ Grundlage ist ein von den unterschiedlichsten Betreibern auf den unterschiedlichsten Trägermedien wie Kupferkabel, Glasfaser oder Funk betriebener Zusammenschluss verschiedenartigster Computernetzwerke, die die ganze Welt umspannen.

Dabei sind die „offene Systemarchitektur“ und das feste „Regelwerk an Kommunikationsprotokollen“ zwei Seiten der gleichen Medaille. In seiner polydirektionalen Kommunikationsstruktur unterscheidet das Internet auch nicht zwischen einzelnen Nutzern, „sondern transportiert Inhalte wertfrei und kann dank offener Standards im Sinne seiner Nutzer vergrößert und weiterentwickelt werden“⁸.

Auf paradoxe Weise führt allerdings die wachsende Unabhängigkeit von Raum und Zeit im Internet zu einer Art „Hyperrealismus“⁹: Alles rückt näher, wird dringlicher und wirkt dramatischer. So wurde das Internet auch früh zum Mythos stilisiert. Schon im 1992 erschienenen Handbuch „Internet Complete Reference“ wird es als „die weit-aus großartigste und bedeutendste Leistung in der Geschichte der Menschheit“¹⁰ bezeichnet. Manchen beweist das Internet gar „the plausibility of the impossible“¹¹ und gilt als „Projekt von enormer (menschheits- und gattungsgeschichtlicher) Bedeutung“¹².

Das Internet „scheint, wie schon so viele Traumwelten, auf der Vermeidung einer notwendigen Konfrontation mit Grenzen zu gründen.“¹³ Das „Verhältnis zwischen Wahrem und Simuliertem wird beweglich.“¹⁴ Darauf zielen auch die Angebote virtueller Spielwelten wie das 2002 mit großem Erfolg eingeführte Onlinespiel „Second Life“, bei dem Anfang 2011 immerhin 21,8 Millionen Teilnehmer registriert waren, oder das seit 2004 angebotene Onlinerollenspiel „World of Warcraft“ mit zwölf Millionen

Abonnenten und einem Umsatz von ca. einer Milliarde Dollar jährlich.¹⁵

Nicht nur in diesen Traumwelten wird das Internet überhöht als ein Stückchen Paradies auf Erden, „a vessel of quasi-religious longing: For those seeking to transcend the physical world, the Web presents a readymade Promised Land. On the Internet, we're all bodiless, symbols speaking to symbols in symbols.“¹⁶ Die Gesetze der „alten Welt (...) basieren alle auf Materie, hier aber gibt es keine Materie“ – so formulierte es 1996 in einer ‚Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace‘ der ehemalige Songschreiber der legendären Rockband „Greatful Dead“ und Mitbegründer der *Electronic Frontier Foundation* John Perry Barlow. So überhöht wird der Cyberspace zum Gegenüber der unzulänglichen realen Welt, denn: „What makes something real is that it is impossible to represent it to completion.“¹⁷

Das Internet gilt inzwischen als Symbol des Übergangs von der Arbeits- bzw. Industriegesellschaft zur Informations- bzw. Wissensgesellschaft. Wie Strom für die Industriegesellschaft sei das Internet in der Informationsgesellschaft das „Gewebe, auf dem unser Leben beruht“.¹⁸ Als Modernitäts- und Globalisierungssymbol steht es aber zugleich „für die Überkomplexität, die Unübersichtlichkeit und die Vulnerabilität der Moderne“¹⁹, wobei umgekehrt mit den neuen Kommunikationstechnologien auch die Vielschichtigkeit der Gesellschaft wächst.

Diese Komplexität dieser neuen fremden Welt brach sich in einer Vielzahl kaum verständlicher technischer Abstraktionen wie TCP/IP oder HTML und neuen umgangssprachlichen Begriffen wie ‚downloaden‘ oder ‚einloggen‘ Bahn, die mit dem Internet untrennbar verbunden ist. Mit solchen neuen Begriffen und mit Metaphern wie ‚Navigation‘, ‚Datenautobahn‘, ‚Cyberspace‘ oder ‚virtuelle Welt‘ bewegen wir uns in der schwer durchschaubaren

„mythischen Landschaft der cybernetischen Gesellschaft“²⁰.

Der Begriff „virtuell“ stammt aus der Gelehrtenwelt des Mittelalters, die mit der theologisch-philosophischen Wissenschaft der Scholastik in Ablösung spirituell-mystizistischer Ansätze christliche Glaubenswahrheiten rational zu begründen suchte. „Virtuell“ bezeichnete damals den Gegensatz zu formal: der König zum Beispiel herrscht ‚virtuell‘ (von lat. ‚virtus‘: Tugend, Fähigkeit, Leistung). Er herrscht nicht formal, als wäre er wirklich allerorts, sondern über seine Bediensteten, über sein Netzwerk, das statt seiner überall präsent ist.“²¹

Den Begriff „Cyberspace“ benutzte erstmals der US-amerikanische Autor William Gibson in seinem 1984 veröffentlichten Science-Fiction-Roman „Neuromancer“. „Bei Gibson ist der Cyberspace ein virtueller Hyperraum, der durch Verschmelzung von Elektronik und Gehirn entsteht – eine ‚konsensuale Halluzination‘ von unvorstellbarer Komplexität.“²² Der Held der Geschichte kann mit Hilfe eines in das Gehirn eingepflanzten Chips gedanklich in Computer eindringen. „Die Technologie verschmilzt hier mit einer Aufbruchstimmung, genährt durch den Wunsch, (einmal) aus der überkommenen Ordnung auszubrechen, sich unter Nutzung unumschränkter Mobilität selbst zu verwirklichen.“²³ 1993 trug Rockstar Billy Idol mit seinem von Gibson beeinflussten Konzeptalbum „Cyberpunk“ (auf dem auch der Titel „Neuromancer“ zu hören ist) zur Popularisierung der Cyber-Begrifflichkeit bei.

Unüberschaubarkeit der Angebote

Die wirkmächtigste Metapher für das Internet bleibt aber wohl der Begriff ‚Datenautobahn‘, den 1991 der damalige US-Vizepräsident Al Gore eingeführt hat: „There are high-

ways carrying information rather than people or goods.“²⁴ Inzwischen beträgt das tägliche Verkehrsaufkommen auf den Datenautobahnen über 415 Petabyte. Das entspricht etwa der tausendfachen Datenmenge aller Bücher, die jemals in jeder Sprache auf der Welt geschrieben wurden.²⁵ Bis 2014 wird eine Vervierfachung des Internetverkehrs prognostiziert. Hauptverantwortlich für diese explosionsartige Zunahme ist die rasante Ausbreitung von Online-Videos: Im Jahr 2014 würde man zwei Jahre brauchen, um alle Videos anzusehen, die dann pro Sekunde (!) im Netz transportiert werden.²⁶

Im März 2011 registrierte die britische Internetfirma Netcraft 298 Millionen aktive Homepages – bei einem monatlichen Zuwachs von über zehn Millionen.²⁷ Man kann sich diese Homepages als virtuelle, sich ständig verändernde und erneuernde Bücher vorstellen. Hinter jedem dieser Titelblätter folgen eine Vielzahl von einzelnen Internetseiten, so dass schon 2005 mehr als einhundert solcher Webseiten pro lebender Person zu verzeichnen waren.²⁸ Über vierzehn Millionen dieser Homepages sind als Domains mit der Kennzeichnung „de“ in Deutschland registriert. Damit liegt Deutschland bei der Zahl der registrierten Länder-Domains vor Großbritannien (.uk) und China (.cn).

Dieses riesige Informationsangebot des Internets und seine Nutzung übten von Anfang an eine besondere Faszination aus. Das textbasierte „Web der Dokumente“²⁹ (Web 1.0) hatte zunächst „die Anmutung einer riesigen Bibliothek. Hunderte Millionen Webseiten, die untereinander verlinkt sind. Die Nutzer waren aber nur die Leser in den Bibliotheken. Das war eine Kunstwelt. Daher ist das Internet sehr schnell zu einem Ort der Kommunikation und Interaktion geworden.“³⁰ So erweiterten interaktive Elemente das Internet zum Web 2.0.³¹ Dieses neue Netz ist „Ergebnis und Voraussetzung von vernetzter Individualität und vernetzter Öffentlichkeit zugleich, weil es einerseits Informationen,

andererseits Menschen untereinander und miteinander verknüpft und füreinander auffindbar macht“³². Damit verstärkt sich auch das von Anfang an vorhandene spielerische Element der Internetnutzung: „Man macht Dinge, nicht weil man sie braucht, sondern weil sie möglich sind.“³³

Entscheidend für die Entwicklung zum sozialen Netz war die Ergänzung asynchroner zeitversetzter computervermittelter Kommunikation (E-Mail) durch die synchrone zeitgleiche computervermittelte Kommunikation (Chat).³⁴ Schon früh gab es Entwicklungen, die heute wie frühe Vorläufer verbreiteter Internet-Angebote wirken: Die 1898 in Budapest eingerichtete Telefonzeitung versorgte ca. 6000 Teilnehmer beim Wählen einer bestimmten Telefonnummer (einloggen) mit Nachrichten und Musik. In Schallplatten, die in dieser Zeit ihren Siegeszug antraten, sah Thomas Edison vor allem ein Medium, um darauf Texte zu sprechen und als Briefe zu verschicken („E-Mail“)³⁵.

Heute bietet das Internet zahlreiche unterschiedliche, auf individuelle Bedürfnisse zugeschnittene Möglichkeiten in einer gemeinsamen Infrastruktur für Kommunikation und Interaktion:

- eigene Homepages als private oder kommerzielle Plattformen,
- „personal publishing“ in Weblogs, Podcasts und Videocasts,
- soziale Netzwerke wie „Facebook“, „MySpace“, „werkennt-wen“, „Xing“, „Schüler-VZ“, „Studi-VZ“ und „Mein-VZ“,
- Multimediaplattformen wie „YouTube“ für Filme oder „Flickr“ für Fotos,
- Plattformen zum Kauf und Verkauf wie Amazon oder zum Ersteigern wie Ebay,
- Online-Rollenspiele („Multiple User Dungeons“, MUD) wie „World of Warcraft“,

- „wikis“, d. h. Anwendungen mit denen Hypertext-Dokumente direkt in Browsern angelegt, editiert und verlinkt werden können,
- „Instant Messaging“ (IM) über Anbieter wie AIM, ICQ, Skype als synchrone Kommunikation zwischen Nutzern,
- Chaträume zur Gruppenkommunikation,
- „Groupware“ zur Koordination und Kooperation von Online-Gruppen und
- News Feeds oder „Twitter“, die verbreiten, wer was tut.³⁶

Mit all diesen Angeboten scheint der Alltag vollständig vom Internet durchdrungen – zu Hause und im Beruf, am PC, Fernseher und Mobilfunkgerät.³⁷ Schon heute verbraucht das Internet in Deutschland über fünf Prozent des gesamten Bruttostromverbrauchs.³⁸ Ein Leben offline und außerhalb der digitalen Datenwelt scheint weder möglich noch gewünscht.

Rasante Dynamik der Innovationsschübe

Die Entwicklung des Internets vollzog sich rasant in immer schneller aufeinander folgenden Innovationsschüben. 1971 wurde die erste E-Mail verschickt, 1988 der erste Internetwurm registriert und 1994 der erste Internet-Browser programmiert. Dieser „Netscape Navigator“ konnte erstmals sogenannte HTML-Seiten³⁹ anzeigen.

Dabei handelt es sich nicht um eine Programmiersprache, sondern eine ‚Dokumentenbeschreibungssprache‘, die unabhängig vom Betriebssystem des Computers und dem jeweiligen Textverarbeitungsprogramm die Möglichkeit zur Textformatierung, zum Anzeigen einer Grafik oder zum Aufruf eines anderen Dokuments bietet. Mit diesem „Hypertext“ wurde das zuvor praktisch nur von Experten

genutzte Internet benutzerfreundlich: „Suddenly it became clear that ordinary people could create material anyone with a connection could view.“⁴⁰ Zur Vernetzung der Computer kam die Vernetzung der Inhalte.

Ein Pionier dieser Idee war der US-Amerikaner Ted Nelson, der 1960 mit seinem *Project Xanadu* ein benutzerfreundliches Computernetzwerk entwickeln wollte: „He was certain that every document in the world should be a footnote to some other document, and computers could make the links between them visible and permanent.“⁴¹ Schon 1945 hatte Vannevar Bush mit seinem Aufsatz „As We May Think“ in diese Richtung gedacht.⁴² „Die Kultur des Internet ist also in der Gelehrten-Tradition des gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmens, der Reputation wissenschaftlicher Exzellenz, des ‚peer review‘ und des freien Zugangs zu allen Forschungsergebnissen bei entsprechender Anerkennung der Urheber einer jeden Entdeckung verwurzelt.“⁴³

Dabei entwickelt sich das Internet in einer Art Selbst-Evolution, man kann von der „Gestaltung des Netzwerkes durch Nutzung“⁴⁴ sprechen. Bei der sich so ständig selbst beschleunigenden Entwicklung des Internets darf deshalb nicht übersehen werden: „Almost everything we say today about technology is likely to have a different meaning by tomorrow.“⁴⁵ Diese Dynamik hat ihre Ursache in einem weiteren Charakteristikum des Internets: „Der Entstehungsort der Technikentwicklung und der Nutzungsort des Technikeinsatzes fallen immer öfter auseinander.“⁴⁶

So vollzogen sich die jeweiligen Entwicklungsschritte in sich ständig beschleunigender Dynamik: Das ausschließlich textbasierte Internet wandelte sich durch immer mehr und komplexere graphische Elemente. Symbolisch steht dafür im PC-Bereich der Sprung vom Betriebssystem MS-DOS zu Windows mit dem Siegeszug der PC-Maus. Die seit 1991 vom Fraunhofer-Institut entwickelten Audio-

formate wurden immer benutzerfreundlicher – bis hin zu MP3, und Videos begannen als bewegte Bilder die statischen Grafiken abzulösen.

Das Internet begann sich so als „Mehrebenenphänomen“⁴⁷ zu etablieren, das Kommunikationsmedium, Computernetzwerk und Softwareanwendungen miteinander verknüpft. Dabei führt es ganz unterschiedliche Motivationsstränge zusammen: „Die Kultur des Internet ist eine Kultur bestehend aus einem technologischen Glauben an den menschlichen Fortschritt durch Technologie, der von Hacker-Gemeinschaften ins Werk gesetzt wurde, die sich aus freier und offener technologischer Kreativität speisen; eine Kultur, eingebettet in virtuelle Netzwerke, die sich zum Ziel setzten, die Gesellschaft neu zu erfinden, und die von geldgetriebenen Unternehmensnaturen so materialisiert wurde, dass die Mechanismen der neuen Wirtschaftsform entstanden.“⁴⁸

Die dezentrale Vernetzung, die offene Architektur, die End-to-End-Maxime und die Konzentration auf den nutzer-generierten Inhalt sorgen mit der ständig wachsenden Kapazität zur Speicherung und der ständig zunehmenden Schnelligkeit im Netz für scheinbar unbegrenzte Wachstumsmöglichkeiten.⁴⁹

Damit hat das Internet einerseits durchaus das Potential, die Freiheitsräume in unserer Gesellschaft zu erweitern, und eröffnet neue Möglichkeiten. Das Internet ist also ein Medium des Freiheitszuwachses: „Aus den Optionen der Multimedia-Techniken resultiert ein Bedeutungszuwachs für Individuen.“⁵⁰ Seine unbestrittenen Vorteile sind Interaktivität, Individualität, Flexibilität und Offenheit sowie Globalität, Aktualität und die Möglichkeiten der Verwertung der unterschiedlichsten Angebote im täglichen Leben oder auf kommerzielle Weise.⁵¹

Daraus ergibt sich eine zunächst positive Bewertung des neuen Mediums: „Das Internet erlaubt mehr Wettbewerb

und mehr Demokratie. Mehr Wettbewerb darum, weil es mehr Produzenten gibt. Mehr Demokratie darum, weil alle ihren Einfluss geltend machen können, unabhängig von Herkunft, Kontostand und Beziehungsnetz.“⁵²

Aber zugleich ist das Internet wegen seiner Anschmiegsamkeit auch in der Lage als „willfähiges Werkzeug beliebigen (individuellen und kollektiven) Handlungszwängen zu dienen“⁵³. Es bietet auch Fluchtmöglichkeiten vor der harten Wirklichkeit: „Institutionelle, kommerzielle, kulturelle und politische Interaktionen können realen Umständen und Problemen entrückt und in eine virtuelle Welt projiziert und dort organisiert werden.“ Damit verbindet sich auch die Frage: „Welches ‚soziale Kapital‘ wird der realen Welt entzogen und in virtuelle und somit nicht reale Räume investiert werden?“⁵⁴

Wie alle Medien vermittelt das Internet Weltbilder, Wunschbilder und „Gewohnheiten des Wahrnehmens und Fühlens“.⁵⁵ Das gilt nicht nur für den Einzelnen: „So wie die Fotografie die Erkenntnis individueller Identität gefördert hat, so steigert das Internet das ‚Selbst-Bewusstsein einer Gesellschaft‘“.⁵⁶ Es ist deshalb „nicht nur ein zusätzlicher Kommunikationskanal, sondern hat das Potenzial, die Gesellschaft und ihre traditionellen Institutionen zu prägen“⁵⁷.

Dabei ist die Wahrnehmung der Netzwelt unterschiedlich und gegensätzlich: „Some see enlightenment and education. Others see pornography and gambling. Some see sharing and collaboration; others see e-commerce and profits.“⁵⁸ Insgesamt ist das Internet „both enticing and dangerous in much the same way as is a foreign country in the physical world“⁵⁹.

Notwendig ist aber die Entmythologisierung des Internets: „Like it or not, Web 2.0, like Web 1.0, is amoral. (...) It doesn't care whether its consequences are good or bad. It doesn't care whether it brings us to a higher consciousness

or a lower one. It doesn't care whether it burnishes our culture or dulls it. It doesn't care whether it leads us into a golden age or a dark one. So let's can the millennialist rhetoric and see the thing for what it is, not what we wish it to be."⁶⁰ Gerade wegen der Vielzahl von Phantasien und Ängsten, die das neue Medium mit seiner atemberaubenden Dynamik mobilisiert, ist der nüchterne Blick auf die Chancen und Gefahren geboten, die es für die freiheitliche Demokratie mit sich bringt.

2. Wertefundament freiheitliche Demokratie

„Die Demokratie ist ein unschätzbbares Kampffeld für jede vernünftige Reform, da sie Reformen ohne Gewaltanwendung zulässt. Aber wenn die Erhaltung der Demokratie nicht zur ersten Regel jeder einzelnen Schlacht auf diesem Kampffelde gemacht wird, dann können die latenten antidemokratischen Tendenzen, die es ja immer gibt ..., einen Zusammenbruch der Demokratie herbeiführen. Wo das Verständnis für diese Prinzipien fehlt, dort muss für seine Entwicklung gekämpft werden; die umgekehrte Politik kann sich als verhängnisvoll erweisen, sie kann dazu führen, dass der wichtigste Kampf verloren geht, nämlich der Kampf um die Demokratie selbst.“

Sir Karl R. Popper (1902–1994), Philosoph⁶¹

Das Bekenntnis zur Demokratie hat sich als unbestrittener Referenzpunkt der politischen Debatte durchgesetzt. Jeder nimmt für sich in Anspruch demokratisch zu sein: Selbst ihre Gegner attackieren die demokratische Ordnung mit der Begründung, die wahren Demokraten zu sein. So steht der Demokratiebegriff in der Gefahr beliebig austauschbare Inhalte zu bezeichnen. Dieser Gefahr ist nur mit einer klaren Begriffsdefinition zu begegnen.

Häufig werden dazu erläuternde Adjektive herangezogen, die meist aber nicht den Gehalt der Demokratie, sondern mit Begriffen wie repräsentativ, plebiszitär, parlamentarisch oder präsidial ihre organisatorische Ausformung beschreiben. Aber Demokratie ist nicht zuerst eine bestimmte Form der Entscheidungsfindung (durch Mehrheit), sondern sie bezieht ihre Kraft und Legitimation aus einem

klaren Wertebezug. Um dies zu verdeutlichen, ist hier von „freiheitlicher Demokratie“ die Rede. Ihr Ausgangspunkt und Ziel ist die Würde des Einzelnen. Ihm will sie dienen und seine Freiheit ermöglichen.

Bezugspunkt Menschenwürde

Weil die freiheitliche Demokratie eine politische Ordnung ist, die das Zusammenleben der Menschen entsprechend ihrer Eigenart und Würde ermöglichen will, verlangt sie Klarheit über das, was den Menschen ausmacht. Eine menschengerechte staatliche Ordnung setzt zwingend ein klares Menschenbild und dessen Offenlegung voraus. Daran muss sie sich messen lassen.

Dem Menschenbild der freiheitlichen Demokratie liegt das Bekenntnis zur unveräußerlichen Würde, Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit jedes Einzelnen und damit aller Menschen zugrunde. Diese Wesenseigenheiten können weder von Dritten bestritten werden, noch kann sie der Einzelne aus eigenem Antrieb abschütteln. Aus diesem Menschenbild ergeben sich als Wertefundament die Grundlagen einer dem Menschen gemäßen politischen Ordnung:

Der Schutz der Menschenrechte und der Freiheit des Einzelnen folgt aus der Achtung vor der unveräußerlichen menschlichen Würde. Aus der Gleichwertigkeit aller ergibt sich der Anspruch aller auf grundsätzlich gleichen Zugang zur politischen Willensbildung, aus der Verschiedenartigkeit folgt die Legitimität von Vielfalt und Freiheit. Das Wissen um die jedem Menschen eigene Unvollkommenheit verhindert die Anerkennung selbsternannter Herrschaftseliten, garantiert die Offenheit der Willensbildung und begründet die Entscheidungsfindung durch Mehrheit, die dort ihre Grenzen findet, wo sie dieses Menschenbild bestreitet.

Im Zentrum der freiheitlichen Demokratie steht also die Person, oder wie es Artikel 1 des Grundgesetzes formuliert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Deshalb ist die Menschenwürde auch der erste Maßstab dafür, welche Chancen und Gefahren sich aus dem Internet für die Demokratie ergeben.

Aus der Anerkennung der Unterschiedlichkeit und auch Gegensätzlichkeit zwischen den Menschen leitet die freiheitliche Demokratie die Legitimität von Vielfalt und auch Konflikt in der Gesellschaft ab. Gerade weil die freiheitliche Demokratie bewusst darauf verzichtet, Übereinstimmung zu erzwingen, braucht sie Regeln für die Austragung und die Auflösung von Konflikten, die den Schutz der Menschenwürde sicherstellen. Darüber bedarf es eines gewissen Maßes an Übereinstimmung zwischen den Bürgern eines Gemeinwesens, die für dessen Existenz unverzichtbare Voraussetzung ist. Dabei gilt: Wo zu viel Einigkeit erwartet wird, ist die Freiheit gefährdet, wo jegliche Einigkeit fehlt, herrscht Anarchie.

Minimalkonsens als Grundlage

Der für die pluralistische Demokratie unverzichtbare Konsensbereich muss deren Existenz sichern, ohne die Pluralität zu gefährden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn nicht so viel Konsens wie möglich gefordert wird, sondern im Gegenteil nur so viel Konsens wie nötig. Es geht um der Sicherung von Freiheit und Vielfalt willen darum, das Mini-

mum an notwendiger Übereinstimmung für eine politische Gemeinschaft zu definieren.

Diese Entscheidung für einen Minimalkonsens⁶² ist die Entscheidung für das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen den Gliedern einer politischen Gemeinschaft, das ausreicht, die Existenz dieser Gemeinschaft zu sichern, zugleich aber dort seine Grenze findet, wo Freiheit und sich daraus ergebende Vielfalt behindert oder gefährdet werden. Dass über diese Grundlagen dann auch Einigkeit zwischen den Bürgern herrscht, ist Voraussetzung für die Offenheit der freiheitlichen Demokratie.

Die Rolle, die dem Konsens in einer Gesellschaft zukommt, entscheidet also sowohl über ihren Bestand als auch über ihr Wesen. Der Minimalkonsens weist den Weg „zwischen der Übersteigerung des Konflikts zu Gewalttätigkeit und Kampf, und der Unterdrückung des Konflikts durch Gleichschaltung und Diktatur“.⁶³ Keine Gemeinschaft – insbesondere keine politische – kann existieren ohne dieses Maß an Übereinstimmung zwischen den Menschen, die ihr angehören. Die freiheitliche Demokratie erzwingt diesen Konsens nicht, sondern gründet auf der Freiwilligkeit seines Zustandekommens. Die Grundlage dieser Freiwilligkeit ist die Einsicht, dass alle anderen für sich den gleichen Minimalkonsens anerkennen und er dort von der Gemeinschaft durchgesetzt wird, wo Einzelne diese Anerkennung verweigern. Auch hier ist zu fragen, welche neuen Herausforderungen und Möglichkeiten sich für die Bewältigung dieser Aufgabe aus dem Internet ergeben.

Der unverzichtbare Minimalkonsens unter den Bürgern einer freiheitlichen Demokratie muss zumindest drei Elemente umfassen:

- a) die Achtung der Menschenwürde und die Anerkennung der Menschenrechte,
- b) die Anerkennung demokratischer Spielregeln, insbesondere des Mehrheitsprinzips,

c) die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols bzw. die individuelle Bereitschaft zum Gewaltverzicht.

Wo dieser unverzichtbare Minimalkonsens in Zweifel gerät, ist die Existenz der freiheitlichen Demokratie bedroht. Dabei können die drei Elemente dieses Minimalkonsenses nicht voneinander isoliert gesehen werden. Sie bedingen und begrenzen einander.

Die Achtung der Menschenrechte hebt als Wertentscheidung den Minimalkonsens über einen reinen Spielregelkonsens hinaus. Die Wertentscheidung für die Achtung der Menschenwürde macht auch die Anerkennung demokratischer Verfahren und insbesondere der Mehrheitsregel für alle akzeptabel, denn durch diese Wertentscheidung ist Minderheitenschutz gesichert. So ist es möglich, eine Übereinstimmung über die Gültigkeit der Mehrheitsregel zu erreichen, die unabhängig vom Inhalt der Mehrheitsbeschlüsse ist, solange niemand befürchten muss, durch solche Mehrheitsbeschlüsse in seinen grundlegenden Menschenrechten beeinträchtigt zu werden.

Die Achtung der Menschenwürde aller und die Anerkennung des Mehrheitsentscheids schränken die Freiheit des Einzelnen ohne Zweifel ein. Dies kann dem Einzelnen zugemutet werden, wenn er davon ausgehen kann, dass notfalls von allen erzwungen wird, sich daran zu halten. Dass dies gegebenenfalls geschehen kann, garantiert das staatliche Gewaltmonopol. Es kann aktiviert werden, wenn die Bereitschaft zum individuellen Gewaltverzicht nachlässt, sich das Recht des Stärkeren Bahn zu brechen sucht und damit die Achtung vor der Würde des Menschen abnimmt. Was bedeutet dies in der virtuellen Internetwelt?

Organisationsprinzipien wie Gewaltenteilung und Parlamentarismus sind notwendig, um diesen Minimalkonsens im Staatsleben institutionell zu sichern. Sie wären verzichtbar, wenn andere Organisationsprinzipien diese Funktion übernehmen könnten – was nach allen bisheri-

gen Erfahrungen zumindest höchst zweifelhaft ist – und gehören deshalb nicht unmittelbar zu den unverzichtbaren Konsenselementen.

Der beschriebene Minimalkonsens bietet die Möglichkeit, „um unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft zu Entscheidungen zu kommen, ohne diese Bedingungen selbst aufzuheben“. ⁶⁴ Entscheidend dafür ist die Verknüpfung der Anerkennung von Spielregeln der friedlichen Konfliktlösung mit der Wertentscheidung für die Achtung der Würde des Menschen. Mit dieser Wertentscheidung liegt dem für die Existenz der freiheitlichen Demokratie unverzichtbaren Minimalkonsens nicht nur ein normativer Akt zugrunde, sondern dadurch erhält er auch eine normative Funktion.

In ihm manifestiert sich das Ethos einer – wie es Karl Dietrich Bracher formuliert – „wertbetonten, substantiellen Demokratie, die aber nicht auf eine bestimmte Weltanschauung begrenzt, sondern verpflichtet ist: den Regeln zur Wahrung der Freiheit und Chancengleichheit, der stets zu erneuernden freien Legitimierung von Parlament und Regierung, der gleichen Chance der Minderheit zur Mehrheit zu werden, der freien politischen Willensbildung, über allem der Wahrung demokratischer Grundrechte in ihrer vor- und überstaatlichen Geltung“. ⁶⁵ Die Auswirkungen des Internets auf diesen Wertekatalog der freiheitlichen Demokratie sind von entscheidender Bedeutung für den Umgang mit diesem Medium.

Mit diesem Wertefundament ist Demokratie weit mehr als ein „Verfahren, bei dem sich die Gemeinschaft der Staatsbürger unter Beachtung bestimmter Regeln selbst Gesetze gibt, denen sie sodann aus Einsicht folgt.“ ⁶⁶ Aber ohne Verfahren, die die Entscheidungsfindung durch die Bürger organisieren, kommt Demokratie nicht aus. Die freiheitliche Demokratie setzt dabei auf das Mehrheitsprinzip, das freilich wie beschrieben am Minderheitenschutz seine Grenze findet.

Demokratische Entscheidungsfindung

Die entscheidende Voraussetzung für die Legitimität der Mehrheitsregel ist die Anerkennung der Unvollkommenheit aller Menschen und daraus folgend ihrer Gleichwertigkeit. Erst die Einsicht in diese grundsätzliche menschliche Unvollkommenheit drängt überhaupt nach einem Entscheidungsmechanismus, der alle beteiligt, denn es gibt keine ‚Träger der Wahrheit‘.

Die Mehrheitsregel ist notwendig, weil weder der Einzelne noch mehrere Menschen die menschliche Natur überwinden und die Fähigkeit zur Erkenntnis des Wahren, Richtigen für sich beanspruchen können. Es ist also nicht der Wahrheitsanspruch, der Mehrheitsentscheidungen legitimiert, sondern die ihnen und ihrem Zustandekommen innewohnende Freiheitschance.

Entscheidung durch die Mehrheit ermöglicht nicht nur die Freiheit möglichst vieler, sondern – wenn mit ihr kein Wahrheitsanspruch verbunden wird – auch die größtmögliche Freiheit der Minderheiten. Jeder Einzelne ist nämlich, wie Karl R. Popper zu Recht unterstreicht, „nicht gezwungen, das Resultat einer demokratischen Abstimmung als einen autoritativen Ausdruck dessen anzusehen, was Recht ist. Er wird die Entscheidung der Mehrheit annehmen, um den demokratischen Institutionen ihre Arbeit zu ermöglichen. Es steht ihm aber frei, die Entscheidung mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen und auf ihre Revision hinzuarbeiten.“⁶⁷

Wo die Erkenntnismöglichkeit der Mehrheit skeptisch beurteilt wird, ergeben sich daraus auch Beschränkungen für ihre Wirkungsmöglichkeiten. Überschreitet sie diese, so wird sie zur Tyrannei. Mehrheiten sind im demokratischen Verständnis weder allmächtig noch allzuständig noch ewig. Ihre Bindungskraft ist eng an ihre Begrenzung gebunden, denn mit Karl R. Popper ist „nicht von der Vor-

trefflichkeit der Mehrheit (...), sondern von der Verworfenheit der Tyrannei“⁶⁸ auszugehen.

Handlungen der Mehrheit müssen für die Minderheit zumutbar bleiben. Es ist für das demokratische Verständnis der Mehrheitsregel entscheidend, dass durch sie Minderheiten nicht verdrängt, sondern impliziert auch legitimiert werden. Es könnten die Mehrheiten von morgen sein, die dann heutige Mehrheiten als Minderheiten zu achten haben. Nur wenn die Mehrheitsregel diese Form hat, wenn ihre Grenzen ebenso wie ihre Entscheidungskraft anerkannt sind, kann sie die Aufgabe der friedlichen Konfliktlösung tatsächlich erfüllen. Denn nur dann hat der Mehrheitsentscheid eine Chance, von allen akzeptiert zu werden.

Es ist nicht zu bestreiten, dass auch die Entscheidung durch Mehrheit ein Herrschaftsakt ist und die Freiheit der Minderheit einschränkt. Dass die Mehrheitsregel dennoch akzeptiert werden kann, hat vor allem zwei Gründe: Erstens hat der Einzelne in der freiheitlichen Demokratie die Gewissheit, nicht ständig in allen Fragen und auf allen Ebenen zur Minderheit zu gehören. Es gilt das Prinzip: Ich akzeptiere die Mehrheit, weil ich erwarte, in der Mehrheit akzeptiert zu werden. Zweitens ist offenkundig, dass mögliche Alternativen zur Mehrheitsregel stärkere Einschränkungen der Freiheit mit sich bringen als diese selbst. Das Einstimmigkeitsideal steht gegen die natürliche Verschiedenartigkeit der Menschen und bedarf deswegen massiven Zwangs. Die Herrschaft einer Minderheit oder eines Einzelnen bringt Zwang für die größere Zahl mit sich und verschließt die Möglichkeit des Machtwechsels.

Entscheidende Voraussetzung für die sinnvolle Anwendung des Mehrheitsprinzips sind Zeit und Raum für die Debatte und das Abwägen aller Argumente. Dabei gehören eine informierte Bürgerschaft, Transparenz, Kommunikation zwischen den Bürgern und zwischen Gewählten und Wählern notwendig zur freiheitlichen Demokratie.⁶⁹

Die Herstellung von Öffentlichkeit ist wesentliches Element solcher demokratischer Verfahren. „Die Informationsbeschaffung (kurz: Information) über das politische Geschehen ist die erste Voraussetzung aller politischen Aktivität.“⁷⁰ Sie ermöglicht Orientierung als Voraussetzung zur eigenen Willensbildung, stellt Transparenz vor und nach Entscheidungen her und ermöglicht die Bewertung und Einordnung der Entscheidungsumsetzung.⁷¹ „Die Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit ist demokratiepolitisch von höchster Relevanz, wenngleich sie nicht der alleinige Garant von Demokratie ist.“⁷²

Es ist zu untersuchen, welchen Beitrag das Internet dazu leistet. Demokratien stützen sich nämlich „auf einen der Bürgerschaft einsichtigen und zugänglichen Raum, auf eine Öffentlichkeit, in der sich die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung konstituiert.“⁷³ Veränderungen dieses öffentlichen Raumes und „von räumlichen und zeitlichen Voraussetzungen für zwischenmenschliche Kommunikation haben eine große Bedeutung für die Verwirklichung des demokratischen Prinzips.“⁷⁴

Welche Informationszugänge eröffnet das Internet, welche offenen Debatten sind dort möglich, und erleichtert oder erschwert es die eigene Meinungsbildung? Eröffnet das Internet eventuell neue Wege der Entscheidungsfindung, die den Ansprüchen der freiheitlichen Demokratie genügen und Mehrheitsentscheidungen bei gleichzeitigem Minderheitenschutz ermöglichen?

Dieser Minderheitenschutz findet im Grundgesetz auch seinen Ausdruck darin, dass durch Artikel 79 Abs. 3 der Schutz der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die föderale Gliederung Deutschlands geschützt sind. Es heißt dort: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die

in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Es stellt sich also auch die wichtige Frage, ob im Internet Gefahren lauern oder durch das Internet heraufbeschworen werden, die die Fundamente der freiheitlichen Demokratie bedrohen und deshalb ihre wehrhafte Reaktion erfordern.

Das Verhältnis zwischen Internet und freiheitlicher Demokratie bestimmt sich nicht danach, ob innerhalb des demokratischen Spektrums diese oder jene politische Strömung im Netz besser reüssiert. Entscheidend ist, ob und wie das Wertefundament der freiheitlichen Demokratie im Internet anerkannt wird: der Schutz der Menschenwürde mit den Freiheitsräumen für jeden Einzelnen, der offene und respektvolle politische Dialog als Voraussetzung für die den Minderheitenschutz achtende Mehrheitsentscheidung und die Zähmung des Faustrechts des Stärkeren durch die zivilisatorische Kraft des staatlichen Gewaltmonopols.

3. Weder Volkssport noch Alltagsdominanz

„Ich bin sicher, dass es ein Jenseits gibt, aber was ich eigentlich wissen will: Wie weit ist es vom Zentrum entfernt, und bis wann hat es geöffnet.“

Woody Allen, Schauspieler und Regisseur⁷⁵

Die Erfolgsgeschichte der Demokratie hat auch damit zu tun, dass es ihr mit neuen Kommunikationsmöglichkeiten gelungen ist, immer mehr Bürger zu erreichen und damit jene Begrenzung zu überwinden, die Aristoteles noch ganz eng ziehen musste. Für ihn war die größtmögliche Ausdehnung der Demokratie noch jene, die ein Mann an einem Tag zu Fuß durchmessen konnte, um zu einer Versammlung zu kommen.⁷⁶ Kann das Internet nun helfen, mehr Bürger zu erreichen? Wer ist überhaupt wie im Netz? Hat das Internet tatsächlich unsere Gesellschaft durchdrungen und gehört für die Menschen zum Alltag oder wird diese Wahrnehmung von den Meinungsmachern bestimmt, die sich selbst immer an der Spitze des digitalen Fortschritts sehen und die Lebenswirklichkeit verzerrt wahrnehmen?

Die Nutzung des Internets setzt als Zugangsvoraussetzung zunächst die notwendige technische Ausstattung voraus. Neben den entsprechenden Geräten wie Computer, Laptop oder Handy gehört dazu entweder eine stationäre Zugangsleitung oder der Interzugang über Mobilfunk. Aber auch wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind, muss die aktive Entscheidung dazukommen, ‚ins Netz zu gehen‘.

Digitale Spaltung

Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2009 festgestellt, dass zwar 99,5 Prozent aller Haushalte in Deutschland mit einem Telefon ausgestattet sind und in 88,4 Prozent aller Haushalte Fernsehgeräte mit Kabel- oder Satellitenempfang vorhanden sind, aber nur 68,9 Prozent aller Haushalte einen Internetzugang haben.⁷⁷ Fast ein Drittel der Haushalte in Deutschland besitzt also keinen Zugang zum Internet – trotz der im weltweiten Vergleich hinter der Schweiz zweithöchsten Telefonanschlussdichte. Bei der Internetnutzung liegt Deutschland im weltweiten Vergleich auf Rang zwölf. Spitzenreiter sind hier Island und die Niederlande.⁷⁸

Damit gehören bezogen auf die deutschsprachige Bevölkerung über vierzehn Jahren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur 65,8 Prozent wenigstens zu den gelegentlichen Onlinenutzern.⁷⁹ Aber schon der Begriff ‚gelegentliche Internetnutzer‘ wird in den verschiedenen Untersuchungen unterschiedlich definiert. Das reicht von einer mindestens einmal jährlichen bis zur mindestens einmal wöchentlichen Nutzung. Als regelmäßige Nutzer gelten meistens schon die, die nur mindestens einmal monatlich im Netz sind. Schon deshalb müssen viele Angaben über die Zahl der Internetnutzer mit Vorsicht betrachtet werden: Sie suggerieren eine häufigere Nutzung, als sie tatsächlich messen.

Die Arbeitsgemeinschaft Online Forschung kommt im Herbst 2010 auf 70,9 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre, die das Internet in den letzten drei Monaten vor der Erhebung mindestens einmal genutzt haben.⁸⁰ Die ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 nennt einen ähnlichen Anteil: 49 Millionen Menschen, also nur 69,4 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung ab vierzehn Jahren.⁸¹

Damit nutzen nur wenig mehr als zwei Drittel der Menschen das Internet wenigstens gelegentlich, ein Drittel tut das praktisch nie. Dieser Zustand wird gemeinhin als „digitale Spaltung“ beschrieben, die es zu überwinden gelte, um alle Menschen „ins Netz“ zu bringen. Gegenüber einer Internet-Abdeckung von nur 6,5 Prozent noch im Jahr 1997 ist zwar ein gewaltiger Anstieg mit meist zweistelligen jährlichen Wachstumsraten zu verzeichnen. Aber seit 2003 hat sich dieser Zuwachs deutlich abgeflacht und seit 2006 stagniert die Zahl der zumindest gelegentlichen Internetnutzer sogar. Die Verbreitung des Internets entschleunigt sich dort spürbar, wo der Zugang für zwei Drittel der Bevölkerung erreicht ist. Es scheint, als sei diese Internet-Abdeckung der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre nicht mehr steigerbar.

Das Internet zeichnet sich sowieso entgegen verbreiteter Klischees nicht durch eine besondere Verbreitungsdynamik aus. Zwar haben sowohl das Radio (ab etwa 1920), das Fernsehen (ab etwa 1945) und das Internet (ab etwa 1989) bereits jeweils zehn Jahren nach ihrer Einführung die Fünfzig-Millionen-Grenze durchbrochen. Legt man dabei aber die absoluten Zahlen auf die Anteile an der jeweiligen Gesamtbevölkerung um, ergibt sich zehn Jahre nach der Einführung eine Verbreitungsrate von dreißig Prozent für das Internet, von 45 Prozent für das Radio und von fünfzig Prozent für das Fernsehen.⁸²

Die Zugangsvoraussetzungen zum Internet lassen sich durch höhere Investitionen in die Infrastruktur verbessern. Entsprechende Programme werden regelmäßig aufgelegt. Dass es hier in Deutschland Nachholbedarf gibt, zeigt sich insbesondere bei den für eine störungsfreie Internetnutzung mit akzeptabler Geschwindigkeit zwingend erforderlichen Breitbandanschlüssen. Island und Korea haben weltweit die höchste Versorgungsdichte, Deutschland liegt nur auf Rang dreizehn.

Aber ob und wie die Menschen einen angebotenen Zugang dann auch nutzen, hängt von vielen individuellen Faktoren ab.

Hier ist zunächst eine nicht unwesentliche finanzielle Hürde zu überwinden. Die Anschaffungskosten für Endgeräte sind ebenso zu bewältigen wie eine monatliche Belastung durch Leitungskosten von immerhin ca. zwanzig bis dreißig Euro. Es verwundert also nicht, dass nur die Hälfte der einkommensschwachen Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1100 Euro einen Internetzugang nutzen. Damit liegt diese Bevölkerungsgruppe um zwanzig Prozent unter den Durchschnitt der Bevölkerung. Weit überdurchschnittlich, nämlich zu 93 Prozent der Haushalte nutzen jene mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 2600 Euro das Netz.⁸³ Eine soziale Spaltung ist bei der Nutzung des Internets also unübersehbar.

Zugleich ergibt sich eine deutliche Altersabstufung: während im ersten Quartal 2009 nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes 97 Prozent der zehn- bis 24-Jährigen und 89 Prozent der 24- bis 55-Jährigen das Internet genutzt haben, waren es nur vierzig Prozent derer, die älter als 55 Jahre sind.⁸⁴ Die ARD/ZDF-Onlinestudie hat in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen sogar eine fast hundertprozentige zumindest gelegentliche Internet-Nutzung festgestellt. Die Dreißig- bis Fünfzigjährigen liegen demnach bei zwischen achtzig und neunzig Prozent, die Fünfzig- bis Sechzigjährigen bei 68 Prozent und die über Sechzigjährigen bei 28,2 Prozent. Anders ausgedrückt liegt die zumindest gelegentliche Internetnutzung in der Ausbildungsphase bei hundert Prozent, bei den Berufstätigen bei 82 Prozent, aber bei den Nicht-Berufstätigen bzw. Rentnern nur bei 36 Prozent.⁸⁵

Diese Generationenspaltung bei der Netznutzung ist bei der Einführung neuer Technologien nicht überraschend.

„Im Endeffekt wird sich die digitale Spaltung nie schließen, da sie mit jeder technologischen Innovation neu aufreißt.“⁸⁶ Vor allem aber ist das Internet in der Nutzung für diejenigen kein niedrighwelliges Angebot, die zum Beispiel altersbedingt mit Seh- oder Konzentrationsproblemen zu kämpfen haben.

Aktivitätsmedium

Insgesamt „droht die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die mit dem neuen Wissen umgehen können, und diejenigen, die damit überfordert sind“⁸⁷ oder es nicht nutzen wollen. Denn das Internet ist vor allem ein Aktivitätsmedium. Es verlangt von seinem Nutzer Aktion und wird seinerseits passiv, wenn es nicht gefordert wird. Dies ist wohl die wichtigste Hürde auf dem Weg zu einer Nutzung des Internets durch alle Bürger. Das Internet entfaltet seinen Nutzen erst, wenn der Nutzer agiert und Zeit wie Mühe investiert.

Insofern ist das Internet nämlich eher dem Telefon als dem Fernsehen verwandt, weil es als „point-to-point-medium“ Partizipation fordert. Es ist interaktiv und lädt nicht zur Passivität wie das Fernsehen ein.⁸⁸ Denn während das Fernsehen mit seinem Angebot auf den passiven Konsumenten abzielt und damit eine sehr hohe Abdeckung aller Haushalte erreicht, verlangt das Internet eine aktive Rolle: „Beim Internet dient die Zwischenschaltung der Technik *nicht*, wie bei den konventionellen Massenmedien dazu, Interaktion zwischen ‚Sender‘ und ‚Empfänger‘ auszuschließen, sondern dazu sie zu ermöglichen.“⁸⁹ Wer passiv konsumieren will, geht nicht ins Internet, denn dort erfordert selbst der einfache Informationskonsum Aktivität (klicken).

Das Internet wird deshalb in seiner Nutzungsquote nicht über anderen Aktivitätsquoten in unserer Gesellschaft lie-

gen können wie sie zum Beispiel auch in Wahlbeteiligungen zum Ausdruck kommt. Die Nutzung des Internets durch die gesamte Bevölkerung ist „unwahrscheinlich, insbesondere wegen des erforderlichen höheren technischen Standards, der stärkeren Gewöhnungsbedürftigkeit und der Erfordernis viel stärkerer eigener Aktivität.“⁹⁰

Nicht plausibel und belegbar ist auch die Vermutung eines „Immermehrismus“, „nach dem die IuK-Medien allein durch Zugang und Verfügbarkeit zu immer mehr Informationen, immer mehr Verstehen, immer mehr Artikulation und darüber immer mehr Responsivität und Beteiligung führten“.⁹¹ Es ist also damit zu rechnen, dass bis zu einem Drittel der erwachsenen Bevölkerung auch dauerhaft am Internet nicht interessiert ist.

Aber auch bei den gut zwei Dritteln der Bevölkerung, die das Internet zumindest gelegentlich nutzen, gibt es eine erhebliche Spannbreite der Nutzungsintensität. Zwar nutzen fast alle Menschen über vierzehn Jahre mit Online-Zugang das Internet mindestens einmal monatlich, aber nur etwa 67 Prozent von ihnen gehen in der Regel täglich ins Netz und können damit als tatsächlich regelmäßige Nutzer gelten.⁹² Dabei liegt die durchschnittliche tägliche Verweildauer aller Onlinenutzer im Internet nach der ARD/ZDF-Onlinestudie seit 2003 stabil um 130 Minuten.⁹³ Andere Studien haben unter der 14- bis 49-jährigen deutschsprachigen Bevölkerung eine durchschnittliche aktive tägliche Nutzungszeit des Internets von 78 Minuten ermittelt.⁹⁴ Für den Februar 2011 wurden in Deutschland in der kombinierten Nutzung des Internets zu Hause und am Arbeitsplatz beispielsweise durchschnittlich (!) 108 Minuten tägliche Verweildauer gemessen.⁹⁵

Dabei ist zu beachten, dass insbesondere am Arbeitsplatz – aber durch kostengünstige Flatrates auch privat – viele dauerhaft mit dem Internet verbunden sind, ohne es in dieser Zeit tatsächlich zu nutzen. So wird es immer

schwieriger die „eigentliche Internetnutzungsdauer mittels Befragung zu erfassen. Denn etwas hat sich ganz gravierend in den vergangenen Jahren verändert: Die Art des Onlinezugangs und dessen Abrechnung. Heutzutage sind Flatrates für Internetverbindungen fast schon die Regel. Bei vielen Nutzern ist der PC daher dauerhaft mit dem Internet verbunden. Aber kann man das alleine schon als Online-Nutzung bezeichnen? Ein Beispiel dafür wäre das Arbeiten am PC, während das Internet-Postfach im Hintergrund geöffnet ist. In dem Fall würde sich der Nutzer nicht aktiv damit beschäftigen.“⁹⁶

Insofern ist aufschlussreicher, dass Internetnutzer in Deutschland monatlich durchschnittlich nur etwa achtzig verschiedene Homepages besuchen, also täglich – inklusive des E-Mail-Abrufes nur auf drei verschiedene Internetangebote zurückgreifen.⁹⁷ Dies schließt die wesentlich intensivere berufliche Nutzung des Internets ein und relativiert deshalb die Intensität der privaten Nutzung.

Um die Bedeutung des Internets für die „Onliner“ besser einzuschätzen, empfiehlt sich auch der Vergleich mit anderen Medien: Die durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer liegt bezogen auf die Gesamtbevölkerung (also ‚Offliner‘ und ‚Onliner‘) beim Internet bei 77 Minuten, beim Fernsehen bei 244 Minuten und beim Hörfunk bei 187 Minuten. Während durch die wachsende Verbreitung des Internets die Nutzungsdauer des Internets seit 1998 ständig zugenommen hat, steigt sie beim Fernsehen geringer und ist beim Hörfunk leicht rückläufig.⁹⁸ Studien belegen, „dass der Fernsehkonsum während des gesamten Internetzeitalters stetig zugenommen hat: 42 Prozent der eifrigsten Fernsehgucker (...) waren auch in der Gruppe der Internet-Intensivnutzer vertreten“⁹⁹.

Bei denen, die im Internet sehr aktiv sind, reduziert sich allerdings der Einfluss der klassischen Massenmedien. Ein Befragung von 30.000 Jugendlichen und jungen Erwachsene-

nen im Alter von vierzehn bis 29 Jahren, die die VZ-Netzwerke nutzen, hat im Sommer 2010 einen deutlichen Vorsprung des Internets vor dem Fernsehen ergeben: 93 Prozent dieser Jugendlichen nutzen das Internet jeden Tag, 57 Prozent sehen täglich fern, 42 Prozent hören jeden Tag Radio und 21 lesen täglich Zeitung. 73 Prozent sagen von sich, sie könnten ohne Internet nicht leben, nur 29 Prozent sagen das auch vom Fernsehen.¹⁰⁰

Diese jungen Leute werden gerne als „Generation IMM“ bezeichnet, weil sie auf die Frage nach ihrem Berufswunsch häufig mit „Irgendwas mit Medien“ antworten.¹⁰¹ Sie wachsen als „Digital Natives“ von Anfang an mit dem Medium Internet auf und kennen sich besser mit Techniken, Inhalten und Anwendungen aus als ihre Eltern. (...) Während bei den Dreißig- bis 49-Jährigen knapp ein Viertel das Internet nicht nutzt, liegt bei den Vierzehn- bis Neunzehnjährigen die Verbreitung bei satten 97 Prozent.¹⁰² Dabei sind Online-Nutzer je aktiver desto jünger. In der Altersgruppe bis dreißig Jahre liegt die durchschnittliche tägliche aktive Nutzungszeit im Internet mit bis zu 128 Minuten mehr als doppelt so hoch wie bei den Dreißig- bis Fünfzigjährigen. Dies hat sicherlich auch mit dem sich verändernden Zeitbudget beim Eintritt in das Berufsleben und die Phase der Familiengründung zu tun, die die Nutzungszeit des Internets natürlich reduziert. Es ist ein Trugschluss anzunehmen, dass sich die hohe Nutzungsintensität des Internets durch Jugendliche unverändert ins Erwachsenenleben fortsetzt.

Nutzertypologie

Von 2002 bis 2010 stieg bei der deutschsprachigen Bevölkerung zwischen vierzehn und 49 Jahren der Anteil der Internetzeit am Gesamtmedienzeitbudget von sechs Pro-

zent auf achtzehn Prozent, beim Fernsehen blieb er stabil bei 37 bis 39 Prozent und beim Radio sank er von 32 Prozent auf 23 Prozent.¹⁰³ Auch diese Zahlen belegen die relative Bedeutung des Internets für die große Mehrheit der Bürger. Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus der Nutzungsart.

Von denen, die das Internet mindestens einmal wöchentlich nutzen, tun dies ca. 80 Prozent, um E-Mails zu senden oder zu empfangen bzw. Suchmaschinen zu nutzen. Nur etwa ein Drittel dieser regelmäßigen Netznutzer nutzen Homebanking und soziale Netzwerke und nur 19 Prozent Gesprächsforen oder Chats. Nur etwas mehr als zehn Prozent der regelmäßigen Internetnutzer hören im Internet Radio, beteiligen sich an Online-Spielen oder nutzen RSS-Newsfeeds. Online-Auktionen und Online-Shopping werden von weniger als zehn Prozent in Anspruch genommen.¹⁰⁴

So bleibt das Internet überwiegend ein Abrufmedium: „Eine tatsächliche Nutzung der Anwendungen findet nur im Ausnahmefall statt.“¹⁰⁵ Das gilt auch für die sozialen Netzwerke wie Facebook. Sie breiten sich einerseits immer stärker aus, denn „Globalisierung und Internet erzeugen eine bedrängende Dichte und Häufung von Kontakten“¹⁰⁶. Facebook bringt es immerhin auf über zehn Millionen Zugriffe pro Sekunde.¹⁰⁷ Andererseits werden die sozialen Netzwerke nach wie vor nur von einer Minderheit der Onliner genutzt. 61 Prozent der deutschsprachigen Internetnutzern über vierzehn Jahre waren – meist aus Angst vor Datenmissbrauch – noch nie in einem solchen Netzwerk, nur sechzehn Prozent der Internetnutzer nutzen es wöchentlich, siebzehn Prozent täglich.¹⁰⁸

Es zeigt sich also auch bei der Nutzung der sozialen Netzwerke, „dass sich ein deutlicher Graben durch die digitale Gesellschaft zieht. (...) Während knapp achtzig Prozent – also vier von fünf – der digital Souveränen Social-

Media-Sites nutzen, sind lediglich 29 Prozent, also etwa ein Drittel, der digital wenig Erreichten im Social Web unterwegs.“¹⁰⁹ Tatsächlich kann also nur eine kleine Gruppe der Bevölkerung über soziale Netzwerke zeitnah erreicht werden. Mit der „Enthierarchisierung politischer Kommunikation“ wächst so die Gefahr der Spaltung zwischen denen, die sich im Internet bewegen und denen, die es nicht nutzen wollen oder können.¹¹⁰

Die Initiative D21, in der sich über 200 Unternehmen mit staatlichen Institutionen zusammengeschlossen haben, um die digitale Spaltung zu überwinden, unterscheidet in der Bevölkerung ab vierzehn Jahren sechs Nutzertypen¹¹¹:

- 28 Prozent werden als „digitale Außenseiter“ beschrieben, die das Internet weder privat noch beruflich nutzen. „Lediglich vier Prozent verfügen über einen privaten Internetzugang und weniger als jeder Vierte kann zu Hause auf einen Computer zugreifen.“
- 28 Prozent der Bevölkerung gelten als „Gelegenheitsnutzer“. Sie haben zwar zu 87 Prozent einen privaten Internetzugang, nutzen ihn aber selten. „Bei der Nutzungsvielfalt beschränkt sich der Großteil der Gelegenheitsnutzer noch immer lediglich auf E-Mail, Internetsuche und Textverarbeitung.“
- Sieben Prozent der Bevölkerung sind „Berufsnutzer“. Sie verbringen ganz überwiegend „aus beruflichen Gründen zwei und mehr Stunden täglich vor ihrem Computer. (...) Die Nutzungsvielfalt der Berufsnutzer beschränkt sich tendenziell auf nützliche Anwendungen wie E-Mail, Textverarbeitung und Recherche im Internet.“
- Zu den „Trendnutzer“ gehören zwanzig Prozent der Bevölkerung. Sie verfügen über einen privaten Internetzugang, den sie intensiv nutzen. „Zusätzlich zu den Standardanwendungen, wie z. B. E-Mail und Internetsuche, nutzen sie die interaktiven Möglichkeiten des aktuell angesagten Social Webs sehr intensiv. Ebenso

stehen Computerspiele, ganz gleich ob online oder offline, bei den Trendnutzern hoch im Kurs.“

- Zwölf Prozent der Bevölkerung lassen sich zu den „digitalen Profis“ rechnen. Sie „nutzen den Rechner täglich mehr als zwei Stunden für berufliche Zwecke. Zusätzlich verbringen sie auch viel Zeit an ihrem privaten Computer.“
- Zur „digitalen Avantgarde“ gehören fünf Prozent der Bevölkerung. „Durchschnittlich verbringt jedes Mitglied dieser Gruppe fast zehn Stunden täglich vor dem Computer. Folgerichtig ist auch die Nutzungsvielfalt in dieser Gruppe am höchsten. Der Computer dient neben der Arbeit auch sehr häufig zur Unterhaltung. Insbesondere Communities und Chats werden sehr häufig genutzt.“

Zu diesen „Techno-Eliten“ gehören auch die sogenannten ‚Hacker‘, die sich – wiewohl selbst oft introvertierte Eigenbrödler – als eine Art verschworener Gemeinschaft verstehen, die die Beherrschbarkeit des Internets durch den Einzelnen und die Schwäche von Institutionen im Netz nachweisen wollen. Sie betonen die „Autonomie der Projekte gegenüber den Aufgabenstellungen durch Institutionen oder Konzerne“ ebenso wie die Tatsache, „dass der Einsatz von Computervernetzung die materielle, technologische Basis für institutionelle Autonomie bildet.“ Dabei akzeptieren sie keine gesetzlichen Regelungen und nehmen für sich „vom Recht auf Verschlüsselung (gegen die Regierung) zum Recht auf Entschlüsselung (gegen die Konzerne)“¹¹² rechtsfreie Autonomie in Anspruch.

Insgesamt haben wir es mit einer dreifachen digitalen Spaltung zu tun:

- Erstens ist ein Drittel der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre mangels Zugang generell vom Internet ausgeschlossen.
- Zweitens nutzt ein Drittel derer, die einen Internetzugang haben, die bestehende Zugangsmöglichkeit nur

selten. Insgesamt kann nur etwa die Hälfte der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre als regelmäßige Internetnutzer gelten.

- Drittens beschränken sich zwei Drittel der regelmäßigen Nutzer auf wenige, vor allem passiv-konsumierende Nutzungsarten und nehmen die vielfältigen Möglichkeiten des Mediums praktisch nicht in Anspruch.

Allenfalls ein Fünftel der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre ist also internetaffin in dem Sinne, dass sie die Möglichkeiten des Internets nicht nur als Abfrumedium in Anspruch nimmt.

Von einer wirklichen Alltagsbedeutung des Internets für eine Mehrheit der Bevölkerung kann also kaum die Rede sein. Es wäre ein großer Fehler von einer Welt auszugehen, „in der nicht existiert, was nicht digital existiert.“¹¹³ Eine der größten Gefahren des Internets für die demokratische Gesellschaft ist seine Überschätzung in dem Sinn, dass Information, Kommunikation oder gar Entscheidungsfindung nur oder überwiegend dort stattfindet, denn dies schließt erhebliche Teile der Bevölkerung vom demokratischen Prozess aus.

Hinzu kommt, dass die Netz-Community nicht repräsentativ für die Bevölkerung ist. Insgesamt sind knapp drei Viertel der gelegentlichen Internetnutzer unter fünfzig Jahre alt, ein Viertel älter als fünfzig Jahre. In der Gesamtbevölkerung sind hingegen über 43 Prozent der Menschen älter als fünfzig Jahre. Auch Menschen mit längeren Ausbildungszeiten sind im Internet überrepräsentiert: 34 Prozent der Onliner haben Abitur bzw. einen Fach- oder Hochschulabschluss. Der Anteil liegt damit um sieben Prozent über dem Bevölkerungsschnitt. Umgekehrt haben 44 Prozent der Gesamtbevölkerung einen Hauptschulabschluss oder keinen Abschluss, aber nur 34 Prozent der Onliner. Internetnutzer sind auch wohlhabender als der Bevölkerungsdurchschnitt. Insbesondere ist eine Überrepräsentanz

einkommensstarker Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 3000 Euro (24,5 Prozent für die Gesamtbevölkerung und 38,7 Prozent in der Online-Community) zu verzeichnen.¹¹⁴

Aber derartige Verschiebungen in der soziologischen Struktur der Online-Community im Vergleich zur Gesellschaft insgesamt sind nur das Symptom eines Grundproblems: Solange ein erheblicher Teil der Menschen in Deutschland wegen fehlenden Zugangs oder mangelnden Nutzungsinteresses nicht als regelmäßige Internetnutzer gelten können, müssen die Grenzen des Internets bewusst bleiben, wenn es sich nicht als elitäres Medium gegen die von der freiheitlichen Demokratie postulierte Gleichwertigkeit des Menschen wenden soll.

Dies beantwortet die Frage, „ob es nicht undemokratisch sei, demokratische Prozesse in digitale Netzwerke zu verlagern, solange die digitale Spaltung existiert“¹¹⁵, klar und eindeutig: Schon wegen seiner begrenzten Reichweite sollte unsere freiheitliche Demokratie das Internet zwar nutzen, darf sich aber nicht darauf beschränken: „Es kann nicht sein, dass ‚demokratiefähig‘ nur bleibt, wer im Internet surfen kann und will.“¹¹⁶

4. Die Minderheit der Zeitreichen

„Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil, der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (...) dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem unmündig zu sein.“

Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung?“, 1783¹¹⁷

Das Internet ist „originär nicht zu politischen Zwecken erfunden, erprobt und entwickelt worden“ und hat sich nicht vor allem zum Politikforum, sondern vielmehr zum „Markt- und Spielplatz“ entwickelt.¹¹⁸ Insgesamt belegen politische Themen im Netz nur eine kleine Nische: „Der Anteil politischer Websites liegt in Deutschland bei weniger als einem Prozent, in den USA bei höchstens zwei Prozent, wobei die Zugriffsraten zumeist sehr bescheiden sind.“¹¹⁹

Zwar war in der Anfangszeit des Internets die Annahme verbreitet, dass es dem neuen Medium gelingen würde, mehr Bürger für Politik zu interessieren und am politischen Prozess zu beteiligen. Aber diese These „fußt auf einer falschen Annahme: dass ihre bisher fehlende Teilnahme in erster Linie ein technisches Problem ist und nicht mit Faktoren wie fehlendem politischen Interesse, fehlenden strukturellen – nicht nur kommunikativen – Beteiligungschancen, Freizeitgesellschaft usw. zu tun hat.“¹²⁰

Politik in der Nische

An Politik Interessierte und in der Politik Aktive tendieren dazu, die Rolle der Politik im Internet zu überschätzen, weil sie oft vergessen, dass Menschen in der Regel weit weniger politisch interessiert und involviert sind als sie selbst. Die freiheitliche Demokratie zählt zwar auf das Engagement der Bürger für ihre Gesellschaft, räumt aber dabei das Recht, unpolitisch zu sein, ausdrücklich ein. Dies spiegelt sich im Internet: „Die politisch relevanten Beiträge gehen zwischen einer Vielzahl anderer Informationen unter und werden nur von wenigen regelmäßig rezipiert.“¹²¹

Das bestätigt zum Beispiel ein Blick auf die Nutzung des Angebots bei YouTube:

Zum Jahresende 2010 lag US-Präsident Barack Obama zwar mit 156,9 Millionen Videoabrufen weit vor allen anderen politischen Konkurrenten. Aber allein siebzehn Comedians und 47 Musiker hatten mehr Aufrufe als der amerikanische Präsident. Drei Einzelpersonen haben bei den Videoabrufen bei YouTube bisher die Milliardengrenze überwunden und zwar die Popstars Lady Gaga, Justin Bieber und Shakira.¹²²

Einsamer Spitzenreiter bei YouTube-Nutzung ist der Bildungskanal „Expertvillage“, dessen Videos seit der Gründung des Kanal 2006 bis Ende März 2011 über 1,8 Milliarden mal angesehen wurden. Die meisten Abonnenten, nämlich über 850.000, hat der Kanal „Household Hacker“ mit Tipps rund um den Haushalt. Das Weiße Haus kommt nur auf 133.000 Abonnenten.

Der offizielle YouTube-Auftritt der Pop-Sängerin Britney Spears verzeichnete im März 2011 fast 670 Millionen Aufrufe, der von Michael Jackson 629 Millionen – der offizielle YouTube Kanal des amerikanischen Weißen Hauses brachte es als prominentestes Politikangebot dagegen zum gleichen Zeitpunkt auf gerade 44 Millionen.¹²³

Insgesamt hat sich gezeigt, „dass polydirektionale Formen der Mediennutzung nicht automatisch in eine gesteigerte Teilhabe der Menschen am politischen Leben führen; so konstituiert sich die Öffentlichkeit des Netzes bei genauerer Betrachtung vornehmlich über private bis intimste Inhalte und Interessen, weit weniger über politische oder gesellschaftliche Angelegenheiten.“¹²⁴ Politik findet im Internet in einer Nische statt.

Die sogenannte „Mobilisierungsthese“, nach der es durch das Internet in nennenswertem Umfang gelingen könnte, bisher uninteressierte Menschen für Politik zu interessieren, gilt als widerlegt. Die Forschung tendiert nach anfänglicher Euphorie zu der Aussage, „dass das Internet weder zu einem eigenen politischen Raum geworden ist (...) noch dazu geführt hat, die Politik an grundlegend neuen Kriterien aktiv bürgerschaftlicher, quasi basisdemokratischer Politikgestaltung zu messen.“¹²⁵ Politisches Interesse lässt sich auch im Internet nicht künstlich generieren. Aber das Netz bietet – entsprechend der sogenannten „Verstärkungsthese“¹²⁶ – den politisch Interessierten und Aktiven ein zusätzliches Forum. „Politische Angebote im Internet werden hauptsächlich von Akteuren ohnehin politikoffener Gruppen genutzt.“¹²⁷

Auch das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag hat in seinem Endbericht zum Projekt ‚Internet und Demokratie‘ im Mai 2005 festgestellt: „Die Ansprüche politisch interessierter und gut informierter Bürger hinsichtlich des Zugangs zu politischen Informationen, der Transparenz politischer Prozesse und auch der Teilhabe an der Entscheidungsfindung über das Netz werden wachsen. Für Nutzergruppen mit geringer Kompetenz im Umgang mit den Möglichkeiten politischer Kommunikation und Information im Netz (aufgrund des sozioökonomischen Status, Bildungsabschlusses, Alters) kann das Internet als Quelle politischer Information und Teilhabe verschlossen bleiben.“¹²⁸

Das Internet ist also keine neue „Politikwelt“ für bisher Uninteressierte, sondern vielmehr eine zusätzliche Bühne für die Akteure in der vorhandenen politische Arena.¹²⁹ Für die schon politisch Motivierten erleichtert es allerdings die Informationsbeschaffung, die Interaktion untereinander und den Vergleich von sachpolitischen Entscheidungen.

Kein Partizipationsschub

Dies wird auch durch empirische Untersuchungen wie zum Beispiel eine Langzeit-Untersuchung „Politische Online-Kommunikation 2002–2009“ der Technischen Universität Ilmenau belegt. Danach gibt es zwar „keine Anzeichen für eine Abkehr von politischer Kommunikation durch die schöne neue Welt des Internets“. Bei Interneteinsteigern bleibt das Interesse an politischer Online-Information auch nach längerer Erfahrung mit dem neuen Medium stabil, es kommt aber im Lauf der Zeit eben „nicht zu einer Mobilisierung in der interpersonalen oder gar der Partizipationskommunikation“.

Im Blick auf die politische Partizipationsbereitschaft leidet Politik im Netz also nicht an einem nachlassenden ‚Neugierereffekt‘, aber sie löst auch keinen Lerneffekt mit steigendem politischen Interesse oder gar zunehmender Aktivitätsbereitschaft aus: „Gerade die häufig diskutierten Möglichkeiten für politischen Aktivismus und Online-Kampagnen spielen quantitativ in Deutschland nach wie vor nur eine marginale Rolle.“

Die Studie geht aber immerhin davon aus, dass politische Online-Angebote nicht nur in Wahlkampfzeiten bis zu dreißig Prozent der Internetnutzer erreichen: „Die individuelle Kontaktaufnahme mit Politikern per Internet und das Anfordern von politischem Informationsmaterial über

das Netz übersteigen die vergleichbaren Offline-Aktivitäten im Umfang deutlich. (...) Bei den übrigen Formen der politischen Kommunikation, den interpersonalen und partizipativen Kommunikationsaktivitäten, bleibt das Internet nach den bisherigen Ergebnissen indifferent.“¹³⁰

Politik wird also im Internet nicht neu erfunden und das Internet macht den „modernen Menschen nicht zum zoon politikon“¹³¹. Zwar nutzen inzwischen alle politischen Akteure das Internet, aber es „wird nur selten für interaktive Konsultation und so gut wie nie für dezentrale Konversation in politischen Kommunikationsprozessen genutzt, in die Bürger involviert sind“¹³².

Es gibt nur wenige Gegenbeispiele: Am 22. April 2009 reichte Franziska Heine aus Berlin eine Internet-Petition gegen die von Familienministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagene Sperrung von Internetseiten im Kampf gegen Kinderpornographie ein. Am 4. Mai wurde die Petition von der Bundestagsverwaltung als elektronische Petition freigeschaltet und erreichte bis zum Ende der Zeichnungsfrist am 16. Juni 2009 insgesamt 134.015 Unterschriften. Diese Zahl blieb bisher unerreicht. Von 886 elektronischen Petitionen, die sich im März 2011 in der parlamentarischen Prüfung des Deutschen Bundestages befanden, hatte die am stärksten unterstützte Petition 35.827 Unterschriften erhalten und nur drei Petitionen mehr als zehntausend Unterstützer gefunden. 815 Petitionen erhielten innerhalb von sechs Wochen weniger als eintausend Unterstützer.¹³³

Und auch außerhalb des engeren politischen Bereichs werden die Artikulations- und Organisationsmöglichkeiten des sogenannten ‚Mitmach-Netzes‘ selten in Anspruch genommen und scheinen viele Nutzer auch schon zu überfordern.¹³⁴ Dafür gibt es viele Beispiele:

So ergab eine Untersuchung des Wallstreet-Journals beim Nachrichten-Netzwerk Digg, einem Anbieter mit da-

mals ca. 900.000 Nutzern, dass dreißig Nutzer etwa ein Drittel aller Nachrichten auf der Startseite produzierten.¹³⁵ Bei Wikipedia rufen beispielsweise ca. 94 Prozent der Nutzer Informationen nur ab, nur sechs Prozent haben schon einmal etwas eingestellt. Bei YouTube sind 89 Prozent reine Konsumenten und elf Prozent der Nutzer stellen auch eigene Filme ein.

Bei Twitter schreiben nur etwa vier Prozent der registrierten Nutzer rund zwei Drittel aller Meldungen. Eine aktive Minderheit von 22,5 Prozent der Nutzer ist für neunzig Prozent aller Weiterleitungen (Tweets) verantwortlich. Das Marktforschungsunternehmen Forrester Research hat festgestellt, dass „nur 4 Prozent der europäischen Internetnutzer (...) für achtzig Prozent aller markenbildenden Meinungen verantwortlich“¹³⁶ sind. Lediglich bei Fotocommunities ist der Anteil derer, die selbst etwas einstellen, mit 38 Prozent signifikant höher.

Selbst den Internet-Blogs ist die Aktivierung der Nutzer nicht gelungen. Dort ist zwar „ein Jeder und eine Jede prinzipiell befähigt, persönlich Stellung im öffentlichen politischen Diskurs zu nehmen, ohne Qualitätskriterien Dritter entsprechen zu müssen. (...) Diese Befähigung ist allerdings nicht gleichzusetzen mit der Aktivierung.“¹³⁷ Die aktiven Blogger überwiegen mit 55 Prozent die reinen Konsumenten (45 Prozent) dieses Blogs nur knapp.¹³⁸

Untersuchungen politischer Debatten im Internet haben gezeigt, dass „in keinem der Diskurse eine nennenswerte Anzahl von Teilnehmern über die gesamte Laufzeit hinweg ein stabiles Verhalten an den Tag legt (...) Passive Teilnehmer werden aktiv, aktive werden schnell wieder passiv (...) (wobei ein) Abfallen der Teilnehmeraktivität im Verlauf des Diskurses“ gängig ist.¹³⁹ Selbst in den eigens für die Meinungsäußerung eingerichteten Plattformen „haben Netz-Nutzer ein deutlich größeres Interesse am Informationskonsum als daran, ihre eigenen Standpunkte über

das Internet anderen mitzuteilen, um eventuell eine politische Entscheidung zu beeinflussen.“¹⁴⁰

Das Mitmach-Netz bleibt so „weiterhin beschränkt auf eine kleine Gruppe von Aktiven, die publizieren und kommunizieren, was von vielen abgerufen wird.“¹⁴¹ Das gilt auch für die jüngeren Altersgruppen. „Teenager und Twens stellen zwar weiterhin die meisten Interessenten für das aktive Einbringen ins Web 2.0. Jeweils 35 Prozent in beiden Altersgruppen zeigen sich daran interessiert (...) allerdings lässt auch hier die Euphorie nach. Gerade unter Vierzehn- bis Neunzehnjährigen ist ein deutlich sinkendes Interesse erkennbar.“¹⁴²

Dies macht sich auch bei den viel genannten Sozialen Netzwerken bemerkbar. Die tatsächliche Aktivität ist dort wesentlich geringer als allgemein angenommen. So wurde sich in Facebook in Deutschland im Februar 2011 zwar von 22 Millionen Internetgeräten eingeloggt. Die dahinter stehende Personenzahl ist aber deutlich geringer, weil viele vom Arbeitsplatz, von zu Hause und mobil verschiedene Zugangsmöglichkeiten nutzen. Die durchschnittliche Verweildauer pro Besuch lag nur bei 5 Stunden und 11 Minuten im Monat, also durchschnittlich (!) etwa zehn Minuten täglich. Das ist ein für ein soziales Netzwerk geringer Wert. Im Mai 2011 wurde zudem gemeldet, dass die Zahl der aktiven Facebook-Nutzer in 77 von 213 Ländern gesunken ist. Der Verlust von 640.000 Nutzern in Kanada und 450.000 Nutzern in Großbritannien wurde allerdings durch die Zuwachsraten in bevölkerungsreichen Ländern wie Indien, Brasilien oder Indonesien mehr als kompensiert.¹⁴³

Nur ganz wenige sind in den Netzwerken ständig aktiv. Zwar konsumieren dort immer mehr Menschen „Informationen, Videos, Musikstücke oder Blogbeiträge, die aber von einem gleichbleibenden Nutzeranteil produziert werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von

Forrester Research in Europa. Danach beträgt der Anteil der Inhalteproduzenten gleichbleibend rund vierzehn Prozent der gesamten Online-Nutzerschaft.¹⁴⁴ Die Mehrheit sind passive Beobachter (54 Prozent) oder gänzlich Inaktive (32 Prozent). Gerade „außerhalb von Communities bleibt die Idee des Mitmachnetzes jedoch für den Durchschnitts-*online* 2010 ohne große Bedeutung.“¹⁴⁵

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Aktivitäten im Cyberspace ein beachtliches Zeitbudget beanspruchen, das nicht jedem zur Verfügung steht und nicht jeder dafür einsetzen will. Das Internet begünstigt die Zeitreichen durch eine „Umformatierung“ von Kultur, Gesellschaft und Individuum durch die kommunikationstechnologische Revolution der elektronisch-digitalen Medien. Ihr Equipment, ihre Funktionslogik und die durch sie erzwungenen Abläufe und Verhaltensmuster nehmen den privaten und sozialen Raum in Beschlag und verschlingen unsere Zeit. Es entsteht ein Sog zur Dauerbeobachtung (...), die immer weniger ‚extern‘, das heißt durch vorgegebene oder autonom gesetzte Zwecke motiviert ist, vielmehr medial-selbstreferenziell verursacht scheint, durch netzintern vorprogrammierte ‚User-Gewohnheiten‘ (...). Die Netze erzeugen als ihr eigener Zweck einen dauernden Handlungs-, sprich Beobachtungsbedarf, der als Mittel ihrer Perpetuierung (...) dient.“¹⁴⁶

Strohfeuer im Cyberspace

Die Minderheit der Aktiven im Netz kann allerdings durch ihre Aktionen durchaus große Wirkung erzielen. Dabei kommt immer wieder das spielerische Element des Internets zur Geltung und gerade sinnlose Gags erfreuen sich dort schnell großer Beliebtheit.

So parodierte während der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika eine Studentengruppe aus Münster den Sieger-

titel des European Song Contest „Satellite“ von Lena Meyer-Landrut und stellte ihn als innerhalb einer Stunde gedrehtes Klamauk-Video „Schland oh Schland“ (im Originalsong: „Love oh Love“) bei Youtube ein. Als es innerhalb kurzer Zeit zu mehr als einer halben Million Videoabrufen kam, meldete sich der Musikverlag EMI Music Publishing wegen einer Urheberrechtsverletzung. Die Löschung des Songs dauerte freilich wegen der Proteste der Online-Community nur kurz, dann einigte man sich auf eine offizielle Veröffentlichung als Single.¹⁴⁷ Längst hatten auch die traditionellen Medien den Interneterfolg des Studentenulks verbreitet.

Ebenso bezeichnend ist das Internetphänomen eines Blumenkübels im westfälischen Neunkirchen, über dessen Zerstörung die Münstersche Zeitung am 3. August 2010 in einer kurzen Notiz berichtet hatte: „Fassungslos waren die Bewohner des Antoniusstift, als sie am Dienstagmorgen vor die Tür sahen: Einer der zwei Blumenkübel vor dem Eingang des Altenheimes wurde umgestoßen und lag zerbrochen vor dem Eingang.“¹⁴⁸ Diese Belanglosigkeit fand über die Twittermeldungen in kurzer Zeit enorme Verbreitung und erreichte in nur zwei Tagen Platz fünf der weltweit am meisten getwitterten Meldungen. Dabei führte insbesondere der Begriff ‚Blumenkübel‘ bei nicht deutsch sprechenden Twitterern rund um den Erdball zu zahlreichen Spekulationen. Bei Facebook gründete sich eine Fangruppe „Blumenkübel“ mit über 10.000 Mitgliedern und verschiedene Fernsehsender berichteten.¹⁴⁹

Im Internetzeitalter ist eben der alte Spruch „Wen kümmert es, wenn in China ein Sack Reis umfällt“ so nicht mehr gültig: Ein zerbrochener Blumenkübel aus dem Münsterland beschäftigte für einige Stunden zigtausende Menschen rund um den Globus, „Chatting & Cheating“¹⁵⁰ sind durchaus ein Charakteristikum des Cyberspace. Es belegt zugleich regelmäßig, dass sich im Internet auch eine

Gruppe von Menschen betätigt, die offenbar viel Zeit auch für Unwichtiges und Unsinniges haben.

Beliebtes Medium dafür ist der Internetdienst Twitter, der ursprünglich der schlichten Nachrichtenverbreitung diente. Dort werden SMS-ähnliche Nachrichten an eigene *Follower* verbreitet, die jedoch 140 Zeichen nicht überschreiten dürfen. Diese Beschränkung verführt entweder zur Verbreitung von Belanglosigkeiten aller Art, die der Erklärung oder Reflexion nicht bedürfen, oder tatsächlich zur Weitergabe von Nachrichten vom Flugzeugabsturz bis zu Wahlergebnissen, bevor diese über traditionelle Medien verbreitet werden. Eine größere Bekanntheit erhielt das Twittern, als zwei Mitglieder der Bundesversammlung am 23. Mai 2009 die Wahl von Horst Köhler zum Bundespräsidenten über Twitter meldeten, bevor der Bundestagspräsident das Wahlergebnis überhaupt bekannt gegeben hatte.

Der Twitter-Dienst hat in Deutschland keine besonders große Verbreitung, es gibt nur ca. 260.000 deutschsprachige Teilnehmer.¹⁵¹ „Einer Erhebung in den USA zufolge, sorgen zehn Prozent der Twitter-User für neunzig Prozent aller dort verbreiteten Nachrichten.“¹⁵² Dennoch ist die Breitenwirkung nicht zu unterschätzen. Das Prinzip des Twitterns sind nämlich sogenannte „Informationskaskaden“, d. h. eine einmal initiierte Meldung wird von anderen Nutzern im Schneeballsystem weiterverbreitet¹⁵³.

Die sozialen Netzwerke und der Twitter-Nachrichtendienst spielen eine wichtige Rolle beim Einsatz des Internets als Mobilisierungsinstrument für konventionelle Protestaktionen. Dieser „Netzaktivismus“ ist „erheblich schneller und geographisch weiterreichend zu mobilisieren und kann oft auf höhere Aktivistenzahlen verweisen als vergleichbare Offline-Aktionen“¹⁵⁴.

Zum ersten Mal wurde das Internet in diesem Sinn bei der Mobilisierung für die Demonstrationen gegen den Welthandels Gipfel in Seattle 1999 erfolgreich eingesetzt.

Seitdem haben „computervermittelte Kommunikationsmedien (...) die Frequenz und Beteiligung an transnationalen Protestereignissen in bisher unbekanntem Ausmaß erhöht: sei es im Sinne der Mobilisierung zahlreicher Demonstrationen zur gleichen Zeit an unterschiedlichen Orten (...) oder im Sinne der Organisation von einzelnen Massenevents mit transnationaler Teilnehmerschaft“.¹⁵⁵

Das Internet erleichtert „als Kommunikations- und Protestmedium einerseits die Organisation klassischer Protestformen und ermöglicht andererseits die Erweiterung des Protestrepertoires hin zu Online-Protestformen“.¹⁵⁶ Allerdings war bei 109 zwischen 1995 und 2005 untersuchten deutschsprachigen Internet-Kampagnen keine einzige ausschließlich virtuell und nur elf Prozent nutzten neue virtuelle Protestformen.¹⁵⁷ Vor allem orientieren sich solche Kampagnen im Internet sehr an ihrer Wahrnehmung außerhalb des Cyberspace: „Als Gradmesser des Erfolgs gilt auch die Berichterstattung in den Medien.“¹⁵⁸ Das Internet wurde deshalb meist zur Verstärkung traditioneller Protestformen eingesetzt. Es entstanden aber auch „digitale Duplikate traditioneller Aktivitätsformen“¹⁵⁹ wie Unterschriftensammlungen im Netz.

Zentrale Aspekte solcher Internetkampagnen sind die Zuspitzung der Konfliktdynamik, die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit, die Mobilisierung für traditionellen Protest und die Identitätsstiftung in einer quasi virtualisierten kollektiven Identität.¹⁶⁰

Während das Internet dabei durch seine dezentrale Struktur eigentlich egalitär, individualistisch und basisdemokratisch angelegt ist, wirkt es bei politischen Kampagnen bei aller Diversivität letztlich in hohem Maß zentralisierend und agiert mit seiner Mobilisierungskraft als Massenmedium. Davon profitieren eher mächtige Akteure, die traditionelle Massenmedien und das Internet kombinieren können.¹⁶¹

Dies haben Online-Kampagnen zugunsten des in der Bundesversammlung eher aussichtslosen SPD-Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl 2010, Joachim Gauck, oder 2011 für den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gegen sich verstärkende Rücktrittsforderungen gezeigt. Diese Kampagnen haben im Internet beeindruckende Unterstützerzahlen gefunden, entflammten wie Strohfeuer, waren nicht erfolgreich und verflüchtigten sich ebenso schnell, wie sie entstanden sind. Nachhaltige politische Arbeit ist im auf Schnelligkeit fokussierten Internet eine schwierige Herausforderung.

5. Ist das Internet demokratisch?

„Technologien sind politisch naiv. Politiker sind technologisch naiv.“

Robert Cailliau (geb. 1947), Informatiker¹⁶²

Technische Innovationen nehmen für sich in der Regel in Anspruch, dem Wohl der Menschen zu dienen. Da dieses Ziel inzwischen selbstverständlich mit dem Bekenntnis zur Demokratie gleichgesetzt wird, werden solche Neuerungen gerne als demokratisch bezeichnet, um ihnen ein unbestrittenes Qualitätssiegel zu verleihen. Dies war bei Automobil und Eisenbahn ebenso der Fall wie bei Telefon, Radio oder Fernsehen. Zugleich verbanden sich mit solchen Innovationen immer auch Hoffnungen das demokratische System zu optimieren. Mit solchen Erwartungen war auch das Internet von Anfang an behaftet.

Geburtshelfer Demokratie

Mit der Entwicklung von Computern, insbesondere von „Personal Computern“ (PC), schien sich die Lücke zwischen Demokratie und Technik zu schließen. Die neue „wertfreie Technik“ – wie es Karl Steinbuch in seinem 1968 erschienen Buch *Falsch programmiert* formulierte¹⁶³ – schien dafür prädestiniert, die Schwächen des demokratischen Systems auszumerzen. 1972 entwarf Helmut Krauch sein Modell einer ‚Computerdemokratie‘, in welcher Experten „quasi neutrales Wissen vertreten“ und über eine EDV-gestützte Datenbasis die „weitgehende Selbststeuerung der Menschen als Individuen und soziale Gruppe“ erreichen.¹⁶⁴

Inzwischen gehören die freilich nicht trennscharf verwendeten Begriffe ‚elektronische Demokratie‘ (E-Democracy), ‚digitale Demokratie‘ (Digital Democracy) und ‚Cyberdemokratie‘ (Cyberdemocracy) zum allgemeinen Sprachgebrauch. Wollte man sie systematisieren, so beschreibt elektronische Demokratie am ehesten eine technische Erneuerung des vorhandenen politischen Systems durch die Modernisierung vorhandener Beteiligungsmöglichkeiten, wie es zum Beispiel durch Online-Petitionen geschieht. Das Konzept der digitalen Demokratie geht darüber hinaus und sucht nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung durch die „bessere Vernetzung und vergemeinschaftete Willensbildung der Bürger untereinander“. Die noch weitergehende Zielversion der ‚Cyberdemokratie‘ „besteht in direkter, selbstbestimmter Regierung durch die Bürger selbst“.¹⁶⁵ Volle Strahlkraft entfaltete dieser Gedanke einer ‚Cyberdemokratie‘ mit der Möglichkeit der Vernetzung der Computer.

So galt das Internet mit seiner Entstehung vielen als aus sich heraus demokratisch – nicht zuletzt auch deshalb, weil es sich durch seine Nutzung in einer Art „Selbst-Evolution“¹⁶⁶ strukturierte. Ausgehend von der Kritik am repräsentativen System und seinen Institutionen sahen manche Protagonisten im Internet sogar einen vollkommenen demokratischen Gegenentwurf zur real existierenden Demokratie.¹⁶⁷

Andererseits stehen sich Demokratie und Technik oft fremd und distanziert gegenüber: „Often, those who know most about democracy and are most concerned with democracy know very little about technology. Those who know most about technology usually know very little about democracy.“¹⁶⁸ Dabei gehört zur Technik wie zur Demokratie der „Umgang mit Macht, (...) verstanden als Dynamik oder Energie, immer auch deren Kontrolle.“

Sprachlich leiten sich übrigens sowohl Gouverneur als auch Kypernetik vom griechischen Staatsmann Kybernetes

ab: „Für beide stehen Theorie und Praxis des Regels und Steuerns – einer Maschine oder eines Gemeinwesens – im Mittelpunkt.“¹⁶⁹ Aber „im Selbstverständnis der Techniker repräsentieren Technik und Politik nicht nur verschiedene, sondern miteinander unverträgliche Handlungsrationalitäten. (...) Denn die politische Lösung legitimiert sich nicht durch Richtigkeit, sondern durch Willen.“¹⁷⁰

Weil der demokratische Staat den Freiraum für unterschiedliche Sichtweisen gewährleistet, verwundert es nicht, dass er von Anfang an Geburtshelfer dessen war, was dann das Internet wurde. Dessen Vorläufer APRANET (*Advanced Research Projects Agency Network*) wurde ab 1962 zunächst im Auftrag der US-Luftwaffe und dann des US-Verteidigungsministeriums mit dem Massachusetts Institute of Technology entwickelt. Es ging darum, unterschiedliche amerikanische Universitäten, die für das Verteidigungsministerium forschten, in einem dezentralen Netzwerk zu verbinden und Datenpakete zwischen Computern über Telefonleitungen zu verschicken.

Auch der zweite wesentliche Entwicklungsschub des Internets, die Entwicklung des Hypertextes und des „world wide web“ (www) seit Mitte der 1980er Jahre ist untrennbar mit einer gemeinsamen Institution demokratischer Staaten verbunden, der ältesten europäischen Großforschungseinrichtung *Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire* (CERN). Dort ging es darum die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den 3000 Mitarbeitern und den ca. 6000 Gastwissenschaftlern zu verbessern.¹⁷¹

Schließlich ist es wiederum der Offenheit der freiheitlichen Demokratie zu verdanken, dass das neue Netzwerk 1990 auch für kommerzielle und private Nutzer freigegeben wurde. 1994 – es gab jetzt ca. drei Millionen Internet-Rechner – überstieg die Zahl der kommerziellen und privaten Nutzer des Internets erstmals die der wissenschaftlichen Nutzer.

Die wegen des Wachstums des neuen Mediums immer dringlichere Vergabe von Internet-Adressen (IP-Adressen) übertrug das US-Handelsministerium Mitte der 1990er Jahre an eine Organisation namens *Internet Assigned Numbers Authority* (IANA), deren einziger Mitarbeiter der Internet-Pionier Johnathan Postel (1943–1998) war. Sie wurde 1998 in die neugegründete *Internet Cooperation for assigned Names and Numbers* (ICANN) integriert. In zuletzt im Juli 2006 verlängerten Fünf-Jahresverträgen übertrug die staatliche *National Telecommunications and Information Administration* (NTIA) im Auftrag des US-Handelsministeriums ICANN die Aufgabe „to facilitate the transition of the technical coordination of the management functions related to the Internet domain name and addressing system (DNS) to the private sector“¹⁷².

Die Verwaltung der Top Level Domain „.de“ für Deutschland wurde nach der Registrierung in der IANA-Datenbank 1986 zunächst vom amerikanischen Netzbetreiber CSNET übernommen und 1988 nach einer Verständigung der akademischen Nutzer in Deutschland an die Universität Dortmund übertragen. Die steigende Nachfrage nach de-Domains führte 1993 auf Initiative der damaligen deutschen Internet Service Provider Deutsches Forschungsnetz DFN, EUNET und Xlink zu einer Ausschreibung der Domainverwaltung, die das Rechenzentrum der Universität Karlsruhe gewann. Es begann Anfang 1994 mit eintausend de-Domains. Da diese Zahl in zwei Jahren auf 20.000 anstieg, war eine erneute Reorganisation notwendig. Inzwischen gab es auch 37 deutsche Internet Service Provider, die nun eine Genossenschaft zur Domainverwaltung namens DENIC gründeten. Im internationalen Sprachgebrauch hießen solche Dienstleister *Net Information-Center* (NIC). Kombiniert mit dem Kürzel *.de* entstand der Name DENIC. Der Genossenschaft gehören inzwischen über 200 Mitgliedsfirmen an. In Frankfurt

am Main kümmern sich inzwischen etwa 120 Mitarbeiter um die Verwaltung der vierzehn Millionen de-Domains.¹⁷³

Autonomie-Illusionen

Es wirkt vor diesem Hintergrund nicht nur realitätsfremd, sondern ist geradezu eine Leugnung der Wirklichkeit, dass das frühere Mitglied des Chaos Computer Clubs Andy Müller-Maguhn nach seiner Wahl zum Europa-Direktor von ICANN, die er in einer Internetwahl gegen einen Repräsentanten der Telekom gewann, im Oktober 2000 kokettierte: „Also, ich erkläre Ihnen jetzt die Regierung, und das heißt, ich erkläre Ihnen, dass Sie in Zukunft bitte schön sich selbst regieren. Machen Sie doch einfach, was Sie wollen. Mach ich doch auch.“¹⁷⁴ Er befindet sich damit in der Tradition der Internet-Gründergeneration, für die der Informatiker David Clark 1992 den auf vielen T-Shirts zum Bekenntnis verbreiteten Satz formulierte: „We reject Kings, Presidents and voting. We believe in rough consensus and running code.“¹⁷⁵

Die vermeintliche Hierarchiefreiheit des Internets gehört zu den am hartnäckigsten gepflegten Klischees in der Netz-Community. So wurde das Internet schon in seinen Anfängen als scheinbar herrschaftsfreier Raum im „direkten Datenaustausch zwischen den Nutzern – vorbei an zentralen Instanzen“¹⁷⁶ idealisiert: „Das Netz ist dezentralisiert; ihm fehlte jedes Organ der Hierarchie und Überwachung, und insgesamt ist es sehr demokratisch, es geht von der nominellen Gleichheit aller Nutzer aus.“¹⁷⁷

Diese idealisierend-romantische Betrachtung des Netzes ist zwar immer wieder anzutreffen, aber durch die Fakten längst widerlegt. Zum einen lassen sich auch im Internet „Strukturen entdecken, die nicht dezentral zu nennen sind (...). Ein Bruchteil von Webseiten (verstanden als Knoten-

punkte in einer verlinkten Netzwelt) bilden das Zentrum des Internets.“¹⁷⁸ Zum anderen ergeben sich „Ambivalenzen der Konzepte elektronischer Demokratie (...) aus der Tatsache, dass Computernetzwerke nicht nur alternative, sondern auch die etablierten politischen Akteure stärken.“¹⁷⁹ Inzwischen ist zudem unbestritten, dass auch im „Social Web Exklusionsmechanismen wirksam werden, die bestimmte Gruppen von der Teilhabe ausschließen (...). (Das) Ideal der Hierarchiefreiheit stößt an seine Grenzen.“¹⁸⁰ Ein Beispiel dafür ist der problematische Trend zur „Zentralisierung großer Portale“¹⁸¹ wie Google oder Facebook.

Dennoch wird mit großer Selbstverständlichkeit seit Jahren auf der Google-Homepage – wohl nicht zufällig auf die zehn Gebote anspielend – unter der Überschrift „Zehn Punkte, die für Google erwiesen sind“ als vierter Lehrsatz verkündet: „Die Demokratie im Internet funktioniert.“¹⁸² Dass es einer großen Zahl scheinbar Gleichen den scheinbar herrschaftsfreien unkontrollierten Entfaltungsraum bietet, verklärt das Internet zum „demokratischen Medium“.¹⁸³

Dabei gilt die „Hyperlink-Vernetzung“ als ein „wichtiger Schlüssel zum Verständnis der demokratischen Aspekte des Internets“. Dieses Prinzip habe für die User eine „emanzipatorische Wirkung“ wegen „des persönlichen Zugewinns an Kontrolle und Handlungsmacht“ durch „die Dehierarchisierung zwischen Autor/Produzent und Leser/Rezipient (ja sogar die ‚Umkehrung‘ der Autor-Leser-Hierarchie), die gesteigerte ‚Kontrollmacht‘ der User durch Optionsvielfalt bei der Navigation. Die Individualisierung der Rezeptionshandlung, die Interaktivität durch Einflussnahme auf Hyperlink-Netzwerke etc.“ Zugleich erwächst aber „den Schöpfern komplexer Hypertexte (...) durch die Festlegung der Vernetzungsstrukturen ein Kontrollgewinn, der in mancher Hinsicht über das im Printformat Mögliche hinausgeht. (...) Die demokratisierende Wirkung der Hyperlink-Vernetzung ist also nicht innerhalb der

einzelnen Elemente eines Hyperlink-Netzwerkes zu suchen, sondern in der Fähigkeit der User, selbst zu Autoren zu werden und die übergeordnete Hyperlink-Struktur des Webs ihren Bedürfnissen entsprechend zu verändern.“¹⁸⁴

An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr die Doppelgesichtigkeit des Internets. Wer diesen Schritt vom passiven User zum aktiven Autor nicht leisten will oder kann, ist in seiner demokratischen Freiheit nicht gestärkt, sondern eher durch undurchschaubare Abhängigkeit geschwächt. „Genauso wenig wie Dehierarchisierung automatisch Demokratisierung bedeutet, führt eine Hierarchisierung – im Sinne eines ‚verordneten‘ Regelwerks für die Weiterentwicklung des Kommunikationsraums Internet – nicht automatisch zur Unfreiheit.“¹⁸⁵ Das gilt umso mehr, als es ein Irrtum wäre zu glauben, im Internet gäbe es keine Machtinteressen und -strukturen.¹⁸⁶ Die dort proklamierte radikale Freiheit „ironically, is more for machines than people“¹⁸⁷.

Im Internet spiegeln sich die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerbe der realen Welt, wenn auch mit teilweise veränderten Spielregeln und manchem netzspezifischen neuen Wettbewerb. „Während die Einschätzung vom weitgehend selbstregulierten Medium im Bereich der technischen Grundlagen noch zutrifft, ist die Selbstorganisation im Bereich der Inhalte und Anwendungen nicht stärker ausgeprägt als bei anderen Medien.“¹⁸⁸

Dieser Wettbewerb organisiert sich allerdings nicht einfach von selbst: „Die Demokratie lebt nicht bloß von der Offenheit der Verhältnisse, sondern auch von der Ordnung im Verfassungsstaat. Talkshows und Internet-Surfen ersetzen nicht die Institutionen und Prozesse der Politik.“¹⁸⁹ Es bedarf der Durchsetzung demokratischer Normen und Spielregeln, die den Schwächeren schützen und die Herrschaft eines virtuellen Faustrechts verhindern. Dies durchzusetzen ist schon deshalb nicht einfach, weil das Internet

„ein tiefgreifender Wandel ohne demokratische Legitimation“¹⁹⁰ ist: seine Einführung wurde von keinem Parlament beschlossen, keine Verfassung bestimmt seine Struktur und die für die Demokratie grundlegende Gewaltenteilung und Machtkontrolle sind im virtuellen Raum nicht zu Hause.

Brandbeschleuniger oder Feuerwehr

Im Verhältnis von Demokratie und Internet kommt es auf die Grundentscheidung für den „Vorrang der wirklichen Demokratie vor der virtuellen Technologie“¹⁹¹ an. „Das Internet ist nicht schon von Natur aus demokratisch. (...) Deshalb müssen auch im Internet demokratische Spielregeln immer von neuem durchgesetzt werden.“¹⁹² Die neuen technologischen Möglichkeiten des Cyberspace müssen der Demokratie dienstbar gemacht werden, damit sie von ihren Feinden nicht gegen sie gewendet werden können. Der demokratische Staat kann sich schon deswegen gegenüber dem Internet nicht gleichgültig verhalten, sondern muss es für sich nutzen.

Dazu gehört seine Verantwortung als „Geburtshelfer“, denn ohne staatliche Infrastrukturpolitik, d. h. den Ausbau der Netze, kann das Internet kein faires Angebot für alle Bürger sein. Zugleich hat der demokratische Staat als Wächter die Aufgabe der „normativen Steuerung“, damit die Technologie nicht gegen die Grundwerte der Demokratie in Stellung gebracht wird.¹⁹³ Dies gilt umso mehr, weil das Internet „als politische Agora einen völlig neuen Raum für politische Partizipation“ ermöglicht: „Grenzenlos sind nun Informationsangebote verfügbar, grenzenlos sind auch Kommunikationsräume eröffnet.“¹⁹⁴

Freilich dürfen dabei nicht all jene ausgeblendet werden, die das Internet nicht nutzen wollen oder können. „Der

wichtigste Einwand gegen die These, dass das Internet bestimmte Demokratisierungschancen mit sich bringe, rührt von der elitären Komposition der Netizins. (...) Greenpeace-Aktivisten profitieren vom Internet stärker als ungelernete Arbeiter in Schottland.“¹⁹⁵

Aber auch für die Internetnutzer ist der Partizipationsraum Internet keineswegs per se demokratisch. „Eine weitere Bedingung der Demokratie wird durch die Möglichkeiten der Netzkommunikation fragil, nämlich die Verortung. Dies meint: Demokratie lebt in Bezügen der realen direkten Umwelt.“¹⁹⁶ In der virtuellen Welt des Internets löst sich der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung leicht auf. Der Cyberspace bietet eben nicht nur Schutz vor Verfolgung, sondern auch Fluchräume vor Verantwortung.

In der politikwissenschaftlichen Diskussion werden zum demokratischen Potential des Internets ganz unterschiedliche Positionen vertreten. Optimisten erhoffen sich größere Partizipationschancen, Pessimisten sehen darin nur ein neues Forum für Eliten und viele andere betonen den ambivalenten Charakter des Internets.¹⁹⁷ Den „Verfechtern wie Verächtern“ des Internets ist dabei entgegenzuhalten: „Weder wird dank des Internets ein ‚neues athenisches Zeitalter‘ anbrechen noch wird an ihm die repräsentative Demokratie zugrunde gehen.“¹⁹⁸ Oft beschriebene Entwicklungen wie ‚elektronischer Populismus‘, Informationsüberschwemmung, die Erosion staatlicher Souveränität oder die Schwächung repräsentativer zugunsten plebiszitärer Demokratie sind in der Tat schon Begleiterscheinungen elektronischer Massenmedien wie Radio und Fernsehen. Allerdings werden sie im Internet in besonderer Dynamik zugespitzt und können leichter von Schwelbränden zu explosionsartigen Ausbrüchen führen.

Insgesamt ist das Internet nicht per se demokratisch. „Erstens steht das Handeln im Internet, und eben auch das politische, auf einer sehr unsicheren Normengrund-

lage. (...) Zweitens herrscht in der Netzkommunikation Einkanalton vor, und es gibt starke Nebengeräusche. (...) Drittens sind virtuelle Gesellschaften äußerst unkenntlich und zerbrechlich.“¹⁹⁹ Es ist deutlich, „dass für den Erfolg oder Misserfolg weniger technische Bedingungen als vielmehr ‚humane Faktoren‘ ausschlaggebend sind. (...) Informations- und Interaktionssysteme haben per se keine demokratiefördernde Wirkung.“²⁰⁰

Aber das Internet ist umgekehrt auch nicht per se antidemokratisch. Wenn es richtig genutzt wird, kann das Internet die freiheitliche Demokratie stärken. Es muss in den Dienst der Demokratie gestellt werden. Demokratische Politik muss ihre technologische Naivität überwinden, damit sich die politische Naivität des Internets nicht gegen die freiheitliche Demokratie wendet: „(...) whether democracy survives and flourishes is not going to depend on the quality and character of our technology, but on the quality of our political institutions and on the character of our citizens. That means that our first questions remaining today, as they always have been, are not technological but political.“²⁰¹

Dabei muss das Misstrauen der Internet-Community überwunden werden, denn der „Ideologie des größten Teils der Basis der frühen Internet-Nutzer (liegt) die stillschweigende Annahme zugrunde, dass Staaten und Regierungen keine Verbündeten der Freiheit sind. Und doch wissen wir aus der Geschichte, dass die institutionelle und nicht die libertäre Demokratie der hauptsächliche Schutzwall gegen Tyrannei gewesen ist.“²⁰²

Auch der „Mythos, der schon fast den Rang einer Plattitüde erlangt hat“, man könne das Internet nicht regulieren, ist falsch, denn im Zusammenhang mit der „Virtualität des Cyberspace (existiert) eine außerordentlich lebendige physische Realität“: „Sender, Empfänger und Übermittler sind entweder lebendige, atmende Personen, oder sie sind

Institutionen, die mit physischer Hardware ausgestattet sind, sich an realen Plätzen befinden und entsprechend vom Arm des Gesetzes erreicht werden können.“ Wir haben es „mit einer Frage der normativen Bewertung zu tun und nicht mit einer des technischen Determinismus“²⁰³.

Als Medium zur politischen Information bringt das Internet positive Aspekte wie „hohe Aktualität, schnelle Verfügbarkeit, leichte Weiterverarbeitung und Verknüpfung, einfacher Zugang, grenzenlose Kapazität“ ebenso mit wie negative Aspekte wie die „Konfrontation mit Datenschnitt, Verstärkung der Wissenskluft (...) Dominanz von Kommerz und Unterhaltung“²⁰⁴. Es kann sowohl als Brandbeschleuniger Krisen verschärfen als auch als Feuerwehr zu deren Lösung beitragen.

Es trifft zu, dass eine „demokratieförderliche Nutzung des Internet diesem Medium keineswegs immanent ist, sie muss sowohl von den etablierten Akteuren der Politik als auch den zur Deliberation und Partizipation bereiten Bürgern gewollt und dementsprechend genutzt werden.“²⁰⁵

So wenig das Internet per se demokratisch oder undemokratisch ist, so wenig bleibt die freiheitliche Demokratie von der Wirkungsmacht des Cyberspace unberührt: „Die bloße Existenz des Internet erzeugt Erwartungshaltungen, die zu ignorieren sich eine Demokratie (...) nicht mehr leisten kann.“²⁰⁶ Es geht darum, Möglichkeiten und Gefahren des Internets für die demokratische Grundordnung zu erkennen und zu benennen, damit eine sinnvolle Einordnung in das Wertgefüge der freiheitlichen Demokratie möglich ist.

II. Menschenwürde und Persönlichkeitsschutz

6. Abenteuerspielplatz und Stammkneipe

*„Marconi, Marconi, we can talk to Florida!“
„That’s wonderful, but do we have anything to say to
Florida!“*

Guglielmo Marconi (1874–1937), Physiker¹

Im Zentrum des Wertgefüges der freiheitlichen Demokratie steht der Schutz der Menschenwürde. Es ist deshalb notwendig zu untersuchen, wie sich das Internet auf die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen auswirkt. Zu diesen Persönlichkeitsrechten gehört unverzichtbar die freiheitsverbürgende Funktion der Privatheit, die sich über das Verfügungsrecht über Privatsachen, den Schutz des Privatmenschen vor dem Staat und die Trennung der Privatsphäre vom öffentlichen Leben definiert. Als „informationelle Privatheit“ gehört dazu die „gesicherte Verfügung des Einzelnen darüber, was andere von ihm wissen können und sollen“².

Ambivalenz der Anonymität

Insofern galt Eigenschutz durch Anonymität auf dem Weg durchs Netz zunächst als plausibel. Dies entsprach auch dem Alltagsleben in der realen Welt: Sei es beim Lösen einer Busfahrkarte oder an der Kasse im Supermarkt: „Anonymität ist im täglichen Leben die Regel und nicht die Ausnahme (...). Die Frage muss im Internet also nicht lauten: ‚Warum anonym?‘, sondern: ‚Warum nicht anonym?‘“³

Dabei galt und gilt Anonymität im Internet nicht nur dem Schutz eigener Daten, sondern auch als Eintrittskarte

zu einem Abenteuerspielplatz: „The presiding myth of the Internet through the 1980s and 1990s was that you went online, you could shed your earthly baggage and be whoever you wanted. Your age, your gender, your race, your job, your marriage, where you lived, where you went to school – all that fell away.“⁴⁴ Schon 1972 konstatierte Helmut Krauch in seinem Buch „Computer-Demokratie“: „Wir leben in zwei Welten. Die eine erschließt sich unserer Erfahrung, die andere erleben wir durch Medien.“⁴⁵ Dabei helfen uns die Medien, die Schattenseiten des Lebens zu verdrängen.

Allerdings bleibt ein völliges Eigenleben im Cyberspace unmöglich, weil „das Wirkliche sich wehrt. Menschen, die am Bildschirm ein Parallelleben führen, sind dennoch an die Begierden, den Schmerz und die Sterblichkeit ihres physischen Ich gebunden.“⁴⁶ So bleibt das ‚Online-Ich‘ mit der ‚Offline-Identität‘ eng verbunden. Aber die virtuelle Welt „ermöglicht es, individuelle Identitäten in ihren unterschiedlichen Selbstaspekten aktiv zu präsentieren und kollektive Identitäten durch den Zugang zu diversifizierten Zielgruppen oder Teilöffentlichkeiten aufzubauen“⁴⁷.

Erleichtert durch die unbegrenzte örtliche sowie offene zeitliche Reichweite werden im Internet traditionelle räumliche Schutzbarrieren und milieuspezifische Kommunikationsgrenzen unterlaufen: „Die virtuellen sozialen Kontexte erlauben ein neues Spiel mit privaten Selbstentwürfen wie öffentlichen Selbstinszenierungen. Niemand ist auf die Rollen und Erwartungsmuster festgelegt, die sich im Off-Line Leben verfestigt haben und nicht ohne hohe soziale Kosten verändert werden können. Nirgends gibt es ein größeres Publikum und eine zeitlich ebenso unbegrenzte Bühne für die eigene Kreativität.“⁴⁸

Dabei war in der ersten Netzepoche den Internetnutzern durchaus klar: „Das Internet bietet eine uferlose Menge an Herausforderungen und Anregungen, aber keinen privaten Schutzraum.“⁴⁹ Auch deshalb legten viele sich in der virtu-

ellen Welt falsche Identitäten zu. Umfragen unter Chat-Teilnehmern ergaben damals: „66 Prozent der Teilnehmer lügen regelmäßig und glauben, dass 98 Prozent der anderen dies ständig tun.“¹⁰

Der Weg der Anonymität wurde allerdings nicht nur zum eigenen Schutz gewählt, sondern manches Mal auch mit dem Willen zum Betrug: So tauchte 2006 bei YouTube eine Videoserie von „LonelyGirl15“ auf, die mit scheinbaren persönlichen Lebensbeichten eines sechzehnjährigen Mädchens sehr populär wurde, sich später aber als gefälscht herausstellte: „Das Schöne am Internet ist, dass jeder, selbst eine einsame Sechzehnjährige ihre Gedanken aufnehmen und damit viele Anhänger gewinnen kann. Das Unerträgliche am Internet ist, dass sie vielleicht weder einsam noch sechzehn ist.“¹¹

Einen besonders dramatischen Fall der Folgen eines gleich mehrfachen anonymen Identitätswechsels im Internet dokumentiert der eindrucksvolle amerikanische Film „tallhotblond“ (2009): Ein Arbeiter und ehemaliger Soldat lernt im Online-Chat ein vermeintlich junges Mädchen mit dem anonymen Nickname ‚tallhotblond‘ kennen und gibt sich selbst ebenfalls im Schutz der Anonymität als Achtzehnjähriger aus, obwohl er verheiratet ist und zwei Kinder hat. Die vermeintliche Teenagerin beginnt zugleich ein Online-Techtelmechtel mit einem seiner Arbeitskollegen, den er schließlich aus Eifersucht ermordet. Schließlich stellt sich heraus, dass die Online-Chatterin kein junges Mädchen ist, sondern eine Mutter, welche die Identität ihrer Tochter missbraucht hatte. Dieser Dokumentarfilm ist besonders gut geeignet, um die Abgründe der anonymen Internetwelt aufzuzeigen.¹²

Mit dem Wachstum des Internets wandelte sich auch die Einstellung zur Preisgabe der eigenen Identität: „The equality and anonymity that made the Internet so liberating in its early days turned out to be desastrously disinhi-

biting.“¹³ Zunehmend wurde die Entfernung der virtuellen von der realen Welt als Defizit empfunden. So entwickelte sich das Internet für die neue Nutzergeneration „vom Werkzeug der Informationssuche zum eigenständigen Kultur- und Lebensraum. Es entstand mit wachsender Geschwindigkeit eine Massenbewegung, die durchaus als erste große Völkerwanderung des Informationszeitalters zu bezeichnen ist.“¹⁴

Soziale Netzwerke

Dies war die Geburtsstunde der Sozialen Netzwerke, von denen es im deutschsprachigen Internet etwa 150 gibt. Als Kontaktnetzwerk für den Beruf hat ‚Xing‘ etwa neun Millionen registrierte Nutzer. Ein ähnliches Profil hat ‚Linkedin‘, das weltweit fünfzig Millionen Mitglieder verzeichnet, mit seinem 2009 eröffneten deutschsprachigen Angebot allerdings noch weniger als eine Million Nutzer erreicht. Für den privaten Austausch und wegen seines deutlich regionalen Profils auch für Vereine und private Interessensgruppen interessant hat sich ‚wer-kennt-wen‘ mit acht Millionen Mitgliedern etabliert. Ein vergleichbares Netzwerk sind auch die ‚Lokalisten‘ mit 3,5 Millionen Nutzern. Schon 2002 wurde das Netzwerk ‚stayfriends‘ gegründet, das besonders alte Schulkameraden zusammenführen will.¹⁵

Die größten sozialen Netzwerke sind inzwischen Facebook und die VZ-Netzwerke (SchülerVZ, StudiVZ und MeinVZ). Bei den Onlinern über vierzehn Jahre, die das Netz wöchentlich oder häufiger nutzen, liegt Facebook (42 Prozent) vor Schüler- bzw. StudiVZ (33 Prozent) und wer-kennt-wen (18 Prozent).¹⁶ Dabei beschleunigt sich insbesondere die Zuwachsrate bei Facebook: Zum Jahreswechsel 2010/2011 meldete das Netzwerk bei einer täglichen Zuwachsrate von über 700.000 Nutzern 550 Mil-

tionen Mitglieder weltweit (davon dreißig Prozent in den USA), von denen sich angeblich die Hälfte täglich einloggt. Die Plattform wird in über 200 Ländern in mehr als 75 Sprachen angeboten.¹⁷

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass bei Facebook schon der nur monatliche Besuch im Netzwerk zur Aufnahme in die Statistik der Mitglieder ausreicht.¹⁸ Ein derart geringer Aktivitätsgrad widerspricht eigentlich dem Charakter eines sozialen Netzwerkes. Insofern verbirgt sich hinter den veröffentlichten Nutzerzahlen eine unbekannt Zahl inaktiver „Karteileichen“. Auf dieser Grundlage gab Facebook Ende März 2011 in Deutschland 16,2 Millionen Nutzer an.¹⁹

Die drei VZ-Netzwerke kamen im April 2010 zusammen auf 16,4 Millionen Mitglieder, wer-kennt-wen auf 7,49 Millionen.²⁰ „Bezüglich der Nutzungsdauer zeigt sich, dass Social-Media-Sites in aller Regel dazu genutzt werden, sich ein kurzes ‚Update‘ über die Befindlichkeiten im Netzwerk zu verschaffen. (...) Zurzeit werden Social-Networking-Sites meist 15 Minuten und weniger pro Tag genutzt.“²¹

Voraussetzung für die Nutzung Sozialer Netzwerke ist der formelle – wenn auch meist kostenlose – Beitritt zum jeweiligen Netzwerk. Dabei wird ein ‚Profil‘ angelegt, in dem das neue Mitglied Angaben zu sich hinterlegen und für alle anderen Nutzer freischalten kann.

Allerdings ist dort auch eine anonyme Anmeldung möglich, da dazu lediglich eine E-Mail-Adresse benötigt wird. „Lediglich die Hälfte aller in Communities aktiven Onliner benutzt innerhalb von Onlinenetzwerken den vollständigen Namen – ein Viertel der Befragten meldet sich mit Spitznamen an, ein gutes Fünftel verwendet Teile des vollständigen Namens, zumeist den Vornamen und 8 Prozent verwenden einen anderen Namen.“²²

Handlungsoptionen im Social Web sind für den Nutzer das „Identitätsmanagement“, mit dem durch das Erstellen

von Profildaten oder Hochladen von Fotos Aspekte der eigenen Person offengelegt werden. Im „Beziehungsmanagement“ werden Kontakte durch Aussprechen oder Annehmen von Freundschaftsanfragen oder Einträge auf Pinnwänden geschlossen und gepflegt. Im „Informationsmanagement“ werden Informationen z. B. durch das Abonnieren von RSS-Feeds und das Taggen einer Website gefiltert, verwaltet und bewertet.²³

Die in den Netzwerken als Freunde verbundenen Nutzer tauschen miteinander belanglosen Smalltalk, Bilder oder Videos aus, geben einander Informationen zu allen möglichen Themen weiter oder vergnügen sich in interaktiven Endlosspielen: „Durch eine Kombination von technologischen und sozialen Innovationen ist eine neuartige Qualität von distanzierter und doch niederschwelliger Kommunikation entstanden.“²⁴

Dabei gilt für manche: „Das Netzwerk ist die Botschaft.“²⁵ Soziale Netzwerke als Online-Communities „basieren auf persönlicher Interaktion sowie emotionaler Kommunikation und sind durch eine gewisse zeitliche Stabilität gekennzeichnet. Eine Online-Community ist also grundsätzlich ein soziales Phänomen“²⁶. Es geht überwiegend um Kontakt zu denen, die auch offline zum Freundes- und Bekanntenkreis gehören: Über siebzig Prozent der Nutzer pflegen in den Sozialen Netzwerken mehrmals in der Woche oder täglich Kontakte mit Freunden, die sie auch regelmäßig persönlich treffen. Die Hälfte pflegte solche Kontakte auch zu Freunden, denen sie nicht (mehr) persönlich begegnen.²⁷

In Deutschland setzen die meisten Nutzer auf die überschaubare Reichweite eines eigenen Bekanntenkreises mit durchschnittlich 130 Verlinkungen zu anderen Personen. Auch in den USA steht für neunzig Prozent der Nutzer (ohne signifikante Altersunterschiede) der Kontakt zu persönlichen Freunden und Bekannten im Vordergrund. Nur

die Hälfte der Nutzer interessiert sich für das Finden neuer Freunde. In Großbritannien pflegen zwei Drittel der Nutzer Kontakte zu denen, die sie auch außerhalb des Netzes kennen.²⁸ „Private Kontaktpflege und die Nutzung als allgemeine Informationsquelle sind die wichtigsten Gründe zur Nutzung von Social-Media-Sites.“²⁹

Dabei hat die soziale Interaktion im Internet meist keine direkten Auswirkungen auf die Gestaltung des Alltagslebens, sondern gesellt sich zu den bestehenden sozialen Bindungen oder vertieft diese. Denn das Internet hilft, Bindungen über Entfernungen hinweg aufrechtzuerhalten. Verschiedene Untersuchungen stützten „die These nicht, das Internet führe zu geringerer sozialer Interaktion und größerer sozialer Isolation“³⁰.

Entblößung im Netz

Problematisch ist allerdings, dass soziale Netzwerke eine Art von Schutzraum unter ‚Freunden‘ vorgaukeln, die viele Nutzer dazu verleitet, in Text und Bild auch sehr private Informationen von sich preiszugeben, die dann eben keineswegs nur von ‚Freunden‘ gelesen werden können. Soziale Netzwerke bieten also „einen spezifischen und in seinen Konsequenzen möglicherweise nicht vollständig überblickbaren Tausch von sehr weitreichenden persönlichen Daten gegen komfortable, effiziente und angenehme Optionen des Beziehungs- und Informationsmanagement“, den man als „faustian bargain“ (Teufelpakt) bezeichnen könnte.³¹

Dies ist besonders problematisch, weil soziale Netzwerke wesentlich intensiver von jüngeren als von älteren Menschen genutzt werden. So sind von den in Deutschland lebenden 16,2 Millionen Facebook-Nutzern 3,4 Millionen achtzehn Jahre alt und jünger, aber nur 3,2 Millionen vierzig Jahre und älter.³² Wer auf dem Weg von der „analogen

Jugend“ zum „digitalen Erwachsensein“³³ über das neue Medium noch staunt, begegnet den Cyberspace-Angeboten zur Offenlegung des Privaten schon deswegen mit einer gewissen Zurückhaltung, weil es für ihn neu ist.

Die neue Generation der Internetnutzer ist in die digitale Welt geboren, in der ihre Eltern hineingewachsen sind.³⁴ Für sie ist selbstverständlich, was für ihre Eltern neu war. Entsprechend unbefangen bewegen sie sich im Cyberspace. Gerade in Deutschland lassen mit 75 Prozent sehr viele Nutzer (besonders Jugendliche!) den uneingeschränkten Zugang zu allen in solche Netzwerke eingestellten persönlichen Informationen (auch Bilder) zu, in den USA sind es sechzig Prozent und in Großbritannien fünfzig Prozent.³⁵ Die Gründe für diese über das im realen Leben hinausgehende, teilweise naive Offenherzigkeit sind die „Suche nach Beziehungen, sozialer Zugehörigkeit und Unterstützung“ sowie „Selbstbestätigung bzw. Selbstdarstellung“³⁶.

Soziale Netzwerke sind deshalb auch ein ‚Hort der Selbstdarsteller‘. Immerhin fast sechzig Prozent von mehr als tausend befragten College-Studenten gaben an, „dass die Menschen ihrer Altersgruppe die Netzwerke vorwiegend für Selbstvermarktung, Narzissmus und die Suche nach Aufmerksamkeit nutzen“.³⁷ Der Auskunftsfreude sind in den Sozialen Netzwerken wie generell im Internet praktisch keine Grenzen gesetzt.

Einer der ersten, der dies erkannte, war Facebook-Gründer Mark Zuckerberg: „Zuckerberg just wanted people to be themselves.“ Oder mit seinen eigenen Worten: „I think as humans we fundamentally parse the world through the people and relationships we have around us. So at its core, what we’re trying to do is map out all of those trust relationships, which you can call, colloquially, most of the time, friendships.“³⁸

Der Erfolg von Facebook besteht wohl auch darin, dass es das Internet nicht als Computernetzwerk versteht, son-

dern als Netzwerk von Menschen. Es gibt den Internetnutzern, wonach sie nun auch im Netz verlangen: ihre eigene Identität: „All that stuff that the Internet enabled you to leave behind, all trappings of ordinary bourgeois existence – your job, your family, your background? On Facebook, you take it with you. It’s who you are.“³⁹ Damit etablierte sich auch die „Identitätspreisgabe als Faktor der Kommunikationskultur“⁴⁰.

Zuckerberg selbst sagte dazu: „Als wir anfangen, überraschte es uns wirklich, wie viele private Informationen die Menschen auf der Internetseite freiwillig preisgeben wollten. Vor dreieinhalb Jahren war es nicht einmal üblich, den echten Vor- und Nachnamen online zu benutzen. Doch die Leute wollten sich mitteilen. Und mehr als 25 Prozent hinterlegten sogar ungefragt ihre Handynummern.“⁴¹

Sinnbild für diese neue Bereitschaft zur Offenlegung eigener Daten wurde die sofort sehr populäre Möglichkeit in Facebook und anderen sozialen Netzwerken mit dem eigenen Namen im Internet ein Photo zu verbinden. Täglich werden über hundert Millionen solcher Bilder auf Facebook eingestellt und können dort – auch ohne Einverständnis des Betroffenen – namentlich zugeordnet werden: „The masked-ball period of the Internet is ending. Where people led double lives, real and virtual, now they lead single ones again.“⁴²

Zu dieser Demaskierung im Internet, die im krassen Gegensatz zur Anonymitätskultur der Anfangsjahre steht, gehört auch, dass in sozialen Netzwerken alles auf die Verknüpfung der Nutzer untereinander abgestellt ist. Für virtuelle Gemeinschaften ist neben der „Praxis globaler Redefreiheit“ das Prinzip „selbstgesteuerter Vernetzung“⁴³ prägend. Diese Vernetzung ist auch das einzige Ziel der einfachen, aber außerordentlich populären Facebook-Online-Spiele wie Farmville mit über 54 Millionen Teilnehmern.

Facebook-Gründer Zuckerberg träumt von der „Facebookization of the Web (...): wherever you go online, you'll see your friends“⁴⁴: Wer heute im Internet surft, kann angesichts der Häufigkeit der Facebook-Buttons auf einer Vielzahl von Webseiten die Dynamik der Umsetzung dieser Vision schon erahnen.

Gerade weil soziale Netzwerke in erheblichem Maß von Jugendlichen genutzt werden, ist die neue Gefahr der „ Vernachlässigung des Selbstschutzes der eigenen Sphäre“⁴⁵ sehr ernst zu nehmen. Dies gilt umso mehr, als die Schnelligkeit des Agierens zu den Kennzeichen sozialer Netzwerke gehört: „Die Unvermitteltheit der Interaktion in der Netzwelt stellt hohe Anforderungen an die Bewusstheit der Selbstdarstellung und verlangt die Reflexion auf deren Wirkung bei den Betrachtern.“⁴⁶

Bei manchen sozialen Netzwerken entsteht auch der Eindruck, dass im Blick auf den Schutz privater Daten „die Bereitschaft zum Kontrollverlust (...) Voraussetzung für diese Form der digitalen Teilhabe“ ist.⁴⁷ Es gibt durchaus die Versuchung, freiwillig die eigene Privatsphäre preiszugeben, um dazu zu gehören: „Relationships on Facebook have a seductive, addictive quality that can erode and even replace real-world relationships. Friendships multiply with gratifying speed, and the emotional stakes stay soothingly low; where there isn't much privacy, there can't be much intimacy either.“⁴⁸ Mark Zuckerberg beschreibt offen als Ziel von Facebook: „Wir wollen die Menschen dazu bewegen, sich von sich aus zu öffnen.“⁴⁹

Es ist auch keineswegs einfach, sich bei diesen sozialen Netzwerken wieder abzumelden und ein Nutzerkonto zu löschen.⁵⁰ Jedenfalls ist der Ausstieg aus sozialen Netzwerken um ein Vielfaches schwerer als der Einstieg. So stellt sich durchaus die Frage, inwieweit solche „Lock-in-Effekte“ die Freiwilligkeit der Teilnahme de facto einschränken, weil „durch die Investition in eigene Selbst-

darstellung und den Aufbau eines eigenen sozialen Netzwerkes Austrittskosten“ entstehen, die der Einzelne scheut“⁵¹.

Es ist durchaus „harte Arbeit, die eigenen Daten im Netz zurückzuhalten und nur gezielt preiszugeben“⁵². Wer dies vernachlässigt, kann mit unangenehmen Folgen konfrontiert werden. „Wir können in virtuellen Welten verloren gehen. Manche Kritiker betrachten das Leben im Cyberspace als bloßen Schein, als Flucht oder leere Zerstreung. Das ist nicht richtig. Die Erfahrungen, die wir dort machen, sind erst zu nehmen.“⁵³ Sie gehören zum wirklichen Leben.

Aber es wäre zu einseitig, nur den „digitalen Exhibitionismus“ im Internet anzuprangern, kritisiert werden müssen auch die Voyeure – ähnlich wie beim holländischen Wohnzimmer, das traditionell keine Gardine hat, nicht nur die Bewohner, sondern auch die Betrachter zur Diskretion angehalten sind.⁵⁴ Internetnutzer, die sozusagen die Gardinen abgenommen und sich mit eigenen Beiträgen in die Welt des Internets begeben oder sich bei einem Sozialen Netzwerk angemeldet haben, lernen schnell eine neue Herausforderung kennen: „They must manage their online reputations constantly.“⁵⁵ Denn das Internet legt alles offen und vergisst nichts.

7. Verlorene Privatheit

„The Net never forgets“

Joseph Daniel Lasica, Internet-Blogger (1998)⁵⁶

In unserer modernen Gesellschaft ist seit längerem ein Wandel im Verständnis des Privaten zu beobachten: „Nicht nur Straßen und Plätze, mehr noch funktionieren die Medien – Fernsehen, Illustrierte, Internet – längst als Bühne für die Schaustellung des Privaten und Intimen.“⁵⁷ Als auffälligstes Beispiel unserer Zeit ist hier wohl die 1999 erstmals in den Niederlanden ausgestrahlte Fernsehshow „Big Brother“ zu nennen, die die ‚Rund-um-die-Uhr Zur-Schau-Stellung‘ aller Lebensbereiche zum zentralen Programminhalt erhob und die Schreckensvision der totalen Überwachung aus George Orwells 1949 erschienen Roman „1984“ zu einem positiven Marketingbegriff umfunktionierte.

Das Rezept ist nach wie vor erfolgreich und inzwischen von Fernsehanstalten in über siebenzig Ländern übernommen. Dazu gesellen sich seit einigen Jahren sogenannte „Trash-Talk-Shows“, in denen die eingeladenen Gäste intimste Details aus ihrem Leben ausbreiten: „Instead of withdrawing, we now boldly and almost shamelessly parade our private selves in public.“⁵⁸ Jeder kennt auch das Phänomen der laut telefonierenden Handy-Nutzer, die ihr Umfeld ohne Hemmungen und mit größter Selbstverständlichkeit an privatesten Gesprächen teilhaben lassen.

Entgrenzung der Erinnerung

„Onlinekommunikation gilt als wesentlicher Faktor des kulturellen Wandels von Privatheit.“⁵⁹ Schon die Analyse von privaten Homepages kommt zum Ergebnis: „Privates ist zunehmend öffentlich verhandelbar und vorzeigbar geworden“, wobei gerade Homepages eine „neuartige Form der Expressivität in der Darstellung von Privatheit (...) eine eigentümlich einseitige Kommunikationsofferte sind. Sie unterliegen keinem Rechtfertigungszwang.“

Als unerschöpfliches Reservoir an Informationen und Meinungen und Plattform für scheinbar grenzen- und endlose Kommunikation ist das Internet zugleich – und als zwingende Voraussetzung dafür – ein offenbar unbegrenzter Speicherplatz für praktisch alles, was in ihm kommuniziert wurde. Auch hier zeigt das Internet seine Ambivalenz zwischen dem scheinbaren Wegschauen eines großzügigen *Anything goes* und einem ebenso unerbittlichen Erinnerungsvermögen: „Eine der menschlichsten Eigenschaften des Internet ist seine unbegrenzte ‚Richterskala‘ für Dummheiten und Geschmacklosigkeiten. Seine unmenschlichste ist die Entgrenzung der Erinnerung.“⁶⁰

Dabei ermöglichen Digitalisierung, immer billigere Speichermedien und ständig einfachere Zugangs- und Suchmöglichkeiten nicht nur „Transparenz via Dokumentation“⁶¹, sondern sie führen auch zum „Niedergang des Vergessens“. „Das Internet fixiert Vergangenes intensiver, als der Buchdruck es je gekonnt hat.“⁶² Jede Abfrage in einer Suchmaschine bestätigt, wie gegenwärtig auch längst Vergangenes ist. So bringt das Internet mit seiner ungeheuren Datenfülle einen „Zwang zur Erinnerung“ mit sich, der dem Vergessen als wichtigem Bestandteil menschlicher Erkenntnis den Raum nimmt. Diese Entwicklung verändert das Zusammenleben der Menschen:

„Jahrhundertlang war die Beziehung zwischen Erinnern und Vergessen klar. Sich etwas zu merken war schwierig und kostspielig, und die Menschen mussten sich genau überlegen, was diesen Aufwand tatsächlich wert war. Das Vergessen war der Normalfall. Im digitalen Zeitalter hat sich dieses Verhältnis von Erinnern und Vergessen umgekehrt – vielleicht die fundamentalste Veränderung seit Menschengedenken. Informationen mit Hilfe des digitalen Gedächtnisses in Erinnerung zu rufen ist zur Regel geworden und das Vergessen zur Ausnahme. (...) (Das Vergessen) befähigt uns, zu verallgemeinern und von konkreten Erfahrungen zu abstrahieren. Es ermöglicht uns zu akzeptieren, dass der Mensch – wie alles im Leben – sich mit der Zeit verändert. Es verankert uns in der Gegenwart und befreit uns von der permanenten Fesselung an eine immer unbedeutender werdende Vergangenheit. Das Vergessen erlaubt uns als Gesellschaft, Einzelnen zu vergeben und für den Wandel offen zu bleiben. (...) Digitales Erinnern verhaftet uns der Vergangenheit und macht anfällig für eine möglicherweise verheerende Überreaktion in Form völliger Nichtbeachtung unserer Vergangenheit.“⁶³

Schon 1998 warnte der Internet-Spezialist Joseph Daniel Lasica in seinem Aufsatz „The Net never forgets“ vor den Folgen: „Our past now follows us as never before (...). You may leave town, but your electronic shadow stays behind. We often view the Internet as a communications medium or an information-retrieval tool, but it's also a powerful archiving technology that takes snapshots of our digital lives – and can store those fleeting images forever.“⁶⁴ Mit ihrer dauerhaften Speicherung sind die privaten und persönlichen Öffentlichkeiten im Internet – im Unterschied zur persönlichen Kommunikation von Angesicht zu Angesicht – persistent, duplizierbar und durchsuchbar. „Durch das Internet entledigt sich Kommunikation letzter

Grenzen von Zeit und Raum und wird grenzenlos, damit aber auch grenzenlos gefährlich.“⁶⁵

Sogenannte „unintendierte Publika“⁶⁶ mit denen veraltete Informationen über Personen als scheinaktuell weiter im Netz verfügbar sind, können die Privatsphäre in besonderer Weise verletzen. Die Folgen können auch für den Einzelnen frapierend sein:

So wurde 2006 in den USA Stacy Snyder trotz aller bestandenen Prüfungen nicht als Lehrerin zugelassen, weil im Internet alte Bilder auftauchten, die sie selbst dort eingestellt hatte und sie als kostümiert mit einem Pappbecher in der Hand und der Selbstbeschreibung als „drunken pirate“ zeigten. Gerichtsprozesse gegen die Einstellungsverweigerung verlor die junge Frau. Im gleichen Jahr wurde dem siebzehnjährigen Kanadier Andrew Feldmar die Einreise in die USA verweigert, weil ein Grenzbeamter über eine Google-Suche einen vierzig Jahre alten Artikel gefunden hat, in dem sich der Psychotherapeut zum Konsum von LSD bekannt hatte, beim Einreiseversuch aber die Frage nach früherem Drogenkonsum verneinte.⁶⁷

In Russland verlor eine Richterin ihr Amt, nachdem im Internet Fotos verbreitet wurden, auf denen sie zärtlich eine Wodka-Flasche küsst. Sie hatte die Fotos selbst auf ihrer Seite in einem Sozialen Netzwerk platziert. Unbekannte verbreiteten sie im Netz, nachdem die Richterin zwei sibirische Oppositionelle zu einer Geldstrafe wegen der Teilnahme an einer Demonstration verurteilt hatte, bei der sie gar nicht anwesend gewesen waren. In Jekaterinburg verloren zwei Verkehrspolizisten ihren Job, weil im Netz ein Video auftauchte, das sie beim Striptease mit heulenden Sirenen im Dienstwagen zeigte. Besondere Aufmerksamkeit erregte im Februar 2011 auf YouTube das sarkastische Musikvideo „Zollstation Wladiwostok“⁶⁸ über Korruption beim russischen Zoll. Es war mit tatsächlichen Zoll-Mitarbeitern wohl für den internen Gebrauch gedreht

worden, aber dann ins Netz geraten. Der russische Generalstaatsanwalt kündigte strenge Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung beteiligter Mitarbeiter an.⁶⁹

Es ließen sich viele weitere Beispiele aufzählen. Bei der Frage nach „akzeptablen Formen der Selbstpräsentation im Internet“ wird deutlich, „dass nicht nur technische Entwicklungen, sondern auch soziale Entscheidungen und Bewertungen darüber bestimmen, wo die Grenzen der Privatsphäre zu ziehen sind“.⁷⁰ Dabei vergessen viele Internetnutzer, dass die zeitlich nicht begrenzte Reichweite des Internets ‚kollektives Vergessen‘ erschwert, wenn nicht gar verhindert. Die sich daraus entwickelnden schweren Gefährdungen des Persönlichkeitsschutzes sind auch Folge des umfassenden Versuchs alles in der digitalen Welt zu erfassen und schnell auffindbar zu machen.

Folgenreiche Sammelwut

Im Frühjahr 2007 musste Google zugeben, „bis dahin jede einzelne Suchanfrage, die jeder Nutzer je eingetippt hatte, gespeichert zu haben wie alle Suchergebnisse, die diese Nutzer danach eingeklickt hatten“⁷¹. Ähnliches wurde von Yahoo und Microsoft bekannt. Bei AOL musste eine Frau, die im Frühjahr 2006 intime Sexualfragen in die AOL-Suchmaschine eingegeben hatte, erleben, dass diese Fragen noch lange lesbar und und ihr namentlich zuzuordnen waren.⁷²

Google-Chef Eric Schmidt („Offenheit ist meine Religion“⁷³) bekannte in einem Vortrag bei der Berliner Funkausstellung im September 2010 ganz ausdrücklich: „Letztlich geht es buchstäblich um alle Ihre Informationen – E-Mail, Sachen, die Ihnen am Herzen liegen, mit Ihrer Erlaubnis natürlich.“⁷⁴ Deshalb setzt Google auch einen *word-scanner* ein, um mit einer Art umgekehrten Spamschutz aus E-Mails Daten für die personalisierte Werbung gewinnen zu kön-

nen.⁷⁵ Mit einem Marktanteil von über 85 Prozent stellt Google die am meisten genutzte Suchmaschine: „Google’s secret software standard is hidden in its computer cloud instead of being placed in your pocket.“⁷⁶

Bei täglich über drei Milliarden Suchanfragen analysiert diese Software, „was der Google-Nutzer tut: Welche Suchbegriffe gibt er ein, welche Seiten und welche Anzeigen klickt er an? So kann Google genau erkennen, was die Internetnutzer bewegt. Über und neben den Suchergebnissen werden die Google-Anzeigen thematisch passend eingeblendet. Google verdient bei dem Klick mit. Das Anzeigensystem Google Adwords bringt mit 98 Prozent die meisten Erlöse im Google-Konzern. Auch die Herkunft der Suchanfragen nach Städten und Regionen kann Google leicht ermitteln. (...) Natürlich wird auch alles, was der Google-Mail-Nutzer sendet, nach Schlüsselwörtern durchforstet. Und schwups kommen beispielsweise bei dem Wort ‚Baby‘ oder ‚Windeln‘ eher früher als später die passenden Anzeigen.“⁷⁷

Google-Vorstandschef Eric Schmidt beschrieb dabei schon den nächsten Schritt: „Wenn ich eine Straße hinuntergehe, können Passanten per Livestream Informationen von der Oper, dem Kino, dem Händler und den Schulen empfangen. An der Oper könnte das Telefon dann ein Stück aus der Oper vorspielen. Wenn der Nutzer die Oper hasst, bekommt er eine andere Einspielung. Das allwissende System trifft also Entscheidungen in Echtzeit und versorgt Menschen mit Informationen.“⁷⁸

Auch bei Facebook gilt als Grundeinstellung für die Nutzer die Offenlegung der eigenen Daten, sodass eigene Aktivitäten innerhalb von Facebook und mit Facebook-Tools wie dem Button „Gefällt mir“ im Netz für jedermann einsehbar gespeichert werden – es sei denn, man entscheidet sich für einen höheren als den von Facebook voreingestellten Datenschutz. Diese Form der völligen Transparenz spiegelt sich in der Facebook-Zentrale im kali-

fornischen Palo Alto: Den größten Grad an Privatheit bietet der von drei Seiten durch Glaswände einsehbare Konferenzraum, der nicht zufällig den Namen Aquarium trägt: „Otherwise the space is open plan: no cubicles, no offices, no walls, just a rolling tundra of office furniture.“⁷⁹

Ganz in diesem Sinn beschreibt Mark Zuckerberg seine Philosophie: „The thing that I really care about is making the world more open and connected. What that stands for is something that I have believed in for really long time. Open means having access to more information, right? More transparency, being able to share things and have a voice in the world.“⁸⁰ Er befindet sich hier auf einer Linie mit Google-Chef Eric Schmidt, der zur Frage der Privatsphäre sagte: „If you have something that you don't want anyone to know, maybe you shouldn't be doing it in the first place.“⁸¹ Ganz ähnlich äußerte sich der bei Google seit 2005 als Vizepräsident und „Chief Internet Evangelist“ beschäftigte Mathematiker Vint Cerf, der auch als „Vater des Internets“ bezeichnet wird: „Nichts, was Sie tun, wird jemals verschwinden und nichts, was sie tun, wird unbenutzt bleiben. Es gibt keine Privatsphäre, finden Sie sich damit ab.“⁸²

Zwar betonen alle Beteiligten, die Internet-Nutzer würden die Informationen über sich im Internet freiwillig zur Verfügung stellen und damit dürften sie auch genutzt werden. Aber zugleich versuchen sie ihr Klientel auch immer neu zu veranlassen, noch mehr Informationen von sich preiszugeben. Dahinter steht auch ein harter Wettbewerb zwischen Google und Facebook um den zielgruppenspezifischen Werbemarkt. Hier holt Facebook nach einem ganz einfach Prinzip auf: „Privates Plaudern ‚unter Freunden‘ verrät viel mehr über die Internetnutzer als das Suchverhalten, das Google kennt. Dazu kommt: Empfehlungen von Freunden haben eine viel höhere Glaubwürdigkeit als Artikel in Zeitungen, Aussagen in Internet-Blogs und erst

recht als beliebige Werbebanner. Das macht Reklame bei Facebook zu einem extrem interessanten Weg der Kundenansprache für die werbetreibende Industrie in aller Welt.“⁸³

Selbst die Nutzer von Online-Spielen bei Facebook müssen damit rechnen, dass aus ihrem Spielverhalten Werbe-
daten gewonnen werden, und geben mit ihrer Anmeldung zu Spielen wie Farmville oder Mafia Wars auch ausdrücklich die Zustimmung zur werblichen Nutzung ihrer Spieldaten.

Manche wollen in ihren Eifer für die Offenheit aller Informationen und ihre Erfassung im Netz auch die Politik einschließen. So schlug der Internet-Autor und Blogger Jeff Jarvis unter der Überschrift „Die Herrschaft der Computerfreaks“ allen Ernstes vor, jeder solle in einem ‚Facebook der Demokratie‘ seine politischen Ansichten für jedermann offenlegen.⁸⁴ Freiwillig haben das bei den amerikanischen Präsidentschaftswahl 2008 übrigens schon viele getan: „41 Prozent aller Nutzer von sozialen Netzwerken fanden in einem solchen heraus, für wen ihre Freunde stimmen würden bzw. gestimmt hätten.“⁸⁵

Gleichzeitig artikuliert sich unter den Nutzern auch immer wieder einmal Skepsis gegenüber der Facebook-Philosophie der umfassenden Transparenz. Ende 2007 musste das Unternehmen nach heftigen Nutzerprotesten sein Tool „Beacon“ wieder einstellen, das „Freunden“ Auskunft über eigenes Kaufverhalten gab.

Google belässt es nicht bei der Erfassung der Daten seiner Nutzer, sondern veröffentlicht ständig neue selbst erstellte Datensammlungen. Dies geschieht meist ohne große öffentliche Beachtung. Eine Ausnahme war der massive Streit, der in Deutschland Mitte 2010 um den Internetdienst Google Street View entbrannte. Die Heftigkeit der Diskussion verwunderte zunächst, denn der wesentlich größere Eingriff als bei Google Street View, das öffentlich sichtbare Fassaden ins Netz stellt, besteht bei „Google

Earth', das mit Satelliten-Luftbildern sozusagen in die Hinterhöfe und Gärten schauen lässt. Aber interessanterweise wird dieser Dienst seit 2004 angeboten, ohne dass dies zu nennenswerten Kontroversen geführt hätte.

Bei Street View haben nach Google-Angaben in den betroffenen zwanzig deutschen Städten 2,89 Prozent aller Haushalte der Veröffentlichung von Bildern ihrer Häuser widersprochen.⁸⁶ De facto fallen diese Häuserfassaden übrigens den Nutzern des Dienstes paradoxerweise dadurch besonders auf, dass sie unkenntlich gemacht sind.⁸⁷ Problematisch ist bei Google Street View allerdings nicht das Veröffentlichen von öffentlichen Straßenfassaden, sondern die eventuelle Verknüpfung mit anderen Daten. Es geht hier um ein kommerzielles Interesse, nämlich dem künftig mobilen Internetnutzer an jedem Ort die Werbeangebote zu machen, die für ihn dort interessant sind wie der Supermarkt in der Nähe oder die Tankstelle usw.

Datenschutz als Aufgabe

Als Google Street View im November 2010 freigeschaltet wurde, fanden sich in den öffentlichen Straßenaufnahmen nicht nur Häuserfassaden, sondern es waren natürlich auch Menschen zu sehen: Zum Beispiel fand sich ein Redakteur des Bonner General-Anzeiger für ein weltweites Publikum beim Gang über den Parkplatz seines Arbeitgebers abgelichtet und nahm es humorvoll als Anlass für eine Glosse.⁸⁸ Andere Aufnahmen zeigen Menschen in weit verfänglicheren Situationen wie zum Beispiel in den Rotlichtvierteln in Frankfurt oder Nürnberg.⁸⁹

Auch mit der automatischen Gesichtserkennung in seinem Bildverarbeitungsprogramm Picasa bekennt sich Google zu einer Art Totalerfassung.⁹⁰ Welche dramatischen Folgen das haben kann, zeigt der im Januar 2010 bekannt

gewordene Fall einer Frau, von der Nacktfotos ins Internet gelangt waren: „Die Fotos gingen um die Welt. Die junge Frau aus Hessen wurde zum Pin-up für die globale Spannergemeinde. Peinvoll genug – bis dann auch noch jemand Klaras Identität enthüllte. Seitdem bekommt, wer bei Google ihren Namen eingibt, als ersten Treffer die drastischen Fotos aus der Bildersuche gezeigt. (...) Weil das Internet nichts verzeiht und nichts vergisst, blieb nur ein Ausweg. (Sie) nahm einen anderen Namen an, zog in einen anderen Ort und hofft auf ein neues Leben. Es wird enden an dem Tag, da irgendein Fremder sein Handy mit automatischer Gesichtserkennung auf sie richtet – und die kalte Akkuratete der Maschine ihn zu den alten Bildern führt. Der Name lässt sich ändern, über sein Gesicht aber ist der Mensch unentrinnbar mit den alten Taten verknüpft. Für Leute, die viel im Netz unterwegs sind, tritt eines der ungeschriebenen Grundrechte mehr und mehr außer Kraft: Die Chance für einen Neuanfang gibt es bald nicht mehr.“⁹¹

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz vom 15. Dezember 1983 beschreibt fast prophetisch die Herausforderungen für den Persönlichkeitsschutz im Internetzeitalter, obwohl es nur die (damals neue) elektronische Datenverarbeitung im Blick hatte. Dieses Urteil begründete ein neues Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“, „weil bei Entscheidungsprozessen nicht mehr wie früher auf manuell zusammengetragene Karteien und Akten zurückgegriffen werden muss, vielmehr heute mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer Person (personenbezogene Daten) technisch gesehen unbegrenzt speicherbar und jederzeit ohne Rücksicht auf Entfernungen in Sekundenschnelle abrufbar sind. Sie können darüber hinaus – vor allem beim Aufbau integrierter Infor-

mationssysteme – mit anderen Datensammlungen zu einem teilweise oder weitgehend vollständigen Persönlichkeitsbild zusammengefügt werden, ohne dass der Betroffene dessen Richtigkeit und Verwendung ausreichend kontrollieren kann. (...) Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. (...) Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“⁹²

In seinem Urteil zur Online-Durchsuchung knüpfte das Bundesverfassungsgericht vom 27. Februar 2008 daran an und formulierte zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Grundgesetzes: Dieses „umfasst das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. (...) Die Nutzung der Informationstechnik hat für die Persönlichkeit und die Entfaltung des Einzelnen eine früher nicht absehbare Bedeutung erlangt. Die moderne Informationstechnik eröffnet dem Einzelnen neue Möglichkeiten, begründet aber auch neuartige Gefährdungen der Persönlichkeit.“⁹³

Dieses vom Bundesverfassungsgericht mit dem elementaren Recht auf Selbstbestimmung begründete Schutz-

bedürfnis für persönliche Daten richtete sich als Abwehrrecht des Einzelnen gegen mögliche Eingriffe staatlicher Stellen. Diese Betrachtung des Datenschutzes bleibt in unserer freiheitlichen Gesellschaft wichtig, aber solche Gefährdungen gehen im Cyberspace keineswegs und wohl auch nicht überwiegend vom demokratischen Staat aus.

So weiß das Privatunternehmen Apple zum Beispiel fast alles über den Musikgeschmack seiner Kunden, Amazon vieles über ihre Lesegewohnheiten und Google über die Interessengebiete der Nutzer seiner Suchmaschine. Vorwiegend aus kommerziellen Gründen, zur Optimierung von Werbung und Marketing hat sich im Internet eine „Technologie der Kontrolle“⁹⁴ entwickelt. Dazu gehören zum Beispiel sogenannte Cookies, die es Internetanbietern ermöglicht, auf dem PC eines Anwenders sozusagen als elektronischen Krümel (Cookie = Keks) ein Miniprogramm zu hinterlegen, mit dessen Hilfe beim nächsten Aufruf des Web-Servers die für ihn gültigen Daten des Anwenders aus der Cookie-Datei übertragen werden.

Dies ist für die Anwender vordergründig bequem, da sie persönliche Daten nicht z. B. bei jeder Buchbestellung neu eingeben müssen. Zugleich ist es mit Hilfe von Cookies aber möglich, ein Profil der Surfgewohnheiten von Anwendern und z. B. über ihre Interessensgebiete zu erstellen. Unterschätzt werden dabei meist die Langzeitfolgen dieser ‚elektronischen Krümel‘. Aktuelle Cookies von Google haben immerhin eine Lebensdauer bis mindestens 2036.⁹⁵ In den USA sammelten schon im Jahr 2000 „92 Prozent der Websites persönliche Daten und verarbeiteten sie unter kommerziellen Gesichtspunkten“⁹⁶.

Anwender können Cookies zwar löschen oder deren Installation verhindern, aber meist siegt die Bequemlichkeit. Ähnliches gilt für die bis auf wenige Meter genaue GPS-Ortungssysteme, die in mobilen Internetgeräten meist selbstverständlich angeschaltet bleiben und damit für die Inter-

netanbietern Informationen über den jeweiligen Standort des Nutzers vorhalten. Diese von Internet-Anbietern nicht nur angebotene, sondern ausdrücklich forcierte automatische Lokalisierung der Nutzer über Smartphones und Laptops, aber auch bei Aufnahmen mit Digitalkameras, betrifft nicht nur das Verhältnis der Nutzer zu den Anbietern, sondern kann die Privatsphäre in weit größerem Umfang einschränken: Wer die GPS-Ortung zum Beispiel in einem Netzwerk wie Facebook nicht ausschaltet, teilt seinen jeweiligen Aufenthaltsort der gesamten Netzgemeinde mit.

Bis März 2011 haben acht Online-Unternehmen – darunter Google, die Deutsche Telekom, Nokia und die Deutsche Post – den vom Branchenverband BITKOM entwickelten „Datenschutz-Kodex für Geodatendienste“ unterzeichnet. Darin ist vor allem eine zentrale Informations- und Widerspruchsstelle vorgesehen.⁹⁷ Es muss aber kritisch vermerkt werden, dass „die Öffentlichkeit im Netz zu einem guten Teil von der Gnade der Firmen abhängt“⁹⁸.

Deshalb hat das Bundesinnenministerium im Dezember 2010 einen Gesetzentwurf „zum Schutz vor besonders schweren Eingriffen in das Persönlichkeitsrecht“ vorgelegt. Der damalige Innenminister Thomas de Maiziere plädierte für „einen breiten Ansatz, der das gesamte Internet einbezieht“ und nannte die Erhebung von Standortdaten, Gesichtserkennungsdienste, Profilbildungen anhand von Suchmaschinen als die Internetdienste, „die für die Integrität des Persönlichkeitsrechts von besonderer Bedeutung sind“. Als Kernpunkt der Initiative formulierte er: „Eine gezielte Verbreitung von Persönlichkeitsprofilen darf deshalb nur mit Einwilligung des Betroffenen erfolgen oder aber wenn ein klar überwiegendes Interesse an der Veröffentlichung besteht.“⁹⁹

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unserer Zeit, dass das Misstrauen gegenüber kommerziellen Datensamm-

lern, die in ihren internen Strukturen kaum kontrollierbar sind, erheblich geringer ist als gegenüber den staatlichen Stellen, die in der Demokratie durch gewählte Vertreter einer ständigen Kontrolle und Transparenzpflicht unterliegen.

So ergeben sich Gefährdungen insbesondere durch den freiwilligen Verzicht von Internetnutzern auf das Recht informationeller Selbstbestimmung, der es privaten Unternehmen erleichtert, weitreichende Kommunikations- und Konsumprofile anzulegen. Immerhin 43 Prozent der Jugendlichen tolerieren, „dass ihr Verhalten im Internet beobachtet und analysiert wird und sie darauf abgestimmte Werbung erhalten.“¹⁰⁰ So entsteht am ehesten die vom Bundesverfassungsgericht 1983 beschworene Gefahr, dass „Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“

Der bisher vorwiegend als Schutz von individuellen Daten vor staatlichem Zugriff verstandene Datenschutz steht gerade in der freiheitlichen Demokratie vor neuen Herausforderungen. Im Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft ergibt sich dabei als neues Debattenfeld auch die Frage nach den Grenzen des Erlaubten im Blick auf die wirtschaftlich motivierte Datensammelwut. Zum staatlich garantierten Datenschutz sollte aber auch die individuell praktizierte Datensparsamkeit kommen. Ohne das Problembewusstsein der Bürger kann eine offene Gesellschaft den Schutz ihrer Daten nicht im notwendigen Umfang gewährleisten.

8. Die neue Freiheit des Wirtschaftsbürgers

„Der Verbrauch ist allein Ziel und Zweck einer jeden Produktion, daher sollte man die Interessen der Produzenten eigentlich nur soweit beachten, wie es erforderlich sein mag, um das Wohl der Konsumenten zu fördern.“

Adam Smith (1723–1790),
Moralphilosoph und Nationalökonom¹⁰¹

Bis 1991 waren kommerzielle Aktivitäten im Netz strikt verboten,¹⁰² aber heute begegnet das Internet im Alltag wesentlich häufiger dem Wirtschaftsbürger als dem Staatsbürger. Viel mehr als ein politisches Forum ist es inzwischen ein virtueller Marktplatz. „Weil Wirtschaftsunternehmen die treibende Kraft bei seiner Expansion gewesen sind, ist das Internet weitgehend kommerziellen Nutzungsformen entsprechend ausgebildet worden.“¹⁰³ Fast ein Drittel aller Domains haben die ausdrückliche Kennzeichnung „.com“ für „commercial“¹⁰⁴, aber auch sehr viele Domains mit Länderkennzeichnungen haben einen kommerziellen Hintergrund. Für die freiheitliche Demokratie stellt sich die Frage, was dies für den Einzelnen und den Schutz seiner grundlegenden Persönlichkeitsrechte bedeutet.

Anbieter und Käufer zugleich

Das Internet bringt dem Einzelnen im wirtschaftlichen Bereich vor allem dadurch grundlegende neue Freiheiten, weil es der virtuelle Marktplatz jedem erleichtert, die einseitige Festlegung auf die Konsumentenrolle zu durchbre-

chen. Menschen treten aus dieser „passiven Rolle heraus und werden – gewissermaßen jenseits formeller betrieblicher Strukturen – selbst zu Produzenten von auch selbst genutzten, aber der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Produkten.“¹⁰⁵

Das Internet erleichtert und beschleunigt damit einen Prozess, der 1916 mit einem ersten Selbstbedienungsladen in den USA begann, sich über das IKEA-Prinzip der Selbstbedienung bei Endfertigung fortsetzte und im Internet von der eigenen Hotel- oder Flugbuchung über die Produktindividualisierung (z. B. bedruckte T-Shirts) bis hin zur selbstorganisierten internetbasierten Abwicklung des Kaufs und Verkaufs von Börsenprodukten entwickelte.

Plattformen wie Ebay, Wikipedia, YouTube oder Amazon (über den dort auch möglichen Verkauf gebrauchter Bücher) sind so erfolgreich, weil sie diese Grenzüberschreitung zwischen Kunde und Anbieter ermöglichen. Dabei entstehen auch neue Formen der Marktwirtschaft, die an deren Ursprünge – den Tauschhandel – anknüpfen.

Erstes prominentes Beispiel dafür war die Musik-Tauschbörse Napster als zwischen 1998 und 2001 zeitweise am schnellsten wachsende Internet-Community. Sie erreichte etwa achtzig Millionen Nutzer weltweit, davon waren 1,6 Millionen ständig online: Alleine im Januar 2001 betrug das Tauschvolumen rund zwei Milliarden Dateien.¹⁰⁶ Auch die Internet-Auktionsplattform Ebay verdankt ihre Popularität einem ähnlichen Prinzip. Unterbrochen sind dort über fünfzig Millionen Auktionen im Gang und etwa eine halbe Million Menschen leben weltweit von solchen Internet-Auktionen.¹⁰⁷ Immerhin die Hälfte aller Internet-Nutzer über vierzehn Jahren hat in Deutschland schon an solchen Online-Auktionen teilgenommen.¹⁰⁸

Ob damals Napster oder heute Ebay: „Der Konsument wird zum Produzenten. Der Plattformbetreiber ist nur ein Intermediär, welcher es ermöglicht, dass die Benutzer In-

halte herstellen, verwalten und austauschen sowie untereinander kommunizieren können.“¹⁰⁹ Alwin Toffler nannte diese Mischung aus Produzent und Konsument einen „Prosument“.¹¹⁰ Axel Bruns prägte den Begriff „Produktz“ (Produktion und Nutzung) für die „oft eher ungeplante und zufällige Erschaffung von Inhalten durch produktiv tätige Nutzer“, als „offene Artefakte, fortlaufende Prozesse“, nach dem Grundsatz „gemeinschaftliches Eigentum, individueller Verdienst“ und „offen für Teilnahme und Bewertung durch die Gemeinschaft“.¹¹¹

Mit den Möglichkeiten des Internets gibt es „ein historisch noch nie dagewesenes Angebot an begabten Individuen, die in bislang nicht gekanntem Umfang Zugang zu den Technologien der Produktion und Distribution von Wissen, Kreativität und anderen immateriellen Gütern haben und die mit einer stark ausgeprägten Motivation ausgestattet sind, sich produktiv zu betätigen“¹¹².

Ihnen werden auch Chancen eröffnet, weil im Internet, „der Markt für Nischenprodukte riesig und im Grunde grenzenlos“ ist. Die alte Regel, mit zwanzig Prozent der Produkte erziele man achtzig des Umsatzes (und normalerweise hundert des Gewinns), gilt nicht mehr. Bisher führte die Knappheit des Angebots zu Verkaufsschlagnern. Aber im Internet ist auf der Angebotsseite nichts knapp und alles erhältlich und umgekehrt der Kundenkreis so ausgeweitet, dass sich auch für Ausgefallenes noch Käufer finden: „Der Verkauf von Nischenprodukten ist ein lukratives, kosteneffizientes Geschäft.“¹¹³ Insofern hat das Internet ein neues Geschäftsmodell hervorgebracht: „A Billion Dollars, One Nickel at a Time.“¹¹⁴

Zugleich werden im Internetzeitalter nicht nur viele Konsumenten zu Produzenten, sondern Unternehmen nutzen auch die besseren Möglichkeiten zum Kundenkontakt in ihrem Sinne. So kommt es auch zu „arbeitenden Kunden“ und einer Art von „crowdsourcing“, das heißt der

„Auslagerung (outsourcing) definierter Unternehmensaktivitäten – etwa in den Bereichen Ideenfindung, Produktentwicklung, Design, Werbung, Reportage oder Problemlösung – nicht auf kommerzielle Anbieter, sondern auf eine Vielzahl (crowd) von freiwillig (und meist kostenlos) an der Produktherstellung und/oder Distribution im weitesten Sinne partizipierenden Kunden beziehungsweise Nutzern.“¹¹⁵ Hier liegt auch das Erfolgsgeheimnis der sogenannten open-source-Bewegung, die im Softwarebereich gemeinsam entwickelte und ständig weiterentwickelte Programme kostenlos zur Verfügung stellt.

Diese Überwindung von Abhängigkeiten zwischen Konsumenten und Produzenten entspricht den Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings schwimmt dadurch in bestimmten Bereichen auch der Eigentumsbegriff. Wo beispielsweise der Leser kaum noch von den Autoren zu unterscheiden ist, ist die Vorstellung der Originalurheberschaft und des geistigen Eigentums ernsthaft gefährdet. Weil Eigentum die Freiheit und Unabhängigkeit des Bürgers gewährleistet, gehört sein Schutz zu den wesentlichen Aufgaben der freiheitlichen Demokratie.

Urheberrecht als Eigentumsschutz

Durch die einfache Möglichkeit der massenhaften digitalen Kopie hat sich das Urheberrecht zu einem zentralen Schlachtfeld der Eigentumsfrage im Internet entwickelt. Dies gilt umso mehr, weil in Deutschland „als Ausfluss der Sozialbindung des Eigentums die Schranken des Urheberrechts zugunsten der Nutzer und auf Kosten der Urheber durch Pauschalvergütungen und Verwertungsgesellschaften immer mehr ausgeweitet (wurden). Bildlich gesprochen: Die Schranken werden allmählich so hoch,

dass sie den Blick auf das urheberrechtlich geschützte Werk verdecken.“¹¹⁶

Digitale Technologien gelten wegen ihrer Möglichkeit zum grenzenlosen anonymen Austausch oft als „Feindbild des Urheberrechts“¹¹⁷ und werden auch nicht selten genauso eingesetzt. So sagte der damalige Sprecher des Hamburger Chaos Computer Clubs, Andy Müller-Maguhn, als er im Jahr 2000 zum Europa-Direktor der „Internetregierung“ ICANN gewählt worden war: „Was die Juristen ‚geistiges Eigentum‘ nennen, ist – das weiß jeder Lateiner – nichts weiter, als ein Diebstahl am öffentlichen Raum. Und da wir – die Netzbewohner – jetzt keine Lust haben, uns den öffentlichen Raum durch diese Diebe kaputt machen zu lassen, mussten wir ein bisschen proaktiv tätig werden.“¹¹⁸

Dass solche Auffassungen sich auch politisch Bahn zu brechen suchen, zeigt die in Schweden Anfang 2006 gegründete Piratenpartei. Sie geht zurück auf die Anti-Copyright-Organisation „Piratbyran“, die 2004 die Internettauschbörse „The Pirate Bay“ initiiert hatte. Der Protest gegen die Beschlagnahme des Servers durch schwedische Behörden wegen Urheberrechtsverletzungen und gegen die 2009 ergangenen Urteile sind Hauptthema der neuen Partei, die bei den nationalen Parlamentswahlen in Schweden 2006 und 2010 jeweils nur 0,6 Prozent der Stimmen erreichte, aber bei den Europawahlen 2009 mit 7,1 Prozent einen Abgeordneten nach Brüssel entsenden konnte. Die Aktivitäten der Partei waren von großem internationalen Medienecho begleitet und sie wurde zum Vorbild für Parteigründungen in anderen Ländern. In Deutschland erreichte die Piratenpartei mit ihrer Forderung nach unbegrenzter Freiheit im Internet bei den Bundestagswahlen 2009 immerhin zwei Prozent der Stimmen.

Der Respekt vor dem geistigen Eigentum wird dabei auch durch die alltägliche Praxis unterlaufen: „Das Einfügen, Neuzusammensetzen, Vermischen, Ausleihen, Kopieren.

Kurz das *Stehlen* geistigen Eigentums ist zu den häufigsten Einzelaktivitäten im Internet geworden und dieses Phänomen verformt und verzerrt unsere Werte und unsere gesamte Kultur.“¹¹⁹ Immerhin 54 Prozent der amerikanischen Studenten geben zu, mit Hilfe des Internets Plagiate zu erstellen. Bei einer Befragung von 50.000 Studenten im Grundstudium in den USA fanden sogar 77 Prozent der Studenten nicht, dass die Plagiate aus dem Internet ein ernstes Problem seien.

Die Annahme, im Netz gehöre alles jedem, wird durch die technischen Angebote des Internets ausdrücklich gefördert. So führt Hypertext quasi zur „Flüssigversion eines Buches“ mit dem offenkundigen Ziel, dass jedes Buch „vernetzt, zugeordnet, zitiert, extrahiert, mit Anmerkungen versehen, neu gemischt, neu zusammengeführt und stärker mit der Kultur verwoben“¹²⁰ werden soll. Der PC-Befehl „Copy&Paste“ (Kopieren und Einfügen) ist weit mehr als eine Arbeitshilfe beim Erstellen von Texten, er lässt sozusagen alles für jeden verfügbar werden.

Insbesondere im Bereich der Musik entwickelten sich Urheberrechte schnell zum Schlachtfeld. So musste die Musikausbörse Napster im Februar 2001 wegen massiver Streitigkeiten um das Urheberrecht geschlossen werden. Die Musikindustrie begann sich zu wehren, weil die kostenlosen Internet-Downloads zu massiven Umsatzeinbrüchen beim Platten- und CD-Verkauf führten. Immer wieder machten extreme Fälle Schlagzeilen. So wurde 2003 sogar ein zwölfjähriger Schüler verklagt, weil er tausend Songs aus dem Internet auf seinen Computer geladen hatte. Diese Auseinandersetzung wird nicht selten zum Kampf David (Internet-Nutzer) gegen Goliath (Medienkonzerne als Anbieter) stilisiert und umgekehrt gilt: „Der Endverbraucher ist nicht mehr der liebe potentielle Partner der Musikindustrie. Er ist der potentielle Raubkopierer, vor dem man sich schützen muss und dem sie den Krieg erklärt hat.“¹²¹

Dabei darf nicht vergessen werden, dass gerade die Musikszene das Internet früh als Raum der Eigenwerbung für sich entdeckte. Vorreiter war hier der britische Musiker und Sänger David Bowie, der bereits 1996 mit einer eigenen Website online ging, ein Jahr später sein neues Album zuerst im Internet vertrieb und 2001 ein eigenes Internet-Radio startete. Dabei bot er Mitgliedern seiner Online-Community an, Titel kostenlos im Live-Stream anzuhören, aber nicht downzuloaden.¹²²

Kritiker bekämpfen eine Ausweitung des Urheberrechts, denn es „privatisiert Wissens- und Kulturbestände, die dem erlaubnisfreien Zugriff der Allgemeinheit entzogen sind“, und setzen auf den open-source-Gedanken: „Nicht mehr das geistige Eigentum des Einzelnen, sondern die Community wird als Quelle gesellschaftlichen Reichtums angesehen.“¹²³ Dabei wird die „Wertschöpfung in sozialen Produktionsnetzwerken (...) mit der Schaffung (...) eines ethischen Mehrwerts“¹²⁴ gleichgesetzt, da sie mit Anerkennung, Respekt und der Präsentation von Talent einhergeht. Die open-access-Bewegung setzt auf „kreative Zusammenarbeit durch den bewussten Verzicht auf Exklusivrechte an den Werken“¹²⁵.

Das Gegenmodell ist das *Digital Rights Management (DRM)*, mit dessen Hilfe geschützte Dateien in einer Art ‚digitalem Umschlag‘ befördert werden, den nur Personen öffnen dürfen, die dafür bezahlt haben. Damit werden freilich die im Urheberrecht vorgesehenen Einschränkungen der Verwertungsrechte wie die vorübergehende Vervielfältigung, die Vervielfältigung zur Rechtspflege oder zugunsten behinderter Menschen, für Kirchen und Unterrichtsgebrauch, im Schulfunk und öffentlichen Reden, das Zitatrecht und die zulässige Vervielfältigung für den privaten Gebrauch eingeschränkt. „Einerseits trifft es zu, dass das Urheberrecht durch Möglichkeiten digitaler Kopien gefährdet ist; andererseits besteht aber ebenso durch

die digitale Rechteverwaltung eine erhebliche Gefahr für die Rechte der Allgemeinheit.“¹²⁶

Das klassische Spannungsverhältnis zwischen Urheberrecht und Informationsfreiheit lässt sich auch im digitalen Zeitalter nicht einfach auflösen. Es gibt im Blick auf geistiges Eigentum und Urheberrecht eine „Diskrepanz zwischen der traditionellen gesetzlichen Norm und der neuen sozialen Norm“. Die politische Debatte darüber ist noch in vollem Gang und teilweise von hilflosen Reaktionen bestimmt: So versuchte die französische Regierung 2009 per Gesetz, den Internetzugang als Sanktion für die Verletzung von Urheberrechten durch illegale Downloads für die jeweiligen Internetnutzer zu sperren. Im Blick auf das „Recht der Kommunikationsfreiheit“ erklärte der französische Verfassungsrat das Gesetz teilweise für verfassungswidrig. Ein ähnlicher Vorstoß der EU-Kommission scheiterte am Europäischen Parlament.

Entsprechend der immer wieder rechtlich umstrittenen Geräteabgabe z. B. auf Kopierer wird jetzt häufig über eine Kulturfltrate als „pauschale Vergütung für Internetnutzung“ diskutiert.¹²⁷ Das am 12. September 2003 und 26. Oktober 2007 verabschiedete erste und zweite „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ hatte keine Entscheidung zwischen „individuellen Abrechnungssystemen und Pauschalgebühren“ getroffen.¹²⁸

International wird ohne große öffentliche Beachtung der „Schutz des Urheberrechts in der digitalen Welt“ zwischen der EU, den USA, Japan, Australien, Kanada, Korea, Mexiko, Marroko, Neuseeland, Singapur und der Schweiz im *Anti Counterfeiting Trade Agreement* (ACTA) verhandelt: „Die Provider sollen künftig die Netz-Surfer überwachen, um sie bei dreimaligem illegalem Download von geschützten Inhalten vom Netz auszusperrern. Gehen sie nicht drastisch gegen Raubkopierer vor, haften die Telekommunikationsunternehmen selbst.“¹²⁹

Entscheidend für die Grundlagen der freiheitlichen Demokratie ist dabei nicht, wie diese Frage konkret gelöst wird, sondern dass Normen gesetzt und verteidigt werden, die das Recht auf Eigentum als einem der Fundamente persönlicher Freiheit auch im virtuellen Raum verteidigen. Sonst würde dort nur das Recht des Stärkeren – nichts anderes ist Diebstahl – gelten, das den Grundlagen freiheitlicher Demokratie zuwiderläuft.

Der souveräne Konsument

In Deutschland haben 75 Prozent der Internetnutzer – wie erläutert gehören dazu etwa siebenzig Prozent der Bevölkerung – mindestens einmal über das Internet Waren oder Dienstleistungen gekauft. In der Gruppe der 25- bis 44-jährigen Internetnutzer liegt der Anteil der Kaufkunden im Internet sogar bei 88 Prozent.¹³⁰ In vielen Fällen gilt im Internet: „Mehr als jeder zweite Informationssuchende wird zum Käufer“, bei Büchern sind es sogar fast 70 Prozent. „Ganz oben auf der Online-Einkaufsliste stehen Bücher, Eintrittskarten, Musik-CDs, Buchungen von Hotels und Damenbekleidung.“¹³¹

Seit 2005 wurden im world wide web jährlich über 400 Milliarden Dollar umgesetzt, davon über zehn Prozent beim Online-Poker und anderen Glücksspielen und rund ein Viertel im Bereich Pornographie¹³²: „We did with the new technology what we did with the old technology.“¹³³ Inzwischen präsentieren sich etwa 57 Prozent der Unternehmen in Deutschland mit einer eigenen Website. Etwa die Hälfte aller Beschäftigten hat einen Internetzugang am Arbeitsplatz.¹³⁴

Treibende Kräfte des Wirtschaftswachstums in und mit dem Internet waren dabei weniger etablierte Unternehmen, sondern eher tüftelnde Individualisten. In der Inter-

netszene dominierte lange der nächtelang durcharbeitenden Computerfreak mit reduzierten sozialen Kontakten außerhalb der virtuellen Welt. Wie Untersuchungen der Arbeitswelt in Silicon Valley zeigten, handelt es sich dabei nicht um Klischees. In der Herzkammer der Onlineindustrie liegen die sozialen Kontakte mit Arbeitskollegen um ein Viertel unter den in der amerikanischen Arbeitswelt üblichen. In der Internetszene ist eine Arbeitszeit von über 65 Wochenstunden die Norm, ohne dass die Betroffenen dies als Freiheitsbeschränkung begriffen hätten, denn einher damit ging eine „historische Wiederbelebung der Autonomie in der Arbeit – nach der Bürokratisierung während der industriellen Ära“¹³⁵.

Dabei erkannten viele, dass sich Geld mit Ideen machen ließ, und gründeten ihre eigenen Unternehmen, die meist mit der eigenen Selbstständigkeit ohne Mitarbeiter begannen: „Demnach war unternehmerische Innovation die treibende Kraft der Internet-Ökonomie und nicht Kapital.“ Allerdings gilt zugleich: „Ohne die Finanzierung innovativer Neugründungen durch Risikokapitalfirmen hätte es kein vom Internet angeführtes Wachstum gegeben.“ Auf dem Arbeitsmarkt des Internets steht der Einzelne mit seinen Fähigkeiten wieder wesentlich stärker im Fokus als in der Anonymisierung der Industriegesellschaft gewohnt: „Buchstäblich ist alles von der Fähigkeit abhängig, talentierte Arbeitskräfte anzuziehen, zu halten und effizient einzusetzen.“¹³⁶

Die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des Deutschen Bundestages beschrieb schon 1998 die sich daraus ergebende Wirtschaftskultur im Internet so: „Die Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken findet zum allergrößten Teil in privatwirtschaftlichen Unternehmen statt. Sie ist getrieben von Neugierde und Erfindungsgeist und vom persönlichen

Nutzen, den sich die Menschen von den neuen Medien versprechen.“¹³⁷

Die enorme Erweiterung der Verbraucherinformation durch das Internet gehört ohne Zweifel zu diesem persönlichen Nutzen. „Online-Medien haben nicht nur wesentlich zur Beschleunigung der ökonomischen Globalisierung beigetragen. Sie haben zugleich die Markt- und damit auch Machtbalance zwischen Unternehmen und Konsumenten verändert.“¹³⁸ Für die Hälfte der Internet-Nutzer zwischen 14 und 29 Jahren ist das Netz „unverzichtbar, wenn es um die Beschaffung von Informationen zu Marken und Produkten geht – kein anderes Medium hat auch nur eine annähernd ähnliche Bedeutung“¹³⁹.

Das Internet führt zu besonders hoher „Konsumentensouveränität“ durch die „große Übersicht über Preisgestaltung und Produktvielfalt, mittels derer die Verbraucher ihre Exit-Option effektiver einsetzen und Druck auf die Anbieter ausüben können“. Dabei hat die Transparenz der Produktbewertung durch andere Kunden einen besonders hohen Stellenwert. Im Internet gilt wie auf dem realen Marktplatz, dass Information und Handel vor allem Vertrauenssache sind. Bei Marktversagen eröffnen sich vielfältige Beschwerdemöglichkeiten „über Kanäle einer technisch und sozial verbreiteten Öffentlichkeit“.¹⁴⁰

Produktkritik und Produktwerbung liegen dabei nahe beieinander. Inzwischen bietet fast jede Plattform „Mechanismen und Funktionen, um Content zu evaluieren, zu bewerten und Rankings aufzustellen“¹⁴¹. Man kann „digitale Märkte (...) als soziale Arenen“¹⁴² sehen, bei denen Distanzhandel vom Sozialkapital der Vertrauensbildung und der Innovation durch Kundeneinbindung lebt: „Wenn das Bewertungssystem effizient ist, dass heißt insbesondere weder Querulanten überrepräsentiert noch seriöse Teilnehmer unterrepräsentiert sind, entsteht ein allen Beteiligten zugängliches wertvolles Informationssystem.“¹⁴³

So wird bei der Kaufentscheidung der Mitbürger „ein besserer Gradmesser als hauptamtliche Literaturkritiker, Autotester oder Musikrezensenten“¹⁴⁴. 23 Prozent der Internetnutzer zwischen vierzehn und neunzehn Jahren sagen von sich, dass sie ohne den „Austausch mit Freunden über deren Erfahrungen und ehrliche Meinungen“ in sozialen Netzwerken keine Kaufentscheidung treffen.¹⁴⁵ In sozialen Netzwerken oder bei Verbraucherplattformen wie Ciao und virtuellen Marktplätzen wie Amazon und Ebay ist eine „Empfehlungskommunikation“¹⁴⁶ entstanden, die an die Zeiten vor den anonymisierten Supermärkten anknüpft.

Dabei beschert die unmittelbare Kundenbewertung ausgerechnet durch „die kalte Technik Internet“ scheinbar „vergessenen Tugenden“ wie Ehrlichkeit, Dienstleistungsfreundlichkeit und Kundennähe eine „neue Blütezeit“.¹⁴⁷ Unternehmen, die hier versagen, gehen ein hohes Risiko ein: Die „Mutter aller Internetkampagnen“ wurde dabei durch eine Verleumdungsklage des Konzerns McDonalds gegen zwei Unternehmenskritiker in London ausgelöst. Im Internet begleitete die unternehmenskritische Homepage *McSpotlight* mit wachsendem Zuspruch der Internetnutzer von 1990 bis 2005 den daraus folgenden längsten Gerichtsfall der britischen Geschichte mit einem erheblichen Imageschaden für das Unternehmen.¹⁴⁸

Eine ähnlich bittere Erfahrung aus ursprünglich kleinem Anlass musste auch die amerikanische Fluggesellschaft United Airlines machen. Als dort beim Transport Gitarren der Country-Band „Sons of Maxwell“ beschädigt wurden und die Fluggesellschaft die Zahlung von Schadensersatz verweigerte, produzierte die Band 2009 ein Musikvideo mit dem auch musikalisch hitverdächtigen Song „United breaks Guitars“. Diese originelle Form der Kundenbewertung erreichte innerhalb von nur einer Woche auf YouTube 2,8 Millionen Abrufe. Die Suchmaschine

Google warf bei dem Stichwort „United“ den Song lange an prominenter Stelle aus. Der Imageschaden für das Flugunternehmen lässt sich kaum beziffern.

Vielen Unternehmen ist im Internet „die Kontrolle über so vieles verloren gegangen – Markennamen, Botschaften, Preispolitik, Konkurrenz, Geheimhaltung – aber mehr als alles andere haben sie die Kontrolle über das Timing verloren. Sie können nicht mehr entscheiden, wann sie mit ihrer Story aufwarten oder wann sie auf Kritik reagieren.“¹⁴⁹ Dies entspricht den Erfahrungen der Akteure im politischen Bereich.

Darüber hinaus ist das Internet „außerordentlich bedeutsam für die Verbreitung von unternehmens- und marktkritischer Gesellschaftskritik. Es bildet eine, wenn nicht die zentrale Arena für die Artikulation ethischer Forderungen, die sich gegen Unternehmen richten.“ So hat „fast jeder vierte Fall einer Unternehmenskrise, von der in den Medien berichtet wurde, einen direkten oder indirekten Bezug zum Internet“.¹⁵⁰ Dabei können „schlagkräftige Kampagnen zur Skandalisierung unternehmerischer Normverletzungen“¹⁵¹ zu erheblichen Reputationsrisiken für Unternehmen im Web führen, da im Netz die Meinungsbildung vieler Kunden stattfindet.¹⁵² Zugleich wird das Internet durchaus „gezielt zur Demontage der unternehmenseigenen Deutungsmuster“ genutzt.¹⁵³ Insofern entwickelte sich das Internet auch zur Spielwiese für „Anti-Corporate-Camapaigns“.¹⁵⁴

So kam es beispielsweise schon 1999 zu einem vielbeachteten Domainstreit zwischen der US-Firma eToys und der europäischen Künstlergruppe etoys. Als ein Gericht in dem Domain-Namensstreit zugunsten der Firma entschied, formierte sich eine Internetkampagne um den Börsenwert der Spielzeugfirma zu drücken. Das Unternehmen lenkte angesichts dieser negativen öffentlichen Aufmerksamkeit im Streit ein.¹⁵⁵

Problematische Wirtschaftskonzentration

Der unübersehbaren Stärkung der Stellung des einzelnen Marktteilnehmers als Kunde durch das Internet steht allerdings eine durchaus besorgniserregende Schwächung der Kundenstellung durch oft verdeckte Konzentrationstendenzen auf der Anbieterseite gerade bei Online-Unternehmen gegenüber. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass „im Cyberspace alles auf Konzentration“ hinausläuft.¹⁵⁶ „Das Internet hat sich, für viele überraschend, als eine Struktur entpuppt, die monopolistische Tendenzen hervorbringt.“¹⁵⁷

Einerseits fördert die hohe Innovationsabhängigkeit der Onlineunternehmen die Vernetzung größerer und kleiner Unternehmen, andererseits beschleunigt dies strategische Unternehmensaufkäufe und damit die wirtschaftliche Konzentration.¹⁵⁸ So kaufte der Medien-Mogul Rupert Murdoch 2005 das damals noch dominante soziale Netzwerk My Space für 580 Millionen Dollar, und der Medienkonzern Holtzbrink kaufte 2006 die sozialen Netzwerke der VZ-Gruppe. Im Mai 2011 übernahm Microsoft für 8,5 Milliarden Dollar den Internettelefondienst Skype.¹⁵⁹ Immer wieder wechseln auch besonders lukrative Webdomains den Besitzer. Auf dem amerikanischen Markt waren die Spitzenreiter *sex.com* für vierzehn Millionen Dollar (2006), *porn.com* für 9,5 Millionen Dollar (2007), *fund.com* für 9,9 Millionen Dollar (2008) und *Insure.com* für sechzehn Millionen Dollar (2009).¹⁶⁰

Eine besondere Form der Medienkonzentration praktiziert Google, das 2006 für 1,65 Milliarden Dollar den Videokanal YouTube erwarb, obwohl dieser einen jährlichen Verlust von 200–500 Millionen machte. Aber es ist die Unternehmensphilosophie von Google, möglichst viele Komplementärprodukte kostenlos anzubieten: Alle Bücher einscannen, Google Earth, Google Street View, Google

Booksearch, der Browser Chrome, GoogleTrends, das Werbetooll GoogleAdwords, Google Analytics, die Bildverarbeitung Picasa mit automatischer Gesichtserkennung und YouTube: „Gäbe es die Würstchen umsonst, würden die Senfverkäufe in die Höhe schnellen (...). Google will, dass das Wissen umsonst ist, weil wir mit sinkenden Kosten für Informationen immer mehr Zeit vor dem Computer verbringen und dadurch die Gewinne des Unternehmens steigern.“¹⁶¹ Dabei geht es vor allem um das internetbasierte Anzeigengeschäft.

Die Transparenz solcher Wirtschaftsaktivitäten lässt oft zu wünschen übrig. So sind die Eigentumsverhältnisse beim Marktführer Facebook unklar. Das Unternehmen wurde Anfang 2011 von der Bank Goldman Sachs im Rahmen einer eigenen Investition von 500 Millionen Dollar auf 50 Milliarden Dollar bewertet. Die russische Internetholding *mail.ru* hält davon vermutlich einen Anteil von ca. einer Milliarde Dollar. Facebook selbst veröffentlicht keine Finanzzahlen und scheut vermutlich auch wegen der damit verbundenen Transparenzforderungen den Börsengang. Schätzungen zufolge dürfte der Werbeumsatz des Unternehmens bei ca. zwei Milliarden Dollar liegen.¹⁶²

Gerade weil sich einzelne Innovationsideen mit besonderer Beschleunigung und Vehemenz durchsetzen, ist die Marktstellung derer, die diese neuen Ideen vermarkten, besonders stark. Die daraus erwachsende „Problematik der digitalen Privatmacht im Internet“¹⁶³ lässt sich nicht leugnen. Mit der wachsenden Größe ihrer Unternehmen verloren dabei viele Akteure auf dem virtuellen Marktplatz das Interesse an Internet-immanenter Interaktion mit den Kunden: „Sowohl Content-Industrie als auch netzpolitische Großakteure haben die Popularisierung der Online-Kommunikation dazu genutzt, sie vor allem unter den Vorzeichen der Unidirektionalität voranzutreiben – ohne besondere Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen des Nutzers.“¹⁶⁴

Schon Ende der 90er Jahre verordnete ein US-Bundesrichter, dass Microsoft, das damals achtzig Prozent der PCs mit seinem Betriebssystem ausstattete, diese Marktdominanz dazu nicht benutzen durfte, auf den eigenen Geräten nur den eigenen Internet-Browser zuzulassen.¹⁶⁵ Seitdem muss sich Microsoft immer wieder gegen den Vorwurf des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung verteidigen, wobei das Unternehmen wegen seiner direkten Beziehung zum Endkunden im besonderen Fokus der Öffentlichkeit steht.

Microsoft steht allerdings nicht mehr allein. Auch Amazon, Ebay, Google/YouTube, Wikipedia und Facebook sind jeweils in ihrem Segment dominant. Google, ein Unternehmen mit „mittlerweile fast 20.000 Angestellten und einem deutlichen höheren Börsenwert als Daimler und Deutsche Bank zusammen“¹⁶⁶ beherrscht das Suchmaschinen-Angebot. Fast achtzig Prozent aller Internetnutzer greifen einmal im Monat auf diese Suchmaschine zurück. 30 Prozent nutzen mindestens einmal monatlich Wikipedia.¹⁶⁷ Apple dominiert mit iPhone, iTunes und iPad das mobile Geschäft, Adobe ist mit seinem Flash-Player fast auf jedem Computer präsent. Etwas weniger bekannt ist, dass die Firma Cisco schon Anfang des Jahrtausends 85 Prozent des Marktes für Router dominierte, also der Computer, die den Verkehr im Internet organisieren.¹⁶⁸

Solche „Systemriesen“¹⁶⁹ erhöhen die Abhängigkeit ihrer Kunden nicht nur dadurch, dass sie eigene mit der Konkurrenz möglichst wenig kompatible geschlossene Systemwelten aufbauen. Sie greifen in die Kundenautonomie auch durch die ferngesteuerte Aktualisierung der verwendeten Software ein. „Die von Unternehmen kontrollierten Datenwolken und Endgeräte schaffen eine völlig neue Infrastruktur.“¹⁷⁰ Am deutlichsten wird das in der Apple-Welt.

Eigene Marktmacht wird durch die Verknüpfung von Geräten und deren Betriebssysteme mit Inhalten erhöht.

Mit solchen Entwicklungen werden „die Gewichte zwischen Kunden und Anbietern zu Lasten der Kunden verschoben, womit sich die technisch und rechtlich versiertere Seite durchgesetzt hat“¹⁷¹. Immerhin stehen gemeinschaftlich entwickelte und ständig optimierte, kostenlose open-Source-Programme gegen den Versuch großer Software-Konzerne zur Verfügung, im Konsumverhalten der Kunden einseitige Abhängigkeiten herzustellen.¹⁷²

„Die Tendenz zur Monopolbildung hängt mit einer zentralen Eigenschaft vieler Online-Dienste zusammen: ihre Nützlichkeit steigt mit der Zahl der Nutzer.“¹⁷³ Seit Adam Smith galt, dass „das Gesetz der Knappheit das Wirtschaftsdenken lenkt. Je mehr Verbraucher dasselbe Gut nutzen, desto weniger Wert bleibt für den Einzelnen. Im Internet ist jedoch das Gegenteil der Fall.“¹⁷⁴ Der Wert für den Einzelnen steigt, je mehr andere das Gut (Netz) nutzen. Schon der Aufstieg des Telefons war von diesem Phänomen geprägt, im Internet ist es noch ausgeprägter.

Aus diesem Paradigmenwechsel ergibt sich für die freiheitliche Demokratie die besondere Aufgabe der Wachsamkeit vor unzulässiger wirtschaftlicher Machtkonzentration im virtuellen Raum. Hier geht es wie immer im Medienbereich auch um politische Implikationen. Erwähnt sei nur, dass auf den scheinbar eigenständigen Homepages von *web.de*, *gmx.de* und *1und1.de* täglich die jeweils gleichen Nachrichten in unterschiedlicher graphischer Aufmachung zu sehen sind. Diese Internetangebote gehören zum gleichen Konzern, ohne dass die Nutzer dies ohne weiteres erkennen können. Die scheinbar unabhängige Nachrichten-gleichheit täuscht so eine so gar nicht vorhandene Nachrichtenrelevanz vor.

9. Internet und Menschenrechte

*„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht
Wenn der gedrückte nirgends Recht finden kann
Wenn unerträglich wird die Last – greift
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte
Die droben hangen unveräußerlich
Und zerbrechlich wie die Sterne selbst.“*

Friedrich Schiller (1759–1805), Dichter¹⁷⁵

Weil die globale Präsenz des Internets damit einhergeht, dass das Netz so schwer zu kontrollieren ist, gilt es auch als Medium, das weltweit die Idee der Freiheit und der Menschenrechte befördert. Der Mitbegründer der Electronic Frontier Foundation fasste 1993 diesen Optimismus in dem Satz zusammen, der seitdem in der Netz-Community fast als Glaubenssatz gilt: „The net treats censorship as a defect and routes around it.“¹⁷⁶

Zu unterbinden und zu verhindern, dass seine Unterdrückungsmaßnahmen öffentlich angeprangert werden können, fällt dem diktatorischen Staat demnach zunehmend schwer, denn die „Souveränität des Staates erstreckt sich auf die materielle Welt, wohingegen der Cyberspace Gelegenheit gibt, diese Grenzen zu überwinden und für den freien Fluss der Ideen zu sorgen“¹⁷⁷.

Ende der Abschottung

Richtig ist, dass sich das Internet als global präsent, grenzüberschreitendes Medium auch von totalitären Diktaturen nicht einfach aus ihrem Herrschaftsbereich verbannt lässt. Anfang 2011 wurden weltweit 1,9 Milliarden Internetnutzer gezählt, das sind 28,7 Prozent der Weltbevölkerung. Allerdings ist die Verbreitung des Netzes rund um den Globus sehr unterschiedlich: In Afrika liegt sie bei 10,9 Prozent der Bevölkerung, in Asien, dem Mittleren Osten und Lateinamerika zwischen 21 und 34 Prozent, in Europa bei 58,4 Prozent, in Australien/Ozeanien bei 61,3 Prozent und in Nordamerika bei 77,4 Prozent der Bevölkerung.¹⁷⁸

Zwar ermöglicht der Zugang zum Internet auch in Diktaturen den Zugang zu „Inhalten, die in anderen Rechtssystemen zur Verfügung gestellt werden“¹⁷⁹. Auf diese Weise kommt es zu „transnationalen Nachbarschaften“ und „globale Glaubensbrüder“¹⁸⁰ finden einander. Aber es darf nicht übersehen werden, dass es angesichts der noch geringen Verbreitungsrate des Internets außerhalb der industrialisierten Welt hier noch um sehr kleine Minderheiten geht.¹⁸¹

Aber grundsätzlich schwächt das Internet den Nationalstaat, denn der Bürger „kann – zumindest teilweise – austreten“. Die Menschen können über das Internet unabhängig von ihrem eigenen Aufenthaltsort Einfluss ausüben und Informationen weitergeben. „Das hat die Konsequenz, dass die Staaten nicht mehr vollständig Herr im eigenen Haus sind.“¹⁸²

Wo wie in Diktaturen Herrschaft auf Zwang und nicht auf Zustimmung basiert, wird durch das Internet innerhalb und außerhalb der jeweiligen Länder wesentlich schneller bekannt. Mit dieser grenzüberschreitenden Kommunikation kommt es auch zu einer „Veränderung der nationalen

Identität der Internetnutzer“.¹⁸³ Einerseits verbreitet sich Englisch auch über das Internet noch schneller als lingua franca und erschwert es damit Diktatoren ihr Volk hinter sprachlichen Mauern zu unterdrücken. Andererseits fällt es den Exilanten erheblich leichter Bindungen an ihre Heimat aufrecht zu erhalten: „Die heutigen Informations- und Kommunikationstechnologien erlauben es den Menschen mehr als je zuvor, in einem fremden Vaterland zu leben und gleichzeitig in der geistigen Heimat ihrer Muttersprache zu bleiben.“¹⁸⁴

Zugleich stärken die Netzwerke im Internet oppositionelle Kräfte in Diktaturen, weil sie ihnen die Kommunikation erleichtern. „Wo früher Einbahnstraßen das informationelle Wegenetz bestimmten, herrscht heute reger Gegenverkehr. Aus den passiven Empfängern von einst sind – potenziell – aktive Sender geworden.“¹⁸⁵ Die damit verbundene Hoffnung kleidete der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan 1989 in die Worte: „The Goliath of totalitarianism will be brought down by the David of microchip.“¹⁸⁶

Tatsächlich scheint das Internet inzwischen jene Rolle übernommen zu haben, die das Fernsehen durch die Berichterstattung über die Opposition und ihre Demonstrationen beim Zusammenbruch des Kommunismus 1989 gespielt hatte. So sprachen die Medien bei den Aufständen in Tunesien und Ägypten, die Anfang 2011 zum Sturz der dortigen Diktatoren führten, schnell von ‚Facebook-Revolutionen‘. Dabei ist die tatsächliche Wirkung des Internets schwer abzuschätzen: Einerseits waren insbesondere die sozialen Netzwerke ohne Zweifel eine wichtige Kommunikations- und Interaktionsplattform für die Opposition, andererseits gingen zum Beispiel in Ägypten die Demonstrationen in unveränderter Stärke weiter, als das Internet abgeschaltet worden war.¹⁸⁷ In Kolumbien war 2008 über Facebook erfolgreich zu großen Demonstrationen gegen

die Guerillabewegung FARC mobilisiert worden. Ein Jahr später misslang der Versuch, in Venezuela mit den gleichen Methoden Massendemonstrationen gegen den Autokraten Chavez zu initiieren.¹⁸⁸

In Tunesien, wo zum Beispiel der Videokanal YouTube seit 2007 gesperrt war, hatten sich Ende 2010 innerhalb von nur zwei Monaten von vier Millionen Menschen mit Netzzugang (davon ein Viertel über Internet-Cafes) 300.000 neu bei Facebook angemeldet. Das Netzwerk wurde immer mehr zur Plattform von Regimekritikern. Zugleich bemerkte der zuständige Sicherheitschef bei Facebook, dass sich tunesische Regierungsstellen über den systematischen Diebstahl von Passwörtern Zugang zu den privaten Nutzerkonten verschafften. Es häuften sich Ende 2010 die Berichte über systematische Angriffe auf die Facebook-Seiten, auf denen das Regime kritisiert wurde. Facebook verlangte daraufhin von tunesischen Nutzern vor dem Einloggen die Identifizierung einiger Facebook-Freunde. Damit wurde es dem Regime erschwert, die Konten zu missbrauchen. Hätte der zuständige Mitarbeiter des Privatunternehmens nicht so reagiert, wäre die Kommunikation der Opposition untereinander wohl erschwert worden.¹⁸⁹

Der Sturz des Regimes in Tunesien Anfang 2011 wird gelegentlich auch als erste Wikileaks-Revolution bezeichnet, weil vertrauliche Berichte des dortigen US-Botschafters über den aufwendigen Lebensstil des Diktators Ben Ali und seiner Familie im Internet kursierten und zum Jahresende 2010 für erhebliche Unruhe sorgten.¹⁹⁰

Es gibt viele Beispiele dafür, dass schnelle Kommunikationsmöglichkeiten im Internet und die dort unkompliziert zu erreichende breite Öffentlichkeit der Freiheitsidee und dem Schutz der Menschenrechte dienlich sein kann: In Kenia wurden zum Beispiel per E-Mail anonym Korruptionsfälle zur Anzeige gebracht.¹⁹¹ Als 2009 „eine junge Indonesierin verklagt wurde, weil sie sich im Internet detail-

liert über untragbare Zustände in einem Krankenhaus beschwert hatte, formierte sich eine Unterstützerguppe, die maßgeblich zu ihrem Freispruch beitrug“¹⁹². Ähnliche Facebook-Gruppen wandten sich in Indonesien gegen eine Schwächung der populären Antikorruptionsagentur.

Das Internet bringt autoritäre Regime und totalitäre Staaten in schwerere Bedrängnis, weil es ihre für den Machterhalt entscheidende vollständige Kontrolle der Informationszugänge der Bürger unterläuft. Die individuelle Informationsaufnahme und -weitergabe lässt sich im Internet mit seiner Doppelgesichtigkeit als Individual- und Massenmedium nur sehr schwer unterbinden. Umso umfassender sind die Versuche der Internetzensur in Diktaturen.

Internetzensur

Die radikalste Maßnahme ergriff 2001 das Taliban-Regime in Afghanistan, als es das Internet landesweit – selbst in Regierungsgebäuden – generell verbot.¹⁹³ So weit können aber nur Steinzeit-Fundamentlisten gehen, denen auch nichts an wirtschaftlicher Entwicklung und effizientem Regierungsmanagement liegt, für die das Internet unverzichtbar ist.¹⁹⁴ Deshalb bedienen sich diktatorische Regime aller möglichen Zensurmaßnahmen unterhalb eines generellen Verbots.

Das lässt sich besonders am Beispiel Chinas verfolgen, dessen kommunistisches Regime wirtschaftlichen Fortschritt mit politischer Unterdrückung zu kombinieren trachtet. Dort entwickelte sich das Internet 1995 zunächst in einer unkoordinierten und unkontrollierten Weise. Schon ein Jahr später wurde ein zweistufiges Einlogungsverfahren verordnet, das alle internationalen Internetverbindungen nur über eine kleine Zahl staatlich kontrollierter

Zugangsschleusen ermöglichte. Zudem beschloss die chinesische Regierung 1998, das Internet schärfer zu kontrollieren: Die Zensur galt insbesondere Äußerungen über die „Spaltung des Landes“ (Tibet) und der „Diffamierung von Regierungsstellen“ über das Internet.¹⁹⁵ Gerade im Blick auf den grenzüberschreitenden Charakter des Internets werden auch immer schnell Spionage- und Landesverratsvorwürfe erhoben. So verurteilte die chinesische Regierung 1998 einen Bürger wegen „Umsturzversuchs“ zu zwei Jahren Haft, weil er 30.000 E-Mail-Adressen an ein US-Magazin weitergegeben hatte.¹⁹⁶

Im Oktober 2000 wurde in China eine Internetpolizei eingerichtet. Das richtete sich auch gegen die religiöse Bewegung Falung Gong, die seit 1999 im Netz präsent ist. Aber im Mittelpunkt stand die politische Verfolgung. So wurde ein Lehrer 2000 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in einer Mail geschrieben hatte: „We all think about one sentence that none of us will say: Overthrow the Communist Party.“¹⁹⁷

Aber von Anfang an hatten die Zensurmaßnahmen auch viele Lücken: Das Regime konnte beispielsweise im Februar 2001 nach der Explosion in einer Schule in der Jiangxi-Provinz nicht verhindern, dass im Internet debattiert wurde, ob entgegen den offiziellen Angaben in der Schule nicht doch illegal Feuerwerkskörper hergestellt worden waren.

2001 gab es in China 11,2 Millionen Internetnutzer, 2002 waren es bereits 33,7 Millionen. Neunzig Prozent der Internet Service Provider in China sind staatliche Anbieter mit besonderen Kontrollmöglichkeiten. Aber auch private Anbieter haben sich den staatlichen Eingriffsmöglichkeiten unterworfen. So verweigerte American Online (AOL), als es 2001 einen Vertrag mit der chinesischen Regierung abschloss, Angaben darüber, ob die Weitergabe von Mails von Dissidenten an den Staat vereinbart worden war.

Immer wieder Aufmerksamkeit fand auch das Verhalten von Google in China, wo sich das Unternehmen teilweise den staatlich gewünschten Zensurmaßnahmen unterwarf und teilweise widersetzte. So sperrte Google 2007 Suchbegriffe wie „Tibet“, „Unabhängigkeit“ oder „Himmlicher Frieden 1989“. Dies wurde mit dem Hinweis gerechtfertigt, man müsse staatliche Zensurversuche tolerierend hinnehmen, um die Ausweitung des Internets zu erleichtern, das sich auch durch Diktatoren je weniger kontrollieren ließe, je mehr es verbreitet sei. Anfang 2010 beendete Google seine Selbstzensur in China und verlagerte seine chinesische Website nach Hongkong, wo wegen des Sonderstatus der Stadt weniger strenge Zensurbedingungen gelten.¹⁹⁸

Aber das kommunistische Regime in China lässt in seiner Zensuranstrengungen nicht nach und dehnt sie auf politikferne Bereiche aus. Seit 2009 hat China Facebook blockiert, eine Maßnahme, die Iran, Pakistan und Saudi-Arabien zumindest vorübergehend auch anwandten.¹⁹⁹ 2010 verbot die chinesische Regierung den Rollennamen „Freiheit“ im Online-Spiel „World of Warcraft“, dessen weltweit ca. 11,5 Millionen registrierte Spieler etwa zur Hälfte aus China kommen.²⁰⁰ Als im Februar 2011 eine in den USA betriebene exilchinesische Website unter Bezug auf den Umsturz in Tunesien im Internet einen Aufruf zur „Jasmin-Revolution in China“ lancierte, wurde der eigentlich unverdächtige Begriff „Jasmin“ schnell gesperrt, wie dies der langen Tradition der chinesischen Internet-Zensur entspricht.²⁰¹

Im März 2011 beschwerte sich Google darüber, dass die chinesische Regierung den Google E-Mail-Dienst blockieren würde. Schon 2009 hatte es Versuche chinesischer Stellen gegeben, auf E-Mail-Konten von Dissidenten zuzugreifen.²⁰² Im Iran hatte das Regime entschieden, Google-Mail gänzlich zu verbieten und durch ein eigenes nationales staatlich betriebenes E-Mail-System zu ersetzen, das natürlich auch wesentlich leichter zu überwachen ist.²⁰³

Nach einem regelmäßig aktualisierten Internet-Zensur-Index²⁰⁴ waren 2010 die schärfsten Zensurmaßnahmen gegen das Internet in China, Burma/Myanmar, Vietnam, Iran und Nordkorea zu verzeichnen. So wurden beispielsweise in Burma 2007 alle Internetcafés geschlossen und Internetverbindungen ebenso wie Mobilnetze unterbrochen, als es zu Aufständen gegen das Regime kam.²⁰⁵

Die Organisation Reporter ohne Grenzen führte im März 2011 als „Internet-Feinde“ Burma, China, Iran, Kuba, Nordkorea, Saudi-Arabien, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam auf. Zu ernststen Verletzungen des freien Internetzugangs kam es in Russland, Weißrussland, Pakistan, Saudi-Arabien, Bahrain, Jordanien, Syrien, Tunesien und anderen arabischen Ländern. So sieht sich in Russland der Blogger Alexej Nawalny, dessen Blog täglich von über 30.000 Menschen gelesen wird, ständigen Repressionen des Systems Putin ausgesetzt. Im Kreml werden seine Veröffentlichungen zur Korruption nicht gerne gesehen.²⁰⁶

In den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo mehr als die Hälfte der 2,4 Millionen Einwohner ausländische Staatsbürger sind, richtet sich die Internetzensur weniger gegen politische Äußerungen, aber sehr intensiv gegen alles, was mit Homosexualität zu tun hat. Zugleich achtet das Regime sehr auf seine Eingriffsmöglichkeiten. Im August 2010 erklärten die Vereinigten Arabischen Emirate, in ihren Ländern die BlackBerry-Dienste für die ca. 500.000 Nutzer zu sperren, denn – so die Aufsichtsbehörde für Telekommunikation (TRA) – „anders als bei anderen internetfähigen Mobiltelefonen würden die Daten von BlackBerry-Nutzern in Übersee gespeichert ... Dort seien die Gesetze der Emirate für solche Dienste nicht anwendbar.“²⁰⁷ Nach Angaben von Reportern ohne Grenzen soll es auch zu Festnahmen von BlackBerry-Nutzern gekommen sein, die sich via BlackBerry zu Protestaktionen gegen steigende Benzinpreise verabreden wollten.²⁰⁸

Saudi-Arabien hatte schon im November 1997 Zensurmaßnahmen gegen „Inhalte, die gegen die religiösen und moralischen Werte des Landes verstoßen“²⁰⁹ erlassen. Im Jahr 2000 machte das Land Schlagzeilen, als es 400.000 Seiten von Yahoo wegen sexueller Darstellungen blockierte.

Im Cyberspace gegen Menschenrechte

Schon die Tatsache, dass 45 Prozent der weltweit inhaftierten Journalisten Internet-Blogger und Online-Redakteure sind, belegt, wie sehr Diktaturen die Kommunikationskraft des Internets fürchten.²¹⁰ Allerdings versuchen sie auch deswegen immer wieder das Internet zu ihrem Vorteil zu nutzen.

So setzte das kommunistische Regime in Kuba das Internet gezielt für E-Government, Online-Tourismus, E-Commerce und eigene politische Propaganda ein. Zugleich wurden unterschiedliche Zugangslevels eingeführt, um die Internetnutzung der Bevölkerung zu kontrollieren: Ein staatlich kontrolliertes Intranet ermöglicht den Austausch von E-Mails im Land und kann für den einzelnen Nutzer gegen Devisen für den internationalen E-Mail-Verkehr und den Zugang zum globalen world wide web geöffnet werden. „On the whole, the political use of the Internet has been beneficial to Cuba’s authoritarian regime.“²¹¹

In Weißrussland halten Regierungsserver für das eigene Klientel Raubkopien zum kostenlosen Download bereit und auch China gibt sich im Fall der Internet-Piraterie tolerant: „Under this new social contract, internet users are allowed plenty of autonomy online – just so long as they don’t venture into politics.“²¹²

Unwillkürlich denkt man hier an die totalitären Szenarien in den Romanen „1984“ bei George Orwell (1949) und „Brave New World“ von Aldous Huxley (1932). Neil Postmann hat sie in seinem Standardwerk „Amusing ourselves

to death“ so beschrieben: „Orwell warnt davor, dass wir von einer von außen kommenden Macht unterdrückt werden. Aber in Huxleys Vision braucht man keinen Großen Bruder, um die Menschen ihrer Autonomie, Vernunft und Geschichte zu berauben. Er glaubte, dass die Menschen ihre Unterdrückung lieben und die Technologien bewundern werden, die ihnen ihre Denkfähigkeit nehmen. Orwell hatte Angst vor denjenigen, die Bücher verbieten würden. Huxley hatte Angst davor, dass es gar keinen Grund mehr geben könnte, Bücher zu verbieten. In ‚1984‘ werden Menschen kontrolliert, indem man ihnen Schmerzen zufügt. In der ‚Schönen neuen Welt‘ werden Menschen kontrolliert, indem man ihnen Freude zufügt.“²¹³

Eher im Orwell’schen Sinn betreibt Syriens Staatschef Baschar al Assad eine Fan-Seite mit über 100.000 Facebook-Freunden, auf der der „beste Präsident der Welt“ mit immer neuen Lobeshymnen gepriesen wird. Diese Seite war zwar schon 2008 eingerichtet worden, blieb aber lange unbeachtet. Während andere arabische Länder angesichts der nordafrikanischen Revolutionen Anfang 2011 das Internet abschalteten, hoben die syrischen Diktatoren am 9. Februar 2011 die seit 2007 geltende Facebook- und YouTube-Blockade auf, um diese Foren für die eigene Propaganda zu nutzen und Selbstbewusstsein zu demonstrieren. Insgesamt aber blieb die strenge Internetüberwachung in Syrien in Kraft, viele Internetseiten sind weiterhin gesperrt und nur kurz nach der Wiedezulassung von Facebook wurde eine neunzehnjährige Internet-Bloggerin zu fünf Jahren Haft wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der CIA verurteilt.²¹⁴

Dies zeigt, dass vom Internet auch wesentliche Gefährdungen für die Menschenrechte ausgehen können, weil repressive Staaten damit leichter die Identität ihrer Gegner feststellen können. In Weißrussland beobachtete die Sicherheitspolizei im Internet die Aufrufe zu Spontandemonstrationen (Flash-Mobs) und war dann oft vor den

Demonstranten am Ort des Geschehens, um sie zu fotografieren.²¹⁵ Das iranische Regime stellte Fotos von Demonstranten mit der Aufforderung zur Identifizierung ins Netz, um ihrer schneller habhaft zu werden. Das dortige Regime veröffentlichte im Internet auch Videomitschnitte bestimmter Protestszenen, um die Opposition zu spalten. In von Wikileaks veröffentlichten Papieren der amerikanischen Regierung waren die Namen afghanischer Informanten nicht unkenntlich gemacht und damit auch dem Zugriff der Taliban preisgegeben.²¹⁶

Aber neben dem, was mit dem Internet für und gegen Menschenrechte und Idee der Freiheit in der realen Welt bewirkt werden kann, gilt es auch den Blick darauf zu richten, wie im Cyberspace mit Menschenwürde und Persönlichkeitsschutz umgegangen wird. Dort kann sich die beschriebene „Erosion des Privaten“²¹⁷ leicht zur menschenverachtenden Aggression steigern. Inzwischen haben sich dafür Internet-spezifische Begriffe eingebürgert: „Cybergrooming“ bezeichnet den Versuch Erwachsener, im Internet Kinder zu verführen, „Cyberbulling“ und „Cybermobbing“ beschreiben Einschüchterungsversuche über das Netz.

Solche erfährt der Jazzmusiker Bruno Leicht, der seit Jahren im Internet verfolgt wird. Ständig wurden die Google-Abfragen zum Namen „Bruno Leicht“ manipuliert, entwürdigende Fotomontagen ins Netz gestellt und der Musiker in Blogs oder bei YouTube diffamiert. Dieser Fall von „Cyberstalking“ demonstriert auf erschreckende und bedrückende Weise, wie hilflos der Einzelne solchen virtuellen Angriffen ausgesetzt sein kann.²¹⁸ „Die geschätzte Anonymität des Netzes kann nicht nur als Schutz, sondern auch als Waffe wirken.“²¹⁹

Gerade soziale Netzwerke ermöglichen „als prekäre Medien der Persönlichkeitsentfaltung“²²⁰ Angriffe auf Persönlichkeitsrechte, die offline kaum vorstellbar sind. Herabsetzungen, die früher auf Toilettenwände gekritzelt wurden,

haben heute eine globale Wirkung. Beispiele dafür sind persönlichkeitsverletzenden Bewertungen über Lehrer in entsprechenden Plattformen oder die Veröffentlichung von Autokennzeichen vermeintlicher Verkehrssünder auf eigens dafür beispielsweise in den USA eingerichteten Seiten. Noch extremere Websites zur öffentlichen Diskreditierung von Nachbarn oder mit den Adressen von Männern, mit denen sich Frauen nicht verabreden sollten, sind inzwischen auch in den USA wieder aus dem Netz verschwunden.

Dabei verharrt die „Entgrenzung der Umgangsformen“²²¹ nicht im Cyberspace, sondern wirkt zurück auf die reale Welt oder wird dort zur Verbreitung im Netz vorbereitet. Im August 2006 wurde zum Beispiel bei YouTube ein eigens aufgenommenes Privat-Video mit dem Titel „The Easter Bunny Hates You“ eingestellt: Es zeigte einen Mann im Osterhasenkostüm, der Passanten auf der Straße belästigte und angriff. In nur zwei Wochen wurde dieses Video drei Millionen Mal abgerufen.²²²

Die Initiierung solcher Grenzüberschreitungen im Internet und die voyeuristische Beteiligung daran werden auch dadurch erleichtert, dass in der Anonymität des Cyberspace die unmittelbare Reaktion des persönlichen Kontaktes wie zum Beispiel der missbilligende Blick ausbleibt.²²³ So senkt die bewusst herbeigeführte und von der Technologie begünstigte Anonymität die Schwelle für Persönlichkeitsverletzungen, denn „durch die fehlende persönliche Präsenz entsteht offensichtlich eine Distanz“²²⁴.

In der Zuspitzung kann dieses Cyber-Bullying als massives Internet-Mobbing dramatische Folgen haben. Dabei scheint die Regel zu gelten „je öffentlicher herabwürdigende Äußerungen werden, desto akzeptierter wird es für anfällige Teile der Bevölkerung, die entsprechende Haltung einzunehmen“²²⁵.

Erstes und bekanntestes Beispiel ist dafür das „Star Wars Kid“: 2002 nahm ein dreizehnjähriger kanadischer Junge

von sich ein Video auf, in dem er unbeholfen eine Szene aus dem Kinofilm „Star Wars“ imitierte. Ohne sein Wissen luden Mitschüler das Video ins Internet hoch, wo es schnell verbreitet wurde und viele herablassende und böseartige Kommentare auslöste. Der betroffene Jugendliche litt unter der globalen Hänselei, musste die Schule wechseln und sich in psychiatrische Behandlung begeben. Es wurde ihm Schadensersatz von 250.000 Dollar zugesprochen, da er „Belustigung und Spott durch seine High-School-Freunde und die Öffentlichkeit in großem Ausmaß ertragen musste“²²⁶. In gewisser Weise hat das Internet „heute den Schulhof ersetzt. Was früher eine Prügelei war, ist heute das verletzende Wort, das entwürdigende Bild, für immer ins Netz gebrannt.“²²⁷ Dadurch sind die Folgen der Persönlichkeitsverletzungen weitaus dramatischer.

Als traurige Ikone des Internet-Mobbings kann man auch eine junge Koreanerin bezeichnen, deren Hund 2005 seine Notdurft in der U-Bahn verrichtete. Als sie sich weigerte, die Hinterlassenschaft zu entfernen, wurde sie von einem Mitfahrer fotografiert, der das Foto auf einer populären Website veröffentlichte. In kurzer Frist enthüllten Internet-Nutzer die Identität der Frau, spionierten persönliche Daten aus und veröffentlichten sie im Netz. Die junge Frau wurde in zahlreichen Blogs als „Dog Shit Girl“ weltweit der Lächerlichkeit preisgegeben und sah sich angesichts dieser öffentlichen Herabwürdigung gezwungen, ihre Universität zu verlassen.

Ähnliche Fälle sind 2,4 Millionen mal bei YouTube abgerufene Videos, die bei voller Namensnennung einen betrunkenen Hochspringer bei einem Leichtathletikwettbewerb zeigen, oder ebenso mit voller Namensnennung erotische Fotos einer englischen Lehrerin mit 2,7 Millionen Abrufen.

Solchem Cyber-Bullying werden inzwischen nicht nur drei Selbstmorde von zwölf- und dreizehnjährigen Kindern

und der Selbstmord des koreanischen Filmstars Choi Jin-sil zugeschrieben.²²⁸ Im Oktober 2010 hat ein homosexueller Student in den USA Selbstmord begangen, nachdem zwei Kommilitonen ein Video in YouTube eingestellt hatten, das sie heimlich aufgenommen hatten, als er einen anderen Mann küsste.²²⁹

Auffällig ist dabei, dass gerade „viele Jugendliche die Wirkung von visuellen und verbalen Herabsetzungen Dritter (...) in den sozialen Netzwerken (...) nicht begreifen“²³⁰. Gerade bei Nutzern zwischen 14 und 18 Jahren klaffen oft „Verständnis und Verantwortungsgefühl und Handlungsmöglichkeiten auseinander“.²³¹ Der Schutz der Anonymität hat hier sicherlich auch manche Fehlentwicklung begünstigt. Die Achtung der Menschenwürde ist im Internet eben leider keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern muss auch dort durchgesetzt werden.

Angesichts solcher Erfahrungen der Instrumentalisierung des Internets auch gegen die Idee der Freiheit und der Menschenrechte sind Warnungen vor einem „spirit of techno-utopianism“²³² verständlich und berechtigt. Das Internet ist sowohl nutzbar als auch missbrauchbar. Im Jahr 2006 startete auch die UNO im Internet Governance Forum (IGF) einen offenen Diskussionsprozess zu Fragen der Entwicklung, Sicherheit und Nachhaltigkeit des Internets. Dazu dienen jährliche Konferenzen und eine eigene Website. In diesem Rahmen erarbeitet eine internationale Expertengruppe auch eine „Charta der Menschenrechte und Prinzipien im Internet“. Dabei geht es um Themen wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, den Schutz der digitalen Identität, das Recht auf Zugang zum Internet, Urheberrecht und Standards für soziale Netzwerke.²³³ Die freiheitliche Demokratie muss sich mit diesen Fragen nicht nur auf politischer, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene auseinandersetzen.

III.

Meinungsbildung im Netz

10. Das Internet als Freiheitsmedium

„Die Vernunft des Menschen, der Mensch überhaupt ist furchtsam und vorsichtig, wenn er sich alleine gelassen fühlt, und er wird kräftiger und zuversichtlicher, in dem Maße in dem er glaubt, dass viele andere auch so denken wie er.“

James Madison (1751–1836),
Autor und Präsident der USA¹

Die freiheitliche Demokratie ist in der Massengesellschaft konstitutiv auf Massenkommunikation angewiesen, denn ohne Kommunikation zwischen den Regierten und Regierenden können weder sinnvolle Entscheidungen fallen noch werden sie akzeptiert. „Kommunikation ist längst die wichtigste Legitimationsquelle der Demokratie geworden“ und in diesem Sinn gehört das Internet „als ein Massenmedium bereits zu den Voraussetzungen der Demokratie, wie sie gegenwärtig funktioniert“.² Dabei gehören Entfaltung der Meinungsfreiheit und Befriedigung des Informationsbedürfnisses gleichermaßen zur freiheitlichen Demokratie. In beiderlei Hinsicht hat das Internet dem Einzelnen neue Freiheitsmöglichkeiten eröffnet.

Jedermann als Autor

So dürfte mit der größte Nutzen des Internets für die freiheitliche Demokratie darin liegen, dass es ein neuartiges und zusätzliches Forum für die öffentliche Debatte bereitstellt. Es ist ein Medium der Vielfalt und Freiheit, das durch seine Themen- und Teilnehmeroffenheit das Artiku-

lationspotential der Gesellschaft steigert. Dies hat sicher damit zu tun, dass der Umgang mit Informationen und ihre Kommentierung überhaupt der Grund für die Existenz des Internets sind und zu seiner Entstehung geführt haben: „The Internet was built to move information around, not keep it in one place, and it tends to do what it was built to do.“³

Deshalb ist es im Internet in einem noch vor zwanzig Jahren unvorstellbaren Ausmaß einfach geworden, sich zu allen möglichen Fragestellungen und Sachverhalten kundig zu machen und die unterschiedlichsten Sichtweisen kennenzulernen. Zugleich macht es das Internet dem Einzelnen sehr viel leichter, seine Meinung möglichst vielen Mitbürgern mitzuteilen. Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ hat dazu schon 1998 festgestellt: „Mit den neuen Techniken haben alle an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligten öffentlichen und privaten Einrichtungen, einschließlich Privatpersonen, zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Meinung unverfälscht in die Öffentlichkeit zu bringen.“⁴

So kann der legendäre Schlachtruf „Don't hate the media, become the media“ Wirklichkeit werden, den der Punk-Sänger, Sprachkünstler und politische Aktivist Jello Biafra in seiner Bewerbungsrede um die US-Präsidentenchaftskandidatur der Green Party im Jahr 2000 ausrief.⁵ Schon Helmut Krauch hat 1972 die Hoffnung geäußert, eine „Computer-Demokratie“ könne auch „die Spaltung zwischen Erfahrungswelt und Scheinwelt der Medien aufheben, weil die Medien in direkter Beziehung mit allen Bürgern stehen und von diesen gesteuert werden“⁶.

Im Internet entstanden getrennt von den von Journalismus und Politik geprägten „professionellen Öffentlichkeiten“ eigene „persönliche Öffentlichkeiten“ dort, wo sich Internetnutzer „mit ihren eigenen Interessen, Erlebnissen,

kulturellen Werken und Meinungen für ein Publikum präsentieren, ohne notwendigerweise gesellschaftsweite Relevanz zu beanspruchen“⁷.

Ermöglicht wurde dies durch technologische Innovationen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Internet stehen. Ausschlaggebend sind dabei weder die „Optionsvielfalt der nichtlinearen Navigation“ noch die „vielbeschworene Interaktivität“: „Die gegenüber den Vorgängermedien gesteigerte Handlungsmacht erwächst den Netzbürgern dadurch, dass sie die Internet/web-Architektur frei und ihren Anforderungen entsprechend nutzen, zwischen einer Vielzahl unterschiedlicher Autoren, Stimmen, Meinungen und Angeboten wählen und selbst veröffentlichen können.“⁸

Dies wurde in einem ersten Schritt befördert „durch die Demokratisierung der Produktionsmittel, also durch das Aufkommen von Digitalkameras, Weblogs, Podcasts. In einem zweiten Schritt durch die Demokratisierung der Publikationsmittel, also durch kostenloses Hochladen von Fotos, Videos, Texten bei Portalen wie Flickr (Fotos) oder YouTube (Videos), durch Bloghoster wie Wordpress. Jeder der will, kann im Internet Fotograf, Filmer, Schreiber, Radiomacher sein.“⁹

Man ist zur Verbreitung der eigenen Meinung nicht mehr auf Medien angewiesen, die sich wie Zeitungen, Radio oder Fernsehen in der Hand Dritter befinden und auch die Zugänge zu dem kontrollieren, was dort publiziert wird. Dadurch hat sich das Informationsangebot enorm erweitert, im Netz kann niemand mehr behaupten, ihm fehle der Zugang zu Informationen, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Für die freiheitliche Demokratie sind diese Entwicklungen der erleichterten Informationsbeschaffung als Voraussetzung für die eigene Meinungsbildung und der erleichterten Verbreitung dieser Meinung große Vorteile, weil sie die

Freiheit der Debatte als ein Grundelement demokratischer Ordnung stärken. Dies führt auch dazu, dass das Internet „das umfassendste Panoptikum politischer Meinungsvielfalt“¹⁰ ist, das es in der Geschichte je gab.

Dafür war sicherlich mit entscheidend, dass das Internet in den USA entstand, wo der verfassungsrechtliche Schutz der Redefreiheit („Freedom of speech“) besonders ausgeprägt ist und praktisch keine Einschränkung zulässt.¹¹ Es gehört zu dem mit diesem umfassenden Freiheitsverständnis verbundenen Fortschrittsoptimismus, dass US- Vizepräsident Al Gore 1994 als Internetbeauftragter der Clinton-Administration ein „neues Zeitalter der Partizipation“ proklamierte, „weil es bei Computern keine Hierarchie gäbe und jeder clevere Fünfzehnjährige seine Meinung ebenso kundtun könnte wie ein Großkonzern“¹².

Allerdings dürfen dabei die Ambivalenzen nicht übersehen werden, die sich aus der räumlichen und zeitlichen Unbegrenztheit des Internets als Diskursraum ergeben. So erhöht die Ausweitung des Meinungswettbewerbs durch das Internet die Schwierigkeit für die einzelne Meinung aufzufallen. „When everyone can speak, who will be listened to?“¹³ Aufmerksamkeit ist ein knappes Gut und muss gezielt angezogen werden. Deshalb dominiert im Internet oft „nicht die Herstellung einer verständigungsorientierten (,diskursiven‘), rein sachlicher Argumentation folgenden (deliberativen) Cyberdemokratie, sondern der interessenorientierte Wettbewerb um Aufmerksamkeit“. Dabei ist zu beachten, dass die „Vorstellung vom Internet als basisdemokratischem Kommunikationsraum (...) viel mehr Freiheit und Gleichberechtigung von Sender und Empfänger vorspielt, als sie zulassen will oder überhaupt technisch tragen kann“¹⁴.

Im Aufmerksamkeitswettbewerb des Internets haben institutionell starke Teilnehmer wie große Unternehmen, Medien oder staatliche Stellen wie in der Offline-Welt

ohne Zweifel Vorteile gegenüber dem Einzelnen, auch wenn ihre Dominanz im Cyberspace leichter durchbrochen werden kann. Es darf eben nicht übersehen werden, dass im Internet die gleichen Akteure zu dominieren beginnen, die auch die herkömmlichen Medien bestimmen: „Das Internet eröffnet ressourcenarmen Akteuren neue kostengünstige Möglichkeiten der Wissensgewinnung und Protestmobilisierung, doch ist es aufgrund seiner inhaltlichen Offenheit vor allem auch ein Medium der sozialen, politischen und kulturellen Meinungsbeeinflussung durch das Marketing und die PR ressourcenstarker Akteure, seien es große politische Parteien oder kommerzielle Großunternehmen.“¹⁵

Insgesamt ist mit dem Internet bei allem Freiheitszuwachs für den einzelnen Kommunikationsteilnehmer „kein neues athenisches Zeitalter einer neuen elektronischen Agora“¹⁶ angebrochen. Zum einen bleiben Unterschiede in den Zugangsmöglichkeiten zu öffentlicher Aufmerksamkeit auch im Internet bestehen. Zum anderen tummeln sich auf dem politischen Meinungsmarktplatz im Internet wiederum jene politisch Interessierten, die sich auch der klassischen politischen Foren wie Parteien, Bürgerinitiativen, Leserbriefe, Versammlungen oder Demonstrationen bedienen. Sie können es freilich leichter, schneller und weitreichender als zuvor gewohnt. „Das Internetangebot an politischen Informationen kann folglich für die politisch Interessierten als hervorragend bewertet werden, da es diese noch wissender machen kann, die Uninteressierten aber lässt es kalt. Es trägt potentiell sogar zu einer weiteren Differenzierung in ‚Info-Haves‘ und ‚Have-nots‘ bei.“¹⁷

Das Blog-Phänomen

Diese aus der realen in die virtuelle Welt übernommene Spaltung zwischen politischen und unpolitischen Bürgern zeigt sich auch im klassischen Forum der Internetdebatten, dem sogenannten „Blog“. Diese inzwischen gängige Bezeichnung ist die Abkürzung von „Web-Log“, einer Zusammenführung der Begriffe World-Wide-Web und Logbuch.

Blogs sind als internetspezifische Publikationsform entstanden. Vordergründig handelt es sich dabei um im Internet als eigene Webseiten geführte Tagebücher oder Journale. Weil diese Einträge aber von Nutzern kommentiert werden können, entwickelte sich hier eine eigenständige Publikationsform im Internet, manche sprechen sogar von einer „schleichenden publizistischen Revolution“¹⁸.

Im Jahr 2004 wurde der Begriff Blog in den USA zum Begriff des Jahres gekürt und die Blogger zu den „People of the Year“ gewählt. Insgesamt gibt es im Internet mehr als 140 Millionen Blogs, davon sind aber allenfalls 100.000 relevant im Sinne einer registrierbaren Beachtung durch die Internetnutzer. In einer Studie aus dem Jahr 2008 „konnte weltweit nur bei 7,4 Millionen Blogs innerhalb der zurückliegenden 120 Tage ein neuer Eintrag festgestellt werden. Die restlichen 95 Prozent sind so etwas wie Grabsteine einer aufgegebenen Ambition im Internet.“¹⁹

Dabei ist „die verbreitete Bezeichnung Internet-Tagebücher eine unzulässige Verallgemeinerung. (...) Dem Großteil der Weblog-Betreiber (...) geht es eindeutig nicht darum den eigenen Alltag im Internet auszubreiten.“²⁰ Dominierend sind in den Blogs alle Themen rund um das Internet und Computer sowie Schnäppchen-Angebote. „Explizit politische Themen spielen in den Blogs eine untergeordnete Rolle. So führte ein Verzeichnis von über 11.000 deutschsprachigen Blogs im März 2011 insgesamt 1369 Blogs zu Internetthemen, 1343 Privat-Blogs, 1129 Computerblogs und

nur 369 Politikblogs gegenüber 539 Reiseblogs auf. Am meisten besucht werden ein Schnäppchen-, ein Spiele- und ein Hobby-Blog. Erst auf Rang 20 folgt der erste Politik-Blog.²¹

Die Zahl der Internetnutzer, die einzelnen Bloggern kontinuierlich folgen, wird meist überschätzt, sie liegt auch bei populären Angeboten in den USA selten über 20.000. Wichtiger für die Einflusskraft von Bloggern ist es, ob sich ihre Sichtweisen quasi kaskadenförmig im Internet verbreiten und schließlich ihren Weg in die klassischen Medien finden. Wer als Blogger in Fernseh-Talkshows eingeladen wird, hat den Durchbruch geschafft.

Blogger wollen also meist nicht ihr persönliches Leben diskutieren, aber sehr wohl ihre persönliche Sichtweise der Dinge vermitteln und eigene Erfahrungen weitergeben. So sucht man auf manchen vielbesuchten Blogs vergeblich nach genaueren Informationen zur Biographie der verantwortlichen Blogger. Ihre Wirkung wollen sie oft nicht darauf aufbauen, sondern auf die Kraft der Argumente, mit denen sie Debatten anstoßen.

Die Analyse politischer Debatten im Internet hat aber gezeigt, dass „die Verwendung von Argumenten nicht zur Resonanz beiträgt“. Die Teilnehmer experimentieren gerne mit ihren kommunikativen Rollen und setzen zum Beispiel Pseudonyme und gezielte Provokationen ein, um die „diskursive Herausforderung als spielerische Herausforderung“ zu erleben, und zeigen deshalb viel „Interesse an inhaltlichen Konflikten bzw. Dissens“.

Dabei versuchen Blogger auch in der politischen Sphäre in der Regel nicht, Neutralität und Objektivität vorzuspiegeln, sondern definieren sich gerade durch die betont subjektive Kommentierung. „Charakteristisch für Weblogs ist eine Mischung aus Links auf politische Informationsangebote, deren pointierter Kommentierung und der Veröffentlichung persönlicher Ansichten und Erfahrungen, was in

den traditionellen Medien noch am ehesten in Glossen möglich war.^{“22}

Es verwundert deshalb nicht, dass zwar Blogs als politische Meinungsforen geschätzt werden, unter den Internetnutzern allerdings große Skepsis gegenüber diesen Foren als Informationsplattformen ausgeprägt ist. Von denen, „die Blogs kennen, schätzen 71 Prozent die dort verbreiteten Informationen als weniger bis gar nicht glaubwürdig ein“²³. In der Europäischen Union wurde übrigens für das Internet insgesamt mit nur 35 Prozent die geringste Glaubwürdigkeitsquote der Medien (Radio 58 Prozent, Fernsehen 49 Prozent und Printmedien 42 Prozent) gemessen.²⁴ Offenbar wissen die Menschen auch: „The Net is a hot bed of gossip, lies, false ideology and myths.“²⁵

Eine Ausnahme bilden Augenzeugenberichte, die aus der meist zufälligen Anwesenheit bei dramatischen Ereignissen resultieren und durchaus eine große politische Relevanz haben können, schon weil sie den klassischen Medien als authentische Originalquelle dienen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur das Unglück bei der Loveparade in Duisburg im Sommer 2010.

Allerdings haben die meisten Blogger aber „keine Ambition, die Rolle von Journalisten zu übernehmen – ungefähr so wenig, wie sich die tratschende Nachbarin als Lokalreporterin versteht“²⁶. Blogs sind sowohl Resonanzraum für klassische Medien wie auch Gegenöffentlichkeit und werden in großer Fülle zu allen möglichen Themen angeboten. Sie zeigen, dass das Internet komplementär zu den traditionellen Massenmedien ist und sie nicht einfach ersetzt. Das Verhältnis ist komplexer: „Ein neues Medium ist niemals die Ergänzung eines alten, noch lässt es das alte in Frieden. Es unterdrückt ältere Medien so lange, bis diese neue Formen und Nischen für sich gefunden haben.“²⁷

Insgesamt macht das Internet „eine neuartige, aber im Vergleich zu etablierten medialen Kontexten nicht wesent-

lich andere Form der diskursiven Kommunikation möglich.²⁸ Es gibt dabei eine „Komplementarität der journalistischen und der nutzergenerierten Öffentlichkeit auf der inhaltlichen Ebene: Informationen fließen zwischen beiden Sphären, und die wechselseitige Bezugnahme kann die Form der Kritik annehmen, tritt jedoch deutlich häufiger als Referenzierung auf, wodurch letztlich Aufmerksamkeit auf die verwendeten Quellen gelenkt wird. Diese Komplementarität auf der Inhaltsebene korrespondiert mit der Integration von Anwendungen, Werkzeugen oder Mechanismen des Social Web in professionelle journalistische Angebote.“²⁹

Es verwundert daher nicht, dass von praktisch allen klassischen Medien Blogs als Plattformen angeboten werden, in denen meist die Anschlusskommunikation des Publikums zur klassischen Medienberichterstattung stattfinden kann. Insofern sind Internet-Blogs inzwischen oft nichts weiter als elektronische Leserbriefspalten. Auch sind Fernsehsendungen inzwischen wie selbstverständlich mit eigenen YouTube-Kanälen präsent oder koppeln ihre Liveübertragungen mit Chatmöglichkeiten bei Facebook.³⁰

Insgesamt ergibt der Vergleich zwischen der politischen Online- und Offline-Kommunikation „starke Indizien für Tendenzen der Beharrung von bestehenden Kommunikations- und Handlungsmustern“³¹. Dazu tragen besonders drei Eigenschaften des Internets bei: Die „Komplementarität des Netz-Mediums zu anderen Medien“, die „Konstanz der Diskurskultur“ und die „Konvergenz von Offline- und Online-Strukturen“. Diese Konvergenz „entzaubert alle Hoffnungen auf weitreichende Demokratisierungspotentiale des Netzes, sie entlarvt aber gleichzeitig Netz-Apokalyptiker als Kassandrarufer der Informationsgesellschaft“.³²

Trotzt der spezifischen Form der Blogs wurde im Internet die Welt der politischen Kommunikation letztlich nicht neu erfunden. Im Kern gilt für die reale wie für die

virtuelle Welt: „Realweltliche Informations- und Kommunikationsverhältnisse finden ihre Entsprechung, wenn gleich die Zahl der Kommunikatoren unzweifelhaft steigt. (...) Online-Medien sind damit zusätzliche Faktoren der Dynamisierung der Kommunikationsgesellschaft, die neuerliche Anpassungsleistungen des politischen Systems einfordern.“³³ Diese Anpassungsnotwendigkeiten ergeben sich insbesondere aus den Kommunikationsfolgen, die Schnelligkeit und ortsunabhängige Zugriffsmöglichkeiten im Internet haben.

Netzdynamik

Vor allem deswegen kann die Online-Kommunikation durchaus als Kontrollinstanz traditioneller Medien wirken. Schon 1998 verband die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ damit die Hoffnung: „Wenn die Bürger selbst überprüfen können, wie der Inhalt von Originaldokumenten lautet (...) wird die Berichterstattung in den Medien durch diese unmittelbare Überprüfbarkeit zu größerer Sorgfalt und Sachlichkeit veranlasst.“³⁴

Die Schnelligkeit des Internets bringt wegen der tsunamiartigen Verbreitung falscher Nachrichten für die freiheitliche Demokratie ebenso Gefahren, wie sie heilsame Wirkung dort entfalten kann, wo falsche Behauptungen schnell widerlegt oder Vertuschungsabsichten durch Verzögerungsversuche verhindert werden. Dafür seien nur einige Beispiele genannt:

2002 führte eine von den klassischen Medien überhörte positive Äußerung des republikanischen Mehrheitsführers im Senat, Trent Lott, durch die Verbreitung im Internet zu dessen Rücktritt. Lott hatte sich anlässlich des 100. Geburtstags seines Senatorenkollegen Storm Thurmond

missverständlich über dessen Präsidentschaftskampagne 1948 geäußert, der der Vorwurf des Rassismus gemacht worden war.

Ebenfalls als Ergebnis von Blogger-Recherchen sah sich der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry mitten im Wahlkampf 2004 mit falschen Angaben konfrontiert, die er 1979 über seinen Besuch in Kambodscha im Jahr 1968 gemacht hatte.

Im US-Präsidentschaftswahlkampf 2004 zeigte CBS-Starreporter Dan Rather in der renommierten CBS-Fernsehsendung „60 Minutes“ Dokumente, die beweisen sollten, dass George W. Bush sich Anfang der 70er Jahre vor dem Einzug zur Nationalgarde gedrückt habe. Innerhalb von vier Stunden wiesen Blogger nach, dass diese Dokumente mit dem Textverarbeitungsprogramm Microsoft Word erstellt worden waren, das es damals noch gar nicht gegeben hatte. CBS gab den Irrtum zu und Dan Rather verlor darüber seine Stellung.³⁵

Auch in Deutschland finden sich entsprechende Beispiele. Als die damalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin im Herbst 2002 mitten im Bundestagswahlkampf den amerikanischen Präsidenten George Bush in einer internen Diskussionsrunde mit Adolf Hitler verglich, entbrannte eine heftige Debatte, „wobei das Internet dazu diente, die Affäre zitierfähig zu machen“³⁶. Das schwäbische Tagblatt hatte auf seiner Homepage davon berichtet. Die Ministerin erklärte dann von sich aus den Verzicht auf eine Verlängerung des Ministeramtes bei der kurz darauf anstehenden Regierungsneubildung.

Auch die später heftig umstrittene Rede des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann am 3. Oktober 2003 erregte zunächst keine Beachtung. Sie war aber auf der Webseite des zuständigen regionalen CDU-Gemeindeverbandes dokumentiert worden und fiel dort einigen Internetnutzern auf. Nach der ersten Kritik

wurde die Rede zwar wieder aus dem Netz genommen. Doch inzwischen waren die Medien darauf aufmerksam geworden. Die allgemeine Verfügbarkeit und Zugänglichkeit über das www führte dazu, dass eine weit abseits der politischen Schaltzentralen gehaltene Rede überregional, national und weltweit Aufmerksamkeit erregte.³⁷ Der Vorgang hatte den Ausschluss des Abgeordneten aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Folge.

Ohne das Internet wäre es wohl im Frühjahr 2011 auch nicht zum Rücktritt des damaligen Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg gekommen. Ihm war zunächst in der Süddeutschen Zeitung³⁸ der Vorwurf gemacht worden, bei seiner Dissertation wissenschaftliche Grundregeln nicht beachtet und abgeschrieben zu haben. Innerhalb kürzester Zeit stand dieser Vorwurf im Zentrum einer Debatte im Netz. Beim Blog-Anbieter „Wikia“³⁹ wurde sehr kurzfristig eine Seite „GuttenPlag“⁴⁰ eingerichtet, auf der einige hundert Internetnutzer anhand konkreter Textvergleiche zahlreiche Plagiatsvorwürfe erhoben. Nicht zuletzt wegen der so gesammelten Nachweise erkannte die Universität Bayreuth Guttenberg den verliehenen Dokortitel ab und Guttenberg musste zurücktreten. Auch die FDP-Politikerin und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Silvana Koch-Mehrin musste im Mai 2011 zurücktreten, weil ihr im Internet Plagiate bei der Doktorarbeit nachgewiesen worden waren.

Bei Facebook hatte sich übrigens eine Gruppe „Gegen die Jagd auf Karl-Theodor zu Guttenberg“⁴¹ gebildet, die innerhalb von zwei Wochen über 300.000 Unterstützer erhielt. Bemerkenswert ist, dass die Urheber beider Initiativen anonym blieben. Die Facebook-Seite war lediglich mit dem Hinweis versehen: „Dies ist eine private Seite und wurde nicht durch Herrn zu Guttenberg oder seinen Mitarbeitern erstellt!“ und gab die nicht-personalisierte E-Mail-Adresse (ProGuttenberg@googlemail.com) als Kontakt für Presse-

anfragen an.⁴² Ganz ähnlich gab auch die Seite GuttenPlag nur einen anonymen Kontakt an⁴³ und beantwortete die selbst gestellte Frage „Wer sind die Leute hinter dem Wiki? Wer hat das Sagen?“ mit dem Hinweis: „Dies ist ein offenes Wiki, an dem jeder mitarbeiten kann, teilweise sogar ohne Anmeldung. Die Zuarbeiter haben verschiedenste Hintergründe und viele haben von dem Wiki auch erst aus der Presse erfahren und sich vorher nicht gekannt. Gründer des Wikis ist ein Benutzer: PlagDoc (...) Er hat zwar theoretisch die technische Möglichkeit, das Wiki zu administrieren und damit ‚das Sagen‘, aber eine praktische Organisations- und Lenkungsfunktion auf andere Benutzer übt er nicht aus, und das wäre auch schwer denkbar, da alle Benutzer freiwillig mitarbeiten und nicht irgendjemandem gegenüber weisungsgebunden sind.“⁴⁴

Eine Begründung für ihr Verbleiben in der Anonymität gaben weder die Anhänger noch die Gegner zu Guttenbergs an. Sie verweigerten damit den Nutzern die Transparenz, die sie eigentlich zum Gegenstand ihres Engagements machen. In der Netzgemeinde wurde das praktisch nicht hinterfragt.

Damit ist freilich ein wichtiges Problem des Internet-Diskurses angesprochen: Da Debatten im Internet „durchgängig als Privatkommunikation arrangiert werden“ können, werden damit auch „demokratische Schutzmechanismen, die für den Modus des öffentlichen Redens entwickelt wurden, außer Kraft gesetzt: Das Recht auf Freiheit vor (z. B. anonymer) Kommunikation nazistischer, rassistischer oder sexistischer Inhalte, das Recht auf Gegendarstellung, das Recht auf Diskriminierungsfreiheit sozialer oder ethischer Minderheiten, die Norm öffentlicher Kritik usw.“⁴⁵

Die Konsequenzen sind zunehmend auch in der politischen Auseinandersetzung zu beobachten, insbesondere auch in Wahlkämpfen. Dort macht sich immer mehr das sogenannte *Negative Campaigning* breit, das in den USA

eine längere Tradition hat. Politische Konkurrenten werden dabei mit eigenen Aussagen konfrontiert, die ihnen zum Nachteil gereichen können. In einem bestimmten Umfang ist dies durchaus legitim. Problematisch wird es freilich dann, wenn Kandidaten sozusagen auf Schritt und Tritt verfolgt werden, um belastendes Material zu finden.

Die Digitalisierung allgemein und das Internet im Besonderen bieten für diese Art der Auseinandersetzung neue Möglichkeiten. So bleibt beispielsweise mit Hilfe von Handykameras keine politische Handlung mehr unbeobachtet und kann im Internet zum Beispiel bei YouTube auch sofort weit verbreitet werden, ohne dass der Betroffene eine Chance der Gegenwehr hat. Damit geht oft eine Trivialisierung politischer Fragestellungen einher: „Die Youtubifizierung der Politik ist eine Bedrohung für die staatsbürgerliche Kultur. Sie infantilisiert den politischen Prozess, lässt die öffentliche Debatte verstummen und macht die Zukunft des Staates von 30 Sekunden dauernden Videoclips abhängig, die von Camcorder-Amateuren mit einer politischen Agenda aufgenommen werden.“⁴⁶

Das wird auch dadurch erleichtert, dass das Internet kein zuerst politisches Medium ist und dort verstärkt Verhaltensweisen aus der Welt der Unterhaltung und des Spielerischen ins Politische übertragen werden. Im Kampf um Aufmerksamkeit im Netz hat verantwortliche Politik in der freiheitlichen Demokratie einen klaren Wettbewerbsnachteil, weil sie das Spektakuläre nicht sucht, sondern vermeiden will. Dramatisierung und Trivialisierung wohnen der Dynamik des Internets so sehr inne, wie sie einer demokratischen Einstellung fremd sind.

Zu oft wird das Internet als Medium des *Anything goes* verstanden. Im politischen Diskurs werden deshalb im Netz besonders schnell aus Behauptungen vermeintliche Fakten und Eindrücke oder Vermutungen verselbstständigen sich schnell zu Nachrichten. Allzu oft werden dort Ge-

rüchte verbreitet, die sich schnell als Gewissheiten maskieren. Dies ist möglich, weil das Netz wesentlich oberflächlicher als klassische Medien von den dort Agierenden Verantwortlichkeit einfordert und ihnen leicht die Flucht in die Anonymität ermöglicht.

Die freiheitliche Demokratie hingegen bindet Freiheit an Verantwortung und setzt der Freiheit für jeden Grenzen, um sie jedem zu garantieren. Sein Potential als Freiheitsmedium kann das Internet im Blick auf die Meinungsbildung in der freiheitlichen Demokratie ausschöpfen, wenn auch dort Freiheit und Verantwortung wie zwei Seiten einer Medaille selbstverständlich zusammen gesehen werden. Dazu gehört der kritische Umgang mit Anonymität im politischen Diskurs.

So wie Anonymität in Diktaturen den Schutz des Einzelnen erhöhen kann, so ist sie in der freiheitlichen Demokratie Anlass zu Fragen nach der Glaubwürdigkeit. Wer das Internet in der demokratischen Debatte nutzt, sollte für seinen Beitrag Verantwortung übernehmen und sich nicht verstecken. Öffentlichkeit als grundlegendes Prinzip der Meinungsbildung in der Demokratie lebt nicht nur von der ungehinderten Öffentlichkeit für verschiedene Meinungen, sondern auch davon, dass die in die Öffentlichkeit treten, die diese Meinungen vertreten. Nur dann ist die Chancengleichheit im Dialog möglich, auf die die freiheitliche Demokratie setzt.

11. Grenzenlose Information und begrenztes Wissen

„Als bekannt wurde, dass die Bibliothek alle Bücher umfasse, war der erste Eindruck ein überwältigendes Glücksgefühl. Alle Menschen wussten sich Herren über einen unversehrten und geheimnisvollen Schatz. (...) Auf die überschwängliche Hoffnung folgte ganz natürlich übermäßige Verzagtheit. Die Gewissheit, dass irgendein Regal in irgendeinem Sechseck kostbare Bücher berge, dass diese Bücher aber unzugänglich seien, dünkte ein schier unerträglicher Gedanke.“
Jorge Luis Borges (1899–1986), Schriftsteller⁴⁷

So begrenzt die Reichweite des Internets im Blick auf die Gesamtheit der Bevölkerung ist, so unbegrenzt ist das Angebot an Information im Netz. „Das world wide web (...) ist nichts anderes als eine ungeheuer mächtige Datensammlung, auf die wir mit Hilfe des Internets (...) zugreifen können.“⁴⁸ Für eine freiheitliche Demokratie ist das ein großer Vorteil, denn sie lebt von freier Information und Kommunikation. Das Internet macht es leicht, die Zugangsbarrieren dazu zu überwinden: „In der Vergangenheit kamen die Leute zu den Informationen, die in der Universität aufbewahrt waren. In Zukunft werden die Informationen zu den Leuten kommen, wo immer sie sich aufhalten.“⁴⁹

Konstante Zerstreutheit

Mit dem unbegrenzten Informationsangebot im Internet ist jene Frage erneut aktuell, die Immanuel Kant schon 1781 in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ aufwarf: „Was kann ich wissen?“ Diese Frage zielte allerdings nicht auf eine Erweiterung der Informationsfülle, sondern sucht nach Kriterien menschlicher Erkenntnis.⁵⁰ Das Internet ist hingegen auf die immer größere Informationsauswahl fixiert.

Die Informationsfülle des Internets und sein globaler Charakter enthüllen dabei ein Phänomen, das schon die Globalisierungswirkung des Fernsehens offengelegt hat. Vieles zu sehen, heißt nicht notwendigerweise mehr zu wissen: So nannten in einem Experiment die meisten britischen Schüler sicher auch als Folge vieler amerikanischer Spielfilme die amerikanische Telefonnummer 911, als sie nach der Notrufnummer in Großbritannien (sie lautet 999) gefragt wurden.⁵¹ Es gibt eben „keinen Automatismus, dass mehr Information auch zu mehr Bildung führt“⁵². Deshalb ist „die Informationsgesellschaft eben nicht schon von sich aus eine informierte Gesellschaft“⁵³.

Umso dringlicher stellt sich für den Einzelnen angesichts der enormen Datenfülle des Internetzeitalters die Frage, wie er damit umgehen soll. „Will sagen, das Problem liegt genau gesehen bei der Bedeutung zweiten Grades, also der Bedeutung von Bedeutung oder der Bewertung. Was innerhalb einer Unmenge an Bedeutungen ist tatsächlich von Belang?“⁵⁴ Das gilt umso mehr, als das Internet nicht nur die Möglichkeit zu mehr Wissen eröffnet, sondern vor allem die Art der Wissensaufnahme und -vermittlung verändert. Aber auch hier zeigt das Internet seine Doppelgesichtigkeit: Einerseits bietet es als „kulturelles Gedächtnis (...) neuartige Möglichkeiten zur Bewahrung des kulturellen Erbes“. Andererseits „führt die Nutzung des Internet zur ‚Einübung‘ neuer, netzbasierter Kulturtechniken (etwa

durch die Gleichstellung von eigenhändiger Unterschrift und digitaler Signatur) und kann zum ‚Verlust‘ traditioneller Kulturtechniken führen (z.B. durch die so genannte ‚Oralität‘).“⁵⁵

Vor allem eröffnet das Internet „neue Lernorte und -formen“⁵⁶, weil es keinen zeitlichen und räumlichen Einschränkungen unterliegt. Aber immer wieder ist damit die Frage verbunden, wie die Informationsfülle im Netz am sinnvollsten zu durchdringen ist. Schon lange vor dem Internet hat der amerikanische Ingenieur Vannevar Bush das Prinzip aufgezeigt, mit dem wir heute im Internet die Informationsflut strukturieren. Sein Konzept „Memory Extender“ gilt als Vorläufer des Hypertextes. In seinem bahnbrechenden Artikel „As We May Think“ schreibt Bush 1945:

„Das wahre Problem bei der Auswahl (Datenselektion) liegt allerdings tiefer und ist nicht nur durch die mangelnde Anwendung von Hilfsmitteln in den Bibliotheken oder die schleppende Entwicklung solcher Werkzeuge bedingt. Es ist vor allem die Künstlichkeit der Indizierungssysteme, die es erschwert, Zugang zu den Aufzeichnungen zu bekommen. Egal, welche Daten man in ein Archiv aufnimmt, sie werden alphabetisch oder numerisch abgelegt, und die Information wird (wenn überhaupt) wiedergefunden, indem man Unterabteilung für Unterabteilung durchgeht. Die jeweilige Information kann sich nur an einem Ort befinden, es sei denn, es werden Duplikate benutzt. Zum Auffinden mittels Pfad braucht man Regeln, und diese sind umständlich. Dazu kommt, dass man nach dem Auffinden einer Information das System verlassen und immer wieder neu ansetzen muss. Der menschliche Geist arbeitet anders, nämlich mittels Assoziation. Kaum hat er sich eine Information beschafft, greift er schon auf die nächste zu, die durch Gedankenassoziation nahegelegt wird, entsprechend einem komplizierten Gewebe von Pfaden, das über die Hirnzellen verläuft. Selbstverständlich

hat der menschliche Geist auch noch andere Eigenschaften: Pfade, denen man selten folgt, neigen dazu zu verblasen, Informationen sind nicht vollständig dauerhaft, Erinnerungen sind flüchtig. Aber die schiere Geschwindigkeit des Zugriffs, die Komplexität der Assoziationspfade, die Einzelheiten der geistigen Bilder sind beeindruckender als alles andere in der Natur. Es ist nicht zu hoffen, dass sich dieser geistige Prozess vollständig künstlich reproduzieren ließe, aber mit Sicherheit sollten wir davon lernen können. In kleinen Dingen könnte dies sogar umgekehrt weiterhelfen, denn Aufzeichnungen sind relativ dauerhaft. Die erste Idee jedoch, die man aus diesem Vergleich beziehen kann, betrifft die Auswahl. Die Auswahl durch Assoziation – und nicht durch Indizierung – müsste hierzu mechanisiert werden. Wir können nicht hoffen, auf diese Weise mit der Geschwindigkeit und Flexibilität, mit der der menschliche Geist einem assoziativen Pfad folgt, gleichzuziehen, aber es sollte möglich sein, den Geist im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit und Klarheit der Ergebnisse beim Aufspüren gespeicherter Themen eindeutig zu schlagen.“⁵⁷

Diese Vision der Informationsdurchdringung durch Assoziation hat sich im Internet mit dem Hypertext realisiert. „Der Unterschied zwischen dem klassischen Textaufbau einer linearen Gliederung und dem Hypertext-Format besteht darin, dass im zweiten Fall die Verweisungen nicht die Randerscheinungen darstellen und in Fußnoten verbannt werden, sondern ins Zentrum des Formats rücken (...) (Es wird) keine Vollständigkeit impliziert, sondern diese gerade durch permanente Verweisungen negiert. (...) (So kann) im Prozess der Informationsaufnahme auf Inhalte Einfluss genommen werden.“⁵⁸

Die Struktur des Hypertextes ist zugleich polydirektional, unhierarchisch und gleichzeitig synchron und asynchron. Damit wird die Informationsfülle nicht strukturiert, sondern die Verknüpfungskomplexität ständig potenziert.

Damit ist eine wesentliche Veränderung des menschlichen Denkens verbunden, denn seit dem Buchdruck „stand der lineare Geist im Zentrum von Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft ... Still und leise, gezielt und ungehindert wird der lineare Geist von einem neuen Geist verdrängt, der Informationen in kurzen, zusammenhanglosen und oft überlappenden Stößen serviert bekommen möchte und muss – je schneller desto besser (...) wie süffiges Gift.“⁵⁹

Solche Internetangebote befreien den Internetnutzer von seiner Autonomie und „von der Last, noch selbstständige Zwecke verfolgender Akteur mit eigenem Urteilsvermögen sein zu müssen – allzeit *lost in information*. Von einer anonymen Intelligenz sanft von Link zu Link geführt müssen die dergestalt glücklich Selbstverlorenen im Multioptionalismus der Netzwelt nicht selber wählen.“⁶⁰

Die Folgen sind vielfältig: „Man liest nicht mehr, man navigiert.“⁶¹ Wie verschiedene Versuche gezeigt haben, wird auch die Konzentration beeinflusst und das Textverständnis mit einer zunehmenden Anzahl von Links verringert.⁶² „Denkstile und Inhalte des Denkens werden oberflächlicher, sprunghafter, fraktionierter, schon auf Grund der zu bewältigenden Informationsflut. (...) Je mehr an Informationen zugleich angeboten wird und je mehr mögliche Ablenkung besteht (...) desto weniger wird je Informationsspur behalten und desto weniger elaboriert ist die Verarbeitung.“⁶³

Gefördert wird auch eine Kultur des ‚Ausprobierens‘ als Grundprinzip: Führt mich dieser Link nicht weiter, probiere ich eben den nächsten aus. Nun gehört *trial and error* durchaus zum Repertoire des Erkenntnisgewinns, aber Hypertext-Verlinkungen vermitteln das Gespür für die Grenzen des Versuchswesens nicht, weil sie Grundlegendes mit Nebensächlichem gleichsetzen.

Mit dem Hypertext verbindet das Internet optimistisch betrachtet „die Flüchtigkeit des Diskurses mit der Per-

manenz des Buches“⁶⁴. Kritisch gesehen verliert sich die Fähigkeit zur Fokussierung und das Internet ruft „konstante Zerstreuung“ hervor: „Einst war ich Sporttaucher im Meer der Worte. Heute rase ich über die Oberfläche wie ein Typ auf einem Jet-Ski. (...) Die Reizkakofonie des Internet schließt sowohl bewusstes als auch unterbewusstes Denken kurz, so dass unser Geist weder konzentriert noch kreativ denken kann. Unser Gehirn wird zu einer simplen Einheit, die Signale verarbeitet und die Informationen möglichst rasch durch unser Bewusstsein schleust.“⁶⁵

Wie der amerikanische Sozialwissenschaftler und Nobelpreisträger Herbert Simon zu Recht feststellte, kann „eine Flut von Informationen (...) buchstäblich zu einer Armutswelle an Aufmerksamkeit führen“⁶⁶. Dies wird verstärkt durch „Multitasking als Lebensstil“⁶⁷, in dem insbesondere die jüngere Generation heranwächst. So arbeitet der Musiksender Viva mit elf Informationsspuren, die teilweise nichts miteinander zu tun haben: Bild, Ton, wechselnde Grußzeilen, Lieblingszitate, SMS zur Liedwahl, Senderlogo, Titel der zur Abstimmung gestellten Lieder, Prozentzahlen bei Hitwahl, Telefonnummern, SMS-Nummern. Auch das Internet lädt zur gleichzeitigen Aktivität auf unterschiedlichen Ebenen ein.

Für die freiheitliche Demokratie ergeben sich hier durchaus neue Herausforderungen. Sie ist kein großes Versuchslabor, in dem ihre eigenen Grundlagen versuchsweise zur Disposition gestellt werden können. Sie ist angewiesen auf die Fähigkeit der Bürger, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden und zählt auf Aufmerksamkeit, Stringenz und Kontinuität.

Suchmaschinensucht

Im Internetkonglomerat aus Informationsfülle, komplexer Verdichtung verschiedenster Ebenen und Kurzatmigkeit wächst die Sehnsucht nach Hilfsmitteln, die den einfachen Weg weisen. Hier liegt die Ursache des überwältigenden Erfolgs von Suchmaschinen: „Search was one of the first useful services to inhabit the Internet.“⁶⁸

Dabei wird leicht übersehen, dass auch die sinnvolle Nutzung der Suchmaschine nicht voraussetzungslos ist, denn Informationen im Netz „sind häufig selektiert, einseitig, unvollständig, auf neudeutsch gebiast. Ohne eine umfassende Suche nach dem ‚altera pars‘ können sie Fehlinformieren und somit auch zur gezielten Desinformation eingesetzt werden (...) (Man muss) der Suchmaschine die richtigen Fragen stellen und die passenden Links anklicken. Um die korrekten Fragen zu stellen braucht man Vorwissen“.⁶⁹

Das gilt umso mehr, als die Art, wie Internet-Suchmaschinen (zwangsläufig) ihre Antworten auswerfen, sehr problematisch ist: Sie setzen auf Quantität und nicht Qualität und sind „sehr viel stärker konzentriert auf Inhalte, die ihm Netz ohnehin stark verbreitet sind“⁷⁰. Das gilt insbesondere für Google als der dominierenden Internet-Suchmaschine, die fast schon Monopolcharakter hat: Immerhin lag der Anteil von Google an Suchvorgängen 2008 in den USA bei 71 Prozent, in Großbritannien bei 87 Prozent.⁷¹

Der Name Google ist ein Wortspiel mit googol, dem Begriff für die Zahl Zehn hoch Hundert, um auf ihr Ziel hinzuweisen, das „scheinbar unerschöpfliche Maß an Wissen im Netz zu ordnen“⁷². Google-Erfinder Larry Page legte seinem Suchprinzip die Annahme zugrunde, dass sich die Bedeutung einer Website aus der Zahl ihrer Verlinkungen ergibt⁷³ und die Häufigkeit des Besuchs wiederum die Intensität der Weiterempfehlung bestimmen sollte. Google strukturiert das Netzangebot insofern nach dem Prinzip ei-

ner ‚nutzergenerierten Verfälschung‘: „Die Suchmaschine ist eine quantitative Aufzeichnung früherer Suchanfragen. Deshalb ist alles, was sie zu bieten hat, ein Bewertungssystem, das die Weisheit der Vielen in das System einspeist. In Bezug auf die angeklickten Links und die besuchten Sites ist Google ein elektronischer Spiegel von uns selbst.“⁷⁴

Auch die den USA und Großbritannien bereits umgesetzte und in Deutschland für 2011 angekündigte Aktualisierung des Google-Algorithmus unter dem Namen „Panda“ ändert daran prinzipiell nichts. Zwar soll künftig für die Google-Rangliste nicht mehr allein entscheidend sein, wie oft eine Webseite aufgerufen wird. Aber ergänzend kommt wiederum ein quantitatives Prinzip hinzu, nämlich die Länge der Verweildauer auf einer Webseite. Mit einer guten Platzierung in der Suchmaschine soll künftig der „gute Inhalt, der die Leser lange fesselt“ belohnt werden. Ausschlaggebend werden dann Darstellungsmerkmale wie „interessante Grafiken, strukturierte Zwischenüberschriften, tolle Bildunterzeilen und viele Links auf weiterführende Inhalte“ ebenso wie Häufigkeit der Weiterleitung auf Facebook oder Twitter.⁷⁵

Ungerührt bekennt sich das Unternehmen zur Fortentwicklung dieses quantitativen Prinzips der sich selbst verstärkenden Bedeutungsvermutung. Google-Chef Eric Schmidt beschreibt die Zukunft mit den Worten: „Suche wird sich immer mehr zur vorhersagenden Suche entwickeln. Wir werden sagen können, ob das Konzert, das Sie heute Abend besuchen wollen, gut oder schlecht ist, weil wir durchsuchen können, wie die Menschen im Internet darüber reden. (...) Wir werden schon während des Konzertes sagen können, ob es hält, was sich die Leute davon versprochen haben, weil immer mehr Leute während eines Konzertes twittern oder kommunizieren. Und wir werden nach dem Konzert sagen können, wie das Ergebnis war.“⁷⁶

Mit dem Google-Grundprinzip der großen Zahl geht das Ziel einer möglichst hohen Geschwindigkeit für den Nutzer einher, je schneller die Suchmaschine ist, desto mehr Klicks kommen zustande. Nicht zuletzt basieren auch die Einnahmen aus dem Werbegeschäft „GoogleAds“ darauf: „Das letzte, was das Unternehmen will, ist, zu gemütlichem Lesen oder langsamen, konzentrierten Denken anzuregen. Google ist buchstäblich im Zerstreuungsgeschäft tätig.“⁷⁷

Die Wirkungen dieses Geschäftsprinzips sind angesichts der dominierenden Stellung von Google nicht zu unterschätzen. Es verstärkt die Fixierung der Nutzer auf Suchmaschinen als scheinbar neutralem Haltepunkt in der unüberschaubaren Komplexität des Netzes. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass das Prinzip der großen Zahl strukturell die Bandbreite der Vielfalt einengt: Was bei Google wegen mangelnder Nutzerzahlen nicht gefunden wird, existiert bei vielen nicht, mag es noch so bedeutend sein.

Hinzu kommt eine weitere Gefahr: „Schnell haben die Benutzer allerdings begonnen, die Suchmaschine nicht zur Erschließung des Wissens im Internet, sondern als Index ihrer Wirklichkeit zu gebrauchen. Von Google erhofft man sich die Lesbarkeit der Welt (...). Google ist die moderne Form der Weltchronik.“⁷⁸ So verwundert es nicht, dass Google unangefochten die meist genutzte Website im weltweiten Internetangebot ist.

Unter den zehn am häufigsten besuchten Webseiten ist mit einem ähnlichen Status häufig in Anspruch genommener und selten hinterfragter Wissensautorität auch die Online-Enzyklopädie Wikipedia zu finden⁷⁹. Die Online-Ausgabe der renommierten Encyclopedia Britannica liegt dagegen weit abgeschlagen auf Platz 5128.⁸⁰ Wikipedia hat quasi ein enzyklopädisches Online-Monopol erreicht. Es wird von ca. dreißig Prozent der Internetnutzer mindestens einmal monatlich genutzt.⁸¹ 95 Prozent der vierzehn- bis neunzehnjährigen Internetnutzer greifen darauf zurück, bei

den unter vierzigjährigen sind es achtzig Prozent und bei den über sechzigjährigen Onlinern immer noch mehr als die Hälfte.⁸²

Dabei sind sich die Nutzer einig in der Art der Nutzung des Online-Lexikons. Es ist für sie „ein Instrument für das schnelle Beseitigen von Wissenslücken und für 97 Prozent damit ein bloßes Nachschlagewerk. Dem wesentlichen Web 2.0-Prinzip, nach dem Mehrwert durch Partizipation entsteht, fühlt sich demnach nur eine Minderheit verpflichtet. Einzig unter den 30–39-jährigen fühlt sich eine nennenswerte Zahl an Nutzern (fünf Prozent) aufgefordert und macht mit.“⁸³

Damit ist Wikipedia zwar in der Nutzung ein beeindruckendes Massenphänomen, aber nicht wie eigentlich von den Initiatoren angestrebt in der Erstellung. Im Jahr 2000 begann das Online-Lexikon unter dem Namen Nupe-dia nach dem klassischen Enzyklopädieprinzip, in dem Artikel von Experten erstellt und einem Überprüfungsprozess unterworfen wurden. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten des Internets sollten diesen Prozess erleichtern und beschleunigen. Dieses Modell setzte sich jedoch nicht durch. Wikipedia durchbrach das Expertenmonopol und wurde durch die Öffnung der Autorenschaft für jedermann sowie eine unkomplizierte technische Handhabbarkeit erfolgreich.

Dominanz der Amateure

Jeder Nutzer konnte Artikel einstellen und die anderer Autoren verändern. Dazu entwickelte Wikipedia das urheberrechtliche Modell der *GNU⁸⁴-Free Documentation-Licence*, die die Veränderung und Verbreitung eines Werkes gestattet, wenn die Autoren genannt und abgeleitete Werke den gleichen Bedingungen unterworfen werden.

Zugrunde liegt Wikipedia die im Internet sehr populäre Idee der „wisdom of crowds“: „Die Menge entscheidet in-

telligenter und effizienter als der klügste Einzelne in ihren Reihen. Experten und Meinungsmacher sind demnach Auslaufmodelle.“⁸⁵ Mit dem Glauben an die große Zahl geht die Überhöhung der eigenen Idee einher, wie sie Wikipedia-Gründer Jimmy Wales in einem Spendenaufruf Anfang 2011 fast kindlich naiv formulierte: „Wikipedia ist etwas Besonderes. Sie ist wie eine Bibliothek oder ein öffentlicher Park. Sie ist wie ein Tempel für den Geist. Sie ist ein Ort, den wir alle aufsuchen können, um zu denken, zu lernen, und unser Wissen mit anderen zu teilen. Wikipedia ist ein einzigartiges Projekt, das erste seiner Art in der Geschichte der Menschheit.“⁸⁶ Fast zwangsläufig folgt aus dieser Selbsteinschätzung die neue Kampagne auf der Wikipedia-Homepage: „Wikipedia muss Weltkulturerbe werden.“

Ausgeblendet werden die Schwächen des Prinzips. Zwar führte die freie Autorenschaft für jedermann bei Wikipedia zu einer schnellen Akkumulation immer neuer Lexika-Artikel zu allen möglichen Themen. Die unbegrenzte Speichermöglichkeit im Internet entlastet Wikipedia dabei von der Einordnung und Unterscheidung zwischen wichtig und unwichtig, die der Buchdruck erzwingt, so dass bei Wikipedia „jedes Stichwort aufgenommen wird, so gering es auch scheinen mag“⁸⁷.

Ende März 2011 umfasste Wikipedia über achtzehn Millionen Artikel in mehr als 270 Sprachen. Die deutschsprachige Wikipedia-Version beinhaltet ca. 1,2 Millionen Artikel. Sie ist damit etwa achtzehn Mal umfangreicher als der Große Brockhaus. Täglich kommen weltweit ca. 8000 und in Deutschland etwa 500 Artikel dazu. Allerdings weiß man bei einem Wikipedia-Artikel „zu keinem Zeitpunkt, ob das, was wir gerade lesen, Unsinn ist und in einigen Sekunden, Minuten oder Stunden korrigiert wird“⁸⁸.

Dies ist die Kehrseite der Etablierung der Kenntnisse des Amateurs als Wissensnorm: „The promoters of Web 2.0

venerate the amateur and distrust the professional. (...) The Internet is changing the economics of creative work – or, to put it more broadly, the economics of culture – and it's doing it in a way that may well restrict rather than expand our choices. Wikipedia might be a pale shadow of the Britannica, but because it's created by amateurs rather than professionals, it's free. And free trumps quality all the time.“⁸⁹

Es gibt bei Wikipedia auch keine Sicherheit dafür, dass Autoren sich mit ihrer tatsächlichen Identität einbringen. So deckte 2007 das Magazin *The New Yorker* auf, dass unter dem Nutzernamen „Essjay“ mit der falschen Identität eines Professors ein 24-Jähriger tausende von Artikeln bei Wikipedia redigiert hatte. Wikipedia-Gründer Jimmy Wales sagte zu dieser Irreführung verharmlosend: „Ich betrachte es (das „Essjay“-Profil) als Pseudonym und habe eigentlich kein Problem damit.“⁹⁰ Er blendet dabei völlig aus, dass es sich hier um Betrug handelte, um durch einen erfundenen Professorentitel eigenen Wikipedia-Einträgen fälschlicherweise Expertenautorität zu geben. Es ist kein gutes Zeichen, dass weder der Betrug noch dessen Verharmlosung durch den Wikipedia-Gründer eine kritische Debatte im Netz ausgelöst hat. Die Ernsthaftigkeit der Übernahme von Verantwortung für eigenes Tun im Internet wird allzu leicht dem spielerischen *Anything goes* der Netzwelt geopfert.

Unter tatsächlicher oder falscher Identität toben bei Wikipedia auch ständig Meinungsschlachten, denn „in Wikipedia kann jeder Interessenvertreter einen Artikel umschreiben, wie es ihm passt und das kommt häufig vor“⁹¹. Solche Beispiele gibt es nicht nur im wirtschaftlichen Bereich – etwa durch MacDonalds- und Wal-Mart-Mitarbeiter –, sondern insbesondere bei allen Artikeln mit einem politischen Gehalt. Bis hin zur bewussten Fehlinformation werden Artikel je nach politischem Gutdünken

manipuliert und verändert. Solche Informationen werden nicht nur von Wikipedia-Nutzern aufgenommen, sondern oft auch unkritisch von klassischen Medien übernommen. Der bei Wikipedia frei erfundene und von vielen Zeitungen übernommene elfte Vornamen für den damaligen Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist dafür nur ein harmloses Beispiel.⁹²

Mit verunglimpfender Absicht war hingegen im Artikel über den früheren britischen Premierminister Tony Blair behauptet worden, er habe als Schüler Poster von Adolf Hitler in seinem Zimmer aufgehängt. Der amerikanische Journalist Siegenthaler wurde bei Wikipedia monatelang fälschlicherweise der Verwicklung in die Kennedy-Morde bezichtigt. Dem französischen Komponisten Maurice Jarre schrieb die Online-Enzyklopädie falsche Zitate zu, die dann sogar in Nachrufen auf den Verstorbenen auftauchten.⁹³ Erst nach einiger Zeit fiel im November 2005 auf, „dass in der deutschsprachigen Wikipedia fast der gesamte Bereich Philosophie mit Artikeln aus älteren DDR-Lexika gefüllt worden war, die die marxistisch-leninistische Staatsphilosophie wiedergaben“⁹⁴.

Die Dominanz des Amateurs oder/und des bewusst manipulierenden Autors wird bei Wikipedia auch dadurch zementiert, dass die Häufigkeit eigener Beiträge zugleich den eigenen Administrationsstatus erhöht und damit die Kontroll- und Korrekturrechte bei den Beiträgen anderer Autoren erweitert. So bildete sich schnell eine kleine Gruppe dominanter Autoren heraus. Sie legitimieren sich nicht durch die Überprüfung der Qualität ihrer Beiträge, sondern durch die Anzahl ihrer Aktivitäten.

In der deutschsprachigen Wikipedia sind pro Monat etwa 8000 Nutzer als Editoren aktiv, aber die Bearbeitungen werden im Wesentlichen von etwa eintausend Editoren mit mehr als einhundert Eintragungen (inklusive Korrekturen) vorgenommen. Allerdings gab es Ende März 2011

nur 292 Administratoren (weltweit 4843) mit dem Recht des weitgehenden Eingriffs in die Inhalte wie der Löschung ganzer Artikel oder deren Sperrung gegen Korrekturen.⁹⁵

In der Struktur der deutschsprachigen Wikipedia zeigen sich inzwischen Schließungs- bzw. Verfestigungstendenzen, weil es für neue Editoren schwierig ist, ins Zentrum des Netzwerkes von Aktiven vorzudringen. Dieses Machtgefälle zwischen einfachem Bearbeiter und mächtigem Administrator steht im Widerspruch zum ursprünglich propagierten Ideal einer offenen Wissensgesellschaft. Es führt auch immer wieder zu Spannungen mit der Netzgemeinde, zumal nicht geprüfte Kompetenz, sondern nur hohe Aktivität zum mächtigeren Status führt. Deshalb kursiert im Internet die Beschreibung: Wikipedia sei keine Demokratie der Geistreichen, sondern eine Diktatur der Zeitreichen: „Die Herrschenden bei Wikipedia sind Menschen mit Zeit, die sie für die permanente Beobachtung ‚ihrer‘ Artikel verwenden können.“⁹⁶

Diese grundlegenden Schwächen des Wikipedia-Ansatzes werden angesichts der bequemen Fülle der angebotenen Informationen oft nicht ernst genug genommen. In seiner leicht zugänglichen Struktur und Nutzbarkeit wird das Angebot des Online-Lexikons allzu oft unkritisch übernommen. Richtig genutzt ist Wikipedia allenfalls „der Ausgangspunkt für die Erforschung eines Themas, nicht das letzte Wort“⁹⁷.

Hilfsmittel wie Wikipedia oder Google erzeugen aber genau diesen Eindruck des „letzten Wortes“, denn ihr Erfolg basiert auf der Annahme, dass sie für uns die scheinbar unbegrenzten Speichermöglichkeiten des Internets strukturieren, wo sie doch in Wahrheit durch ihre Selektion unser Wirklichkeitsbild prägen. Tatsächlich steht Wikipedia für die Volatilität, also die Schwankungsbreite des Wissens, vermittelt aber den Eindruck solider Zuverlässigkeit. Google geriert sich als objektive Suchmaschine, ist aber

durch das quantitative Prinzip längst zur subjektiven Antwortmaschine geworden.

Ohne Zweifel kann die Fülle der Informationen aus dem Internet auch das Wissen vergrößern. „Doch dazu muss man erst einmal jenes Wissen haben, das sich in seiner komplexen Zusammensetzung aus spezifischen Bedeutungen und intelligenten Bewertungen gerade nicht auf ein Informations- und Datensammelsurium reduzieren lässt.“⁹⁸ Der verantwortliche Gebrauch des Internets setzt Urteilsfähigkeit voraus: „Die Trennung zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Müll und Qualität wird immer mühevoller und zeitraubender.“⁹⁹

Das gilt nicht nur allgemein, sondern insbesondere für politische Informationen, auf deren Zuverlässigkeit und Seriosität die Bürger in der freiheitlichen Demokratie angewiesen sind. Den Kommunikationsvorteilen des Internets steht für die freiheitliche Demokratie auch die Gefahr gegenüber, „in einem elektronisch-digital befeuerten Beobachtungsfuror zu implodieren oder in der täglichen Informationsflut zu ersticken“¹⁰⁰.

Der Staat jedoch kann das Problem ebenso wenig lösen wie gesellschaftliche Appelle. Es geht um die Verantwortung des Einzelnen, man muss „also bei sich selbst ansetzen, indem man die noch vorhandene persönliche Ressource Urteilsvermögen (re)aktiviert. Die Reaktivierung des Urteilsvermögens setzt auf Wissen statt auf Information.“¹⁰¹

Dieses Urteilsvermögen ihrer Bürger ist ein für die freiheitliche Demokratie unverzichtbares Lebenselixier. Nur damit lassen sich Manipulationen abwehren und solide Entscheidungsgrundlagen schaffen. Weil das Internet mit seiner unbegrenzten Informationsfülle dies eher erschwert als erleichtert, muss die freiheitliche Demokratie besonders an dieser Stelle in ihre eigene Zukunft investieren.

Um den verantwortlichen Umgang mit der Informations- und Meinungsfülle im Internet zu fördern, sollte

man in der Bildungspolitik das lange verfolgte Ideal der möglichst umfassenden Informationsvermittlung und des engen Spezialistentums auf den Prüfstand stellen. Spezialwissen lässt sich nämlich am ehesten mit Hilfe des Internets erwerben. Was das Internet nicht bietet, ist der strukturierte Überblick, um Informationen einordnen zu können: „Wenn wir im Internet nur statistisch bewerten können, dann müssen wir sicherstellen, dass die Menschen, die sich im Internet bewegen, möglichst viel Allgemeinbildung haben. Das heißt, das Thema Bildung kommt notgedrungen mit dem Netz auf uns zu. Und zwar Bildung, die nicht spezialisiert ist, Breitenbildung, ganz breit, als humanistisches Bildungsideal, je breiter je besser, je unspezifischer je besser.“¹⁰²

Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die klassische Schulbildung, sondern auch für die außerschulische Politische Bildung. Dabei wäre es der falsche Weg, ausschließlich oder überwiegend auf die Online-Vermittlung entsprechender Kompetenzen zu setzen. Gerade die Aneignung der Fähigkeit des Umgangs mit dem Internet braucht den personalen, nicht den virtuellen Bildungsweg. Wenn das Internet die Bildung dominiert, wird sich der Abstand zu diesem Medium nicht einstellen, der für den sinnvollen Gebrauch des Internets unabdingbar ist.

12. Die fragmentierte Echogesellschaft

„Dasselbe Bett – verschiedene Träume.“

Russisches Sprichwort¹⁰³

Das unbegrenzte Informations- und Meinungsangebot im Internet steht in einem seltsamen Widerspruch zur Tendenz vieler Internetnutzer, nur das Vertraute und Bestätigende wahrzunehmen und sich in die Gruppe Gleichgesinnter zurückzuziehen. Freiheitliche Demokratie braucht aber nicht nur das Urteilsvermögen der Bürger im Umgang mit überbordender Informationsfülle, sondern sowohl den gemeinsamen öffentlichen Raum für die Debatte als auch die Offenheit für neue Argumente und Sichtweisen: „First, people should be exposed to materials that they would not have chosen in advance. Unplanned, unanticipated encounters are central to democracy itself (...) They are important partly to ensure against fragmentation and extremism, which are predictable outcomes of any situation in which link-minded people speak only with themselves. Second many or most people should have a range of common experiences. Without shared experiences, a heterogeneous society will have much more difficult time in addressing social problems. People may even find it hard to understand each other.“¹⁰⁴

Selbstbestätigung in Netznissen

Schon weil fast ein Drittel der Bevölkerung keinen Internetzugang hat und von den regelmäßigen Nutzern des Internets sich nur eine Minderheit im politischen Raum des

Netzes bewegt, kann das Internet nicht ausschließlich den erforderlichen gemeinsamen öffentlichen Raum in unserer Gesellschaft herstellen. Dies wird auch erschwert dadurch, dass sich die aktiven Internetnutzer in viele voneinander abgeschottete Netznischen zurückziehen.

Zwar schafft das Internet Gemeinschaft über Grenzen hinweg, indem es Menschen miteinander verbindet, die wegen großer Entfernungen nur über das Netz Kontakt halten können oder sich erst im Internet kennenlernen. Diese virtuelle Weltgemeinschaft hat das historische Beziehungsmonopol lokaler Gemeinschaften endgültig durchbrochen.¹⁰⁵ Aber zugleich bietet sich das Internet an, weil für diese Kontaktaufnahme das sichere Zuhause nicht verlassen werden muss und die Kommunikation genutzt werden kann, um nur Vertrautem zu begegnen. „Das Internet verstärkt die Tendenz einer Differenzierung der Gesellschaft und Kultur.“¹⁰⁶ Es fragmentiert die Öffentlichkeit und nimmt ihr die integrierende Wirkung. Zudem ist computergestützte Kommunikation „auch aus immanenten technischen Gründen sehr viel besser dazu geeignet, Heterogenität statt Homogenität zu produzieren.“¹⁰⁷

Natürlich haben schon vor dem Zeitalter zunehmender realer Mobilität und virtueller Begegnung im ‚globalen Dorf‘ die tatsächlich lokalen Gemeinschaften einen eingrenzenden Charakter entfaltet, der geistiger Öffnung und Konfrontation mit Neuem häufig genug im Weg stand. Aber das Internet hat solche Gefahren der Erfahrungsverengung und Engstirnigkeit eben nicht per se aufgehoben, wie das von Vielen erhofft worden war.

Der grenzenlose Cyberspace hat sich in eine „Mosaikgesellschaft“¹⁰⁸ verwandelt, die in einer Vielzahl kleiner und kleinster Teilöffentlichkeiten das Bedürfnis vieler Internetnutzer bedient, vor allem die Gleichgesinnten zu finden und sich mit ihnen zusammenzuschließen. Damit verändert sich auch „die für liberale Demokratien konstitu-

tive Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre zugunsten einer – nach der Einführung privater Rundfunkmedien weiteren – Privatisierung des öffentlichen Raums“¹⁰⁹. Zu den daraus erwachsenden politischen Gefahren gehören „Tendenzen zur Privatisierung des Politischen“¹¹⁰ und die Versuchung für Politik und ihre Vertreter, sich nur noch als Klientelpolitiker im Blick auf ihre kleine Teilöffentlichkeit zu verstehen.¹¹¹

So bringt die vielfach multiplizierte „Herstellung von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit (...) (die) Zerstörung der integrierenden Öffentlichkeit“ ebenso mit sich wie die „Verflüchtigung der Solidarität“.¹¹² In der damit verbundenen „Erfahrungsverdünnung“ liegt auch eine Herausforderung für die freiheitliche Demokratie, die im Blick auf die Gemeinwohlorientierung und die friedliche Konfliktregelung darauf angewiesen ist, dass unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft miteinander kommunizieren. Die große Zahl höchst interessenspezifischer virtueller Publikationsforen verschärft dabei die Frage nach dem allen bekannten Ort des Austausches der Meinungen. „Das stetig wachsende Informationsangebot offenbart sich somit als Hindernis bei der Institutionalisierung einer möglichen Öffentlichkeit im Internet.“¹¹³

Weil die Vielfalt der Internet-Angebote und Plattformen sich als große Unübersichtlichkeit darstellt, bieten Anbieter wie AOL eigene, stark hierarchisierte Web-Welten an, die als Alternative zum (globalen) Web den Usern ein möglichst abgerundetes, voll auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Internet-Erlebnis bieten. Diese „Webs im Web“ verfügen über klare, verlässliche Strukturen und unterwerfen den Datenfluss klaren Regeln, aber sie haben auch eine abgrenzende Wirkung. Dies gilt auch für die eigene Apple-Welt, deren Attraktivität unter anderem auch in der ausdrücklichen Verweigerung einer allgemeinen Kompatibilität mit anderen Systemen liegt.

Oft wollen Internetplattformen zwar eine möglichst große Reichweite erzielen, fördern aber zugleich die Aufteilung des erreichten Klientel in voneinander abgeschottete Teilgruppen. So erleben wir „die Umwandlung einer Massenkultur in eine massive parallele Kultur. (...) Jeder Einzelne von uns (...) gehört für einen Teil seiner Existenz in eine Supernische. (...) Heute fragmentieren wir uns nicht so sehr, als dass wir uns entlang unterschiedlicher Richtungen neu formieren (...). Bisher waren wir dank oberflächlicher massenkultureller Überschneidungen mit anderen Menschen nur ganz lose verbunden. Jetzt haben wir die Möglichkeit, mit genauso vielen, wenn nicht sogar mehr Menschen eine weit engere Beziehung einzugehen, mit denen man die Affinität zu einer Nischenkultur teilt.“¹¹⁴

Damit besteht im Internet sowohl die Gefahr der Isolierung der politischen Debatte und der „Abschirmung der Binnenkommunikation der Parteien vom Zeitgespräch der gesamten Gesellschaft“¹¹⁵ als auch der Abschottung verschiedener politischer Kommunikationslager voneinander. Aber auch für den Bürger auf der Suche nach dem Ort der gemeinsamen Debatte zerfällt das scheinbar grenzenlose und alle verbindende Netz in „eine unendlich fragmentierte Kultur, in der wir hoffnungslos verloren sind, weil wir keine Anhaltspunkte mehr haben, worauf wir uns konzentrieren und womit wir unsere begrenzte Zeit verbringen sollen“¹¹⁶.

Entgegen der gerne propagierten Selbstwahrnehmung animiert das Internet mindestens ebenso sehr zum Tunnelblick im Kreise Gleichgesinnter wie es Unterschiedliches zusammenführt und Vielfalt fördert. Dabei kommt es der Bequemlichkeit der meisten Menschen entgegen, wenn sie vor allem den Haltungen begegnen, die sie selbst einnehmen, und die ihr Weltbild nicht in Frage stellen. „Die Fragmentierung der Zielgruppen im Internet erlaubt es, dass Menschen nur noch mit Ansichten konfrontiert werden, die sie teilen.“¹¹⁷

Da die meisten Internet-Nutzer ihre Aufmerksamkeit monatlich nur rund zehn verschiedenen Internetseiten widmen, fördert diese „Aufmerksamkeits-Polarisierung“ die Tendenz zum „Wandeln auf ausgetretenen Pfaden“. Verstärkt wird dies durch die Attraktivität großer Netzwerke, denen man schon wegen zu hoher Umgewöhnungskosten beim Themen- oder Anbieterwechsel verbunden bleibt. Es entstehen „Lock-In-Situationen“¹¹⁸, die im Internet die Begegnung mit Neuem immer unwahrscheinlicher machen, weil sich das Vertraute immer breiter macht.

Für große Internetplattformen ist dies auch die Grundlage ihres Geschäftsmodells. Sheryl Sandberg, seit 2008 bei Facebook und zuvor bei Google für die Werbung zuständig, sagte dazu in bemerkenswerter Offenheit: „Google can serve ads to you on the basis of educated guess about who you are and what you’re interested in, which are based in turn on your search history. Facebook doesn’t have to guess. It knows exactly who you are and what you’re interested in, because you told it. (...) Facebook has a dual identity, as both a for-profit business and a medium for our personal lives, and those two identities don’t always sit comfortably side by side. Looked at one way, when a friend likes a product, it’s just more sharing, more data changing hands. Looked at another way, it’s your personal relationships being monetized by a third party.“¹¹⁹

Dieses Geschäftsmodell von Facebook kann nur durch die Aufteilung der unübersichtlichen Internetgesellschaft in überschaubare ‚Freundeskreise‘ funktionieren – oder in den Worten von Sheryl Sandberg: „It’s a shift from the wisdom of crowds to the wisdom of friends. It doesn’t matter if 100.000 people like x. If the three people closest to you like y, you want to see y.“¹²⁰ Facebook-Gründer Mark Zuckerberg sagte dazu: „Ich denke, dass wir jedoch einen wichtigen Trend losgetreten haben: Bei Facebook bekommt man nur Informationen, die Freunde und Bekannte speziell vor-

selektiert haben. In den vergangenen 100 Jahren haben Magazine und Zeitungen Informationen für eine allgemeine Leserschaft ausgesucht und aufbereitet. Ich vertraue einem Freund, der mich auf ein Thema hinweist, schlichtweg mehr als einem Journalisten, dessen Namen ich noch nicht einmal kenne.“¹²¹

Auch „Google hat erkannt, dass wir als Individuen in einem nahezu unendlichen Universum innerhalb kleiner, von Interessen, Informationen und geografischen Gegebenheiten bestimmten Gruppen bleiben.“¹²² Google ist zwar Anbieter im Massengeschäft, betrachtet aber seine Kunden nicht als Masse, sondern wirbt mit zielgerichteten Individualangeboten, z. B. Google-News als einem individuell zusammengestellten Nachrichtendienst. Der Dienst wirbt mit dem Hinweis: „Es ist nicht möglich, alle Nachrichten zu lesen, die täglich erscheinen. Richten Sie also Ihre Seite so ein, dass genau die Beiträge angezeigt werden, die Sie am meisten interessieren.“¹²³ Man bekommt also geboten, was man kennt und zugleich sinkt die Wahrscheinlichkeit der Konfrontation mit Neuem.

Radikalisierte Tunnelblick

Lag der ursprüngliche Reiz des Internets in der Einladung zur Reise in das bisher Unbekannte, hat sich inzwischen die Bestätigung des Vertrauten vielfach als Grundprinzip durchgesetzt. Die Suchmaschine Google ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel: „Wenn es darum geht, die neuesten Links zu einem Thema ausfindig zu machen, ist Google nicht besonders gut. (...) Bevor diese neuen Einträge aber nicht eine gewisse Anzahl von Links und Klicks zu verzeichnen haben, ist es schwer für Googles Algorithmen herauszufinden, was sie damit anfangen sollen.“¹²⁴ Darauf weist Google im Kleingedruckten etwa zu seinem Nach-

richtenservice auch selbst hin: „Unsere Artikel werden von Computern ausgewählt und gewichtet. Hierbei wird unter anderem bewertet, wie häufig und auf welchen Websites ein Beitrag online erscheint. Daher werden Beiträge ungeachtet ihrer politischen Aussage oder Ideologie sortiert.“

Ursache für diese Vorgehensweise ist die Struktur am Prinzip der großen Zahl ausgerichteter mathematischer Algorithmen, die den entsprechenden Programmen zugrunde liegen und die quasi-philosophisch als „Schwarm-Intelligenz“ gerühmt werden. Zugrunde liegt die Behauptung, dass etwas umso zutreffender, wichtiger und richtiger sei, je mehr Menschen sich dafür entscheiden.

Dieser in der Demokratietheorie und -geschichte längst widerlegte Grundsatz, auf den totalitäre Ideologien mit ihrer Strategie der Massenmobilisierung setzen, wird im Internet vielfältig wiederbelebt. So verkündet Google unter der Überschrift „Zehn Punkte, die für Google erwiesen sind“ als vierten Lehrsatz: „Die Demokratie im Internet funktioniert: Das Konzept von Google funktioniert, da es auf Millionen von einzelnen Nutzern basiert, die auf ihren Websites Links setzen und so bestimmen, welche anderen Websites wertvolle Inhalte bieten.“¹²⁵

Google-Anhänger sehen in diesem Prinzip der großen Zahl ein urdemokratisches Prinzip.¹²⁶ Damit entwickelt sich im Internet aber eine Art virtuelle „volonté générale“, eine sich „selbstorganisierende Spirale, die mit jedem neuen Eintrag zu einem neuen Gesamtzustand führt, die verfügbaren Inputs zu Meinungsmehrheiten konsolidiert und die Wirkung der Community verstärkt“.¹²⁷

Solche Beschreibungen und der Ansatz der ‚Schwarm-Intelligenz‘ insgesamt erinnern fatal an die von Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) in seiner Hauptschrift „*Du contract social ou principes du droit politique*“ (1762) entwickelte Unterscheidung „zwischen dem Willen aller und dem ge-

meinen Willen; letzterer geht nur auf das allgemeine Beste aus, ersterer auf das Privatinteresse und ist nur eine Summe einzelner Willensmeinungen.“¹²⁸ Rousseau unterstrich seine Geringschätzung des Einzelnen angesichts der großen Zahl mit den Sätzen: „Je größere Übereinstimmungen in den Versammlungen herrscht, das heißt je mehr sich die gefassten Beschlüsse der Einstimmigkeit nähern, desto größere Herrschaft gewinnt auch der allgemeine Wille, während lang dauernde Wortgefechte, Uneinigkeiten und Lärmen das Wachsen der Privatinteressen und das Sinken des Staates anzeigen.“

Der israelische Historiker Jacob Talmon erkannte darin zu Recht ein demokratiefeindliches Konzept und beschrieb es – ohne das Google-Prinzip im Internet zu kennen – als „eine Art mathematischer Wahrheit“ um „Harmonie und Einigkeit zu schaffen (...). Individualismus werde dem Kollektivismus Platze machen müssen (...). Das Ziel ist, Menschen zu erziehen, die fügsam das Joch des öffentlichen Glücks tragen.“¹²⁹

Abgesehen von der freiheitsfeindlichen, weil die Vielfalt leugnenden Ambivalenz der großen Zahl wird in solchen selbstbezogenen Internetgemeinschaften zum Prinzip erhoben, was aus Sicht der freiheitlichen Demokratie eigentlich eine weitere Gefahr darstellt: „Groups of like minded people, engaged in discussion with one another, will end up thinking the same thing that they thought before – but in a more extreme form.“¹³⁰

Wo Gleichgesinnte abgeschottet von Andersdenkenden überwiegend einander begegnen, gedeiht leicht Radikalität, Extremismus und Ideologie. Dies kann „in digitalen issue-groups sehr schnell zur Gruppenpolarisierung führen. (...) Der kontroverse Sektor verstärkt sich, es kommt zur Gefahr der ‚Mehrheitstyranei‘“¹³¹.

Für die freiheitliche Demokratie liegt hier nicht nur die Gefahr der Schwächung der Meinungsvielfalt, die des ge-

meinsamen Raumes für das Unterschiedliche und Gegensätzliche bedarf, damit es sich wechselseitig befruchtet. Die Parallelexistenz vieler unterschiedlicher, sich eher radikalisierender Gruppen ist auch eine Bedrohung für das Grundprinzip freiheitlicher Demokratie: *e pluribus unum*.

Als fragmentierte Echogesellschaft ist das Internet eben nicht einfach nur „das Forum des demokratischen Austausches, für das seine Apologeten es ausgeben. Besonders dort, wo sich der harte Kern der Netzgemeinde trifft, gilt das Motto. ‚Jeder darf meiner Meinung sein!‘ So entsteht der Schein von Diskussion, wo es sich in Wirklichkeit nur um stete Selbstbestätigung handelt.“¹³²

In der Wissenschaft herrscht inzwischen generell die Meinung vor, dass „die Internetöffentlichkeit nicht als solche eine reflektierende oder besser zu abwägenden Urteilen befähigte Öffentlichkeit“¹³³ sei. Im Gegenteil neige die Kommunikation im Internet dazu, Konfliktlinien eher zu schärfen.

Der politische Netzdialog ist insgesamt eher gesinnungsethisch, selten an Kompromiss ausgerichtet und oft „distorted, shrill, and simplistic“.¹³⁴ Hier liegt eine zentrale Gefahr für die politische Debatte im Internet, denn dort ist oft eine besorgniserregende Radikalisierung der Sprache zu beobachten, die sich nicht selten zu ausgesprochener Aggression steigert. Das gilt nicht zuletzt bei den drei Lieblingsthemen der Internet-Szene: dem Urheberrecht, der Freiheit im Internet und dem Datenschutz. Gerade bei diesen Themen kann man dem Internet durchaus vorwerfen, „ein Echo zu produzieren, so dass wir nichts als Gleichgesinnte hören“¹³⁵.

Insgesamt wächst in einer solchen Echogesellschaft die „Sorge vor einem auf Informationsdominanz und einseitiger Information gestützten elektronischen Populismus, der die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden kann“¹³⁶.

Das Internet „privatisiert und individualisiert“ den öffentlichen Raum ebenso wie es ihn „globalisiert“. ¹³⁷ In beidem liegt eine Gefahr: Die für demokratische Entscheidungsprozesse essentielle Meinungsbildung durch offene Debatten wird ebenso bedroht, wenn geschlossene Individualkommunikation die Transparenz kommunikations-offener Meinungsbildung ersetzt, wie wenn durch die völlige Entgrenzung des Kommunikationsraumes der Ort der Entscheidungsfindung verloren geht.

13. Politische Kommunikation im Netz

„Computer sind nutzlos. Sie können uns nur Antworten geben.“

Pablo Picasso (1881–1973), Maler¹³⁸

Zwar interessieren sich Internet-Nutzer wenig für Politik, aber Politiker und politische Organisationen haben das Netz früh für sich entdeckt: So sehr wie Politik im Netz eine Nischenexistenz führt und das Internet nicht merklich verändert hat, so sehr hat das Internet seinerseits den politischen Alltag verändert. Es bietet sowohl als Arbeitsplattform als auch als Informations- und schließlich als Kommunikationsplattform der Politik und ihren Akteuren neue Möglichkeiten.

Ganz generell ist dabei für die politische Sphäre festzuhalten: „Im Netz werden Diskussionen geführt und Konflikte ausgetragen, deren Ursprünge außerhalb des Netzes liegen und sich vorwiegend in der realen Welt abspielen.“¹³⁹ Dabei gilt auch für politische Kommunikation im Internet: „Schlechte Politik bleibt schlecht, trotzdem sie über das Internet kommt.“¹⁴⁰

Chancen der Bürgernähe

Schon 1998 hat die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des Deutschen Bundestages auf die Chancen hingewiesen, die das Internet der Politik in der freiheitlichen Demokratie bietet. Es stehe fest, „dass das Internet eine von anderen Medien nicht zu

erreichende Rolle beim öffentlichen politischen Handeln spielen kann. Im Hinblick auf die Beteiligung der Bürger am politischen und demokratischen Prozess zeigt sich: 1. Die leichte Zugänglichkeit zu lokal verfügbarer Datenverarbeitung und dezentralisierten Datenbeständen senkte die Zugangsschwellen zu Informationen, wodurch die verfügbare politische Information rapide zunahm. 2. Die Bereitstellung, Verteilung und Aufnahme politischer Informationen wurde außerordentlich beschleunigt, die Selektivität bei der Nutzung und Verteilung politischer Informationen wurde erhöht. 3. Es wurde möglich, Interessen- und auch Expertenwissen schnell zu verallgemeinern, zu pluralisieren und zu kritisieren. 4. Die Bildung politischer Meinungen und Positionen und ihre politikfähige Verallgemeinerung wurden erleichtert.¹⁴¹

Diese zutreffende Analyse beschreibt die Chancen, die das Internet der Politik in einer freiheitlichen Demokratie bietet, unterstreicht aber zugleich, dass politische Kommunikation im Internet keine Sonderstellung einnimmt, sondern sich „zu einer thematischen Teilöffentlichkeit wie viele andere auch“¹⁴² entwickelt hat. Politik ist deshalb strukturell im Netz mit den gleichen Herausforderungen wie andere Anbieter konfrontiert: Wer hat überhaupt einen Netzzugang und wer nutzt ihn wie? Wie lässt sich im großen Themenangebot des Netzes Aufmerksamkeit gewinnen und die große Informationsfülle bewältigen? Wer wird wie im Netz aktiv und nutzt es für seine Zwecke?

Dabei lassen sich vier Typen des politischen Informationsverhaltens im Internet unterscheiden: Für ‚Traditionalisten‘ spielt das Internet eine untergeordnete Rolle, ‚Anarchisten‘ sind als ‚Nomaden im Netz‘ eher auf der Suche nach Eindrücken als nach Substanz, ‚Pragmatiker‘ bewegen sich auf den Hauptstraßen im Netz und ‚Kosmopoliten‘ kennen die Hauptstraßen und wissen zugleich, wann und warum sie diese verlassen sollten.¹⁴³

Grundsätzlich gibt es für die „Präsenz der Politik im elektrisch-mediasierten Kommunikationsraum (...) drei Angebotsformen: 1) ‚top-down‘-Informationen (z. B. Domains von Regierungen, Parteien und anderen Institutionen oder Gruppierungen), 2) Projekte der Rationalisierung politischer Kommunikation (z. B. bürgernahe Verwaltung) sowie 3) Angebote gesellschaftlicher Organisation, die auf ‚bottom-up‘-Meinungsbildung zielen (z. B. virtuelle Städte, Partizipationsforen).“¹⁴⁴

Man kann auch unterscheiden zwischen E-Democracy als digitale Plattform der politischen Informationsbeschaffung, Debatte und Meinungsbildung, und E-Government als Angebot staatlicher Stellen zur Abwicklung interner und externer Verwaltungsabläufe über elektronische Medien. Dabei werden Konzepte wie das „Customer Relation Management“¹⁴⁵ aus der Wirtschaft in die öffentliche Verwaltung transferiert.

Nach dem Leitsatz „Die Daten sollen laufen lernen – nicht die Bürger“¹⁴⁶ sollen Chancen für mehr Bürgernähe in virtuellen Rathäusern oder durch Online-Behördengänge genutzt werden – von der elektronischen Steuererklärung, über die Kfz-Zulassung im Netz bis hin zum Newsletter mit den aktuellen Müllabfuhrterminen. Diese heute üblichen Angebote haben ihren Ursprung in den USA. Dort führte die Stadtverwaltung von Santa Monica in Kalifornien schon 1984 E-Mail ein und schaltete 1989 ein *Public Electronic Network* (PEN) für alle Bewohner der Stadt frei.

Problematisch sind solche an sich sinnvollen Angebote der öffentlichen Verwaltung angesichts der geschilderten digitalen Spaltungen, wenn ihnen ein Ausschließlichkeitscharakter zugesprochen wird und bestimmte Dienstleistungen nur noch im Internet angeboten werden oder mit dem Verweis auf das Internet Öffnungszeiten von Behörden reduziert werden.

Längst haben sich Angebote von E-Government nicht nur auf der lokalen, sondern auch auf der nationalen Ebene durchgesetzt. Seit dem 1. Juni 1993 unterhält das Weiße Haus ein E-Mail-System und ermöglicht den elektronischen Dokumentenabruf. 1993 ging unter Präsident Bill Clinton und Vizepräsident Al Gore das Weiße Haus mit der Seite *www.whitehouse.gov* online, ein Jahr später folgte der Kongress.¹⁴⁷

Als erste global tätige Organisationen sind Greenpeace und der World Wide Fund for Nature seit 1995 im Netz.¹⁴⁸ Im gleichen Jahr ging in Deutschland das Auswärtige Amt online und der damalige Bundesminister Klaus Kinkel begab sich als erster Außenminister überhaupt in den Online-Chat. Aber erst seit 2004 sind alle 220 deutschen Botschaften und Generalkonsulate mit dem Auswärtigen Amt und untereinander „voll vernetzt“.¹⁴⁹

Inzwischen gehören Internetangebote meist in Form von Homepages zum Standard aller staatlichen Stellen auf allen Ebenen. Allerdings wird das Internet dabei fast ausschließlich als Abrufmedium eingesetzt, d.h. die auch konventionell angebotenen Informationen sind dort schneller und länger abrufbar. Darüber hinaus bieten viele Institutionen einen Newsletter-Service an.

Die interaktiven Möglichkeiten des Internets werden im staatlich-politischen Bereich wesentlich seltener genutzt, haben dann meist einen eigenen kurzfristigen Public-Relations-Zweck und sind keine nachhaltigen Angebote. Wesentlicher Grund dafür dürfte der hohe Personalbedarf zur Betreuung und Moderation zum Beispiel von Chats und Online-Foren sein. Im Unterschied zu privaten Anbietern werden staatliche Stellen nämlich wesentlich schneller für alles verantwortlich und politisch haftbar gemacht, was auf den von ihnen betriebenen Seiten zu lesen ist – auch wenn es dort von Internetnutzern als Meinungsbeitrag eingestellt wurde.

Unter anderen Auspizien als beim Staat vollzieht sich die tägliche politische Arbeit der Parteien und Politiker, die sich in regelmäßigen Abständen dem Votum der Bürger stellen müssen. Sie haben das Internet für sich als ständig verfügbares Medium der Wähleransprache entdeckt, das nicht journalistischer Selektion und Bewertung unterliegt. Politische Kommunikation im Internet ist in diesem Sinne meist eine Art von Dauerwahlkampf. Auch hier spielten und spielen die USA eine Vorreiterrolle.

Wege der Wähleransprache

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1996 informierten sich nur vier Prozent der erwachsenen Amerikaner im Internet über die Kandidaten. Vier Jahre später waren es schon achtzehn Prozent, 2004 waren es 29 Prozent und 2008 ca. 55 Prozent. Auch wenn das Internet damit nur etwa die Hälfte der Wahlberechtigten erreichte – das entspricht 74 Prozent der Internetnutzer – reicht es allerdings nicht an die Bedeutung des Fernsehens heran.

Erste Anfänge der Nutzung des Internets in der politischen Arena sind Mitte der neunziger Jahre zu beobachten. Ross Perot, unabhängiger Präsidentschaftskandidat 1992 und 1996, hatte mit seinen im Fernsehen übertragenen „electronic town meetings“ wichtige innovative Impulse für eine neue Nutzung elektronischer Medien als Dialogmedien gesetzt. Zur ersten Nutzung des Internets im Wahlkampf kam es dann bei den Kongresswahlen im November 1994.

Schon im Januar 1994 spielte das Internet eine politische Rolle als die neue Organisation *Computer Professionals for Social Responsibility* (CPSR) innerhalb von sechs Wochen im Netz 47.000 elektronische Unterschriften sammelte. Das war angesichts des damaligen Verbreitungsgra-

des des Internets eine sehr beachtliche Zahl und erregte entsprechende Aufmerksamkeit, zumal es auch um ein Netzthema ging: die Unterschriftensammlung richtete sich gegen eine Initiative der Clinton-Administration, die zur Verbrechensbekämpfung einen Verschlüsselungschip in jedem Computer vorsah, zu dem staatliche Stellen einen Zugang haben sollten. Im Oktober 1994 gründete sich auch die *California Voter Foundation*, die im Internet Informationen über Kandidaten anbot. Im gleichen Jahr initiierte das *Minnesota E-Democracy Project* elektronische Diskussionsforen mit Kandidaten.¹⁵⁰

Als „Pionier des Internetwahlkampfes“¹⁵¹ kann dann US-Senator Ted Kennedy mit seiner Wahlkampagne 1994 zur Wiederwahl als Senator in Massachusetts gelten. Sein demokratischer Senatskollege Patrick Leahy (Vermont) lud ab März 1995 auch zu ersten politischen Internet-Chats ein. 1994 ging übrigens auch Labour als erste britische Partei online und setzte das Internet 1997 erstmals im Wahlkampf ein.

Zu einem richtig umfassenden Online-Wahlkampf kam es jedoch erst bei der Präsidentschaftswahl 2000 in den USA. So kündigte der amerikanische Wirtschaftsmagnat Steve Forbes seine Bewerbung um die republikanische Präsidentschaftskandidatur am 16. März 1999 bewusst zuerst im Internet an. Hillary Clinton nutzte den gleichen Weg anstelle einer traditionellen Pressekonferenz, als sie 2007 nach langem Zögern ihre Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der demokratischen Partei bekannt gab.

Vor allem aber begannen die Kandidaten die Möglichkeiten der unmittelbaren Wähleransprache des Internets zur Rekrutierung von Wahlhelfern und zur Spendensammlung zu nutzen. Senator John McCain aus Arizona gelang es 1999/2000 bei seiner sehr innovativen, aber letztlich nicht erfolgreichen Vorwahlkampagne um die republikanische Nominierung über das Internet in nur 48 Stunden 60.000

ehrenamtliche Helfer und eine Million Dollar an Spendengeldern zu mobilisieren. Al Gore sammelte im Wahlkampf des Jahres 2000 über das Netz zwanzig Millionen Dollar, George Bush achtzehn Millionen – jeweils praktisch ausnahmslos mit Hilfe vieler Kleinspender.¹⁵²

Politisch setzte der demokratische Bewerber Al Gore im Internet auf virtuelle Town-Hall-Meetings. Der Republikaner George Bush bot im Internet einen schnell populären „Tax-Calculator“ an, mit dem sich die Auswirkungen der von ihm vorgeschlagenen Steuerreform auf individuelle Einkommen berechnen ließen.¹⁵³

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2000 entwickelte auch AOL den ersten Wahl-O-Mat (*www.Presidentmatch.com*), der sich seitdem in vielen Ländern als festes Internetangebot etabliert hat. Zugrunde lag übrigens eine Software der Automobilindustrie, um über Farbe, Größe, Preis usw. das eigene Wunschauto zu definieren.¹⁵⁴

Als Howard Dean Ende 2003 in den Vorwahlkampf der demokratischen Partei um die Präsidentschaftskandidatur zog, wurde er zum ersten Kandidaten, der massiv Internet-Blogs einband und mit einem eigenen Online-Netzwerk (*Deanlink*) tausende von Wahlhelfern und Spendern mobilisierte. Erstmals wurden diese Wahlhelfer als E-Supporter aktiv, die versuchten, über das Internet unentschlossene Wähler im Namen des Kandidaten anzusprechen.¹⁵⁵ Nachdem er die Vorwahlen verloren hatte, nutzte Dean die von ihm aufgebaute Internetstruktur weiter und brachte sie in den Apparat der demokratischen Partei ein, als deren Vorsitzender von 2005–2009 er auch für die Präsidentschaftswahlen 2008 zuständig war.

Dieser Wahlkampf fiel durch die Massivität auf, mit der insbesondere Barack Obama das Internet nutzte. An seinem Netzwerk beteiligten sich zwei Millionen Bürger mit eigenen Profilen. 35.000 Freiwilligen-Gruppen und etwa 70.000 Menschen spendeten im Netz über dreißig Millio-

nen Dollar.¹⁵⁶ Im Vergleich mit Deutschland ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem wegen einer völlig anderen Datenschutzgesetzgebung die in den USA eingesetzten Möglichkeiten des „politischen Mikro-Marketing“ bei uns kaum genutzt werden können.¹⁵⁷

Schon 2007 hatte Facebook-Mitbegründer Chris Hughes Facebook verlassen, um für Obama den Online-Wahlkampf zu koordinieren. So überrascht es nicht, dass Obama im Sommer 2008 bei Facebook bereits eine Million Anhänger verzeichnen konnte, sein Konkurrent McCain nur 200. Am Wahltag waren es zwei Millionen für Obama und 600.000 für McCain.

Zu den Instrumenten im Internet-Wahlkampf von Obama gehörte auch ein eigenes eingerichtetes Netzwerk *MyBarackObama.com* mit 35 Untergruppen, etwa 400.000 Blogbeiträgen und ca. 3 Millionen Newsletter-Abonnenten. Dabei wurde mit einem Aktivitätsindex im Rahmen eines Online-Rankings wie bei Spielen transparent gemacht, wer wie viele Wähler angerufen und Spenden eingeworben hatte. In jedem neuen Aktivitätslevel erwarb man eine neue Zugangsebene zu neuem Material und Informationen.

1500 Videos des Obama-Teams auf YouTube wurden zwanzig Millionen Mal aufgerufen, das entsprach einem Gegenwert von ca. fünfzig Millionen Dollar Fernsehzeit. Ein besonderes Unterstützer-Video prominenter Musiker ergänzte die Online-Kampagne. Allein der Song *Yes we can* mit musikalisch unterlegten Obama-Zitaten brachte es auf zehn Millionen Aufrufe.

Insgesamt galt für die Online-Kampagne von Obama das Motto: „Keep it real, keep it local.“ So wurden im Internet ca. 2000.000 offline Events vorbereitet und beworben. Obama nutzte das Internet schon bei den Vorwahlen innerhalb der demokratischen Partei geschickter als seine Konkurrentin Hillary Clinton: „Bei Clinton hatte man das Gefühl, Kunde zu sein – bei Obama war man Mitglied.“¹⁵⁸

Allerdings haben Obamas umfassende Internet-Aktivitäten entgegen einem weit verbreiteten Eindruck nicht zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung geführt. Zwar hat immerhin jeder zweite Internetnutzer im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008 einen politischen Newsletter abonniert oder eine Online-Petition unterstützt. 26 Prozent der Nutzer sozialer Netzwerke gaben dort bekannt, wen sie wählen würden, ein Drittel äußerte sich zu politischen Inhalten und zwölf Prozent fügten ihren favorisierten Kandidaten als ‚Freund‘ hinzu. Aber die Wahlbeteiligung lag 2008 mit 56,8 Prozent nur wenig über der von 2004 (55,3 Prozent) und in der Bandbreite der letzten zehn Präsidentschaftswahlen. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte diese Wahlbeteiligung noch über sechzig Prozent betragen.

Auch in Deutschland ist das Internet inzwischen aus Wahlkämpfen nicht mehr wegzudenken. Im Bundestagswahlkampf 1998 war es noch lediglich ein Instrument für die hauptamtlichen Funktionäre in den Parteien gewesen. Dabei darf man seine Bedeutung auch für die parteiinterne Kommunikation nicht unterschätzen, die „grundlegend enthierarchisiert und drastisch potenziert“¹⁵⁹ wurde.

Der damalige FDP-Spitzenkandidat Jürgen Möllemann lancierte im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 in Deutschland „die erste Netzkampagne, die diesen Namen verdient“.¹⁶⁰ 2002 wurde das Internet im Bundestagswahlkampf schon zur Mobilisierung von Parteimitgliedern genutzt: Es ging „im Kern um die Synchronisation von Online- und Offline-Aktivitäten. Die virtuelle Dramaturgie orientierte sich an den Eckdaten des realen politischen Kalenders im Wahljahr.“¹⁶¹ Dabei spielte auch die Premiere des ersten Fernsehduells zwischen Kanzler und Kanzlerkandidat eine Rolle.

Im Wahlkampf 2002 bedienten sich Parteien auch externer Plattformen, die von ihnen betrieben wurden, aber in

ihrer Parteilanbindung nicht sofort erkennbar waren. So stand die SPD hinter der Homepage *www.nicht-regierungsfahig.de*. Die CDU war verantwortlich für *www.zeit-fuer-taten.de* sowie *www.wahlfakten.de* als Plattform für schnelle Reaktionen auf Aussagen des politischen Gegners. Damit sprach man neben den eigenen Wahlkämpfern vor allem auch Journalisten an.¹⁶²

Erst ab 2005 wurde von den Parteien versucht, größere Nutzergruppen außerhalb der Parteien über das Internet anzusprechen. Es blieb allerdings überwiegend dabei, das Internet nicht als eigenständiges Medium zu nutzen, sondern als zusätzliches Instrument zur Verteilung bereits anderweitig multiplizierter Informationen.

MdB-Erfahrungen

Die meisten Untersuchungen zur politischen Kommunikation im Internet haben zentrale politische Institutionen wie Regierung und Parlament oder die nationale Ebene der Parteien zum Gegenstand, sind also auf größere Apparate mit entsprechender personeller Ausstattung fixiert. Im Verhältnis von Internet und freiheitlicher Demokratie geht es aber mindestens ebenso sehr darum, ob und wie im Cyberspace die unmittelbare Kommunikation zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern funktioniert. Was geschieht hier unterhalb der nationalen Ebene in den Wahlkreisen?

Aus meinen eigenen Erfahrungen bei drei Bundestagskandidaturen 2002, 2005 und 2009 im Wahlkreis Bonn und als Mitglied des Deutschen Bundestages von 2007 bis 2009 muss ich hier zunächst darauf hinweisen, dass Abgeordneten keine großen Apparate für ihre Arbeit zur Verfügung stehen: Bundestags- und Europaabgeordnete haben in der Regel drei bis vier hauptamtliche Mitarbeiter, die sich auf das Parlamentsbüro und das Wahlkreisbüro auf-

teilen. Landtagsabgeordnete müssen mit ein oder zwei Mitarbeitern auskommen. Erstbewerber sind bei ihren Kandidaturen in der Regel völlig auf ehrenamtliche Helfer angewiesen.

Insgesamt ist die Online-Kommunikation für Kandidaten und Abgeordnete bei gleicher personeller Ausstattung als zusätzliche Aufgabe hinzugekommen, ohne dass andere Aufgaben weggefallen wären. Sie steht deshalb in der Gefahr als fünftes Rad am Wagen mitzulaufen. Dies wird nicht selten dadurch verschärft, dass bisher eher eine Minderheit der Volksvertreter einen persönlichen Bezug zum Internet hat. Da das Internet in erheblichem Maß ein Medium ist, dem das Delegationsprinzip auf Dritte eher fremd ist, bleibt dies nicht ohne Folgen. Die Aufgabe der Internet-Kommunikation wird meist bei (in der Regel jüngeren) Mitarbeitern verortet und viele Abgeordnete entwickeln so kein Gespür für die Chancen und Gefahren des Internets in der politischen Arbeit. Aus dieser Unsicherheit heraus werden auch oft die Einheitsangebote der Parteizentralen für Online-Kommunikation eingesetzt und damit die Individualisierungschancen des Internets für die ortsbezogene Arbeit zu wenig genutzt.

Studien über die Web-Aktivitäten von 750 Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2009 haben ergeben, dass diese „die vorhandenen Vorzüge und Potentiale bei der Ansprache von Wählern über das Web noch längst nicht in vollem Umfang nutzen“.¹⁶³ Durchschnittlich schöpften die untersuchten Direktkandidaten nur ein Drittel der beschriebenen Möglichkeiten aus und schnitten insbesondere in der Kategorie Soziale Netzwerke am schlechtesten ab. Nur ein Fünftel (!) war immerhin auf einer der untersuchten Plattformen Facebook, Twitter, StudiVZ/MeinVz, YouTube oder Xing zu finden.

Im Abgeordnetenalltag sind bei der politischen Kommunikation via Internet prinzipiell zwei Kommunika-

tionswege zu unterscheiden. Zum einen geht es um die Nutzung des Netzes für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und die Ansprache der Bürger durch die Mandatsträger. Zum anderen wird das Internet von einer bestimmten Gruppe von Bürgern teilweise sehr intensiv genutzt, um Kontakt mit ihren jeweiligen Volksvertretern aufzunehmen.

Allerdings spielt auch die begrenzte Reichweite des Mediums aufgrund der geschilderten digitalen Spaltung eine wichtige Rolle. Es wäre ebenso falsch die Bedeutung des Internets für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu unterschätzen, wie es der täglichen Erfahrung entspricht, dass Online-Kommunikation über politische Arbeit die meisten Menschen nicht erreicht. Schon wegen des relativ hohen Durchschnittsalters ihrer Mitglieder – bei Union und SPD liegt es bei ca. 56 Jahren – ist beispielsweise nur ein Drittel der Parteimitglieder der Volksparteien per E-Mail erreichbar.

Aber inzwischen gehören fast alle Multiplikatoren und ehrenamtlichen Träger der politischen Aktivitäten vor Ort zu den Internetnutzern. Bei ihnen kann man auch von einer fast täglichen Erreichbarkeit ausgehen. Das Internet hat sich deshalb im politischen Alltag vor allem als ein Medium etabliert, das den Abgeordneten hilft, die Schlüsselpersonen der eigenen Anhängerschaft zu informieren. Die meisten der inzwischen im politischen Bereich im Überfluss vorhandenen Newsletter haben eindeutig an erster Stelle diesen Zweck. Es geht dabei weniger um Argumente für den Wechselwähler, sondern vielmehr um Sprachregelungen für die eigenen Unterstützer.

Trotz oder eher wegen der Überfülle politischer Informationen in den klassischen Medien und im Internet gibt es aber darüber hinaus ein deutlich spürbares Bedürfnis vieler Bürger nach Hintergrundinformationen und Einordnungen. Hier liegt auch eine Chance für den einzelnen Abgeordneten

seine persönlichen Entscheidungsgründe entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes darzulegen. Dort heißt es im Artikel 38 unmissverständlich: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Mit der Übernahme standardisierter Formulierungsvorgaben aus Parteizentralen oder von Regierungssprechern ist diese individuelle Verantwortung jedes Abgeordneten nicht darzustellen. Noch lassen Abgeordnete im Internet viele Chancen aus, die sie im persönlichen Gespräch oder bei Veranstaltungen durchaus wahrnehmen, um nicht als unselbstständiges Rädchen einer großen politischen Maschinerie wahrgenommen zu werden, sondern ihre Eigenständigkeit zu zeigen, und um ihre individuelle Sichtweise darzulegen.

Unsere repräsentative Demokratie mit ihrem Grundsatz des Vertrauensvorschlusses auf Zeit ist aber auf diese Personalisierung der Politik auch vor Ort angewiesen. Der Durchschnittsbesuch bei politischen Veranstaltungen bietet dafür nur ein eingeschränktes Forum, denn in der Regel dominieren dort die eigenen politischen Freunde. Die klassische Berichterstattung in den örtlichen Medien gibt dem Abgeordneten dafür auch wenig Gelegenheit: Gefragt sind dort die lokalen Themen, Bundesthemen werden im überregionalen Teil der Zeitungen abgehandelt, wo aber meist nicht normale Abgeordnete zu Wort kommen, sondern nur Politiker mit nationalem Bekanntheitsgrad.

Die dadurch entstehende Vermittlungslücke entspricht nicht den Intentionen unseres Wahlrechts mit Erst- und Zweistimme. Zur Entscheidung über die Vergabe ihrer personenbezogenen Erststimme haben die Bürger einen Anspruch darauf zu erfahren, was ihre örtlichen Bewerber zu den Themen sagen, die im Lokalteil der Zeitungen

nicht abgehandelt werden und zu denen sie im überregionalen Teil nicht zu Wort kommen. Hier bietet das Internet eine neue Chance – wenn auch nur für einen Teil der Wähler – und es gibt auch den entsprechenden Bedarf. So hatten immerhin über 4000 Bürger aus der Bundesstadt Bonn den Newsletter abonniert, in dem ich etwa einmal wöchentlich über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter informierte. Das sind fast zwei Prozent der Wahlberechtigten.

Da der Newsletter auf die jeweiligen Informationsangebote meiner Homepage verlinkte, kann anhand der Nutzerstatistiken auch eindeutig ein aktives Leseverhalten eines Großteils der Abonnenten nachgewiesen werden. Etwa zehn Prozent der Newsletter-Abonnenten nutzten außerdem jeweils das Angebot zum Download spezifischerer Informationstexte und zwar ganz überwiegend zu bundespolitischen Themen. Aus den Rückmeldungen war zwar klar zu entnehmen, dass es sich um politisch sehr interessierte Mitbürger handelte, aber derartige Interessentenzahlen sind bei den Offline-Aktivitäten eines Abgeordneten im gleichen Zeitraum kaum zu erreichen.

Unter anderem gab mir dieser Informationsweg die Möglichkeit, den vollständigen Inhalt meiner Medienmitteilungen zu verbreiten, die in den Medien selbst zwangsläufig gekürzt und teilweise mit spürbarer Zeitversetzung publiziert wurden. Vor allem aber verbessert das Internet die Schnelligkeit der Ansprache von Journalisten durch politische Mandatsträger – und zwar unabhängig vom eigenen Aufenthaltsort.

Versuchsweise habe ich meine zeitgleich auch über den traditionellen Fax-Weg abgesetzten Medienmitteilungen als Abgeordneter teilweise leicht modifiziert und konnte deutlich erkennen, dass Journalisten in fast allen Fällen die Online-Version verwendeten. Anders verhielt sich dieses lediglich bei längerfristigen, nicht tagesaktuellen Mel-

dungen und Terminankündigungen, die offenbar in der Fülle von E-Mails, welche die Redaktionen erreichen, schneller verloren gehen.

Wichtiger Vorteil der Online-Medienmitteilungen ist im Übrigen, dass nur (!) dadurch auch regional bezogene Internet-Nachrichtendienste erreichbar sind, die zum großen Teil automatisiert arbeiten. Die Verbreitung eigener – wegen des automatisierten Verfahrens dann auch ungekürzter – Meldungen über RSS-Feeds ist im Netz beachtlich und deren lange Auffindbarkeit durch Suchmaschinen sorgt für gesteigerte Wahrnehmung im Netz.

Allerdings sorgt die vom Urheber der Nachricht nicht zu kontrollierende und auch nicht rückholbare hohe Lebensdauer solcher Meldungen auch dafür, dass sie dann Jahre später in teilweise sachfremden Zusammenhängen wieder auftauchen können.

Die eigene Homepage bietet dem Abgeordneten auch die Möglichkeit, seine Abgeordnetentätigkeit, von der die meisten Bürger keine konkrete Vorstellung haben, transparenter zu machen. So habe ich mit großer Resonanz meine Terminkalender ins Netz gestellt, die Höhe und Verwendung meiner Einkünfte als Abgeordneter erläutert und frühzeitig auf öffentliche Termine und Bürgersprechstunden hingewiesen. Zudem schafft die eigene Homepage einen zusätzlich Anlass und Aufhänger für politische Mitteilungen, etwa nach dem Motto „Wie der Abgeordnete auf seiner Homepage mitteilte ...“

Für Terminankündigungen – mit eigener Anmelde-möglichkeit – eignen sich nach meiner Erfahrung Soziale Netzwerke. Es ist durchaus möglich, auf diesem Weg auch Zielgruppen anzusprechen, die nicht zu den klassischen Besuchern politischer Veranstaltungen gehören. Allerdings wird dabei auch die Unverbindlichkeit der Netzkommunikation deutlich. Selbst bei namentlicher – in der Regel mit Bild versehener – formal verbindlicher Anmel-

dung muss damit gerechnet werden, dass dreißig bis fünfzig Prozent dieser Anmeldungen nicht ernst gemeint sind. Das gilt insbesondere für die Netzwerke wer-kennt-wen, Facebook sowie MeinVZ, in denen sehr schnell ‚Freundschaften‘ durch Verlinkungen akzeptiert werden.

Veranstaltungsanmeldungen werden hier im Sinne der Verständnisses des „Gefällt mir“-Buttons bei Facebook von manchen eher als allgemeine Sympathie-Kundgebungen und weniger als verbindliche Aussagen verstanden. Einen Unterschied in der Zuverlässigkeit der Aussagen seiner Nutzer macht hier das eher beruflich ausgerichtete (kostenpflichtige) Netzwerk Xing: Freundschaften werden dort wesentlich gezielter geschlossen und getroffene Aussagen zuverlässiger eingehalten.

Erheblich problematischer ist im Abgeordnetenalltag hingegen die Nutzung des Internets als Dialogforum. Zum einen werden die an Homepages von Mandatsträgern gekoppelten Blogs praktisch nicht genutzt. Zum anderen ist der moderierte Chat derart personalaufwendig, dass dies mit der geringen Mitarbeiterzahl, die einem Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehen, praktisch nicht zu leisten ist. Außerdem kommt es zu erheblichen Frustrationen, wenn Internetnutzer feststellen, dass ihr Gegenüber nicht der Abgeordnete selbst, sondern nur dessen Mitarbeiter sind. Im Netz macht das schnell die Runde. Deshalb ist auch mancher Politikerauftritt bei Facebook sehr ambivalent.

Wer freilich die Zeit investiert, kann dort manche spannende Diskussion anstoßen. Dies weist seit Mitte 2010 regelmäßig der Münsteraner Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz nach, dessen kurze Facebook-Statements meist sehr schnell einige Dutzend Kommentierungen erfahren. Dabei reagieren die Nutzer auf den Abgeordneten wesentlich stärker als auf ähnliche Statements anderer Nutzer, wobei sich ein sich kaum verändernder Kern an

Diskussionsteilnehmern herausbildet. Allerdings muss man sich auch gelegentlich eines gewissen Querulanten­tums und manchmal sehr aggressiver Beiträge erwehren. Dennoch scheint hier ein engerer Kontakt zwischen den – politisch interessierten – Wählern und den Gewählten möglich zu sein.

Eine andere Form des Dialogs bietet ‚Abgeordneten­watch‘ als moderierte Plattform an, in der Bürger öffentliche Fragen an einzelne Abgeordnete stellen können, deren Beantwortung auch ihrerseits veröffentlicht wird. Die sehr solide Moderation sorgt für die Sachlichkeit des Meinungs­austausches dort und verhindert gezielte Massen­ansprache einzelner Abgeordneter, die deren Arbeit lahm­legen könnte. Darauf gründet das gute Renommee von Abgeordneten­watch und der Schwesterplattform Kandida­ten­watch. Diese Plattformen legen zugleich offen, wie viele der an sie gestellten Fragen die jeweiligen Abgeord­neten beantwortet haben.

Wenn man diese Dialogform ernst nimmt, ist sie sehr zeitaufwendig. Zum einen werden bei Abgeordneten­watch durchaus sehr spezielle Fragen gestellt, zum anderen fällt durch die Möglichkeit zum Vergleich zwischen den Ant­worten aller Abgeordneten schnell auf, wenn nur vorgege­bene Sprachreglungen der Partei- und Fraktionsführungen verwendet werden. In der Regel kommen Fragen bei Abge­ordneten­watch aus dem eigenen Wahlkreis oder sie beziehen sich auf die Ausschüsse, in denen man tätig ist, oder öffentliche Äußerungen zu bestimmten Themengebieten. Ihre Anzahl ist spürbar, aber nicht dramatisch höher als die gleichartiger Briefe an Abgeordnete in der Offline­Welt.

Wer als Mandatsträger in das Internet nicht die Bereit­schaft zum individuellen Dialog investiert, fördert die Glaubwürdigkeit der freiheitlichen Demokratie nicht. Die wechselseitige ‚Bombardierung‘ von Gewählten und Wäh-

lern mit vorgestanzten Massenmails wird von keiner Seite ernst genommen, greift aber immer weiter um sich. Politik kommt so nicht aus ihrer Netznische und lässt den offenen Dialog als wichtige Systemvoraussetzung freiheitlicher Demokratie ungenutzt.

IV. Entscheidungsfindung im Netz

14. Plebiszitäre Versuchungen

„A Republic, if you can keep it.“

Benjamin Franklin (1706–1790),
Schriftsteller, Erfinder und Politiker¹

Das Bekenntnis zur Republik stand in der Debatte um die amerikanische Verfassung für das Prinzip der repräsentativen Demokratie und im Gegensatz zur auch damals von vielen vehement geforderten plebiszitär ausgerichteten direkten Demokratie. Deshalb wusste jeder, was gemeint war, als Benjamin Franklin im Sommer 1787 in Philadelphia nach Abschluss der Beratungen über die amerikanische Verfassung gefragt wurde: „What have you given us?“ Franklin, der Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung war, gab jene Antwort, die Ergebnis und Auftrag zugleich war: „A Republic, if you can keep it.“

Die Alternative der direkten Demokratie lehnten die Gründungsväter der Vereinigten Staaten von Amerika ab, weil sie darin eine „Tyrannei der Mehrheit“ sahen, deren Gefahr Alexander Hamilton, James Madison und John Jay in den bis heute aktuellen „Federalist Papers“ (1787/88) und später Alexis von Tocqueville in seiner immer noch gültigen zweibändigen Studie „Über die Demokratie in Amerika“ (1835/40) so eindrucksvoll beschrieben haben.

Faszination der großen Zahl

Auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes entschieden sich bestärkt durch die negativen Erfahrungen mit Plebisziten in der Weimarer Republik klar für die repräsentative

Demokratie. Aber obwohl sich diese Verfassungen bewährt haben, verstummte der Ruf nach direkter Demokratie nie. Plebiszitäre Visionen und Phantasien verstärken sich sogar ständig, denn die Berechtigung des repräsentativ-demokratischen Systems wird gerade in der modernen Informations- und Mediengesellschaft in Frage gestellt.² Mit neuen technologischen Entwicklungen im medialen Bereich werden immer wieder auch Hoffnungen auf die Realisierung stärkerer direktdemokratischer Elemente verbunden.

Schon 1972 hatte Helmut Krauch sein Modell einer Computer-Demokratie mit einer ebenso simplen wie unzutreffenden Feststellung begründet: „Die Abkehr von der klassischen, unmittelbaren Demokratie war nur deswegen nötig, weil die Staats- und Gemeinwesen zu groß und kompliziert wurden und weil die damals vorhandenen Kommunikationsmittel den Anforderungen nicht mehr gewachsen waren.“³ Mit Computern könne Abhilfe geschaffen werden.

Umso mehr wird inzwischen dem miteinander verbundenen Computernetzwerk Internet zugeschrieben, es könne die beiden Faktoren Zeit und Ort aufheben, die „die Möglichkeiten zur Teilnahme am politischen Tagesgeschehen für die Masse der Bevölkerung drastisch einschränken. Diese Hemmnisse gelten für die Nutzung des Internets jedoch nicht.“⁴ Damit sei der Einstieg in eine plebiszitär-basisdemokratische Gesellschaft möglich und der Anfang vom Ende der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie eingeläutet. In diesem Sinne wird das Internet als Demokratiemedium gepriesen, denn es ermögliche die „schnelle Verdichtung und Vernetzung von individuellen Meinungen zu einem kollektiven Meinungspool, welcher die Meinung der Mehrheit widerspiegelt.“⁵

In der Tat werden im Internet inzwischen von einer Vielzahl von Anbietern Fragen zu allen möglichen Themen zur Abstimmung gestellt. Wie wohl in keiner Weise repräsentativ und höchst manipulationsanfällig, wirkt bei die-

sen Abstimmungen die Magie der Zahl, die suggeriert, man könne darin die Meinung des Volkes oder zumindest seine Stimmungen erkennen.

Die Anhänger solcher Internet-Abstimmungen stützen sich auf die Annahme, dass im Internet wegen seiner großen Reichweite viele Menschen einbezogen werden könnten und die Klugheit einer Entscheidung mit der Zahl der an ihr Beteiligten steige. Während der Fokus der freiheitlichen Demokratie auf dem Einzelnen, seinen Rechten, Pflichten und Beteiligungschancen ruht, ist im Internet ganz in der Tradition des „volonté générale“ von Jean-Jacques Rousseau entscheidender Bezugspunkt die „Wisdom of Crowds“. 2004 hat James Surowiecki dieses Konzept in seinem gleichnamigen Buch schon mit dem Untertitel erläutert: „Why the Many Are Smarter Than the Few and How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies and Nations“.

Dort wird als Grundsatz dieser in der Netzcommunity sehr populären Theorie proklamiert, dass auch einer zufällig zusammengewinkelten Gruppe von Menschen hohe Entscheidungsbefugnis für alle zukommt.⁶ Solche Zufallsgruppen sind charakteristisches Merkmal der Entscheidungsbildung im Internet. Dies gilt umso mehr, als das Internet als Aktivitätsmedium nicht nur die Menschen ohne Netzzugang oder Netzzugangswillen komplett ausblendet, sondern auch unter der Minderheit der politisch Interessierten noch die Kleingruppe der politischen Aktivisten privilegiert.

Weil sich das Recht des Stärkeren und Lautesten in den unregulierten digitalen Netzwerken leicht durchsetzen kann, steckt in einer solchen Cyberdemokratie die Gefahr zur Mehrheitstyannei: „Die Cyberdemokratie hat ihre Grundlagen in dem neoklassischen „Laissez-faire-Ansatz“ der 1980er und 1990er Jahre. Sie basiert auf der Grundlage des freien Spiels der Kräfte (...) Die Menschen reagieren in

einer Art von Gruppenwillkür demokratisch, ohne dabei durch ein kompliziertes System von Gesetzlichkeit und Gewaltenteilung gebunden zu sein. (...) Der demokratische Einfluss des Stärkeren wird zur Herrschaft des Stärkeren, also mit der Demokratie nicht zu vereinbaren.“⁷

Die repräsentative Demokratie setzt solchen auf Einzelfragen bezogenen Zufallsmehrheiten des plebiszitären Prinzips den Grundsatz – wie es im Artikel 38 des Grundgesetzes heißt – „allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen“ entgegen. Indem Wahlen Einzelentscheidungen bewusst zu einer Grundentscheidung bündeln, setzen sie Einzelfragen-Mehrheiten die notwendige Grenze der Einordnung in das Ganze, aus der sich die Gemeinwohlorientierung ergibt.

Demokratie ist eben „kein Begriff für beliebige Versuche, Mehrheiten zusammenzubekommen (...). Im Gegenteil hat der moderne demokratische Staat allerlei Bremsen eingebaut, um die Herrschaft der Mehrheit nicht allzu drückend für Andersdenkende werden zu lassen. (...) Wer je nach Argumenten gegen die direkte Demokratie suchen wollte, im Netz würde er fündig. Den spontanen Aufwallungen des Volkszornes, der Bereitschaft zu Diffamierung und Verfolgung Andersdenkender steht keine zivilisierende Bremse entgegen.“⁸

Zu diesen Bremsen gehören in der freiheitlichen Demokratie neben der in Wahlen geforderten Gesamtsicht auch die Zurechenbarkeit von Meinungen und Entscheidungen, das heißt die Erkennbarkeit von Verantwortlichkeiten, und das unabdingbare Prinzip der Arbeitsteilung, ohne das unsere Demokratie nicht funktionieren kann.⁹

Die der Weisheit der Massen innewohnende Gefahr der ‚Mehrheitstyannei‘ offenbart zusammen mit der Ungebundenheit im Internet eine weitere Schwäche plebiszitärer Entscheidungsfindung, wie sie gerade im Cyberspace zum Ausdruck kommt: „Emphasizing the crowd means

deemphasizing individual humans in the design of society, and when you ask people not to be people, they revert to bad moblike behaviours.“¹⁰

Gerade die „Realisation einer polydirektionalen Interaktion“ im Internet kann den „Verlust des Ortes der Politik“ zur Folge haben, weil Verantwortlichkeit nicht zugeordnet werden kann.¹¹ Zudem birgt die vom Internet bei der Entscheidungsfindung begünstigte Fixierung auf Schnelligkeit und große Zahl die große Gefahr der Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit: „Bei Entscheidungen über Sachfragen sind nämlich eine intensive öffentliche Debatte, ausreichende Information und eingehende Deliberation notwendig.“¹²

Beschleunigungsproblem und Hysteriefalle

Der lateinische Begriff „deliberatio“ (Beratschlagung) findet sich beispielsweise in der im römischen Recht gewährten „Deliberationsfrist“, die Erben zugestanden wird, bevor sie sich für die Ablehnung oder Annahme einer Erbschaft entscheiden. Der römischen Autor Publilius Syrus – ein Zeitgenosse Caesars – hat den entsprechenden Grundsatz so formuliert: „Deliberandum est diu quod statuendum est semel.“ („Es ist längere Zeit zu bedenken, was ein für allemal festzusetzen ist).“¹³

An diese Begrifflichkeit anknüpfend hat Jürgen Habermas sein Modell der „deliberativen Demokratie“ entwickelt. Ihm liegt die Annahme zugrunde, dass Kommunikation die Grundlage der Gesellschaft bildet, Öffentlichkeit als intermediäre Ebene zwischen der Gesellschaft und dem Staat fungiert und Diskurs zentrales Medium der Meinungs- und Willensbildung ist. „Die nach demokratischen Verfahren zu kommunikativer Macht verarbeitete öffentliche Meinung kann nicht selber herrschen, sondern nur den Gebrauch der

administrativen Macht in bestimmte Richtungen lenken.“¹⁴

In der politikwissenschaftlichen Debatte gilt dieses deliberative Demokratiemodell als besonders internetaffin, weil es wie im Internet Kommunikation in den Mittelpunkt stellt. Allerdings wird dabei eine wesentliche Problematik im Cyberspace übersehen. Es ist die Gefahr, dass die freiheitlich Demokratie „ihre lebendige Substanz – den fairen Interessenausgleich über einen halbwegs vernünftigen öffentlichen Diskurs – und ihre *Raison d’être* – eine möglichst gute und gerechte Lebensperspektive für alle – in einer ans Absurde grenzenden Datenschwemme förmlich ertränkt“.¹⁵ Dies gilt insbesondere, wenn der Umgang mit dieser Datenschwemme unter den Geschwindigkeitsdruck des Internets gerät.

Hier liegt auch ein besonderer Treibsatz für plebiszitäre Phantasien. In der Fixierung auf Geschwindigkeit treffen sich Internet-Technologie und plebiszitäre Ideologie: „The new technologys greatest virtue is (...) speed (...). Plebiscitary democracy likes speed.“¹⁶ Ganz im Gegensatz dazu braucht die repräsentativ-parlamentarische Demokratie Zeit. „Schnell wie das Licht sind Computer (...). Demokratie ist so langsam wie das abwägende Urteilen.“¹⁷

Schnelligkeit ist per se kein Ausweis von „Demokratiesteigerung“¹⁸. Im Gegenteil gilt: „The most stable democracies are characterized by a certain slowness of change.“¹⁹ Demokratie braucht Zeit – „Tyranny actually is faster“.²⁰ Diese historische Erfahrung steht aber im Gegensatz zum Nutzerwunsch und zur Erfahrung der Nutzer im Internet. Dort ist Schnelligkeit das höchste Gut. Baut sich eine Seite zu langsam auf, klicken wir weiter. Gibt eine Suchmaschine die Antwort auf unsere Fragen zu langsam, wechseln wir den Anbieter.

In dieser Hektik bestärken uns die erfolgreichen Netzangebote. „Google hat uns zu ungeduldigen Menschen gemacht, mehr als wir ahnen. Wenn uns jegliches Wissen,

das auf der Welt vorhanden ist, innerhalb eines Augenblicks zur Verfügung steht, warum sollten wir (...) warten.“²¹ Solche Erfahrungen werden leicht in Erwartungshaltungen auch gegenüber der Politik übertragen, der in der Regel das dem repräsentativen System innewohnende langsame Handeln zum Vorwurf gemacht wird.

Noch gibt es im Internet durchaus auch „Kommunikationsformen, die quer zu einer strikten Unterscheidung zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie liegen“²². So hat die ursprüngliche Textorientierung des Internets eine durchaus heilsam rationalisierende Wirkung – „probably bad for plebiscitary democracy, which doesn't really want to get into rational use of words to justify and legitimate power.“²³

Zugleich hebt der Trend von der textgebundenen zur bildorientierten Nachricht diese Rationalitätsebene des Internets zunehmend auf. Unter anderem zeigt sich das an der wachsenden Bedeutung von YouTube-Videos in der politischen Debatte. Damit geht oft eine Trivialisierung politischer Fragestellungen einher: „Die Youtubifizierung der Politik ist eine Bedrohung für die staatsbürgerliche Kultur. Sie infantilisiert den politischen Prozeß, lässt die öffentliche Debatte verstummen und macht die Zukunft des Staates von 30 Sekunden dauernden Videoclips abhängig, die von Camcorder-Amateuren mit einer politischen Agenda aufgenommen werden.“²⁴

Die Verstärkung des emotionalen Spontaneindrucks durch die Bildorientierung des Internets steht nicht nur im Widerspruch zum Rationalitätsanspruch von Politik in der freiheitlichen Demokratie: „Da im Internet nicht nur Waren ausgetauscht werden, sondern Gedanken und Gefühle, werden wir immer häufiger Gedanken-Moden und Gefühls-Trends erleben.“²⁵ Diese Entwicklung ist in gewisser Weise auch komplementär zur Tendenz zur Vereinfachung, die dem Internet schon durch die technologische digitale Struk-

tur innewohnt und einen weiteren Gegensatz zwischen der virtuellen Netzwelt und der demokratischen Politikwelt ins Spiel bringt: „Digitales Denken vollzieht sich binär, es privilegiert die einfache Wahl zwischen an und aus, A und B, ja und nein. Es ‚liebt‘ die Gegensätze und Dualismen. Politisches Denken dagegen ist komplex und nuanciert (...)“²⁶ Auch hier verbündet sich die Realität des Internets mit dem Wesens des Plebiszits, das auf einfache Fragestellungen und ebenso einfachen Antwortvarianten – am besten in einer Ja/Nein-Alternative – angewiesen ist.

Emotionalitätsverstärkung durch die wachsende Bildorientierung und Vereinfachungstendenzen der digitalen Welt verbinden sich im Internet mit einer sich ständig beschleunigenden Netzgeschwindigkeit zu einer explosiven Mischung. Der im Cyberspace herrschende und ständig verstärkte Geschwindigkeitsrausch bestimmt als „Echtzeittyrannei“²⁷ auch die Medienwelt: „Heute geschehen, gestern kommentiert. Das ist die Forderung, die in Zeiten des Internets und seines radikalen Simultanitätsvermögens an die Nachrichtenübermittlung gestellt wird.“²⁸

Dies bleibt für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht folgenlos: So empfundener Zeitdruck erhöht den Handlungsdruck auch bei den Entscheidungen, die eventuell intensiverer Abwägung bedürfen. Dramatisch zeigt sich dies zum Beispiel in der Veränderung der internationalen Finanzmärkte. Dort werden Online-Informationen zu entscheidenden Investitionsfaktoren, Vermittler werden umgangen, Gerüchte verbreiten sich rasend schnell und Anleger reagieren augenblicklich: Das Gesamtergebnis ist ein exponentieller Anstieg der Instabilität des Marktes.²⁹

Auch in der Politik kann sich schnell der „Hang zu politischem Aktionismus verstärken, nach dem Motto, dass schnelle und für alle sichtbare Reaktion irgendwelcher Art im Internet wichtiger ist als fundierte Auseinandersetzung“³⁰ oder die sachgerechte Lösung von Problemen.

„Dies ist umso problematischer je zugespitzter politische Konflikte sind. (...) Ein ernsthafter Dialog zwischen den Konfliktparteien ist jedoch in der beschleunigten Dynamik digitaler Protestkommunikation nahezu unmöglich.“³¹

Emotionalitätsneigung, Geschwindigkeitsrausch und Vereinfachungstendenz machen das Internet auch zu einem explosiven Skandalisierungsmedium. Es ist „ein sich selbst organisierendes System, das aufgrund seiner Eigenschaften nahe am Instabilitätspunkt arbeitet und daher eine hohe Bereitschaft besitzt, sich plötzlich autokatalytisch aufzuschaukeln. (...) Hypes sind im Internet ein alltägliches Phänomen (...). Das Internet hält gewissermaßen ständig eine Lunte am Glühen.“³² So vergrößert das Internet die Gefahr des „Absinkens der Demokratie zur Herrschaft der Mobs und der Gerüchteküche“³³.

Die dadurch ausgelöste Nervosität ist Gift für die repräsentative Demokratie mit ihrem Prinzip des Vertrauensvorschlusses auf Zeit für die gewählten Volksvertreter, die den Austausch von Argumenten und den sachlichen Diskurs mit fairen Beteiligungsmöglichkeiten für alle zur Voraussetzung ihrer Entscheidungsfindung machen sollen.

Politisierung als Gruppenzwang

Im Glauben an die große Zahl, an die ‚Weisheit der Massen‘, steckt auch eine weitere höchst problematische Grundannahme: „Das Unterfutter der Netz-Utopie bildet offenbar ein tief empfundener Egalitarismus.“³⁴ Die entscheidende Schwäche dieses Ansatzes ist die Negierung der Unterschiedlichkeit der Menschen: „Setzt man – was empirisch unstrittig ist – Ungleichheit des Interesses, des Engagements, des Wissens und der Prioritäten im Leben voraus, so erkennt man schnell, dass es vor allem Minderheiten sind, die sich überdurchschnittlich beteiligen und

letztendlich auch entscheiden werden. (...) (So könnte ein) Alptraum wahr werden, nämlich die Herrschaft einer hochpolitisierten Minderheit über eine frustrierte und demotivierte unpolitische Mehrheit.“³⁵

Der plebiszitäre Reiz des Internets möglichst viele möglichst schnell entscheiden zu lassen, geht vom politisierten Bürger als Regelfall aus. Dies ist auch die nicht hinterfragte Grundannahme der Internet-Plattformen, bei denen sich Nutzer registrieren können, um in einer Art von Dauer-Plebiszit an elektronischen Unterschriftensammlungen zu unterschiedlichen Themen teilzunehmen.

Zu dieser virtuellen Protestszene gehört mit Anfang 2011 ca. 350.000 Mitgliedern in Deutschland die Homepage „Campact“, die Kampagnen organisiert, „bei denen sich Menschen via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen. Wenn Wirtschaftslobbyisten Gesetze diktieren wollen oder im Bundestag die Meinung der Bevölkerung nicht zählt, ist Campact zur Stelle.“³⁶

7,2 Millionen Menschen in 193 Ländern, davon ca. 500.000 in Deutschland, haben sich bis März 2011 beim weltweiten Kampagnen-Netzwerk „Avaaz“ registriert. In dessen Selbstbeschreibung heißt es: „Früher mussten sich internationale Bürgergruppen und soziale Bewegungen für jedes einzelne Problem neu zusammenfinden, Jahr für Jahr und von Land zu Land, um die Reichweite aufzubauen, die etwas bewegen konnte. Dank neuer Technologien und einem wachsenden globalen Bewusstsein und Ethos globalen Zusammenwirkens bestehen diese Beschränkungen heute nicht mehr. (...) Dies ermöglicht gezielte Kampagnen mit außergewöhnlicher Gewandtheit, Flexibilität, Fokus und in einem noch nie dagewesenen Umfang. Die Avaaz-Bewegung kann wie ein Sprachrohr handeln und die Aufmerksamkeit auf neue Themen lenken; wie ein Blitzableiter, der das zerstreute öffentliche Interesse in eine spezifische und vor allem zielgerichtete Kampagne kanalisiert; wie

ein Löschfahrzeug, das rasch zu einem dringenden Notfall eilt; eine Art Stammzelle, die eine passende Form annimmt, um für ein plötzlich auftretendes Problem einzustehen.“³⁷

Solchen Angeboten liegt die Annahme zugrunde, dass „in virtuellen Gemeinschaften das verloren gegangene soziale Kapital wieder gebildet werden könne, auf dem eine demokratische Gesellschaft aufbauen könnte“³⁸. Ihnen wohnt aber zugleich die Gefahr inne, dass „die kommerzielle Währung des Internets, die Klickrate, auch für ein denkbare Abstimmungsverfahren in geistigen Auseinandersetzungen gehalten“ wird.³⁹

Das Internet erschwert und gefährdet mit seinen technischen Möglichkeiten der ständigen Meinungsmessung der aktiven Internetnutzer die reflektierte Entscheidungsfindung, denn das „herbeigeführte und gewünschte alltägliche Plebiszit verstopft (...) die Adern des politischen Prozesses, ersetzt repräsentative Meinungs- und Willensbildung durch situationsorientierte Meinungsmobilisierung und -messung.“⁴⁰

Damit ist auch die Gefahr der Delegitimierung von Institutionen verbunden.⁴¹ Es wird problematisch, wenn sich Debatte und Entscheidungsfindung aus den gewählten Parlamenten in die Talkshows oder sozialen Netzwerke verlagern und damit ohne ein transparentes Regelwerk ablaufen. In seinen Empfehlungen „Politik in der Informationsgesellschaft“ hat der Technologiebeirat der Bundesregierung bereits 1995 zu Recht auf diese Gefahr hingewiesen, und gewarnt: Deshalb „kann und darf quasi direkt-demokratische Technik die institutionellen Einrichtungen der Demokratie nicht immer komplexer werden. Entscheidungsfindung und den politischen Diskurs nicht ersetzen.“⁴²

Erst die intensive öffentliche Debatte vor der Entscheidungsfindung gewährleistet nicht nur das Durchdringen

und Abwägen aller Argumente, sondern sorgt auch für die Rückbindung von Einzelinteressen an das Gemeinwohl. Im Gegensatz dazu hat die Plebisziteuphorie auch im Internet die Schwäche, dass sie „den Vorrang der Privatheit der Lebensbewältigung unterstreicht und so, nach dem liberalistischen Modell, dem Einzelnen die Möglichkeit geben will, seine Partikularinteressen zu verfolgen, ohne dabei in einen übermäßig direkten Interessenkonflikt mit seinen Mitbürgern zu geraten“⁴³.

Im Unterschied zu Plebisziten über Einzelfragen steht aber diese Rückbindung von Einzelinteressen an das Gemeinwohl im Zentrum von Wahlen. Sie sind in der parlamentarischen Demokratie bewusst Richtungsentscheidungen und keine Detailabstimmungen. Ihr Ergebnis ist ein zeitlich begrenzter Vertrauensvorschuss der Wähler für die Gewählten innerhalb der vom Grundgesetz gesetzten Grenzen. Die Ordnung des Grundgesetzes hat sich gerade deswegen bewährt, weil sie die Aufgeregtheiten des Tages und vieler Einzelinteressen mit der Verantwortung für das Ganze konfrontiert. Das Internet aber verstärkt mit seiner Schnelllebigkeit eben das Defizit von Plebisziten als einzelthematische Momentaufnahmen, zumal es als Aktivitätsmedium besonders aktive Interessensgruppen bei solchen Abstimmungen privilegiert.

Aber das Freiheitsverständnis des Grundgesetzes ist nicht vereinbar mit einem indirekten Zwang zum politischen Aktivismus. Es schützt damit auch die Schwächeren: weniger politisch Interessierte, weniger Lautstarke und weniger gut Organisierte. Vertreter zu wählen, die sich in eine Materie einarbeiten und dadurch besser als anderer Bescheid wissen, ist das gute Recht jedes Bürgers, ebenso wie er das Recht hat, durch eigenes Engagement die Entscheidungsfindung unmittelbar zu beeinflussen.

Wer das Recht auf Repräsentation durch Fokussierung auf die plebiszitären Versuchungen des Internets leugnet,

lässt eine neue weitere doppelte digitale Spaltung zu: Er schließt aus dem Entscheidungsprozess nicht nur die aus, die gar nicht im Netz sind, sondern diskriminiert zugleich jene, die dort ihr Recht auf Freiheit von Politik in Anspruch nehmen. Die plebiszitäre Cyberdemokratie nimmt ihnen die Chance der Delegation. Auch deswegen ist es „nicht unbedingt ein Fortschritt für die Demokratie, wenn das Internet die Politik seiner Eigengesetzlichkeit unterwirft“⁴⁴.

Weil dem Internet mit seiner Direktansprache des Einzelnutzers die Möglichkeiten der Delegation von Verantwortung eher wesensfremd ist, besteht die besondere Versuchung einen künstlichen Gegensatz zwischen dem Grundsatz der Repräsentation und der Möglichkeit der Bürgerbeteiligung aufzubauen. Ein solcher Gegensatz widerspricht aber der Intention des Grundgesetzes, das die Beteiligung der Bürger im repräsentativen System nicht nur ermöglicht, sondern fordert und fördert.

Um es in den Worten des Vaters der Pluralismustheorie Ernst Fraenkel zu sagen, der die Philosophie des Grundgesetzes wesentlich beeinflusste, ist Repräsentation nämlich „die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen.“⁴⁵

Parlamentarischer Entscheidungsfindung und ihre Rückbindung an das Gesamtinteresse des Volkes durch Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung sind deshalb im Sinne des Grundgesetzes zwei Seiten der gleichen Medaille. Dazu gehört, dass der Sachverstand der Bürger die Vorschläge staatlicher Institutionen auf den Prüfstand stellt. Aber es muss auch die Freiheit geben,

sich mit etwas nicht intensiv befassen zu wollen. Deshalb eröffnet unsere freiheitliche Demokratie den Bürgern das Recht zur Delegation ihrer Mitwirkungsrechte auf die gewählten Volksvertreter.

Dass die Mehrheit der Menschen dieses Recht für sich in Anspruch nehmen will, zeigt ein Vergleich der Beteiligung an Volksabstimmungen und Wahlen. Die Beteiligung an Plebisziten liegt nämlich – übrigens auch in der Schweiz und anderen Ländern – regelmäßig um zwanzig bis dreißig Prozent niedriger als bei allgemeinen Wahlen. Zum Beispiel stimmten beim Berliner Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof im April 2008 nur 36,1 Prozent der Wahlberechtigten ab, bei der bayerischen Abstimmung zum Nichtraucherschutz im Juli 2010 waren es 37,7 Prozent und beim Volksentscheid gegen die Schulreform in Hamburg im Juli 2010 nur 36,1 Prozent. Die jeweiligen Landtagswahlen hatten ausnahmslos eine um zwanzig Prozent höhere Beteiligung.

Nicht zutreffend ist es im Übrigen, wenn auf eine angeblich ständig zurückgehende Wahlbeteiligung bei allgemeinen Wahlen hingewiesen und daraus eine Rechtfertigung für Plebiszite abgeleitet wird. Zwar ist die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 um sieben Prozent auf nur 70,7 Prozent zurückgegangen. Aber bei sieben von zwölf Landtagswahlen von Anfang 2009 bis Mai 2011 stieg die Wahlbeteiligung teilweise sehr deutlich (Baden-Württemberg +12,8 Prozent, Saarland +12,1 Prozent, Brandenburg +10,1 Prozent, Schleswig-Holstein +7,1 Prozent, Sachsen-Anhalt +6,8 Prozent, Rheinland-Pfalz +3,6 Prozent, Thüringen +2,4 Prozent) und sank nur bei vier Wahlen (Sachsen -7,4 Prozent, Hamburg -5,2 Prozent, Nordrhein-Westfalen -3,7 Prozent, Hessen -3,3 Prozent, Bremen -0,8 Prozent).

Aus solchen Schwankungen lässt sich genau so wenig eine allgemeine Wahlmüdigkeit ablesen, wie sich daraus

Plebiszitbegeisterung konstruieren lässt, wenn sich an Volksabstimmungen nur wenig mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligen. Auch die unterschiedlichsten Abstimmungsversuche im Internet haben diesen Trend der Plebiszitskepsis der Bürger nicht widerlegt, sondern in auffälliger Weise bestätigt.

15. Internet-Abstimmungen

„Il est encore plus facile de juger de l'esprit d'un homme par ses questions que par ses réponses.“

Pierre-Marc-Gaston de Lévis (1764–1830), Politiker⁴⁶

Die Abstimmungsinflation im Internet hat ihren wichtigsten Vorläufer und Verwandten im sogenannten „Televoting“. Zunächst hatte in den siebziger Jahren das Kabelfernsehen wegen seiner Rückkanalfähigkeit Gedankenspiele über eine „Teledemocracy“⁴⁷ inspiriert. Nachhaltige Wirkung entfaltete dann bis heute der 1979 vom ZDF und der Deutschen Bundespost erstmals vorgestellte „Tele-Dialog“ (TED) mit seinen bis heute in vielen Fernsehsendungen inflationär praktizierten Abstimmungsverfahren via Telefon.⁴⁸ 1997 wurde das Verfahren durch die modernere Variante „T-Vote-Call“ ersetzt, auf das die Deutsche Telekom bis 2002 das Monopol besaß.

Geringe Beteiligungsquote

Durch den Einsatz in populären Fernsehsendungen angefangen von „Wetten dass ...?“ und der „ZDF-Hitparade“ bis hin zu „Deutschland sucht den Superstar“ oder dem „European Song Contest“ gehört die Abstimmungsmöglichkeit per Telefon oder SMS heute zu den kaum hinterfragten Instrumenten der Ermittlung von Zuschauermeinungen. Dabei kommt es immer wieder zu Manipulationsvorwürfen. Vor allem ist das Verfahren wegen der kostenpflichtigen Anrufe zu einer beliebten und lukrativen Einnahmequelle für die Betreiber geworden.⁴⁹ Wohl weil dort aus technischen Grün-

den solche Einnahmen nicht einfach zu generieren sind, blieb das Internet bei solchen Abstimmungen bisher weitgehend unberücksichtigt. Allenfalls bei der Übertragung von Boxkämpfen werden die Zuschauer eingeladen, über das Internet mit abzustimmen.

Selten wurden solche Abstimmungen per Telefon auch in politischen Fragen eingesetzt. Zuletzt geschah das im März 2011 durch die BILD-Zeitung im Zusammenhang mit der Diskussion um den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Stattdessen wird eher das bei Abstimmungen im Unterhaltungsbereich tendenziell ausgeblendete Internet genutzt, wenn es darum geht, dass Bürger „direkt und ohne Vermittlung von Repräsentanten über politische Sachfragen abstimmen“⁵⁰.

Eine schlüssige Erklärung für die Aufteilung Telefonvoting bei Unterhaltungsthemen und Internetabstimmung bei politischen Fragen gibt es abgesehen von den erwähnten kommerziellen Gründen nicht. Das Internet ist im Blick auf Mehrfachabstimmungen mindestens so manipulationsanfällig wie die Abstimmung per Telefon oder SMS. Vor allem hat es den entscheidenden Nachteil der erheblich geringeren Breitenwirkung, da von Internetabstimmungen überhaupt nur die siebzig Prozent der Bürger angesprochen werden können, die einen Internetzugang besitzen. Darüber wird aber bei Internetabstimmungen ungern gesprochen, sondern es wird die „Chance auf unkonventionelle und zusätzliche direkte Beteiligung hervorgehoben, ohne die mangelnde Nachhaltigkeit und Ernsthaftigkeit dieser Interaktion zu bedenken“⁵¹.

Schon in der Netzcommunity selbst sind bisherige Versuche von Internetabstimmung kläglich gescheitert. Prominentestes Beispiel dafür ist wohl die Abstimmung, zu der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg alle Facebook-Mitglieder vom 16.–23. April 2009 aufgerufen hatte. Es ging um die Neufassung der Allgemeinen Geschäftsbedin-

gungen, die zuvor im Internet heftige Debatten ausgelöst und zu massiver Kritik vieler Nutzer an Zuckerberg geführt hatte. Als Reaktion darauf bot Zuckerberg die Abstimmung an und erklärte, dass bei einer Beteiligung von dreißig Prozent der „aktiven registrierten Facebook-Mitglieder“ die Ergebnisse bindend sein sollten.⁵²

Aber die Bilanz dieses ersten Nutzervotums fiel äußerst ernüchternd aus. Trotz erheblicher Werbemaßnahmen hatten nur 0,3 Prozent (665.654 von damals 200 Millionen) der Facebook-Mitglieder teilgenommen. Es hatte sich gezeigt, dass die engagierte Internetdebatte einer kleinen Nutzergruppe keineswegs eine nennenswerte Breitenresonanz auslösen konnte. Das Facebook-Statement dazu lautete lapidar: „We’d hoped to have a bigger turnout for this inaugural vote, but it is important to keep in mind that this vote was a first for users just like it was a first for Facebook. We are hopeful that there will be greater participation in future votes. In the meantime, we’re going to consider lowering the 30-percent threshold that the Statement of Rights and Responsibilities establishes for a user vote to be binding.“⁵³ Weitere Abstimmungen von Facebook oder anderen Unternehmen im Internet sind bezeichnenderweise nicht bekannt geworden.

Selbst in der als Internetpartei am 10. September 2006 in Berlin gegründeten Piratenpartei führen Online-Abstimmungen nicht zu einer Mobilisierung. Schon um die Abstimmungsplattform „Liquid Feedback“ hatte es Mitte 2010 heftigen Streit über die Sichtbarkeit der Daten und die Dauer der Speicherung des Abstimmungsverhaltens gegeben.⁵⁴ Inzwischen ist die Plattform online⁵⁵ und erlaubt es Parteimitgliedern aktuelle Fragen online zu diskutieren und abzustimmen. Es hatten sich Jahresende 2010 dafür nur 3452 Mitglieder registriert. An den bis Ende 2010 ca. 650 Abstimmungen beteiligten sich aber jeweils lediglich ca. 500–700 Mitglieder. Insgesamt gab die Partei die Zahl ih-

rer Mitglieder zum Jahresende 2010 mit 12.115 an.⁵⁶ Nur ein harter Kern von ca. fünf Prozent der Mitglieder dieser Internetpartei beteiligt sich also an den Onlineabstimmungen.

Angesichts dieser ernüchternden Erfahrungen selbst internetaffiner Gruppierungen mit dem Internet als Abstimmungsplattform ist der Enthusiasmus mancher staatlicher Stellen umso verwunderlicher. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind solche Verfahren seit einiger Zeit weitgehend unhinterfragte Mode. So lief bisher in über hundert Städten und Gemeinden das Verfahren des internetbasierten ‚Bürgerhaushaltes‘.

Bürgerhaushalt per Internetklick

Dabei werden den Bürgern von der Verwaltung bzw. dem Rat ausgesuchte und von ihnen selbst eingebrachte Kürzungsvorschläge für den städtischen Haushalt zur Bewertung und Abstimmung vorgelegt. Auffälligerweise liegt keine übergreifende Auswertung vor, wie diese Beteiligungsform von den Bürgern angenommen wird.⁵⁷ Aber alle (!) Stichproben zeigen eine vernichtend geringe Teilnahme.

Extremstes Beispiel ist wohl Hamburg, wo sich 2009 nur 552 Bürger als Teilnehmer registriert haben. Das ist ein gar nicht mehr zu messender verschwindender Anteil der über 1,2 Millionen Hamburger Wahlberechtigten bzw. der 758.243 Wähler bei der Bürgerschaftswahl 2008.⁵⁸

Nun mag das Hamburger Ergebnis besonders untypisch gewesen sein, da es sich um eine Millionenstadt handelt. Aber auch in kleineren Städten ergibt sich kein grundsätzlich anderes Bild der Beteiligung von Bürgern am internetbasierten ‚Bürgerhaushalt‘. Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die jeweils veröffentlichten Zahlen in der Regel fälschlicherweise mit ‚Bürgern‘ oder ‚Teilnehmern‘ gleichgesetzt werden.⁵⁹ Tatsächlich genügt aber zur Regis-

trierung eine E-Mail-Adresse. Weder wird überprüft, ob es sich dabei um einen Bürger der betroffenen Kommune handelt, noch wird sichergestellt, dass sich nicht die gleiche Person mit mehreren verschiedenen E-Mail-Adressen registriert. Über neunzig Prozent der Teilnehmer benutzen bei diesen Verfahren nämlich nicht ihre tatsächlichen Namen, sondern nehmen mit Pseudonymen teil.

Es ist also bewusst irreführend, wenn die Betreiber der sogenannten ‚Bürgerhaushalte‘ selbst auf der jeweiligen Homepage die ‚Anzahl der registrierten Teilnehmer‘ angeben. Tatsächlich weiß niemand, wie viele tatsächliche Personen hinter den registrierten E-Mail-Adressen stehen.

Aus den bisherigen Erfahrungen kann man schließen, dass bis zu einem Drittel der eingetragenen Registrierungen aus Mehrfachabstimmungen bzw. von Ortsfremden kommen. In Bonn wurde nach Abschluss der Aktion mitgeteilt, dass insgesamt 32,1 Prozent der registrierten Teilnehmer schon von sich aus angegeben hatten, nicht aus Bonn zu kommen (15,3 Prozent) oder keine Angaben zu ihrem Wohnort machten (16,8 Prozent). In Köln nannte ein Drittel der Teilnehmenden keinen Wohnort, weitere ca. sieben Prozent gaben von sich aus an, nicht aus Köln zu kommen.⁶⁰ Aber selbst unter Einschluss der Mehrfachregistrierungen und der Ortsfremden gab es nur sehr geringe Teilnahmequoten.

In Köln wären die 9887 Registrierungen vom 17. November bis 11. Dezember 2009, selbst wenn es sich ausschließlich um Kölner gehandelt hätte, nur 1,2 Prozent der Wahlberechtigten bzw. 2,6 Prozent der Wähler bei der Kommunalwahl 2009 gewesen.

Solingen erreichte vom 4.–25. März 2010 3595 Registrierungen, die beim unwahrscheinlichen Ausschluss von Mehrfachregistrierungen und Ortsfremden 2,8 Prozent der Wahlberechtigten und sechs Prozent der Wähler bei der Kommunalwahl 2009 entsprechen würden.

In Essen hätten die 3757 Registrierungen vom 29. April bis 20. Mai 2010 gerade einmal 0,8 Prozent der Wahlberechtigten und 1,7 Prozent der Kommunalwahlwähler entsprochen, wenn sie alle aus Essen gekommen wären.

In Gütersloh zählte man vom 26. November bis 23. Dezember 2010 insgesamt 1666 Registrierungen. Wenn darunter keine Ortsfremden und Mehrfachregistrierungen wären, entspräche dies 2,1 Prozent der Wahlberechtigten und 4,2 Prozent der Wähler bei der letzten Kommunalwahl.

In der Bundesstadt Bonn wurde vom 18. Januar bis 16. Februar 2011 insgesamt 12.715 E-Mail-Adressen registriert. Allerdings hatte die Stadtverwaltung schon in einem Zwischenbericht selbst nachträglich 400 Mehrfachregistrierungen eingeräumt und die Zahl entsprechend korrigiert. Zugleich ist in diesem Zwischenbericht von nur „11.116 registrierten Nutzern mit aktiver Beteiligung“ die Rede.⁶¹ Dass wären nur 4,7 Prozent der Wahlberechtigten und 8,4 Prozent der Wähler bei der Kommunalwahl 2009, selbst wenn man die 1705 erklärtermaßen Ortsfremden und die 1871 Nutzer ohne Wohnortangabe einschließt und die Frage außer Acht lässt, wie viele unter Sechzehnjährige mitgemacht haben, die bei einer Kommunalwahl nicht wahlberechtigt sind. Berücksichtigt man diese Faktoren, haben sich wohl nicht mehr als drei Prozent der wahlberechtigten Bonner an der Aktion beteiligt haben. Trotz massiver werblicher Anstrengungen ist es auch nicht gelungen, Personen ohne eigenen Internetzugang zur Teilnahme zu bewegen. Nur 95 Bürger nutzten das vier Wochen lang bestehende Angebot, zu den üblichen Verwaltungszeiten einen städtischen Computer zu nutzen.

Bei der letzten Kommunalwahl 2009 in Bonn lag die Wahlbeteiligung bei 56 Prozent. Berücksichtigt man, dass das Internet-Abstimmungsverfahren vier Wochen lang rund um die Uhr und ortsunabhängig angeboten wurde, während die Stimmabgabe bei einer Wahl wesentlich stär-

keren örtlichen und zeitlichen Einschränkungen unterliegt, fällt der deutliche Beteiligungsunterschied noch dramatischer aus.

Am Fallbeispiel Bonn zeigt sich exemplarisch, wie wenig repräsentativ eine derartige Internetabstimmung tatsächlich ist. In Bonn leben 317.595 Menschen (Stand 30. Juni 2010): Bei der letzten Kommunalwahl am 30. August 2009 waren 233.485 Bürger wahlberechtigt, 130.796 nahmen an der Ratswahl teil. In 280 Sportvereinen sind über 70.000, in 25 Bonner Kulturvereinen ca. 25.000 und in den Bonner Parteien sind ca. 10.000 Bürger organisiert. In der Stadtverwaltung und städtischen Betrieben sind über 5000 Menschen beschäftigt. Allein die Fördervereine der Stadtteil-Bibliotheken in den Ortsteilen Endenich, Dottendorf und Beuel erreichten im Februar 2011 praktisch zeitgleich mit der Internetabstimmung mit fast 10.000 Unterschriften für Petitionen an den Rat eine ähnlich hohe Beteiligung. An diesen Maßstäben muss sich ein Verfahren messen lassen, das für sich das Etikett „Bürgerbeteiligung“ in Anspruch nimmt. Die in Bonn und anderen Städten erreichte Beteiligung fällt dagegen deutlich ab.

Abgesehen von der niedrigen Gesamtbeteiligung ist bei solchen Internetabstimmungsverfahren zu kommunalen Haushalten auch zu beachten, dass sich jeweils nicht alle registrierten Nutzer zu allen Sparvorschlägen geäußert haben. Im günstigsten Fall (Solingen) wurden einzelne Sparvorschläge von einem Drittel der registrierten Nutzer bewertet, meist waren es weit weniger. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten erreichten selbst die Vorschläge mit den meisten Pro bzw. Contra-Stimmen unter Einschluss von Mehrfachabstimmungen und Ortsfremden in Köln lediglich 0,1 Prozent, in Essen 0,2 Prozent, in Gütersloh 0,4 Prozent und in Solingen 1,3 Prozent an Zustimmung bzw. Ablehnung.

In Bonn standen insgesamt 1827 Sparvorschläge zur Abstimmung. Davon kamen überhaupt nur 45 Vorschläge auf

mehr als tausend Pro- oder Contra-Stimmen. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten erreichte der Vorschlag mit den meisten PRO-Stimmen („Erhöhung der Vergnügungssteuer für Spielgeräte“) selbst unter Einschluss der Manipulation durch Mehrfachabstimmungen und Ortsfremde nur 0,6 Prozent der Wahlberechtigten. 95 Prozent der Sparvorschläge in Bonn kamen noch nicht einmal auf 500 PRO- oder CONTRA-Stimmen und blieben damit unter einer noch messbaren Beteiligung von Bonner Bürgern.

Die absoluten Zahlen verdeutlichen auch am Beispiel Gütersloh die Problematik völliger fehlender Legitimation solcher Internet-Abstimmungen. In Gütersloh gab es 77.300 Wahlberechtigte bei der letzten Kommunalwahl, an der 39.269 Wähler teilgenommen haben. Der prominenteste Vorschlag im Rahmen des Bürgerhaushaltes, nämlich die Einrichtung einer Berufsfeuerwehr, erhielt 375 Pro-Stimmen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass dafür gezielt im Internet auch außerhalb von Gütersloh um Stimmen geworben worden war.⁶²

Ähnliches war in Bonn zu beobachten, wo es nach der ersten Woche beispielsweise Mehrheiten zur Schließung von Schwimmbädern, Abschaffung der Oper und des Beethovenorchesters und zur Schließung verschiedener Museen gab. Die folgende Mobilisierung der betroffenen Einrichtungen richtete sich über Facebook, verschiedene E-Mail-Aktionen und auf diversen Homepages an alle Internetnutzer unabhängig vom Wohnortprinzip.

Hohe Manipulationsgefahr

Eine Verzerrung der Ergebnisse solcher Internetabstimmungen ergibt sich auch aus der mangelnden Repräsentativität der Teilnehmenden für die Gesamtbevölkerung. Eine solidere wissenschaftliche Evaluierung des internetbasier-

ten Bürgerhaushaltes liegt bisher nur für Köln vor. Dort heißt es unter anderem: „Im Vergleich zu den soziodemographischen Daten der Stadt Köln sind Personen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen deutlich überrepräsentiert. (...) Diese Tendenz einer Überrepräsentierung von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und einer Unterrepräsentierung von Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen entspricht sowohl den Erkenntnissen, die zu vorangegangenen Durchläufen des Kölner Bürgerhaushalts vorliegen (...) als auch den Ergebnissen von Untersuchungen anderer Bürgerhaushalte.“⁶³ Außerdem wird eine signifikante Verschiebung in der Beteiligung unterschiedlicher Stadtteile festgestellt.

Aufgrund eines Softwarefehlers liegt für Köln keine vergleichende Altersstatistik vor. Aus den wenigen soziologischen Angaben, die Nutzer freiwillig hinterlassen konnten, ergibt sich, dass in Hamburg nur zwei Prozent der registrierten Nutzer älter als 64 Jahre waren, obwohl die Gruppe in der Hansestadt immerhin fast zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmacht. In Bonn waren nur elf Prozent der Teilnehmer über sechzig Jahre alt, ihr Anteil an der Bevölkerung liegt aber dreifach so hoch.⁶⁴

Die Evaluierung des Kölner Bürgerhaushaltes konstatiert auch die internet-typische Dominanz kleiner aktiver Gruppen im Beratungsverfahren: „Mit Blick auf die Abgabe von Vorschlägen und dem Schreiben von Kommentaren wird das Geschehen auf der Plattform deutlich geprägt von einer kleinen Anzahl von Beteiligten. Sämtliche Vorschläge stammen von knapp 6,5 Prozent der Beteiligten, ein Anteil von 55 Prozent der Kommentare stammt von einer Gruppe von Hoch-Aktiven, die 1,8 Prozent der beteiligten Bürgerinnen und Bürger ausmacht.“⁶⁵

Ähnliches wurde in Bonn festgestellt, wo nur drei Prozent der registrierten Nutzer vierzig Prozent der Bewertungen vorgenommen haben. 55 Prozent aller Kommentare

stammten von nur 1,8 Prozent der Nutzer und alle Sparvorschläge kamen von nur 6,5 Prozent der Nutzer.⁶⁶

Die Ergebnisse dieser Bürgerhaushalte waren also nicht nur von einer äußerst geringen Beteiligung geprägt, sondern selbst innerhalb dieser kleinen Gruppe von einer hochaktiven Minderheit bestimmt. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass der erforderliche Zeitaufwand und die Komplexität des Verfahrens viele Bürger abschrecken. Schon bei Beginn der Bonner Bürgerbeteiligung waren zum Beispiel mindestens zwei Stunden erforderlich, um die Erläuterungen der von der Verwaltung vorgelegten 108 Sparvorschläge zu lesen. Zusätzliche Zeit wäre erforderlich gewesen, sich kundig zu machen, welche Fakten die Verwaltung verschwieg. Weil dann zusätzlich noch 1827 (!) Sparvorschläge aus dem Kreis der Nutzer der Abstimmung standen, war schon nach wenigen Tagen eine Beteiligung nur noch denen möglich, die dafür extrem viel Zeit investieren konnten.

Dabei werden – und auch das zeigt die hohe Manipulationsanfälligkeit dieser Verfahren – von den durchführenden Stadtverwaltungen nach nicht unbedingt transparenten Kriterien keineswegs alle Positionen des städtischen Haushaltes zur Debatte gestellt. In Bonn fehlten beispielsweise die Maßnahmen im Hochbaubereich oder der Personalhaushalt. Auch Projekte, für die das Land Fördermittel zugesagt hat, wurden nicht zur Abstimmung gestellt, obwohl der städtische Eigenanteil daran erheblich ist.⁶⁷

Auch das Abstimmungsverfahren der sogenannten Bürgerhaushalte selbst ist oft irreführend: Wer etwa in Bonn mit JA stimmte, stimmte gegen eine Maßnahme. In der Abstimmungsanleitung hieß es dazu: „Mit Pro stimmen Sie für eine Einsparung dieser freiwilligen Leistung. Mit Contra stimmen Sie für den Erhalt dieser freiwilligen Leistung im bisherigen Umfang.“ Schließlich können die durchführenden Stadtverwaltungen durch die Art der Kom-

mentierung von Bürgervorschlägen erheblichen Einfluss auf deren Bewertung durch andere Bürger nehmen.

Zudem bezifferte die Bonner Stadtverwaltung konsequent Bürgervorschläge, die ihr offenbar unangenehm waren, mit einem erkennbar falschen Sparvolumen null. Allein 42 der fünfzig populärsten Bürgervorschläge wurden so behandelt. Angesichts solcher Erfahrungen verwundert es nicht, dass selbst unter den Nutzern solcher Internet-Verfahren, die Kritik überwiegt. In Bonn äußerten sich nur 10,8 Prozent der Kommentare von Nutzern lobend zum Verfahren. Fast die Hälfte der Nutzer der Internetplattform formulierten zum Teil massive Kritik.⁶⁸

Die bisherige Praxis der internetgestützten ‚Bürgerhaushalte‘ legt sehr grundlegende Schwächen offen: Als Abstimmungsverfahren schließen solche Internetplattformen große Bevölkerungsgruppen aus und sind außerordentlich manipulationsoffen für Mehrfachabstimmungen und die Teilnahme von Ortsfremden. Als Diskussionsforum leiden sie oft unter großer Unübersichtlichkeit und wirken nicht selten wie das Gegenteil einer transparenten Bürgerinformation.

Angesichts dieser massiven Schwächen der internetbasierten ‚Bürgerhaushalte‘, kann nur dringend davor gewarnt werden, hier ein neues kommunales Abstimmungsverfahren zu etablieren. Man muss deshalb nicht auf dieses Beteiligungsformat als Diskussionsforum verzichten, sich aber im Klaren darüber sein, dass es keineswegs neue Beteiligungsgruppen erschließt, sondern politisch Interessierten ein zusätzliches Spielfeld eröffnet und insofern einen ähnlichen Charakter wie das Engagement in Bürgerinitiativen oder Parteien hat. Als Internetverfahren blieben ‚Bürgerhaushalte‘ in allen Kommunen Forum für eine kleine hochaktive Minderheit, die sowohl über einen Internetzugang verfügte als auch über die Zeit, sich mehrere Stunden durch die außerordentlich komplexe Internet-Plattform zu kämpfen.

Das gilt im Übrigen auch für die Entscheidung der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages vom Februar 2011, die Online-Beteiligungsplattform „Adhocracy“ einzurichten. Sie soll nach der Vorstellung der Betreiber es Bürgern ermöglichen „Texte der Projektgruppen zu kommentieren, neue Vorschläge zu unterbreiten und eigene Beiträge zu verfassen.“⁶⁹

Auch mit dieser Online-Beteiligung ist ein Abstimmungsverfahren verbunden, in dem die registrierten Teilnehmer der Plattform Vorschläge ablehnen und unterstützen können, um so die Mehrheitsmeinung zu bilden, die dann in die Beratungen der Enquetekommission eingehen soll. Zur Registrierung ist allerdings auch hier nur eine E-Mail-Adresse erforderlich, d. h. der Manipulation sind schon durch mögliche Mehrfachregistrierungen Tür und Tor geöffnet. Außerdem nehmen die Teilnehmer fast ausnahmslos mit anonymisierten Nutzernamen an der Plattform teil. Dies steht übrigens im Widerspruch zu anderen vom Bundestag praktizierten Online-Verfahren, bei denen wie bei Online-Petitionen Name und Adresse angegeben werden müssen.

Bemerkenswert ist, dass sich in den ersten drei Monaten nach der Einrichtung der Online-Plattform der Enquetekommission bis zum 10. Mai 2011 bundesweit (!) lediglich 1452 Nutzer registriert haben. Die zuständige Arbeitsgruppe „Online-Beteiligung und -Evaluation“ der Enquetekommission hielt fest, dass sich die Teilnahme an Abstimmungen „zumeist im einstelligen Bereich“ bewegte und „zahlenmäßig enttäuschend gewesen“ sei. Zu Recht spricht der Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek als Vorsitzender der Projektgruppe „Medienkompetenz“ in der Enquetekommission deshalb von einem „Beteiligungs-tool für eine digitale Elite“.⁷⁰

Eine vernünftige Bürgerbeteiligung verlangt aber neben transparenten Verfahren auch die faire Information der Bür-

ger in einer verständlichen Sprache. „Ein E-Demokratie-Projekt wird sich daher stets an hohen normativen Ansprüchen messen lassen müssen. (...) Die Konzeption muss zugleich den Aspekt der Information, der Transparenzsteigerung und der interaktiven Partizipation und Teilhabe realisieren. Ein einfacher Medienwechsel gleich bleibender Inhalte, etwa die Digitalisierung bestehender Hochglanzprojekte für die Darstellung in einem Internetbrowser, reicht nicht aus.“⁷¹

Bürgerbeteiligung ist in der freiheitlichen Demokratie unverzichtbar. Sie setzt das intensive Abwägen von Für und Wider und die Offenlegung aller Fakten voraus – und zwar im Dialog der gewählten Mandatsträger mit den Bürgern. Wer den Eindruck erweckt, einige Internetklicks könnten dies ersetzen, nimmt die Bürger nicht ernst. Er verstärkt sogar eine für die differenzierte Meinungs- und Entscheidungsfindung in der Demokratie gefährliche Tendenz, denn ein „wichtiges Merkmal der digitalen Medien ist ihre Neigung zur Vereinfachung, zu binären Dualismen, die (...) den Erfordernissen einer modernen, deliberativen Demokratie, die ihre Komplexität als Stärke ansieht, (...) kaum gerecht werden kann“⁷².

Internetabstimmungen schwächen die freiheitliche Demokratie, weil sie als permanente Umfragen für sich eine Verbindlichkeit einfordern, die ihnen aufgrund mangelnder Repräsentativität und Transparenz nicht zustehen.⁷³ Als elektronisches Diskussionsforum kann das Internet die Politik bereichern. Aber auch dabei darf nicht vergessen werden, dass sich nur kleine hochaktive Minderheiten an solchen Internetforen beteiligen. Dies kann die Repräsentativität der gewählten Gremien nicht ersetzen und sie nicht von ihrer Entscheidungsverantwortung entlasten.

16. Internet-Wahlen

„Mit Propheten unterhält man sich am besten drei Jahre später.“

Peter Ustinov (1921–2004), Schauspieler und Autor⁷⁴

Von auf Einzelfragen bezogenen plebiszitär motivierten Internet-Abstimmungen zu unterscheiden ist die Idee der Durchführung von Wahlen im Internet. Dieser Vorstellung liegt in der Regel nicht die Absicht zugrunde, die repräsentative Demokratie durch eine plebiszitäre zu ersetzen. Es geht vielmehr darum, mit dem Internet mehr Bürger zur Teilnahme an Wahlen anzusprechen, als dies auf klassischem Weg möglich ist, oder zumindest die Teilnahme an Wahlen zu erleichtern.

In diesem Sinn ist das Thema Internetwahlen eine ständig neu belebte Utopie und seit langem ein Dauerthema in der Debatte: „Auf der einen Seite werden hohe Erwartungen etwa im Blick auf eine Erhöhung der Wahlbeteiligung, Überwindung von Politikverdrossenheit und die Ermöglichung informierter Wahlentscheidung gehegt. Auf der anderen Seite wird auf technische Sicherheitsrisiken hingewiesen, vor einer anhaltenden Abkehr von der klassischen Wahl per Urnengang gewarnt und die mögliche Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen betont.“⁷⁵

Internet statt Urnenwahl?

Schon zur Bundestagswahl 1998 richtete die Universität Osnabrück versuchsweise einen virtuellen ‚Wahlkreis 329‘ ein. Von den ca. 300.000 Besuchern der entsprechen-

den Webseite beteiligten sich 16.975 an einer Test-Online-Abstimmung. Das Ergebnis hatte eine mittlere Abweichung von 1,1 Prozent vom tatsächlichen Ergebnis der Bundestagswahl. Es bildete sich in diesem Zusammenhang auch eine ‚Forschungsgruppe Internetwahlen‘, die vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert wurde.⁷⁶

Solche Online-Abstimmungen im Vorfeld entsprechender allgemeinen Wahlen gehören inzwischen zum Standardrepertoire vieler Medien und Politik-Webseiten und haben die Rolle von Internet-Meinungsumfragen eingenommen, da der jeweilige Abstimmungsstand in Echtzeit veröffentlicht wird. Dabei ist die hohe Manipulierbarkeit und mangelnde Repräsentativität allgemein bewusst. So wurde schon bei der Bundestagswahl 2002, als ca. 30.000 Internetnutzer an einer solchen Wahlumfrage im Internet teilnahmen, im Vergleich zum tatsächlichen Wahlergebnis eine massive Unterbewertung von CDU/CSU (minus fünfzehn Prozent) und der SPD (minus neun Prozent) sowie eine ebenso massive Überbewertung von Grünen (plus zwölf Prozent) und FDP (plus zehn Prozent) festgestellt.⁷⁷

Dieser Trend lässt sich immer wieder beobachten, wobei inzwischen solche Probeabstimmungen als Wahlvorfragen so häufig angeboten werden, dass ein Überblick kaum mehr möglich ist. Eine massive Überbewertung konnte aber beispielsweise bei der Bundestagswahl 2009 generell für die Piratenpartei festgestellt werden, deren Anhänger besonders aktiv im Internet unterwegs sind.

Es geht aber hier nicht um die virtuelle Wahl-Spielerei, sondern um die Frage, ob und wie das Internet als alleiniges oder teilweises Abstimmungsforum bisherige Urnenwahlen ersetzen oder ergänzen kann.

Der Deutsche Bundestag befasste sich ausführlich zuletzt in seiner Sitzung am 14. März 2002 mit dem Thema „Onlinewahlen“⁷⁸. In der Debatte herrschte Einigkeit, dass solche Online-Wahlen die grundgesetzlichen Anforde-

rungen des Art. 38 des Grundgesetzes erfüllen, d. h. allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein müssen. Ein von den rotgrünen Koalitionsfraktionen vorgelegter Antrag wurde von CDU/CSU vor allem deshalb abgelehnt, weil darin eine indirekte Zustimmung zu Plebisziten enthalten war, indem „mittelfristig die Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe bei Volksabstimmungen“ unterstützt wurde.

In dem mit Mehrheit angenommenen und ansonsten unumstrittenen Antrag heißt es: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Bemühungen bei der schrittweisen Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe bei politischen oder sonstigen Wahlen – unter Berücksichtigung der Wahlgrundsätze und hier insbesondere des Wahlheimnisses – zu verstärken. Die Wahlordnungen in der Zuständigkeit des Bundes sollten, zunächst insbesondere in den Bereichen Sozialversicherungsgremien, Aktionärshauptversammlungen, Personal- und Betriebsratswahlen etc., auf die Ermöglichung der elektronischen Stimmabgabe ausgerichtet werden. Dazu gehört insbesondere die Fragestellung, ob und wie die Sicherheitsanforderungen, vorrangig die verfassungsrechtlichen Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen (Artikel 38 Abs. 1 Satz 1 GG), sowie der wirksame Schutz vor Manipulationen und die Nachprüfbarkeit der Wahlergebnisse gewährleistet werden können.“⁷⁹ Der von der Parlamentsmehrheit abgelehnte Antrag der oppositionellen CDU/CSU-Bundestagsfraktion ging sogar noch weiter: „Die online, also per Internet abgegebene Wählerstimme, könnte damit die herkömmliche Stimmabgabe im Wahllokal oder per Briefwahl um ein attraktives, zeitgemäßes Angebot ergänzen.“⁸⁰

In der Debatte wagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Harald Friese die Prognose: „Die Bedeutung der Briefwahl wird zurückgehen, denn das Bundesinnenministerium plant, dass bis zum Jahre 2006 alle Wahllokale in Deutsch-

land miteinander vernetzt sind, sodass ich an jedem Ort, an dem ich mich befinde, wählen kann, und damit der Grund für Briefwahl, nämlich Abwesenheit vom Wohnort, nicht mehr vorliegt.“⁸¹ Grietje Beetin ging für Bündnis 90/Die Grünen noch weiter und sagte: „Das langfristige Ziel ist, Kommunalwahlen, aber auch Landtags- und Bundestagswahlen über das Netz abzuwickeln.“ Im Gegensatz dazu stellte für die CDU/CSU die Abgeordnete Sylvia Bonitz fest: „Um aber den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden, gilt weiterhin der Grundsatz, dass der Wähler sein Kreuz in der Wahlkabine zu machen hat. Wenngleich dieser Grundsatz zunehmend unterlaufen wird, so bleibt doch festzustellen: Eine komplette Wahl per Internet widerspräche wohl zumindest derzeit auch unserer Wahlkultur.“

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht nur generell die „Dominanz der Urnenwahl gegenüber der Briefwahl“⁸² mehrfach unterstrichen. Es hat auch zuletzt in seinem Urteil vom 3. März 2009 zur Zulässigkeit elektronischer Wahlgeräte in Stimmlokalen schon dieser Möglichkeit enge Grenzen gesetzt und in den Leitsätzen der Entscheidung betont: „Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl aus Art. 38 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 GG gebietet, dass alle wesentlichen Schritte der Wahl öffentlicher Überprüfbarkeit unterliegen, soweit nicht andere verfassungsrechtliche Belange eine Ausnahme rechtfertigen. Beim Einsatz elektronischer Wahlgeräte müssen die wesentlichen Schritte der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung vom Bürger zuverlässig und ohne besondere Sachkenntnis überprüft werden können.“⁸³

Nicht nur wegen dieser klaren Einschränkungen haben sich die Prognosen einer schnellen Einführung von Internetwahlen nicht erfüllt: Es bestehen nach wie vor „fundamentale verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Einführung von Online-Wahlen, die alle in der deutschen

Verfassung festgelegten Wahlgrundsätze betreffen, wobei die Schwierigkeiten im Hinblick auf den Geheimhaltungsgrundsatz am schwerwiegendsten einzustufen sind.“⁸⁴

Außerdem sind die besonderen Anforderungen des Wahlrechts bei Bundestagswahlen zu berücksichtigen. So wären Internetwahlen als Ergänzung zur Briefwahl unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht formulierten Einschränkungen wohl prinzipiell möglich. Denkbar wären zum Beispiel vom eigenen Wohnort unabhängige, ortsungebundene „internetbasierte Wahlen in Wahllokalen, die untereinander vernetzt sind und deshalb eine Stimmabgabe von allen Wahlbezirken des Wahlgebietes für den jeweiligen ‚Heimatswahlkreis‘ ermöglichen.“⁸⁵ Das würde dem Wahlrecht bei Bundestagswahlen entsprechen, das von der wahlkreisgebundenen Erststimme und der auf die Landeslisten in den Bundesländern bezogenen Zweitstimme ausgeht.

Andererseits ist die dafür notwendige Vernetzung aller meist in Kindergärten, Schulen und ähnlichen öffentlichen Gebäuden nur vorübergehend eingerichteten Wahllokale bzw. die Ausstattung mit entsprechend sicheren mobilen Geräten und die notwendige technische Schulung aller ehrenamtlichen Wahlvorstände in der Praxis nur sehr schwer vorstellbar. Auch die notwendige Absicherung eines solchen Netzwerkes mit sehr vielen Teilnehmern gegen Manipulationen von außen wäre sicherlich eine besondere Herausforderung.

Über alle Parteigrenzen hinweg gilt deshalb der unabdingbarere Grundsatz, der auch künftig nicht in Frage gestellt werden darf: Solange „nur der geringste Zweifel an der Verlässlichkeit der Methode geäußert werden kann (...) besteht die Gefahr, dass die gesamte Legitimität der Wahl in Frage gestellt wird. Dies ist im Interesse unserer Demokratie und der Stabilität unseres Gemeinwesens inakzeptabel.“⁸⁶

Feldversuche

Im Folgenden soll unterstellt werden, dass die zahlreichen technischen Anforderungen zur Sicherheit von Internetwahlen früher oder später ähnlich wie beim Onlinebanking gelöst werden könnten.⁸⁷ Wären dann Internetwahlen ein sinnvolles Ziel, weil sie etwa durch die Erhöhung der Wahlbeteiligung eine demokratiefördernde Wirkung entfalten könnten?

Auf ein entsprechendes Potential deutet zunächst hin, dass sich bei Bundestagswahlen der Anteil der Briefwahl seit ihrer Einführung 1957 von 4,9 Prozent auf 21,4 Prozent 2009 erhöht hat.⁸⁸ 2008 hat der Deutsche Bundestag dieser Entwicklung Rechnung getragen und die bis dahin zumindest formal notwendige Begründung der Inanspruchnahme der Briefwahl im Bundeswahlgesetzes abgeschafft.⁸⁹ Dadurch wurde der mit den Schwierigkeiten bei der Überwachung des Wahlheimnisses begründete Ausnahmecharakter der Briefwahl weiter relativiert.

Allerdings nutzen fast die Hälfte aller – deshalb eigentlich fälschlicherweise generell als ‚Brief‘-wähler bezeichneten – Wähler die Möglichkeit der vorgezogenen Urnenwahl, d. h. sie gehen nach Versendung der Wahlbenachrichtigung in die jeweiligen Rathäuser und geben dort ihre Stimme ab. Tatsächlich geht also die Beteiligung an der ortsgebundenen Urnenwahl vor allem zurück, weil die zeitliche Fixierung auf einen bestimmten Wahltag durch eine vorgezogene Urnenwahl aufgehoben wird. Auf die damit verbundenen Probleme der Folgen unterschiedlicher Zeitpunkte der Stimmabgabe in einer schnelllebigen Medienwelt soll hier nicht eingegangen werden.

Unabhängig davon zeigen die vielen Versuche, die mit dem Instrument von Online-Wahlen bisher unternommen wurden, eine ernüchternde Bilanz im Blick auf das Potential zur Erhöhung der Wahlbeteiligung.

Zu einem großen Feldversuch kam es im Oktober 2000 bei den weltweiten Internetwahlen für Leitungsfunktionen bei der *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* ICANN.⁹⁰ Wahlberechtigt waren alle Internetnutzer über 16 Jahre mit einer eigenen E-Mail-Adresse und Postanschrift, die sich vom 25. Februar bis 31. Juli 2000 zur Wahl registrieren ließen. Zur Ausübung des Wahlrechts wurde ihnen eine *Personal Identification Number* (PIN) zugesandt. Erschwert durch die völlige Überlastung des Systems gingen weltweit lediglich 153.593 Registrierungsanträge ein, von denen dann aber nur 34.035 Wahlberechtigte ihre Stimme angaben.

Wegen vieler technischer Probleme und der geringen Beteiligung wurde dieses Wahlexperiment nicht wiederholt. Der ICANN-Board entschied sich 2002 „gegen den direkten Einfluss der Endnutzer auf die Besetzung des board“⁹¹ und kündigte an, die bisher direkt gewählten Direktoren künftig zu ernennen. Insgesamt gelten die ersten ICANN-Wahlen als erste transnationale Internet-Wahlen und „mutiges Experiment“, sind aber „wegen der fehlenden Repräsentativität und der erheblichen technischen und organisatorischen Probleme als Misserfolg zu werten“.⁹² Das ausgerechnet die Internetexperten der Netzcommunity Online-Wahlen bei der Selbstverwaltung des Internets nicht gelten lassen wollen, ist bezeichnend und belegt die überwiegenden Schwächen dieser Wahlform. Dennoch wird damit in unterschiedlichsten Bereichen weiter experimentiert.

Im März 2000 stimmten die Beschäftigten beim amerikanischen Flugzeughersteller Boeing online über die Fortsetzung eines Streikes ab. Für ihre Aktionäre machten auch Firmen wie Chevron, Xerox und Lucent Technology das Angebot von Internetwahlen. In Deutschland erleichtert übrigens seit 2001 eine Änderung des Aktienrechts solche Onlinewahlen in Aktiengesellschaften.⁹³

„Als erste weltweit bindende Online-Wahl“⁹⁴ gilt die Wahl des Studentenparlaments in Osnabrück am 2./3. Februar 2000. Die Stimmabgabe im Netz war der Stimmabgabe an der Urne und per Briefwahl gleichgestellt. Von den ca. 10.000 wahlberechtigten Studenten registrierten sich 409 für die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Internet, 313 nahm das Wahlrecht über dieses Medium dann auch wahr. Das waren ca. zehn Prozent der Wähler. Allerdings sagten nur vierzehn Prozent dieser Internetwähler, sie hätten an der Wahl nur wegen der Möglichkeit zur Internetwahl teilgenommen.⁹⁵

Studentenparlamentswahlen waren in der Folge häufiger ein Experimentierfeld für Internetwahlen, weil dort ein besonders internetaffines Klientel vermutet wird. Allerdings sind auch hier die Erfahrungen der Beteiligung ernüchternd. So brachte auch die Online-Abstimmung bei der Studentenparlamentswahl an der schwedischen Universität Umea 2002 keine höhere Wahlbeteiligung. Nur zwei Prozent der Wähler machten von dieser Möglichkeit überhaupt Gebrauch.⁹⁶

In der Schweiz wurde bei den Studierendenratswahlen 2004 an der Universität Zürich die elektronische Stimmabgabe, d. h. die Stimmabgabe über das Internet, SMS und weitere elektronische Datenkommunikationswege getestet: „Insgesamt waren 24 000 Studierende wahlberechtigt, 2188 Personen beteiligten sich an den Wahlen. Die Wahlbeteiligung lag somit bei 9,11 Prozent und übertraf jene von früheren Studierendenratswahlen, bei denen noch keine elektronische Wahl möglich gewesen war, um nahezu hundert Prozent. 73,6 Prozent oder 1610 Personen benutzten das Internet als Wahlmedium. 429 Personen oder 19,6 Prozent der Wählenden entschieden sich für die Wahl mit SMS, 149 Personen gaben ihre Voten an der Urne ab (6,8 Prozent). (...) Bei der folgenden Studierendenratswahl im Dezember 2005 sank die Wahlbeteiligung allerdings

auf 7,7 Prozent. Es waren 23 096 Studierende wahlberechtigt, wobei sich 1767 Personen an den Wahlen beteiligten. (...) 1582 Personen oder 88,5 Prozent benutzten das Internet als Wahlmedium. 205 Personen oder 11,4 Prozent wählten per SMS. Eine einzige Person gab ihre Stimme an der Urne ab (0,1 Prozent).⁹⁷

Bei den Wahlen zur „Österreichischen Hochschüler-schaft“ nahmen 2009 bei einer Gesamtbeteiligung von nur 25,8 Prozent nur 261 Studenten (ein Prozent aller Wahlberechtigten) die Möglichkeit des E-Voting ohne persönliche Anwesenheit am Studienort wahr.⁹⁸

In anderen gesellschaftlichen Bereichen hatten Versuche mit Internetwahlen ähnliche Ergebnisse:

Bei der Technikerkasse Hamburg meldeten sich im Mai 1999 von über 200.000 Versicherten ca. 1400 für die angebotene Internetvariante bei den Sozialwahlen an, die immer unter einer notorisch schlechten Wahlbeteiligung leiden. 1009 nahmen tatsächlich teil – 57,8 Prozent vom heimatlichen PC und 21,7 Prozent vom Arbeitsplatz. Bei den Jugendgemeinderatswahlen in Fellbach im Juni 2001 nahmen 444 der 1633 wahlberechtigten Jugendlichen das Angebot der Wahl im Internet wahr.

Seit 2003 führt die Initiative D21 als Netzwerk für die Informationsgesellschaft mit 200 Mitgliedsunternehmen sowie politischen Partnern aus Bund, Ländern und Kommunen ihre Präsidiumswahlen über das Internet durch. Seit 2007 bieten auch drei Industrie- und Handelskammern bei ihren internen Wahlen die Online-Möglichkeit an.⁹⁹ Bei diesen im Blick auf die Größenordnung sehr überschaubaren Projekt liegen genauere Auswertungen zur Wirkung im Blick auf die Erhöhung der Wahlbeteiligung nicht vor.

Als größerer Versuch zur Durchführung von Internetwahlen kann die Entscheidung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Jahr 2007 gelten, bei immerhin rund 100.000 Wahlberechtigten die Wahl der Fachkollegien

ausschließlich im Internet vorzunehmen. Es wurden 36.313 Stimmen abgegeben, d.h. selbst unter den besonders internetaffinen Wissenschaftlern haben sich nur etwa ein Drittel der Wahlberechtigten bei dieser Internetwahl beteiligt. Dies war eine geringfügig niedrigere Beteiligung als bei der vorhergehenden letzten konventionellen Wahl im Jahr 2003, bei der etwa 39.000 Stimmen abgegeben worden waren. Die Umstellung auf eine Internetwahl hatte also nicht zu einer Erhöhung der Beteiligung geführt. Ende 2011 ist der nächste Internet-Wahlgang bei der DFG vorgesehen.¹⁰⁰

Ganz ähnlich fallen die Erfahrungen der Gesellschaft für Informatik e. V. aus, die ihren ca. 24.000 Mitgliedern seit 2004 Vorstands- und Präsidiumswahlen per Internet oder per Briefwahl anbietet. Zwar sind inzwischen fast alle Briefwähler auf das Online-Verfahren umgestiegen, aber eine spürbare und nachhaltige Erhöhung der Wahlbeteiligung konnte auch bei dieser besonders internetaffinen Gruppe nicht erreicht werden. Sie lag bei der Wahl 2010 mit 17,5 Prozent nur unwesentlich über der Beteiligung bei den letzten reinen Briefwahlen 2002 (16,9 Prozent). Lediglich im Jahr der Einführung der Internetwahl 2004 gab es mit 24,1 Prozent einen nennenswerten, aber nur einmaligen Ausschlag bei der Wahlbeteiligung.¹⁰¹

Wahlbeteiligungsiillusionen

Bei staatlichen Wahlen liegen Erfahrungen mit dem Internet in Deutschland nicht vor, obwohl 2002 „234 Wählerinnen und Wähler in Marburg ein Stück Internetgeschichte (schrieben), als sie als erste Wahlberechtigte überhaupt bei einer Landratswahl ihre Stimme online abgeben durften.“¹⁰² Aus den geschilderten Gründen kommen Online-Wahlen bisher nicht zum Einsatz. Das gilt auch für die meisten anderen demokratischen Länder.

So wurden zwar in Großbritannien nach der historisch niedrigsten Wahlbeteiligung bei der Unterhauswahl 2001 ca. 26 Mio. Euro in ein E-Voting-Programm investiert. Der erste Einsatz in dreißig Städten (darunter Liverpool und Sheffield) bei den Kommunalwahlen 2002 war freilich ernüchternd, denn nur in drei Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung leicht an.¹⁰³

Umfangreichere Erfahrungen liegen aus der Schweiz vor. Dort ist die „elektronische Stimmabgabe“ bei allgemeinen Wahlen und Abstimmungen seit 2003 im „Bundesgesetz über die Politischen Rechte“ verankert. Am 19. Januar 2003 erfolgte der erste Probelauf in der Genfer Gemeinde Anières: von den 1161 Stimmberechtigten mit elektronischer Abstimmungsmöglichkeit nutzten 323 die Möglichkeit der Stimmabgabe. Bis zum Juni 2007 fanden dann insgesamt 48 Abstimmungen mit der Möglichkeit elektronischer Stimmabgabe insbesondere für Auslandschweizer statt. Dabei nutzten nur zwölf Prozent der dazu Berechtigten diese Möglichkeit der Stimmabgabe per Internet. Dies blieb deutlich hinter der allgemeinen Wahlbeteiligung bei den diesen Abstimmungen, die bei ca. dreißig Prozent lag, zurück.¹⁰⁴

Auch der Bericht des Bundesrates über die Pilotprojekte zum „Vote électronique“ kam im Blick auf die Möglichkeiten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung zu einem skepti-

schen Urteil: „Die Frage nach einer allfälligen Erhöhung der Stimmbeteiligung lässt sich indes auch nach der wissenschaftlichen Begleitung zahlreicher Pilotversuche unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht schlüssig beurteilen.“¹⁰⁵

Da aber bei keiner Abstimmung Pannen oder Probleme auftraten, beschloss das Schweizer Parlament zum 1. Januar 2008 weitere Gesetzes- und Verordnungsänderungen für die elektronische Abstimmung im „Bundesgesetz über die Politischen Rechte“: „Der Bundesrat kann im Einvernehmen mit interessierten Kantonen und Gemeinden örtlich, zeitlich und sachlich begrenzte Versuche zur elektronischen Stimmgabe zulassen. Er kann Kantone, die Versuche zur elektronischen Stimmgabe über längere Zeit erfolgreich und pannenfrei durchgeführt haben, auf Gesuch hin ermächtigen, diese Versuche für eine von ihm festgelegte Dauer weiterzuführen. Er kann die Ermächtigung mit Auflagen oder Bedingungen versehen oder die elektronische Stimmgabe in Abwägung der gesamten Umstände jederzeit örtlich, sachlich oder zeitlich ausschließen. Die Kontrolle der Stimmberechtigung, das Stimmgeheimnis und die Erfassung aller Stimmen müssen gewährleistet und Missbräuche ausgeschlossen bleiben.“¹⁰⁶ Im Einzelnen wurde für die „erweiterte Versuchsphase“ festgelegt, die Versuche für elektronische Stimmgabe auszuweiten, vor allem um Auslandsschweizer einzubeziehen. Dabei dürfen 2007 bis 2011 maximal zehn Prozent der Abstimmenden elektronisch abstimmen, wobei die Harmonisierung der Stimmregister in den Kantonen eingefordert wird.¹⁰⁷

Besonders häufig wird in der Debatte um Internetwahlen auf Estland verwiesen. Dort wurde die elektronische Abstimmung am 16. Oktober 2005 bei den Kommunalwahlen zugelassen und von 0,9 Prozent der Wahlberechtigten genutzt. Seitdem wurde das sogenannte E-Voting in Estland bei den Parlamentswahlen im März 2007 von 3,4

Prozent der Wahlberechtigten und den Europawahlen im Juni 2009 von 6,5 Prozent der Wahlberechtigten genutzt. Zuletzt gaben bei den Kommunalwahlen im Oktober 2009 über 100.000 Wähler und damit 9,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme per Internet ab, und zwar interessanterweise über alle Altersgruppen hinweg. Eine Erhöhung der Wahlbeteiligung konnte freilich nicht erreicht werden, vielmehr ersetzte die Internet-Stimmabgabe häufig nur die bisherige Briefwahl.¹⁰⁸

Andere Projekte für Internetwahlen wie das „Project Bosnia“ im Rahmen des Dayton-Abkommens 1995 oder in Costa Rica kamen nicht zustande.¹⁰⁹

Im Mutterland des Internets, den USA, unterscheiden sich die Erfahrungen bei Internetwahlen davon nicht wesentlich:

Dort wurde das Internet 1999 erstmals eingesetzt, als Florida und das US-amerikanische Verteidigungsministerium elektronische Wahlen durchführten, „bei denen Angehörige der Streitkräfte über verschlüsselte Verbindungen auf der Basis von TCP/IP und mit Hilfe digitaler Signaturen ihre Stimmzettel abgeben konnten“¹¹⁰. Später wurde bei Präsidentschaftswahlen Übersee-Amerikanern und Angehörigen der Streitkräfte mit ihren Familien die Abstimmung über das Internet ermöglicht. Dieses Projekt wurde allerdings wegen Sicherheitsbedenken wieder eingestellt.

Auf der politischen Ebene ließ die demokratische Partei in Arizona bei den Vorwahlen zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 11. März 2000 die Möglichkeit der Internetwahl zu. Zwar sank die Wahlbeteiligung insgesamt, weil zu diesem Zeitpunkt das Kandidatenrennen schon für Al Gore gelaufen war. Von den 821.000 registrierten Wählern der demokratischen Partei nahmen 86.907 an diesen Vorwahlen teil, davon 39.942 über das Internet. „Der Anteil der Stimmabgaben per Internet lag jedoch mit 41 Prozent sehr hoch und war damit vor der Briefwahl (38

Prozent), der persönlichen Wahl per Papierwahlschein (16 Prozent) und der persönlichen Wahl per Wahlautomat (fünf Prozent) die meist genutzte Wahlform.“¹¹¹. Möglich war die Abstimmung mit einer PIN (*Personal Identification Number*) auf einer Wahl-Website. Achtzig Prozent nutzten diese Internet-Wahloption von zu Hause, acht Prozent vom Arbeitsplatz, sieben Prozent von öffentlichen Bibliotheken oder anderen Orten.¹¹²

Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 kam es dann auch zu Versuchen, über das Internet einen strategischen Stimmentausch zwischen Al Gore und dem unabhängigen Kandidaten Ralph Nader zu organisieren: In Staaten mit einem erwarteten knappen Ausgang sollten Nader-Wähler den demokratischen Kandidaten Gore gegen den Republikaner George Bush unterstützen, in den republikanisch dominierten Staaten sollten demokratische Wähler durch ihre Unterstützung für Nader dessen Zugang zur staatlichen Unterstützung der Wahlkampffinanzierung erleichtern.¹¹³

Ansonsten hat es in den USA keine nennenswerten weiteren Versuche mit Internetwahlen gegeben. Allerdings lassen inzwischen alle fünfzig US-Bundesstaaten die Wählerregistrierung im Internet zu.¹¹⁴ Diese Erleichterung des Erlangens der Wahlberechtigung führt nach neuen empirischen Studien zu einer um etwa zehn Prozent erhöhten Wahlregistrierung,¹¹⁵ allerdings ohne sichtbare Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

Alle Erfahrungen zeigen also, dass Internet-Wahlen nicht zu höheren Wahlbeteiligungen führen: „die Bewertung des Potenzials internetbasierter Wahlhandlungen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung fällt (...) skeptisch aus.“¹¹⁶ Es gibt jedenfalls keinen Hinweis darauf, dass mit Internetwahlen „durch die allzu tiefe Absenkung von Partizipationshürden die politische Beteiligung von desinteressierten und nicht-informierten Bürgern, die ansonsten gar die geringen Kosten des Gangs ins Wahllokal gescheut hätten“, zunehmen würde.

Insgesamt basiert die Hoffnung auf eine stärkere Mobilisierung von Wählern durch Internetwahlen auf „souveräner Missachtung der vorliegenden Untersuchungen über Nichtwähler und deren Motive. Das dominante Motiv ist nach wie vor zu geringes politisches Interesse, gepaart mit mangelhaften politischen Kenntnissen und der Abwesenheit von langfristigen Parteibindungen.“¹¹⁷ Die Ursachen einer eingeschränkten Wahlbeteiligung liegen alle außerhalb des Internets.

Deshalb äußerte sich auch der Schlussbereich der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages 2002 kritisch zur Fokussierung auf Internetabstimmungen: „Umstritten ist die Nutzung des Internets als Mittel der Abstimmung. Gegen die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Demokratie und der politischen Willensbildung, die sich mit dem Begriff ‚E-Democracy‘ verbinden, gibt es zahlreiche verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Einwände (...). In vielen Feldern wird mit dem Internet als Instrument der Entscheidungsfindung experimentiert. Es wäre allerdings angesichts der oben skizzierten Chancen für Vernetzung und Information eine Verkürzung, wenn ausgerechnet das E-Voting in den Mittelpunkt der Diskussion über die Nutzungsmöglichkeiten des Internets für Bürgergesellschaft und Politik gestellt und danach der Wert des Internets bemessen würde.“¹¹⁸

Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kam im März 2011 ein Workshop beim Europäischen Parlament. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse wird die Skepsis der Teilnehmer und Experten gegenüber der Einführung von Internetwahlen in der Europäischen Union unterstrichen: „Although there seems to be a necessity to offer more possibilities to Europeans to exchange their views and participate in political processes via the Internet, e-voting as such will most probably not result in an increase of voter

participation. In fact, the reasons for voting abstinence are manifold and there seems to be no technological quick-fix to the problem."¹¹⁹

Da für die freiheitliche Demokratie die Garantie ordnungsgemäßer Wahlen von essentieller Bedeutung ist, sollten gerade hier Experimente mit ungewissem Ausgang unterbleiben. Das gilt umso mehr, als es bisher keinen Hinweis darauf gibt, dass Internetwahlen im Blick auf die Wahlbeteiligung nennenswerte Verbesserungen mit sich bringen. Zudem wird bei derartigen Versuchen regelmäßig verdrängt, dass in Ländern wie Deutschland ein Drittel der Wahlberechtigten überhaupt gar keinen Internetzugang haben.

Ganz prinzipiell stellt sich darüber hinaus die Frage, ob eine Trivialisierung der Wahl zum einfachen und jeglicher Mühe enthobenen Internetklick überhaupt im Sinn der freiheitlichen Demokratie ist. „Der Wahlakt hat nicht nur die technische Seite der Stimmabgabe, sondern auch eine virtuelle, bei der es – etwa auf dem Weg zum Wahllokal – um Reflexion und Sammlung geht, bevor entschieden wird.“¹²⁰

Im Blick auf die hier nicht zu diskutierende Frage der Beurteilung der Höhe von Wahlbeteiligungen, muss gerade in der freiheitlichen Demokratie nicht der durch das Internet nahegelegte einfachere Weg schon der richtige sein: „Wenn allerdings schon der Gang zur Wahlurne eine unerträgliche Hürde für viele desinteressierte Wahlberechtigte bedeutet, so muss sich daran die Frage anschließen, ob eine Vereinfachung der Stimmabgabe die richtige Maßnahme gegen die mangelnde politische Beteiligung darstellt.“¹²¹ Die sich hieraus ergebenden Herausforderungen mögen durchaus Auswirkungen auf den Umgang mit dem Internet haben, bewegen sich aber im Kern in einem grundsätzlichen Bereich des Demokratieverständnisses unabhängig von den Fragen des Internets.

V. Wehrhafte Demokratie

17. Netz-Extremisten und Internet-Kriminelle

„Der einzige Zweck, zu dem Macht auf irgendeinen Angehörigen einer zivilisierten Gemeinschaft gegen dessen Willen rechtens ausgeübt werden kann, ist Abwehr einer Schädigung anderer.“

John Stuart Mill (1806–1873), Philosoph und Ökonom¹

Totalitäre Ideologien wie der Nationalsozialismus, Kommunismus oder religiöser Fundamentalismus sind von den Möglichkeiten der Massenmedien fasziniert. Dort finden sie das Instrumentarium, möglichst viele Menschen scheinbar individuell anzusprechen und sie zugleich in der Masse aufgehen zu lassen, also zu entpersonalisieren, wie es den Ideologien entspricht, die die Rechte des Einzelnen entwerten. In diesem Sinne ist auch das Internet von Anfang an Tummelplatz aller möglichen extremistischen Gruppen und Sekten: „Die Freiheit des Internet wird missbraucht, um Unfreiheit zu schaffen.“²

Anti-demokratische Internet-Professionalität

Auffällig ist dabei, dass sich gerade fundamentalistische und extremistische Organisationen gerne und mit hoher Professionalität des Internets bedienen, dessen Nutzung sie den eigenen Anhängern verwehren: „Auch wenn sie gegen die Moderne sind, sind sie nicht gegen moderne Medien.“³

So war die explizit antimodernistische afghanische Taliban schon früh im Internet vertreten und nutzte es in vielerlei Hinsicht: Im Jahr 2001 beispielsweise ordnete der

afghanische Diktator Muhammed Omar ein dreitägiges Gebet für Regen an, der dann auch kam. Während er der eigenen Bevölkerung die Nutzung des Internets strikt untersagt, wusste der Diktator über die CNN-Website, dass Regen ankündigt war.

Auch die Hizbollah, Hindu-Fundamentalisten, die ägyptischen Muslimbrüder mit einer aus London betriebenen Website oder die nationalistische russische „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ nutzen das Internet immer wieder gerne und mit hoher Professionalität für ihre globale Propagandapräsenz. Gerade solche totalitären Gruppierungen haben „the loudest voices in new digital spaces“⁴.

Dazu gehörte auch Terrorführer Bin Laden mit seinen Anhängern. Mit den Anschlägen des 11. September 2001 nahmen die Aktivitäten islamistischer Terroristen im Internet deutlich zu. Al-Qaida nahm den „elektronischen Jihad“ sogar als eigenen Punkt Nr. 34 in seine „39 Principles of Jihad“ auf. Dort heißt es: „Al-Salem attributes paramount importance to the Internet as a component for Jihad. He calls believers to join the Jihad by participating in Internet forums to defend the Islam and Mujahideen, to preach Jihad and to encourage Muslims to learn more about this sacred duty. The Internet provides an opportunity to reach vast, target audiences and respond swiftly to false allegations. Computer experts are asked to use their skills and experience in destroying American, Jewish and secular websites as well as morally corrupt web sites.“⁵

Auf die „Gefährlichkeit des virtuellen Dschihad im Internet“ verwies auch die Bundesanwaltschaft, als Anfang März 2011 ein 21-jähriger Attentäter auf dem Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten ermordete und zwei weitere schwer verletzte, die sich auf dem Weg zum Einsatz in Afghanistan befanden. Der Einzeltäter gehörte zwar zu keiner Terrorgruppe, war aber über Facebook mit islamistischen Extremisten vernetzt. Unmittelbarer Auslöser der Mordtat

soll ein anti-amerikanisches Propaganda-Video über Afghanistan auf YouTube gewesen sein: „Diese Propaganda ist es, die junge Menschen durch einen perfiden Missbrauch religiöser Glaubenssätze zu Bluttaten verführen kann.“⁶

Solche Videos setzen die fundamentalistischen Dschihadisten des Terrornetzwerkes Al-Quaida seit dem Bosnienkrieg ein und verkünden stolz: „Wir haben die Amerikaner und ihre Hollywood-Visionen mit ihren eigenen Waffen geschlagen – der Kamera.“⁷

Kurz nach dem Bosnienkrieg schaltete 1996 ein Informatikstudent in London auch die erste dschihadistische Webseite *azzam.com* frei, 1998 kam mit dem *kavkazcenter.com* ein bis heute sehr einflussreiches mehrsprachiges Internetportal dazu, und insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 bauten die fundamentalistischen Terroristen ihr Propagandanetzwerk im Internet massiv aus. Dabei geht es längst nicht mehr nur darum, dass Al-Quaida und seine Partner, „ihre Verlautbarungen auf der eigenen Website veröffentlichen. Vielmehr gibt es ein ebenso dezentrales wie dichtes Netzwerk tausender Seiten und Foren, auf denen gefährliche Inhalte transportiert werden. (...) Webseiten, die gehackt oder vom Provider gesperrt werden, tauchen nur Stunden oder Tage später unter leicht veränderten Namen wieder auf.“⁸

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Al-Quaidafreundlicher Propaganda spielt seit einigen Jahren die „Global Islamic Media front“ (GMIF). Gegen acht Mitglieder von deren deutschen Sektion hat der Generalbundesanwalt im Herbst 2010 Anklage wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen wie Al-Quaida erhoben.⁹

Auch der traditionelle politische Extremismus hat das Internet früh für sich entdeckt. Schon 1983/84 nutzten Rechtsextremisten in den USA Vorformen des Internets zur Kommunikation und Propaganda sowie zur Verbreitung erster extremistischer Computerspiele. Auch deut-

sche Rechtsextremisten erkannten schnell die Attraktivität des Internet für ihre Aktivitäten. Dazu gehören insbesondere die zahlreichen Verlinkungen zum Vertrieb rechtsextremistischer Musik und entsprechender Computerspiele.¹⁰

Bereits im Frühjahr 1993 etablierte sich das rechtsextremistische „Thule-Netz“, das als Austauschforum für E-Mail-Netzwerke bis 1999 existierte. Deutsche Rechtsextremisten waren 1996 mit 32 eigenen Webseiten im Internet vertreten. Diese Zahl wuchs kontinuierlich auf 500 rechtsextremistische Homepages im Jahr 2000. Dazu gehören auch Internetangebote deutscher Rechtsextremisten, die auf US-amerikanischen Servern angeboten werden.¹¹

Über einen amerikanischen Server betrieb beispielsweise bereits seit 1994 der lange in Kanada lebende deutsche Rechtsextremist und Holocaust-Leugner Ernst Zündel seine rechtsextremistische *zundelsite.org*.¹² Er wählte diesen Weg, da die Leugnung des Holocaust ähnlich wie in Deutschland auch in Kanada strafbar ist.

Angesichts der engen Grenzen, die das deutsche Strafrecht zum Beispiel im Blick auf Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust zieht, überrascht es nicht, dass Rechtsextremisten bei ihren Angeboten auf deutschen Servern peinlich genau darauf achten, nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Dem gegenüber enthalten die Seiten, die von deutschen Rechtsextremisten auf amerikanischen Servern angeboten werden, etwa zur Hälfte nach deutschem Strafrecht verbotene Inhalte, rechtsextremistische amerikanische Seiten auf amerikanischen Servern sogar achtzig Prozent.¹³

Das 1977 in Los Angeles gegründete und weltweit tätige Simon-Wiesenthal-Center durchsucht das Internet von Anfang an nach extremistischen, anti-semitischen und terroristischen Aktivitäten. Es registrierte die erste extremistische Website im April 1995 und hat in seinem „Digital

Hate and Terrorism Project“ bis zum Frühjahr 2010 etwa 11.500 Seiten mit Hasspropaganda aufgelistet. Dazu gehören u. a. ein Onlinespiel zur Erreichung einer möglichst hohen Opferzahl als Selbstmordattentäter ebenso wie eine Facebook-Gruppe, die Homosexuelle mit Ratten vergleicht oder eine Ebay-Auktion, in der Ringe von Holocaust-Opfern angeboten werden: „Every aspect of the Internet is being used by extremists of every ilk to repackaging old hatred.“¹⁴

Auch linksextremistische Gruppen bedienen sich mit hoher Professionalität des Internets, nicht nur um ihre Ideologie zu verbreiten, sondern auch um gewalttätige Aktionen zu verharmlosen, zu rechtfertigen und zu initiieren. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist die Internetseite „action news aus deutschland“. Sie will ausdrücklich eine „Ressource sein für alle konfrontativen direkten Aktionen gegen Staat und Kapital, gegen alle seine Vertreter und Vertreterinnen“¹⁵. Detailliert und mit eindeutiger Sympathie werden dort zahlreiche Brandanschläge auf Fahrzeuge und Gebäude von Arbeitsverwaltung und Bundeswehr, Banken und Unternehmen, Politikern, Anwälten und Wirtschaftsvertretern geschildert.

Gewalt wird auch auf der linksextremistischen Seite *antifa.de* mit eindeutigen Symbolen und vielfältigen Verharmlosungen gerechtfertigt. Angeboten wird dort zum Beispiel der Verkauf von „Kapuzenpullis“, mit denen das Vermummungsverbot unterlaufen werden kann und die den Aufdruck des sogenannten „Schwarzen Block“ tragen, der bei vielen Demonstrationen durch schwere Gewalttätigkeiten aufgefallen ist. Dieser „Schwarze Block“ wiederum unterhält eine eigene Facebook-Seite, auf der offen Gewalt gerechtfertigt und dazu aufgerufen wird. So finden sich dort beispielsweise am 11. Mai 2011 auf der Pinnwand zahllose Einträge wie „Materielle Gewalt kann nur mit materieller Gewalt beseitigt werden“, „Macht kaputt, was euch kaputt macht“, „Nazi, Nazi, lass es sein, sonst trete

ich dir die Zähne ein, ein Hieb, ein Tritt in dein Gesicht, gleich merkst du, wie beliebt du bist. und sitzt du wieder allein zuhause und denkst dir neue Propaganda aus, so denk an mich und mein Schlagring“ oder „Hey suche Kontakt zum schwarzen Block. bitte um Hilfe ... ich möchte dem System eine Faust ins Gesicht schlagen“.¹⁶

Immer wieder versuchen extremistische Gruppen gezielt soziale Netzwerke für ihre Propaganda zu missbrauchen. Facebook bemüht sich zusammen mit dem Simon-Wiesenthal-Center solche Seiten möglichst schnell zu löschen, ist dabei aber angesichts seiner schnell wachsenden Größe nicht immer in der Lage.

Auch alle möglichen Sekten von Scientology, über Hare Krishna bis zu Aum-Sekten sind im Internet außerordentlich aktiv. „Auffallend an den Angeboten der Sekten ist der hohe technische Standard der Seiten.“¹⁷ Die 1997 durch 39-fachen Selbstmord im kalifornischen Rancho bekannt gewordene Sekte „Heavens Gate“ verdiente sogar ihr Geld mit dem Design und der Programmierung von Webseiten.

Insgesamt ist das Internet nicht nur ein schwer kontrollierbarer Tummelplatz für Gewaltideologien und Gewaltphantasien. Unbedacht werden im Netz auch problematische wissenschaftliche Untersuchungen veröffentlicht, wie beispielsweise 2008 ein offizielles Forschungsprojekt an der Universität von Massachusetts zur Frage, wie man über Mobiltelefonie die Geschwindigkeitskontrollsysteme in Autos so manipulieren könne, um damit einen Menschen zu töten.¹⁸

Mancher mag solche Erkenntnisse im Internet nur unbedacht allgemein zugänglich machen und die im Unterschied zur wissenschaftlichen Fachliteratur erheblich einfachere Verfügbarkeit im Internet solcher brisanter Informationen im Internet unterschätzen. In jedem Fall finden sich dort unbeabsichtigt oder ausdrücklich gewollt allerlei konkrete Anleitungen zur Gewaltanwendung.

Schon 1996 bastelten drei dreizehnjährige Jugendliche in Syracuse im US-Bundesstaat New York Bomben nach Internet-Anleitungen. 1997 wiederholte sich Ähnliches in Finnland und Schweden. Die Vielzahl ausdrücklich krimineller und terroristischer Anleitungen im Netz kann hier gar nicht dargestellt werden.

Andererseits spielt das Internet auch in der Verbrechensbekämpfung inzwischen eine wichtige Rolle. Der erste Fall einer FBI-Fahndung im Internet war übrigens der sogenannte UNA-Bomber Theodore Kaczynski. Er wurde nach achtzehnjährigem Briefbombenterror enttarnt und verhaftet, weil sein Bruder Formulierungen in einem auch im Internet veröffentlichten Bekenner-Manifest wiedererkannte.¹⁹

Der 1995 wegen Geldwäsche zu siebzig Monaten Haft verurteilte Computer-Hacker Chris Lambrecht (alias „Monir Threat“) gilt als erste Person, der durch Gerichtsbeschluss der Zugang zum Internet untersagt wurde, um ihn von weiteren Straftaten abzuhalten.²⁰

Jugendschutz und Kinderpornographie

Maßnahmen gegen politischen Extremismus im Internet sahen sich in der Internet-Community immer schnell mit dem Vorwurf der Zensur konfrontiert. Das Ideal des ‚freien Internets‘ lässt hier für Viele die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Werte in den Hintergrund treten. Die Frage, ob im Internet tatsächlich alles erlaubt sein soll, gilt häufig immer noch als unerlaubt.

Dies betraf zunächst auch Fragen des Jugendschutzes im Zusammenhang mit pornographischen Inhalten im Internet. Schon 1994 sperrte die Carnegie Mellon University in Pittsburg achtzig universitäre Newsgruppen wegen pornographischer Inhalte. Dabei ging es um den Zugang

zu pornographischem Material durch Minderjährige. Um die Regulierung pornographischer Inhalte im Internet ging es im „*Communications Decency Act*“, den der US-Kongress im Februar 1996 verabschiedete. Darin sollte insbesondere das Übertragen von bestimmten gewalttätigen und sexuellen Darstellungen an Minderjährige unter Strafe gestellt werden.

Nach massiven Protesten vor allem aus der Internet-Community, die darin einen unzulässigen Freiheitseingriff sah, hob ein US-Bundesgericht in Pennsylvania am 12. Juni 1996 das Gesetz mit dem Verweis auf die umfassende Geltung der Meinungsfreiheit auf: „Genauso, wie die Stärke des Internet im Chaos besteht, ist auch die Stärke unserer Freiheit von dem Chaos und der Kakophonie ungehinderter Rede abhängig, die durch das First Amendment geschützt ist.“²¹ Ein Jahr später bestätigte der Oberste Gerichtshof dieses Urteil.

Auch ein erneuter Versuch, den die Clinton-Administration 1998 mit der „*Child Online Protection Act*“ auf den Weg gebracht hatte, scheiterte im Jahr 2000 vor Gericht. In Kraft ist in den USA seitdem lediglich ein Gesetz, das Filtersoftware zur Unterdrückung pornographischer Inhalte in öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Schulen erlaubt.²²

In Deutschland hatte 1995 die Münchner Staatsanwaltschaft den Internet-Provider Compuserve aufgefordert, den Zugang zu bestimmten Newsgroups wegen illegaler pornographischer Inhalte zu unterbinden. Nach öffentlichen Protesten wurden diese Sperren wieder aufgehoben. Compuserve wurde zwar in erster Instanz wegen Mittäterschaft verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen.²³

Vor diesem Hintergrund proklamierte der damalige Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie Jürgen Rüttgers 1996 „das Ziel, als erster Staat in Europa einen grundsätzlichen Rechtsrahmen zur Regu-

lierung des Internet zu erlassen“²⁴. Nach einem längerem Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern mit der Folge eines „Mediendienste-Staatsvertrages“ kam es 1997 zum „Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz“ (IuKDG), das u. a. der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Zuständigkeit zur Überprüfung von Webseiten gab.

Im gleichen Jahr wurde das „Teledienste-Gesetz“ (TDG) verabschiedet, wonach Content-Provider für die von ihnen bereitgestellten Inhalte rechtlich verantwortlich sind. Access-Provider sind hingegen für die durch sie erreichbaren Inhalte nicht verantwortlich. Service-Provider, die fremde Inhalte auf eigenen Rechnern speichern, sind ebenso nicht verantwortlich für diese Inhalte, es sei denn sie erhalten Kenntnis von strafbaren Inhalten und es ist ihnen „technisch möglich“ und „zumutbar“ ihre Verbreitung zu verhindern. Das „Teledienstschutzgesetz“ ebenfalls aus dem Jahr 1997 etablierte das Prinzip der Datenvermeidung und die Verpflichtung der Dienstanbieter, die Nutzung ihrer Angebote weitestgehend anonym zu ermöglichen.²⁵

Zum 1. April 2003 schließlich schlossen Bund und Länder den „Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien“ (JMStV), der in Kapitel 4 eine genauere Beschreibung der Inhalte vornimmt, die auch im Internet nicht toleriert sind. Danach sind „unbeschadet strafrechtlicher Verantwortlichkeit (...) Angebote unzulässig“, wenn sie „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind“, „zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassisch, religiös oder durch Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet

werden“, im Nationalsozialismus begangene Verbrechen „leugnen oder verharmlosen“, „grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt“, „den Krieg verherrlichen“, „gegen die Menschenwürde verstoßen“ oder als Anleitung für eine schwere Straftat dienen.

In diesem Staatsvertrag finden sich auch spezifische Regelungen gegen kinderpornographische Angebote. So sind Inhalte verboten, die „Kinder oder Jugendliche in unnatürlichen geschlechtsbetonten Körperhaltungen darstellen (...) pornographisch sind und Gewalttätigkeiten, den sexuellen Missbrauch von Kindern oder Jugendlichen oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben“. Verboten sind dabei ausdrücklich auch „virtuelle Darstellungen“ – also beispielsweise Zeichnungen oder Zeichentrickdarstellungen.

Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag regelt auch, dass „die durch die obersten Landesjugendbehörden eingerichtete gemeinsame Stelle Jugendschutz aller Länder (*jugendschutz.net*)“ die Angebote im Internet überprüft und bei Verstößen gegen die Bestimmungen dieses Staatsvertrages sowohl den Anbieter als auch die zuständigen staatlichen Stellen darauf hinweist.²⁶ Bis dahin hatte das 1998 vom Deutschen Kinderschutzbund, T-Online, AOL, CompuServe sowie weiteren Partnern aus dem Medienbereich gegründete ‚Netz gegen Kinderpornographie‘ als provisorische Meldestelle für kinderpornographische Angebote im Internet fungiert.²⁷

Schon 1997 wurde die ‚Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia‘ als eingetragener Verein von Medienverbänden und der Online-Wirtschaft in Leben gerufen, um als Beschwerdestelle über strafbare oder jugendgefährdende In-

halte im Netz zu fungieren. 1999 wurde dazu der europäische Dachverband INHOPE (*Internationale Association of Internet Hotlines*) gegründet²⁸, über den 38 Hotlines in 33 Staaten Beschwerden über kinderpornographische Seiten im Internet entgegennehmen, um bei den jeweiligen Providern deren schnelle Löschung zu veranlassen. Allerdings ist die Effizienz dieses Verfahren sehr umstritten, auch weil viele Internet-Adressen untervermietet und ins Ausland umgeleitet sind.

Der Versuch den Jugendschutz dadurch zu verbessern, dass alle pornographischen Angebote auf die Domain „*.xxx“ verpflichtet werden und dadurch entsprechende Filter- und Blockiersysteme leichter installierbar sind, wurde lange von der für die Domain-Vergabe zuständigen *Internet Cooperation for Assigned Names and Numbers* (ICANN) abgelehnt. Man mache sich zum Handlanger staatlicher Zensur, wenn man Webseiten nach ihren Inhalten sortiere. Im Frühjahr 2011 zeichnete sich aber eine Einigung für eine derartige Sonderkennzeichnung pornographischer Inhalte ab, so dass demnächst eine Art virtueller Rotlichtbezirk im Internet entstehen wird.²⁹

Auf europäischer Ebene wurde 2009 von der EU-Kommission als weitere Maßnahme des Jugendschutzes auch eine „Social Networking Task Force“ eingerichtet, die „Safer Social Networks Principles“ vorgelegt hat. Damit verpflichten sich achtzehn Betreiber von Netzwerkplattformen (darunter Facebook, MySpace und die VZ-Gruppe) zu „Meldetasten für anstößige Kontaktaufnahmen“ und dazu „Profile von Nutzern unter 24 Jahre per Standardeinstellung auf ‚privat‘ zu setzen“.³⁰ In Deutschland gibt es neben der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ ähnliche Initiativen der „Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia Dienstleister“ (FSM) zum Beispiel durch den Verhaltenssubkodex für Chatanbieter vom 7. Juni 2007. Dazu gehört die Selbstverpflichtung zum Einsatz von Moderato-

ren zu den für Kinder und Jugendliche üblichen Chatzeiten, Filterprogramme für sogenannte ‚Bad Words‘ und intensivierete Bemühungen bei der Altersverifizierung.³¹

Löschen und Sperren

Zwar sind „nur ein Prozent der Internetinhalte gefährdend oder nach deutschem Recht illegal“³², aber für die freiheitliche Demokratie stellt sich dennoch die Frage, wie sie sich gegen Angriffe auf ihre Grundlagen und die Menschenwürde im Internet am wirksamsten zur Wehr setzen kann. Zu den Gegenstrategien des demokratischen Staates gegen extremistische Aktivitäten im Internet gehörte dabei von Anfang an die Zusammenarbeit mit den Internet-Providern. „Da es im Netz aufgrund der Anonymität und des globalen Charakters dieser Kommunikationsstruktur schwierig ist, Urheber und Täter illegaler Handlungen zu verfolgen, orientieren sich dementsprechend die politischen Instanzen an denjenigen Akteuren, die aufgrund ihrer auf Mediatisierung ausgerichteten Funktion den Zugang zu illegalen und kontroversen Inhalten ermöglichen.“³³

Das Bundeskriminalamt führt seit 1998 mit Internet-Providern gemeinsame Workshops zu diesem Thema durch. Daraus entstand 2000 die „Wiesbadener Erklärung“, in der sich Strafverfolgungsbehörden und Internet-Provider zum „geregelten und vertrauensvollen Informationsaustausch“ zu Straftatbeständen wie Kinderpornographie, Volksverhetzung, Internetbetrug, Urheberrechtsverletzungen, Drogen- und Waffenkriminalität und Computersabotage bekannten.³⁴

Die Palette der Gegenmaßnahmen reicht von Information und Aufklärung im Netz bis zur Belegung belasteter Domains wie *nazi.de* mit Aussteiger-Angeboten.³⁵ Wo aber diese Wege nicht zum Erfolg führten, stand von An-

fang an die Frage im Raum, ob und wie extremistische oder auch kriminelle Internetseiten gelöscht oder gesperrt werden sollten. Solche Maßnahmen werden zwar seit langem immer wieder ergriffen, aber ebenso häufig durch Server-Verlagerungen und Spiegelung gesperrter Seiten im globalen Netz unterlaufen. Es ist beim „Sperren und Spiegeln wie bei Hase und Igel (...). Gerade bei politischen Inhalten hat die Sperrung den Charakter einer Werbemaßnahme.“³⁶

Schon Mitte der 1990er Jahre indizierte die ‚Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften‘ die rechtsextremistischen Internetseiten von Ernst Zündel, und die Staatsanwaltschaft Mannheim forderte den Provider T-Online auf, diese Seiten zu sperren.³⁷ Der Bundesgerichtshof entschied am 12. Dezember 2000 im Fall des Australiers Frederick Töben, der die in Deutschland strafbare Leugnung des Holocaust über australische Server verbreitete, dass „die Verbreitung der ‚Ausschwitz-Lüge‘ auch über eine im Ausland gehostete Seite ab sofort in Deutschland bestraft werden kann“³⁸.

Als allerdings 2002 die Düsseldorfer Bezirksregierung an achtzig private und universitäre Provider offizielle ‚Sperrungsverfügungen‘ gegen zwei rechtsextremistische Seiten verschickte, die auf US-Servern angeboten wurden, hatte dies eine kontroverse Debatte zur Folge.³⁹ In den Folgejahren sperrten US-Provider auf Anfragen des Bundeskriminalamts (BKA) in Kooperation mit dem FBI freiwillig etwa die Hälfte aller von deutscher Seite monierten rechtsextremistischen Angebote.

Seit vielen Jahren verhandeln die deutsche und die amerikanische Regierung über Möglichkeiten, die Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda nach Deutschland aus den USA auch gesetzlich zu unterbinden. Dies betraf schon vor dem Internet die Herstellung von Druckerzeugnissen mit Inhalten, die in Deutschland strafbar sind. Dem steht das fast unbegrenzte amerikanische Verständnis der Mei-

nungsfreiheit (*freedom of speech*) entgegen, der das Grundgesetz nach den Erfahrungen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik dort Grenzen setzt, wo sie sich gegen die Grundlagen der Demokratie selbst wendet.

Ähnliche Problemstellungen ergaben sich auch im Umgang mit linksextremistischen Internetseiten. 1996 stellte in den Niederlanden der Anbieter „XS4ALL“ aus der Hacker-Szene die in Deutschland wegen einer darin enthaltenen Sabotage-Anleitung verbotene Ausgabe Nr. 154 der Zeitschrift „Radikal“ ins Netz: „Zum ersten Mal wurde das Internet benutzt, um eine in Deutschland erfolgte Zensurmaßnahme gegenüber einer gedruckten Publikation zu umgehen.“⁴⁰

Die Behördenaufforderung der Sperrung der niederländischen Anbieterseite wurde mit einer Vielzahl von Spiegelungen der Seite u. a. in Kanada, Japan, Finnland und Ungarn beantwortet. Auch die damalige Bundestagsabgeordnete der PDS Angela Marquardt hatte auf ihrer Homepage einen Link zum niederländischen Anbieter hergestellt und war deswegen angeklagt, dann aber freigesprochen worden.⁴¹

Ein neue und – wohl auch wegen der herannahenden Bundestagswahlen – stark emotionalisierte Debatte löste 2009 eine Initiative der damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen aus, den Zugriff auf kinderpornographische Angebote im Internet bis zur Löschung entsprechender Seiten durch deren Sperrung zu verhindern.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete dazu am 18. Juni 2009 das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ (Zugangserschwerungsgesetz). Darin wird das Bundeskriminalamt beauftragt, eine „Sperrliste“ über Internet-Domains zu führen, „die Kinderpornographie nach § 184b des Strafgesetzbuchs enthalten oder deren Zweck

darin besteht, auf derartige Telemedienangebote zu verweisen“. Internetprovider haben nach dem Gesetz „geeignete und zumutbare technische Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu Telemedienangeboten, die in der Sperrliste aufgeführt sind, zu erschweren.“⁴²

Aus der Netz-Community wurde dagegen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne unter dem Motto „Löschen statt Sperren“ initiiert. Damit wurde ein künstlicher Gegensatz zwischen dem Löschen und Sperren solcher Webseiten hergestellt. Das Problem liegt vor allem darin, dass eine Vielzahl der nach deutschem Strafrecht verbotenen kinderpornographischen Internetangebote auf Servern im Ausland beheimatet ist und nur dort die Löschung veranlasst werden kann.

Über den Erfolg dieser Löschmaßnahmen gibt es unterschiedliche Zahlen. Der Verband der Internetwirtschaft ‚eco‘ gibt eine Erfolgsquote von 99 Prozent an, das Bundeskriminalamt meldet nach einer Woche eine Löschquote von siebenzig bis achtzig Prozent, nach zwei Wochen 93 Prozent und nach vier Wochen sogar 99 Prozent. Allerdings kommen pro Monat 100 bis 150 neue Seiten hinzu, die sicherlich teilweise nur umgezogene, vermeintlich gelöschte Angebote sind.⁴³ Tatsächlich war das Sperren fraglicher Seiten immer als Zwischenlösung bis zur Löschung vorgesehen.

Allerdings hat die breite öffentliche Kampagne gegen solche Internetsperren nach der Bundestagswahl 2009 ihren Niederschlag im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP gefunden. Dort wurde auf Druck der FDP in ungewöhnlicher Weise vereinbart, ein vom Deutschen Bundestag beschlossenes gültiges Gesetz nicht anzuwenden: „Wir sind uns darüber einig, dass es notwendig ist, derartige kriminelle Angebote schnellstmöglich zu löschen statt diese zu sperren. Wir werden daher zunächst für ein Jahr kinderpornographische Inhalte auf der Grundlage des Zugangserschwerungsgesetzes nicht sperren.“⁴⁴

Tatsächlich aber ist es unsinnig, das Löschen und Sperren von kinderpornographischen Seiten in einen Gegensatz zueinander zu bringen. Es geht hier nicht um eine sich ausschließende Alternative, sondern um sich einander ergänzende Maßnahmen. Die Strategie muss lauten „Löschen und Sperren“: „Der Kampf gegen Kinderpornografie muß daher an beiden Enden ansetzen: sowohl auf der Produzenten wie auf der Konsumentenseite.“⁴⁵

Inzwischen befasst sich auch das Europäische Parlament mit dieser Frage. Dort zeichnet sich eine Regelung ab, wonach dem Löschen kinderpornographischer Inhalte an der Quelle „höchste Priorität“ eingeräumt wird, das Sperren einschlägiger Webseiten aber als Zusatzmaßnahme von den Mitgliedsstaaten eingesetzt werden soll, wenn die Inhalte auf Servern außerhalb der EU lagern oder das Löschen zu lange dauert.⁴⁶

Auch wenn eine Koalitionsrunde der Spitzen von CDU, CSU und FDP Anfang April vereinbart hat, künftig ganz auf das Sperren von Internetseiten zu verzichten, bleibt das Thema sicherlich auf der Tagesordnung. Hier geht es nicht nur um das Spezialthema Kinderpornographie, sondern um eine sehr grundsätzliche Entscheidung. Dabei müssen in einer freiheitlichen Gesellschaft strengste Maßstäbe angelegt werden, wenn es um die Frage geht, wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden muss, weil die Grundlagen der Freiheit und die Menschenwürde attackiert werden. Auch in der Offline-Welt kann beispielsweise die Verbreitung von Publikationen mit strafbarem Inhalt verboten werden, wenn die verantwortlichen Verlage noch nicht geschlossen werden können.

Organisationen wie der ‚Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur‘ wenden sich aber gegen jeden Eingriff, der die Erreichbarkeit von vorhandenen Internetangeboten für Nutzer erschwert, auch wenn die Verbreitung des gleichen Inhalts außerhalb des Internets strafbar wäre. Ganz all-

gemein werden Internet-Sperren als „schädlich für die Demokratie“ abgelehnt.⁴⁷ Diese Art von Sonderrecht für das Internet als Zone außerhalb des Strafgesetzes kann in einer freiheitlichen Demokratie nicht hingenommen werden.

Wo das Löschen strafbarer Internetangebote nicht unverzüglich möglich ist, kann die freiheitliche Demokratie nicht auf das Sperren verzichten: „Wer da reflexartig, ohne genau hinzuschauen, immer gleich ‚Zensur‘ vorwirft, sollte sich überlegen, ob es im Cyberspace zum Beispiel ein Menschenrecht auf Anleitung zum Bombenbau, auf Leugnung des Holocaust oder auf Konsum von Kinderpornografie geben kann.“⁴⁸

Der freiheitlich-demokratische Staat kann sich vor seiner Verantwortung auch im Internet nicht drücken. Es gibt unübersehbaren Handlungsbedarf, „da der Cyberspace von der Politik bis dahin größtenteils sich selbst überlassen wurde und die Netzgemeinde selbst zu fragmentiert ist, um die Integrität der ‚demokratischen Grundordnung‘ des Netzes zu verteidigen.“⁴⁹ Dies gilt nicht nur gegenüber den inneren Bedrohungen, sondern auch in der Verteidigung gegen die Gefahren, die die freiheitliche Demokratie von außen bedrohen.

18. Cyberwar

„Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhand genommenen (engeren oder weiteren) Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass die Rechtsverletzung an einem Platz der Welt von allen gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.“

Immanuel Kant (1724–1804), Philosoph ⁵⁰

Wegen seines grenzüberschreitenden Charakters gilt das Internet vielen als Weg zu jenem „ewigen Frieden“, den Immanuel Kant dort erhoffte, wo „die Rechtsverletzung an einem Platz der Welt von allen gefühlt wird“ und deshalb unwahrscheinlicher wird. Es gab von Anfang an die „schöne Utopie zu glauben, das Internet erhöhe automatisch den friedensbringenden Impetus der Weltöffentlichkeit“.⁵¹ Aber zugleich war das Internet seit seiner Entstehung „Waffe und Zielscheibe“⁵² in Konflikten jeglicher Art. Schon 1993 hatten John Arquilla und David Ronfeldt vom amerikanischen Think-Tank RAND-Cooperation dies im Artikel „Cyberwar is coming“ auf einen treffenden Begriff gebracht. 1996 folgte ihr Aufsatz „The Advent of Netwar“.⁵³

Viren-Angriffe

Mit diesen Begriffen wird eine Form der Auseinandersetzung im Cyberspace beschrieben, die der Anwendung von physischer Gewalt entspricht, weil sie nicht überzeugen, sondern vernichten will und den Gegner so zum Feind macht. Beim „Cyberwar“ wird das Netz genutzt, um bei diesem Feind „Teile der Infrastruktur zu stören, zu blockieren oder die Kontrolle darüber zu erlangen.“⁵⁴

So wird die legitime Ebene der von gegenseitigem Respekt bestimmten Debatte verlassen, und es werden Mittel eingesetzt, die in der Offline-Welt vom staatlichen Gewaltmonopol des demokratischen Staates unterbunden werden, um die Schwächeren vor dem Faustrecht der Starken zu schützen. „Der IT-Einsatz hat bereits das ansonsten streng gehütete staatliche Gewaltmonopol ausgehöhlt.“⁵⁵

Im Internet lässt sich entsprechend der grenzüberschreitenden Struktur des Mediums die übliche Unterscheidung zwischen nationalen und internationalen Konflikten kaum anwenden. Am Cyberwar beteiligen sich die unterschiedlichsten Akteure von Einzelpersonen, über private Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Staaten. Das Internet ist dabei nicht nur Forum, sondern auch Gegenstand der Auseinandersetzung.

Im Internet wird um die Herrschaft über das Internet gekämpft. Virtuelle Kampfhandlungen sind dabei fast immer subversive Aktionen: weder gibt es eine offizielle Kriegserklärung des Cyberwar noch minimale Regeln für die Austragung der Konflikte, auf die man sich in der realen Welt etwa in den Haager Konventionen geeinigt hat.

Wie in der realen Welt finden auch virtuelle Gewaltaktionen teilweise unter dem Deckmantel der „Gewaltfreiheit“ statt, setzen aber tatsächlich auf das Faustrecht des Stärkeren und das ganze Repertoire von der Nötigung bis zum Versuch der Vernichtung. Nicht selten wird dabei

als hinzunehmende Spielerei verbrämt, was tatsächlich brutaler Zwang gegenüber Schwächeren oder Unbeteiligten ist.

Erste und bis heute am weitesten verbreitete Waffe im Cyberwar sind Computerviren bzw. -würmer, die seit Mitte der 1980er Jahre ihr Unwesen treiben. Zum ersten Mal wurde der Begriff ‚Virus‘ im Sinne eines Programms zur Infizierung von Computern 1972 in den Science-Fiction-Erzählung „When H.A.R.L.I.E was one“ von David Gerrold erwähnt. Es geht darin um eine Maschine mit künstlicher Intelligenz namens H.A.R.L.I.E (*Human Analog Life Input Equivalents*), die sich dagegen wehrt, abgeschaltet zu werden.

Zunächst handelte es sich bei Computerviren um Versuche, mit denen Computer-Hacker quasi in Robin-Hood-Manier die Schwäche der Software großer Unternehmen wie Microsoft offen legen wollten. Dies geschah freilich von Anfang an auf Kosten zahlreicher Privatanutzer, die solche Software einsetzen. Inzwischen ist die „Anti-Viren-Software“ ein unverzichtbarer Bestandteil jedes PC. Immerhin 43 Prozent aller Internetnutzer ab vierzehn Jahren haben in Deutschland schon einmal erlebt, dass ihr Computer infiziert wurde.⁵⁶

Computerviren wurden aber auch schon früh ausdrücklich geschrieben, um politische Nachrichten zu transportieren: der „Den Zuk“-Virus richtete sich gegen Ronald Reagan und Margaret Thatcher und ein „Dukakis“-Virus wurde schon vor der Präsidentschaftskandidatur des Gouverneurs von Massachusetts 1988 geschrieben. Der „Evil-Empire“-Virus forderte 1990 das Ende der nach mehreren Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates von 22 Nationen unter Führung der USA begonnenen Militäroperation Desert Storm gegen Saddam Hussein, nach dessen Einmarsch in Kuwait. Der „Wank“-Virus (*Worms Against Nuclear Killers*) verbreitete sich 1989 vor allem in der NASA.

Auch solche politisch motivierten Computerviren schädigen vor allem unbeteiligte Dritte und bleiben in den Netzwerken dann noch aktiv, wenn der Grund ihrer Verbreitung längst entfallen ist: „Using a virus as a form of political expression is more an act of terrorism than a sophisticated political statement. Rather than garnering sympathy from a selected audience, it is likely to antagonize potential supporters. As an act of terrorism, its ethical nature should be obvious.“⁵⁷

Ob politisch motiviert, von krimineller Energie getrieben oder lediglich aus Spieltrieb entstanden – Computerviren schädigen am ehesten private Nutzer des Internets: Im Jahr 2000 legte der „I-Love-You“-Virus viele Computer lahm, deren Nutzer eine Mail mit dieser verlockenden Betreffzeile geöffnet hatten. 2002 änderte die Bundesregierung die Telekommunikationskundenschutzverordnung, um den sogenannten „0190-Dialern“ Einhalt zu gebieten, die schwer erkennbare teure Einwahlprogramme ins Internet auf Computern installierten. Schon seit 1991 gibt es das „Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik“ in Bonn, das sich um Aufklärung und Prävention kümmert, Ansprechpartner für Behörden ist und nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 auch besondere Kompetenz in der Abwehr von IT-Gefährdungslagen erwarb.⁵⁸

Jüngstes Beispiel für den Einsatz eines Computervirus ist der Virus „Stuxnet“, dessen hohe Komplexität Urheber im staatlichen Bereich vermuten lässt. Bei einer Anhörung des US-Senats in Washington wurde Ende 2010 mitgeteilt, dass insgesamt 44.000 Infektionen mit diesem Computervirus bekannt wurden, der in der Lage ist, in Computersysteme zur Steuerung von Industrieanlagen einzudringen. Sechzig Prozent der infizierten Anlagen stehen im Iran, gegen dessen Atomprogramm sich der Virus mutmaßlich richtet. Sicherheitsexperten warnen allerdings davor, dass

Abwandlungen des Virus „von der Herstellung von Chemikalien bis zur Babynahrung“ überall eingesetzt werden könnten.⁵⁹

System-Blockaden

Eine andere Form des Faustrechts im Internet wird ver harmlosend als „virtuelle Sitzblockade“ bezeichnet. Als erstes Beispiel für solche Aktionen gilt der „Netstrike“, den am 21. Dezember 1995 das „StramoNET“ aus Florenz als eine neue Form des politischen Protests im Internet initiierte: Aus Protest gegen französische Atombombentests sollten möglichst viele Netznutzer einem E-Mail-Aufruf folgen und zwischen 18 und 19 Uhr den Webserver der französischen Regierung möglichst oft anklicken, um mit der Masse ihrer Anfragen eine Art Verkehrsstau im Netz zu erzeugen.

Auch wenn diese Art der Netzblockade in der Netzgemeinde durchaus umstritten war, begannen sich solche Attacken schnell zu verbreiten. Animiert von den Aktionen der mexikanischen Zapatistas im Netz entwickelte in den USA das „Electronic Disturbance Theater“ eine „Floodnet“-Software für solche „virtuellen Sitzblockaden“ und setzte sie gegen mexikanische Finanzinstitutionen ein. „Die mexikanische Regierung setzte eigene Hacker ein, die mittels eigener Javascripts die Browser der Angreifer abstürzen ließen.“⁶⁰

Schon 1994 hatte die Scientology-Sekte ähnliche Mittel eingesetzt, als sie missliebige Berichte durch Überflutung kritischer Newsgroups mit eigenen Beiträgen ausschalten wollten.⁶¹

1998 kam es zu Attacken gegen die Webseiten des mexikanischen Präsidenten, die Frankfurter Börse und das Pentagon. In Großbritannien organisierten sogenannte „Elec-

trohippies“ virtuelle Blockaden gegen die Webseiten der Welthandelsorganisation WHO. Auch die massenhafte Versendung sogenannter Spam-Mails wird gelegentlich als Protestform eingesetzt.⁶²

In der Fachwelt werden solche Angriffe auf einen Rechner, einen Server oder ganze Netzwerke durch massenhaften sinnlosen Datenverkehr als „Denial-of-Service“-Angriffe (DoS) bezeichnet.⁶³ Sie gehören inzwischen wie die Blockadeaktionen in der realen Demonstrationswelt zum Standardrepertoire aggressiver Netzauseinandersetzungen und werden von Gruppen unterschiedlichster politischer Herkunft eingesetzt. Im Sommer 2010 attackierten beispielsweise Rechtsextremisten auf diese Weise die Internetseiten der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Als „erste deutsche Online-Demonstration“ dieser Art kann die Kampagne gegen die Lufthansa wegen der Bereitstellungen von Flügen zur Abschiebung von Ausländern gelten, die parallel zur Lufthansa-Aktionärsversammlung am 20. Juni 2001 die Server der Fluggesellschaft lahmzulegen versuchte: „Von mehr als 13.000 Rechnern wurde die Demonstrations-Software gestartet und erzeugte innerhalb von zwei Stunden 1,2 Millionen Hits auf dem Lufthansa-Server.“ Das erhoffte breite Medienecho blieb nicht aus, allerdings scheiterte der Versuch der Initiatoren, die „Online-Demonstration als ordentliche Versammlung anzumelden“. Das Kölner Ordnungsamt beschied, das Versammlungsrecht gehe „von einer physischen Versammlung im öffentlichen Raum (...) aus. Eine virtuelle Demonstration ist daher meines Erachtens nicht vorgesehen.“⁶⁴

Es lassen sich viele weitere Beispiele für solche Internetangriffe nennen. Im Jahr 2000 machten beispielsweise Hacker-Attacken gegen Unternehmen wie Yahoo, Amazon oder Ebay Schlagzeilen. Im Bundesinnenministerium wurde daraufhin eine Task-Force gegen solche „Denial-of-Ser-

vice“-Angriffe eingerichtet. Dabei geht es um die Durchsetzung quasi des virtuellen staatlichen Gewaltmonopols, denn solche privaten virtuellen Blockaden unterlaufen eindeutig die für die freiheitliche Demokratie konstitutive friedliche Konfliktregelung und nehmen für sich das Recht des – in diesem Fall virtuell – Stärkeren in Anspruch.

Eine andere Form des Cyberwar ist die ‚Datenentführung‘. Eine solche Datenentführung in größerem Stil warf zum Beispiel im November 2010 eine Kommission des US-Kongresses der chinesischen Regierung vor, weil im April achtzehn Minuten lang der Internetverkehr vieler amerikanischer Regierungsbehörden über chinesische Server geleitet worden war.⁶⁵ Rechtsextremisten griffen zu ähnlichen Mitteln, als sie im Sommer 2010 Besucher der Internetseite der Gedenkstätte Buchenwald auf eine Seite von Holocaust-Leugnern umleiteten.⁶⁶

Der Einsatz von Fake-Websites, die von Internet-Kriminellen etwa zur illegalen Abfrage von Bankdaten genutzt werden, ist gerade im rechtsextremistischen Bereich ein beliebtes Mittel der Irreführung. So verbirgt sich zum Beispiel hinter der scheinbar seriösen Adresse *martinluther-king.org* eine rassistische Webseite, die etwa für Schüler und Studenten nicht als solche auf Anhieb erkennbar ist.

Demokratische Staaten unter Beschuss

Internetangriffe können sich auch gegen Staaten richten und freiheitliche Demokratien sind hier wegen der Offenheit ihrer Gesellschaften leichtere Ziele als totalitäre Diktaturen. Wo die Angreifer als Staaten mit den Möglichkeiten ihrer großen Apparate und Ressourcen vorgehen können, erhöht sich dabei auch die Schlagkraft der virtuellen Waffen des „Cyberwar“. Dazu gehören auch in solchen zwischenstaatlichen Konflikten sich selbst reproduzierende Compu-

terviren, Softwaremanipulationen (logische Bomben) und Ausspähungen (Trojaner), gezielte Datenverstopfung (jamming), aber auch das Lahmlegen von Computersystemen durch bestimmte Schwingungen und Frequenzen.⁶⁷ Freilich gilt auch für den Cyberwar: „Kein digitaler Angriff oder Krieg ohne realen Zündstoff.“⁶⁸

Inzwischen gehören Cyber-Attacken gegen demokratische Staaten zum Internet-Alltag. So wurden beispielsweise schon 1999 im Kosovo-Krieg gezielte Attacken auf NATO-Webseiten gemeldet.⁶⁹ Im Frühjahr 2007 kam es bei den Auseinandersetzungen zwischen estnischer Mehrheit und russischer Minderheit um ein sowjetisches Kriegerdenkmal mit drei Wochen andauernden Hackerangriffen auf offizielle Regierungsserver Estlands zu „einem der ersten koordinierten Computerangriffe auf einen souveränen Staat“⁷⁰. Nach drei Jahren entdeckte man die Quelle des Angriffs in Russland.

2009 meldete die israelische Regierung während einer Operation gegen die terroristische Hamas im Gazastreifen einen besonders schweren Cyber-Angriff gegen mehrere Webseiten von Regierung und Armee von vermutlich mehr als einer halben Million Computern mit fünfzehn Millionen Spam-Mails pro Sekunde.⁷¹

Die NATO registriert inzwischen täglich etwa tausend Hackerangriffe auf ihre Rechner und sieht in solchen Cyber-Attacken nach der Gefahr terroristischer Anschläge und dem Phänomen „failed states“ die dritte Gefährdung der globalen Sicherheit. Als Reaktion darauf arbeitet seit 2008 in Estland das von den NATO-Staaten Estland, Deutschland, Italien, Lettland, Litauen, Slowakei und Spanien gegründete „Co-operative Cyber Defence Center of Excellence“ (CCDCOE) mit allerdings bisher nur dreißig Mitarbeitern.

Auch Deutschland war bereits Angriffsziel aus dem Cyberspace: Im Juni 2004 waren drei Tage lang mehrere Bundesministerien durch massive Bombardierung mit E-Mails

faktisch vom Internet abgeschnitten. Der Verfassungsschutz registrierte 2009 insgesamt 1600 Attacken auf das Regierungsnetz, 2010 „mehr als 2000. Hauptziel ist das Auswärtige Amt. Das Vorgehen der Angreifer ist genau berechnet. (...) Fast alles kommt aus China (...) ein Land, dessen Armee nach Geheimdienstinformationen 30.000 Leute für Internetangriffe abgestellt hat.“⁷²

Im Februar 2011 veröffentlichte der Bundesinnenminister eine Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland und kündigte in diesem Rahmen die Einrichtung eines Cyber-Abwehrzentrums und die Bildung eines nationalen Cyber-Sicherheitsrates an. In der Analyse heißt es: „Angriffe auf Informationsinfrastrukturen sind in den letzten Jahren immer zahlreicher und komplexer geworden; gleichzeitig ist eine zunehmende Professionalisierung zu verzeichnen. Ihren Ursprung haben Cyber-Angriffe sowohl im In- als auch im Ausland. Die Offenheit und Ausdehnung des Cyber-Raums erlauben es, verschleierte Angriffe durchzuführen und dabei verwundbare Opfersysteme als Werkzeug für Angriffe zu missbrauchen. (...) Kriminelle, terroristische und nachrichtendienstliche Akteure nutzen den Cyber-Raum als Feld für ihr Handeln und machen vor Landesgrenzen nicht halt. Auch militärische Operationen können hinter solchen Angriffen stehen.“⁷³

Man schätzt, dass inzwischen mehr als dreißig Staaten zu derartigen Cyber-Attacken fähig sind. In der elektronischen Kriegsführung gilt dabei eine völlig neue „doppelte Asymmetrie“⁷⁴. Nicht nur lässt sich durch gezielte Aktionen relativ schwacher – auch nichtstaatlicher – Gegner technologische Überlegenheit wirksam schwächen, sondern zugleich macht eben diese meist mit einer hohen Internetabhängigkeit einhergehende technologische Überlegenheit besonders verwundbar.

Daraus ergeben sich auch völlig neue Fragestellungen des Völkerrechts: Ist beispielsweise der Angriff auf staatli-

che Kommunikationssysteme oder eine staatliche Datenbank eine kriegerische Handlung im Sinne des „bewaffneten Angriffs“ von Artikel 51 der UN-Charta mit dem daraus folgenden Recht der Selbstverteidigung?

Zu den neuartigen Bedrohungen mit denen sich gerade demokratische Staaten in diesem Zusammenhang auseinandersetzen müssen, gehört auch die über das Internet erheblich vereinfachte und neuartige Form der Spionage. Mit sogenannten „Osint“-System (*Open Source Intelligence*)⁷⁵ werden in der Art von Suchmaschinen öffentlich zugängliche Massendaten aus dem Internet gesammelt und analysiert. Diese Methode spielt nicht nur bei den Nachrichtendienste eine große Rolle, sondern auch in der Wirtschaftsspionage.

Eine besondere Waffe ist auch die gezielte Veröffentlichung vertraulicher Dokumente, die im Internetzeitalter sowohl leichter gestohlen als auch leichter verbreitet werden können. In freiheitlichen Demokratien befindet sich der Geheimnisschutz in einem natürlichen Spannungsverhältnis mit dem Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit. Die Veröffentlichung vertraulicher staatlicher Informationen gehört deshalb in demokratischen Staaten zu den ebenso regelmäßigen wie umstrittenen Erfahrungen. Wann geht es hier um Geheimnisverrat, der die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden könnte, und wann um die Selbstreinigungskräfte, die eine Demokratie auszeichnen, weil sie nur in ihr zur Entfaltung kommen können? „Watergate“ oder „Spiegel-Affäre“ sind hier nur zwei prominente Stichworte. Es überrascht also nicht, dass sich die Tradition des Enthüllungsjournalismus auch des Internets bedient, etwa als am 15. Mai 1999 auf einer englischen Website eine Liste von britischen Geheimdienstagenten veröffentlicht wurde.⁷⁶

Eine neue Qualität bekommen solche Enthüllungen freilich im Internet, weil mit „Wikileaks“ seit 2007 eine

Internetplattform agiert, deren vornehmlicher, wenn nicht gar einziger Zweck die Veröffentlichung geheimer Unterlagen aus Politik und Wirtschaft ist, die ihr von anonymen sogenannten „Whistleblowern“ zugespült werden.

Sich davor zu schützen ist für freiheitliche Gesellschaften fast unmöglich. Nach Schätzungen amerikanischer Medien haben in den USA ca. 2,5 Millionen Menschen Zugang zu *Secret*-Dokumenten, und 854.000 Menschen zu Dokumenten der Kategorie *top secret*. Einer von ihnen war als mutmaßlicher Wikileaks-Informant ein 23-jähriger im Irak stationierter US-Soldat: „Ich kam mit einer CD mit Musik von Lady Gaga herein und tat so, als ob ich den Song ‚Telephone‘ mitsingen würde, während ich den wahrscheinlich größten Datenklau in der amerikanischen Geschichte beging.“⁷⁷

Die politischen Auswirkungen der Veröffentlichung der so in ihren Besitz gekommenen Dokumente aus dem amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium durch Wikileaks im Herbst 2010 haben das Problem verdeutlicht. Dabei kam es auch zu einer Eskalation durch wechselseitige „Denial-of-Service“-Angriffe. Einerseits gab es Versuche, die Webseiten von Amazon, Mastercard, Visa oder Paypal lahmzulegen, weil sie Wikileaks ihre Unterstützung entzogen. Andererseits wurde die Hauptseite von Wikileaks ebenfalls attackiert.⁷⁸ Teilweise spielt sich hier ein „Internet-Cyberwar“ zwischen einer digital hochgerüsteten staatlichen IT-Fraktion und einer ebenso bis an die Zähne mit Daten bewaffneten subversiv-autonomen IT-Intelligentia⁷⁹ ab.

Für freiheitliche Demokratien ergibt sich durch die systematische Veröffentlichung vertraulicher Daten eine Herausforderung, die der Gefährdung der Privatsphäre des Einzelnen durch das Netz entspricht. „Staaten haben keine Privatsphäre, sie haben Geheimnisse.“⁸⁰

Eben hier setzt Wikileaks an. Dazu heißt es in der Selbstbeschreibung der Plattform: „We provide an innovative, secure and anonymous way for sources to leak information to our journalists (our electronic drop box). One of our most important activities is to publish original source material alongside our news stories so readers and historians alike can see evidence of the truth.“

Betrieben wird Wikileaks inzwischen von der Firma „Sunshine Press Productions“, die Wikileaks-Gründer Julian Assange mit zwei isländischen Journalisten in Island gegründet hat. Ausschlaggebend für diese Standortwahl war die seit Mitte 2010 auf der Insel geltende Mediengesetzgebung, an deren Erarbeitung Assange selbst beteiligt war.⁸¹ Wikileaks bezeichnet sich zwar selbst als Non-Profit-Organisation, dies ist aber angesichts der mangelnden Transparenz der Finanzen nicht nachprüfbar.⁸²

Zu den von Wikileaks veröffentlichten internen Materialien gehörten zum Beispiel 2009 die 2002 zwischen dem Unternehmen Toll-Collect und der Bundesregierung geschlossenen Maut-Verträge und immer wieder interne Papiere aus dem US-Militär. Weltweite Aufmerksamkeit erreichte die Plattform, als sie im April 2010 unter dem Titel „Collateral Murder“ ein 2007 aus einem US-Kampfhubschrauber im Irak aufgenommenes Militär-Video veröffentlichte, das zeigt, wie bei dem Hubschrauber-Angriff auch Zivilisten beschossen wurden. Bei YouTube wurde das Video bis Mai 2010 über sechs Millionen Mal abgerufen.

Insgesamt ist die Plattform völlig auf ihren Gründer Julian Assange ausgerichtet und verweigert sich in ihren Strukturen der Transparenz, die sie von anderen einfordert. Assange ist dabei von einem eigenen Sendungsbewusstsein getrieben: „He had come to understand the defining human struggle not as left versus right, or faith versus reason, but as individual versus institution. (...) he believed that truth, creativity, love, and compassion are corrupted by institu-

tional hierarchies, and by ‚patronage networks‘ – one of his favorite expressions – that contort the human spirit. (...) He argued that, when a regime’s lines of internal communication are disrupted, the information flow among conspirators must dwindle, and that, as the flow approaches zero, the conspiracy dissolves. Leaks were an instrument of information warfare.“⁸³

Das Wikileaks-Logo ist eine Sanduhr: „Oben die von dunklen Mächten beherrschte Erde, aus der es Informationen tröpfelt, unten die aufgeklärte Wikileaks-Welt, in der alle Informationen öffentlich sind (...). Das Ende des Prozesses ist die vollständige helle Welt. Eine Welt der Aufklärung, der Transparenz, des Wissens, der Gerechtigkeit, heißt es pathetisch.“⁸⁴

Dabei macht sich Wikileaks den technologischen Fortschritt gleich doppelt zunutze: „Dass Informationen praktisch nur noch digital verarbeitet werden, dass Datenträger zum Herausschmuggeln praktisch überall verfügbar sind, ist die eine Seite (...). Die andere Seite ist, dass mit dem Internet eine globale Informationsverteilungs-Infrastruktur existiert, die Anonymität und Geschwindigkeit mit unschlagbar niedrigen Kosten vereint.“

Freiheitliche Demokratien müssen lernen, besser mit solchen Herausforderungen umzugehen: „Als Erstes gilt es herauszufinden, wie man mit wesentlich weniger Geheimnissen effektiv regieren kann. Der schiere Umfang dessen, was heute sinnloser Weise als schutzwürdig gilt, macht es unmöglich, Leaks zu verhindern. (...) Regieren unter den Bedingungen der digitalen Transparenz – die die Sicherheitsbehörden ja den Bürgern so gern verordnen – ist die Herausforderung für das nächste Jahrzehnt.“⁸⁵

Der „langsame Abschied vom ‚Amtsgeheimnis‘“⁸⁶ liegt in der Natur des Internets. Die Wikileaks-Veröffentlichungen haben gezeigt, dass der Schutz der Vertraulichkeit umso schwerer zu gewährleisten ist, je mehr Themen und

Menschen er umfasst. Wehrhafte Demokratie bedeutet hier zunächst, die Grenzen für das schutzwürdige Staatsgeheimnis enger zu ziehen, um es besser schützen zu können. Je häufiger staatliche Verwaltungen die oft inflationär gebrauchte Einstufung „Vertraulich – Nur für den Dienstgebrauch“ einsetzen, umso weniger können sie das tatsächlich notwendig Vertrauliche wirklich schützen.

Zugleich hat der demokratische Staat aber eine wichtige Verantwortung bei der Gewährleistung der Netzsicherheit, d. h. beim Schutz von Daten, Leitungen und Systemen: „Wenn das Internet zur allgegenwärtigen Infrastruktur unseres Lebens wird, so wird die Frage, wem die Infrastruktur gehört und wer den Zugang zu ihr kontrolliert, zum Schauplatz einer entscheidenden Schlacht für die Freiheit.“⁸⁷

19. Bürgerpflicht und politische Verantwortung

„Ein freier, denkender Mensch bleibt da nicht stehen, wo der Zufall ihn hin stößt.“

Heinrich von Kleist (1777–1811),
Dramatiker und Lyriker⁸⁸

Das Internet ist ein ebenso faszinierendes wie ambivalentes Medium. Es eröffnet dem Einzelnen als Freiheitsmedium fast unbegrenzte Möglichkeiten der ungehinderten Informationsbeschaffung und Meinungsäußerung. Zugleich ermöglicht es in ebenso unbegrenztem Umfang den Missbrauch dieser Freiheit auf Kosten Anderer. Das Internet „wäre ein ideales Medium der Persönlichkeitsentfaltung, wenn immer nur verantwortlich mit ihm umgegangen würde“⁸⁹.

Individualverantwortung

Das Internet ist vor allem und in besonderem Maß ein Individualmedium, dessen Gebrauch oder Missbrauch vom Verhalten des Einzelnen abhängt. Das gilt umso mehr als „das Handeln im Internet (...) auf einer sehr unsicheren Normengrundlage“ steht und zudem „virtuelle Gemeinschaften äußerst unkenntlich und zerbrechlich“⁹⁰ sind. Das Time-Magazin hat deshalb 2006 den Titel „Persönlichkeit des Jahres“ zu Recht an „Sie“, den Internetnutzer verliehen: „Ja, Sie. Sie kontrollieren das Informationszeitalter. Willkommen in Ihrer Welt.“⁹¹

Die 1999 als parteien- und branchenübergreifendes Netzwerk von rund 200 Mitgliedsunternehmen und -insti-

tutionen sowie politischen Partnern aus Bund, Ländern und Kommunen gegründete „Initiative D21“ beschrieb 2010 als Säulen einer „digitalen Gesellschaft“ einerseits Infrastruktur, Kompetenz und Wissen und andererseits Nutzungsintensität, Nutzungsvielfalt und Einstellungen. Zu Recht heißt es dann: „Je mehr Wissen, Kompetenz und Infrastruktur (...) vorhanden ist, umso besser ist das digitale Potenzial zu bewerten. Einstellungen und Nutzung sind hingegen differenzierter und neutraler zu betrachten. Denn sicherlich ist eine offene Einstellung digitalen Medien gegenüber sowie ein maßvoller Umgang mit diesen äußerst positiv zu bewerten, bei einer übermäßigen Nutzung und unreflektierten Einstellungen kann diese Dimension jedoch auch ins Negative umschlagen.“⁹²

In diesem Sinn appelliert der Internetkenner und amerikanische Informatiker Jaron Lanier in seinem 2010 erschienen Buch „You Are Not A Gadget“ an die Kreativität und Verantwortung des Einzelnen und warnt davor, sie den technischen Zwängen und Versuchungen unterzuordnen:

- „Don’t post anonymously unless you really might be in danger.
- If you put effort into Wikipedia articles, put even more effort into using your personal voice and expression outside of the wiki to help attract people who don’t yet realize that they are interested in topics you contributed to.
- Create a website that expresses something about why you are that won’t fit into the template available to you on a social network site.
- Post a video once in a while that took you one hundred times more to create than it takes to view.
- Write a blog post that took weeks of reflection before you heard the inner voice that needed to come out.
- If you are twittering, innovate in order to find a way to describe your internal state instead of trivial external events, to avoid the creeping danger of believing that ob-

jectively described events define you, as they would define a machine.“⁹³

Die freiheitliche Demokratie setzt auf diese Verantwortung des Einzelnen, aber sie kann sich angesichts der Unvollkommenheit und Fehlerhaftigkeit der Menschen nicht alleine darauf verlassen. Gefragt sind auch politische Entscheidungen, die die Freiheit des Internets garantieren und zugleich sicherstellen, dass sie ihre Grenzen dort findet, wo die Grundlagen der Freiheit in Frage gestellt werden. Freiheit ist nicht grenzenlos, sie muss an Werte gebunden bleiben.

Der britische Historiker Timothy Garton Ash fasste die Alternativen, die sich für den Bürger in der freiheitlichen Demokratie im Blick auf den Umgang mit dem Internet stellen, zutreffend zusammen: „(1) Der Staat, in dem ich lebe, entscheidet, was ich sehen kann und was nicht – und das ist auch gut so. (2) Die Großunternehmen, auf die ich mich verlasse (Google, Yahoo, Baidu, Microsoft, Apple, China Mobile und so weiter), suchen aus, was ich sehe – und das ist auch gut so. (3) Ich will die Freiheit haben, alles zu sehen, was ich möchte. Unzensurierte Nachrichten von überall her, alle Literatur der Welt, Manifeste aller Parteien und Bewegungen, dschihadistische Propaganda, Anleitungen zum Bombenbasteln, intime Details aus dem Privatleben anderer Leute, Kinderpornografie – alles sollte frei erhältlich sein. Und dann entscheide ich, was ich mir anschau. (4) Jeder sollte die Freiheit haben, alles zu sehen – mit Ausnahme jener wenigen Dinge, die aufgrund klarer, ausdrücklicher und weltweit geltender Regeln nicht zugänglich sind. Die Aufgabe von Staaten, Unternehmern und Netzbürgern bestünde dann darin, diese internationalen Normen durchzusetzen.“

Garton Ash plädiert mit Nachdruck dafür, eine Debatte über diese Normen zu führen: „Wenn wir diese Debatte nicht führen – und zwar bald –, dann werden wir auf dem Computerbildschirm die Folgen eines Machtkampfes zwi-

schen mehreren Beteiligten zu sehen bekommen: zwischen der althergebrachten Macht des Staates, in dem wir gerade leben, der neuartigen Macht gigantischer Informationsunternehmen, der subversiven Kraft modernster Informationstechnologien und dem Einfallsreichtum einzelner Netzbürger.“⁹⁴

Insgesamt lässt sich die Auffassung aus der Gründerzeit des Internets nicht mehr aufrechterhalten, wonach Regeln im Netz weder erwünscht noch durchsetzbar sind. „Der Mythos vom sich selbst regierenden und verwaltenden Internet rührt von Strukturen her, die aus der Frühzeit des Mediums stammen und heute allenfalls noch im Bereich der technischen Weiterentwicklung des Netzes bestehen.“⁹⁵

Schon im Februar 1997 verabschiedete eine von der Hubert-Burda-Stiftung ausgerichtete Konferenz „Internet und Politik“ eine „Münchener Erklärung“, die zur Zivilisierung des Cyberspace aufrief. Dort heißt es u. a.: „Entscheidend für den Erfolg der Informationsgesellschaft ist die Bereitschaft der Bürger, die kommenden Veränderungen nicht nur hinzunehmen, sondern aktiv an ihrer Ausgestaltung mitzuwirken. (...) Die neuen Kommunikationsmedien bergen Risiken in sich: individuelle Freiheitsgewinne können in verantwortungslosen Individualismus umschlagen und zu manipulativen Kommunikationsverzerrungen führen.“⁹⁶

Netzpolitik und Enquetekommission des Bundestages

Eine politische Verantwortung für das Internet lässt sich also gerade in der freiheitlichen Demokratie nicht leugnen. Sie ist die andere Seite der öffentlichen Debatte, ohne die diese folgenlos bleiben würde.

Dabei geht es nicht um Politik im Netz, sondern um „Netzpolitik“ im Sinne politischer Entscheidungen über das Internet. Während Politik im Netz eines der zahllosen

Angebote im Internet ist, das dort eher eine Randexistenz führt, geht es bei Netzpolitik um das Internet und seine Nutzer insgesamt, im Wesentlichen um „rechtliche Normsetzung und zielorientierte Technikgestaltung“⁹⁷.

So war es ein wichtiger netzpolitischer Eingriff, als die Regulierungsbehörde im sogenannten „Flatrate-Streit“ gegen die Telekom entschied, als diese sich zunächst heftig gegen solche Flatrates wehrte. Sie werden deshalb erst seit dem Jahr 2000 angeboten.⁹⁸

Die Entscheidung für Flatrates gehörte ebenso zu den wichtigen politischen Entscheidungen einen breiteren Internetzugang zu ermöglichen, wie es Verantwortung des demokratischen Staates ist, dafür zu sorgen, dass der Internetzugang nicht an einer fehlenden Infrastruktur etwa bei der Bereitstellung entsprechender Leitungen und Frequenzen scheitert.

Aber dem politischen Einfluss bei der Überwindung der sogenannten Digitalen Spaltung sind auch Grenzen gesetzt. Schon die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ 1998 stellte zu Recht fest: „Die politische Zielvorstellung, möglichst vielen Bürgern den Zugang zu modernen Medien zu ermöglichen, muss in erster Linie durch den Nutzen der neuen Dienste selbst erreicht werden.“⁹⁹

Für die Zukunft lauten die wichtigsten netzpolitischen Stichworte Netzneutralität, Urheberrecht, Datenschutz/Persönlichkeitsrechte und Medienkompetenz. Das sind jedenfalls die Themen der Projektgruppen, die die am 4. März 2010 auf Antrag von der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Grüne vom Deutschen Bundestag einstimmig beschlossene Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zunächst eingesetzt hat. Bis Sommer 2012 sind weitere acht Projektgruppen geplant, und zwar zu den Themen: Demokratie und Staat;

Internationales und Internet Governance; Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz; Wirtschaft, Arbeit und Green IT; Interoperabilität, Standards, Open Source; Kultur, Medien, Öffentlichkeit; Bildung und Forschung; Verbraucherschutz.

Der Enquetekommission gehören siebzehn Bundestagsabgeordnete und siebzehn Experten an. Sie soll – wie es im Beschluss des Deutschen Bundestages heißt – „bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 17. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können.“¹⁰⁰

Der Deutsche Bundestag kommt damit seiner politischen Verantwortung für das Internet nach, denn so der Beschluss des Parlaments zur Einsetzung der Enquetekommission: „Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen, denn gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt.“¹⁰¹

Welche politischen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, wird sicherlich Gegenstand einer intensiven politischen Debatte bleiben und hoffentlich noch stärker werden. Bei allen teilweise noch erheblichen Meinungsunterschieden über Umfang und Umsetzung der notwendigen Regulierungen, ist ein Konsens darüber nötig, dass Verletzungen der Menschenwürde und Angriffe auf die Grundwerte der Demokratie auch im Internet nicht toleriert werden dürfen.

Dabei müssen die Rechte und Pflichten des Grundgesetzes auch im Internet gelten und durchgesetzt werden, und zwar gegenüber Anbietern und Nutzern. Zum Grundrechtsschutz gehören über Artikel 1 und 20 hinaus insbesondere die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG), die Rundfunk- und Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG), die Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 GG), das Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG),

die Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG), die Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), der Schutz des Eigentums (Art. 14 GG) und der Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3.¹⁰²

Es ließe sich insbesondere auf Grundlage dieses Grundrechtsschutz nicht begründen, warum online erlaubt sein soll, was offline verboten ist. Die freiheitliche Demokratie muss gegenüber ihren Feinden auch im Cyberspace wehrhaft sein. „Es darf keine Anarchie im Internet geben, denn sie bedeutet nicht Herrschaftsfreiheit, wie einige meinen, sondern die Aufgabe elementarer Standards des sozialen Miteinanders.“¹⁰³

Hier ist der einzelne demokratische Bürger ebenso gefordert wie die demokratische Gesellschaft insgesamt.

20. Freiheit braucht Verantwortung – Zwanzig Thesen zum Umgang mit dem Internet

„Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.“

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
vom 10. Dezember 1948 (Artikel 30)¹⁰⁴

Entscheidend für den verantwortlichen Umgang des Einzelnen mit den Freiheiten des Internets und für den politisch gebotenen Umgang mit dem Internet in der freiheitlichen Demokratie ist vor allem die Kenntnis des Mediums. Dabei sollte die nüchterne Betrachtung der Fakten jene vielfachen Klischees verdrängen, die sich rund um das Internet gebildet haben und von interessierter Seite gepflegt werden. „Sicher ist, dass das Internet nicht der Sieg des Projektes Aufklärung ist, sondern eine neue Herausforderung für die Aufklärung.“¹⁰⁵

In diesem Sinne gilt es, möglichst vielen Internetnutzer durch öffentliche Debatte und über die schulische und außerschulische Politische Bildung zu vermitteln und bewusst zu halten, was in den folgenden Thesen zur Internetkultur zusammengefasst ist:

1) Das Internet ist ein ebenso faszinierendes wie ambivalentes Medium. Es ist weder gut noch böse, sein Wert bestimmt sich nach dem Zweck, für den es eingesetzt wird.

Das Internet läutet weder den Untergang des Abendlandes ein noch führt es uns in ein Zeitalter der Erleuchtung. Es ist ein faszinierendes technisches Hilfsmittel, dessen Entwicklung in atemberaubender Dynamik und immer größer werdender Unübersichtlichkeit verläuft. Es zeichnet sich vor allem durch seine örtliche und zeitliche Ungebundenheit, seine Schnelligkeit und seine scheinbar unbegrenzte Speicherkapazität aus. Diese Eigenschaften zeigen nicht nur die Möglichkeiten des Internets zur Verbesserung und Erleichterung menschlichen Lebens, sondern beschreiben zugleich seine Ambivalenz durch die Möglichkeiten zum Missbrauch.

Das Internet ist auch weder per se demokratisch noch per se anti-demokratisch. Es bietet Chancen für die freiheitliche Demokratie, weil es dem Einzelnen als Freiheitsmedium fast unbegrenzte Möglichkeiten der ungehinderten Informationsbeschaffung und Meinungsäußerung bietet. Zugleich ermöglicht es in ebenso unbegrenztem Umfang den Missbrauch dieser Freiheit auf Kosten anderer. Deshalb bedarf das Internet eines Wertefundaments und Wertekorridors.

2) Die freiheitliche Demokratie stellt mit ihrem Bekenntnis zum Schutz der Menschenwürde, der Anerkennung der Mehrheitsregel bei Gewährleistung des Minderheitenschutzes und der Absage an das Faustrecht des Stärkeren durch das staatliche Gewaltmonopol das Wertefundament bereit, dem auch im Internet Geltung verschafft werden muss.

Dieser Minimalkonsens soll in der freiheitlichen Demokratie Vielfalt ermöglichen und sie zugleich gegen Anarchie sichern. Für die demokratische Ordnung ist diese Leitplanke genauso wichtig wie die Vermeidung der Gefahr, zuviel Konsens zu erwarten und damit Vielfalt zu erschweren. Auch im Internet bestehen beide Gefahren: Scheinbar gren-

zenlose Freiheit gefährdet den Grundkonsens, der gerade die Schwächeren schützt. In sich abgeschottete Internetwelten gefährden als geschlossene Echogesellschaften die Offenheit für das Andere und Neue. In der virtuellen Welt darf ebenso wenig wie in der realen Welt Wertefreiheit als Grundsatz akzeptiert werden, wenn man die freiheitliche Demokratie nicht gefährden, sondern schützen will.

3) Die Verankerung des Internets in der Bevölkerung muss realistisch eingeschätzt werden: Es ist weder Volkssport, noch dominiert es für die Mehrheit der Bürger den Alltag.

In der allgemeinen Interneteuphorie wird oft überschätzt, wie stark das Internet von den Bürgern tatsächlich genutzt wird. Wir haben es mit einer dreifachen digitalen Spaltung zu tun: Erstens ist nach wie vor ein Drittel der Bevölkerung mangels Zugang generell vom Internet ausgeschlossen. Zweitens nutzt ein Drittel derer, die einen Internet Zugang haben, die bestehende Zugangsmöglichkeit nur selten. Drittens nutzt nur ein Drittel der regelmäßigen Nutzer über einige vor allem passiv konsumierende Angebote wie den E-Mail-Abruf hinaus die interaktiven Möglichkeiten des Internets. Im Ergebnis kann allenfalls ein Fünftel der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre als aktive Nutzer des Social Web gelten. Dies hat auch damit zu tun, dass das Internet im Unterschied zum Konsummedium Fernsehen ein Aktivitätsmedium ist, dem deswegen natürliche Grenzen in der Erreichbarkeit aller Bürger und der Nutzung durch alle Bürger gesetzt sind.

4) Das Internet ist vor allem und in besonderem Maß ein Individualmedium, dessen Gebrauch oder Missbrauch vom Verhalten des Einzelnen abhängt.

Der Reiz und Vorteil des Internets ist für den Einzelnen seine inzwischen leichte Zugänglichkeit unabhängig von der Zugehörigkeit zu größeren oder kleineren Organisationen und

in der freiheitlichen Demokratie ohne Zugangskontrolle. Deshalb kann das Internet auch als Freiheitsmedium gelten, das dem Impetus der freiheitlichen Demokratie entspricht, die die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt. Jedermann kann dort auch als Autor seine Meinung für andere sichtbar äußern und dafür werben.

Zugleich ist der Internetnutzer im Netz zunächst auf sich allein gestellt: praktisch alles, was er dort tut, obliegt völlig seinen eigenen Entscheidungen ohne die in der realen Welt oft vorhandene soziale Kontrolle durch die Mitbürger. Umso wichtiger ist es, den einzelnen Internetnutzer über die Möglichkeiten und Gefahren des Internets zu informieren, denn das Internet bietet alle Möglichkeiten vom Abenteuerspielplatz bis zur Stammkneipe.

5) Das Internet stärkt den Wirtschaftsbürger und bietet im Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft neue Möglichkeiten für die Emanzipation des Konsumenten zum Produzenten. Aber es erfordert auch neue Maßnahmen zum Schutz des Eigentums und hat eine problematische Tendenz zur Konzentration wirtschaftlicher Macht und Monopolbildung.

Als offener Marktplatz erleichtert es das Internet jedem selbst zum Anbieter zu werden. Das stärkt die Stellung des Wirtschaftsbürgers im Markt und fördert das wechselseitige Verständnis für die Dynamik von Angebot und Nachfrage als einem Grundelement der Sozialen Marktwirtschaft. Verbraucherrechte werden dabei durch die Offenheit des Internets gestärkt, weil Verbraucher in verschiedensten Bewertungssystemen ihre Erfahrungen besser miteinander austauschen können.

Es werden im Internet auch neue Möglichkeiten zur Schaffung von privatem Eigentum eröffnet, das eine der sicheren Grundlagen für die Freiheit und Unabhängigkeit der Bürger bildet. Zugleich untergräbt das Internet mit seinen unbegrenzten und kaum kontrollierbaren Kopiermöglich-

keiten insbesondere den Schutz des geistigen Eigentums und ist damit auch eine Herausforderung für die Akzeptanz privaten Eigentums generell. Der Diebstahl geistigen Eigentums kann nicht mit der Berufung auf die Freiheit im Netz entschuldigt werden, sondern ist ebenso wie der Diebstahl konventioneller Güter Ausdruck der Macht des Stärkeren über den Schwächeren und muss deshalb von der freiheitlichen Demokratie wirksam verhindert werden.

So sehr das Internet die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg des kreativen Bürgers erleichtert, so sehr ist auch ein offenes Feld für Wirtschaftskonzentrationen, die für den Verbraucher kaum transparent sind. Hier ergeben sich neue Herausforderungen für das Wettbewerbsrecht, denn die Soziale Marktwirtschaft will die Freiheit des Wirtschaftsbürgers durch die transparente Vielfalt voneinander unabhängiger Angebote sicherstellen.

6) *Zum Schutz der Menschenwürde gehört der Persönlichkeitschutz, der durch die zeitliche und örtliche Unbegrenztheit des Internets neuen Gefährdungen ausgesetzt ist.*

Mit dem Verhalten des einzelnen Internetnutzers kann nicht nur die absichtliche oder unabsichtliche Schädigung Dritter einhergehen, sondern auch die dauerhafte Verletzung der eigenen Privatsphäre. Das Internet vergisst nichts und kann einmal eingestellte Informationen in völlig anderen inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhängen als bei ihrer Einstellung wiedergeben. Vielen gerade jugendlichen Internetnutzern ist dies zu wenig bewusst. Hier liegt eine besondere Aufgabe von Erziehung und Bildung.

Neben den Gefahren und Versuchungen einer anonymen Nutzung des Internets, die eigenes Handeln von der Verantwortung dafür entkoppelt, findet die allgemeine Erosion des Privaten in unserer Gesellschaft im Internet ihre besondere Ausdrucksform in einer hohen Bereitschaft zur Selbstentblößung. Dazu laden insbesondere Soziale Netz-

werke als Kommunikationsforen für scheinbare Belanglosigkeiten ein und erwarten diese Selbstentblößung teilweise als Eintrittskarte in ihre Gemeinschaften.

Das Internet bietet durch die generell allgemeine Zugänglichkeit der dort verbreiteten Meinungen und Informationen auch weitgehende Möglichkeiten zur dauerhaften Herabsetzung anderer, gegen die kaum Gegenwehr möglich ist. Dies ist eine neue Gefahr für den Schutz der Menschenwürde als essentiellern Bestandteil freiheitlicher Demokratie.

7) Das Internet kann gegenüber Diktaturen die Einhaltung der Menschenrechte fördern, weil es Verstöße schneller aus dem Verborgenen in die schützende Öffentlichkeit holt und Bürgerrechtlern ein globales Forum bietet. Zugleich wird es für Diktatoren aber leichter, die Gegner ihrer Herrschaft zu identifizieren und zu verfolgen.

Durch seinen globalen Charakter und seine schwer kontrollierbare Zugänglichkeit durchbricht das Internet das Kommunikationsmonopol totalitärer Staaten. Dass Diktatoren dies als elementare Bedrohung empfinden, zeigen sie immer wieder durch verschiedenste Versuche der Internetzensur. Das Internet erleichtert die Verbreitung der Idee der freiheitlichen Demokratie, indem es die Chance zur Überwindung diktatorischer Regime durch demokratische Revolutionen überall verbreitet und den Menschen durch solche Beispiele Mut auch in scheinbar aussichtslosen Situationen macht. Das Gefühl der Isolation und Aussichtslosigkeit, auf das Diktaturen ihre Unterdrückung aufbauen, kann durch das Internet überwunden werden. Zugleich eröffnet es auch Möglichkeiten der schnellen und damit schwerer aufzuhaltenden Organisation von Widerstand gegen die Unterdrückung der Freiheit.

Aber diese Möglichkeiten erleichtern es diktatorischen Regimes auch, ihre Gegner schneller aufzufinden, zu un-

terwandern und unschädlich zu machen. Die Gegner der freiheitlichen Demokratie nutzen das Internet mindestens ebenso professionell wie ihre Anhänger.

8) *Grenzenlose Information im Internet wird oft mit Wissen verwechselt. Dieses Wissen basiert aber nicht auf der großen Fülle verfügbarer Informationen, sondern auf der Fähigkeit damit umzugehen und sie einzuordnen.*

Das Internet bietet eine schier unüberschaubare Fülle von Fakten, Informationen und Meinungen. Der Versuch damit umzugehen, bringt Internetnutzer leicht in Abhängigkeit von Suchmaschinen und deren Kriterien, die Informationsfülle zu selektieren und zu sortieren. Dabei dominiert meist das quantitative Prinzip: Was viele nutzen wird schon durch die häufige Nutzung als inhaltlich seriös dargestellt.

Diese Oberflächlichkeit der Internetsuchmaschinen führt auch zu einer wachsenden Zerstreutheit der Internetnutzer, die im Geflecht immer neu komplex miteinander verbundener Informationen das Wichtige vom Unwichtigen nicht mehr unterscheiden können. Das Internet stellt dafür kein Hilfsmittel zur Verfügung, weil es einfach das Häufige zum Wichtigen erklärt. Nur fundierte Allgemeinbildung ermöglicht den sinnvollen Umgang mit der Fülle spezieller Informationen im Internet. Ohne diese Offline-Qualifikation verliert sich der Einzelne in der Online-Welt. Auch deshalb muss Bildungspolitik Allgemeinbildung und Übersichtswissen wieder Vorrang vor monothematischer Spezialisierung geben.

9) *Die enormen Speicherkapazitäten des Internets eröffnen bisher ungekannte Möglichkeiten der Sammlung und Auswertung von Daten. Diese Entgrenzung der Erinnerung führt auch zu neuen Herausforderungen für den Datenschutz.*

Es ist ein mit den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie nicht vereinbarer gravierender Eingriff in den Per-

sönlichkeitsschutz, wenn Bürger nicht mehr wissen oder wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Diese Möglichkeiten sind mit dem Internet verbunden, weil dort nicht nur gespeichert bleibt, was man selbst eingestellt hat, sondern auch was Dritte verbreiten. Außerdem ist für den Einzelnen nicht nachvollziehbar, welche seiner Verhaltensweisen im Internet von wem wie lange zu welchem Zweck gespeichert und wie genutzt werden.

Diese Gefahren für die „informationelle Selbstbestimmung“ drohen weniger von den staatlichen Institutionen, denn in einer freiheitlichen Demokratie unterliegen sie der ständigen parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle. Dies ist insbesondere in dem Bereich der Onlinewirtschaft nicht der Fall, für den das Sammeln möglichst vieler und individualisierter Daten Voraussetzung für zielgruppengerichtete Werbung ist. Der bisher vorwiegend als Schutz von individuellen Daten vor staatlichem Zugriff verstandene Datenschutz steht hier gerade in der freiheitlichen Demokratie vor einer neuen Herausforderung.

10) Das Internet bietet keine allgemeine Öffentlichkeit für alle, sondern fragmentiert sich aufgrund seiner Größe in viele Teilöffentlichkeiten. Sie bergen die Gefahr einer Echogesellschaft der Gleichgesinnten, die sich Neuem und Anderem verschließt.

Das Internet besteht aus unzähligen Netznischen, die es jedem ermöglichen, einen eigenen Schutzraum der Selbstbestätigung aufzubauen. Diese Abschottung im Kreis Gleichgesinnter widerspricht der Grundidee freiheitlicher Demokratie, die von der Akzeptanz von Verschiedenartigkeit und Vielfalt lebt. Zugleich fordert sie vom Bürger, diese Vielfalt auf das Gemeinwohl zu beziehen. In einem Netz von einander abgeschotteter und interessensbezogener Teilöffentlichkeiten wird es schwerer, die Notwendig-

keit des gemeinsamen Ganzen zu vermitteln. Es fehlt dafür auch der gemeinsame Ort des Austausches.

Die Selbstbestätigung im Kreis Gleichgesinnter birgt auch die Gefahr einer Radikalisierung des unhinterfragten Tunnelblicks. Die technologischen Strukturen des Internets von Suchmaschinen bis zur Browser-Programmierung laden auch immer wieder zur Internetnutzung auf vertrauten Pfaden ein. Das Neue hat es im Netz schwer, zum etablierten Nutzer durchzudringen, wenn der sich nicht ausdrücklich darum bemüht.

11) *Dominiert wird das Internet von einer Minderheit der Zeitreichen, die diesem Medium ihre volle Aufmerksamkeit widmen wollen und können.*

Das Internet gefällt sich zwar in der Beschreibung, ein Medium der Chancengleichheit für alle zu sein, aber dies ist ein Trugschluss. Tatsächlich erfordert es nicht nur ein gewisses technologisches Grundverständnis, sondern auch ein erhebliches Zeitbudget, die Möglichkeiten des Internets so zu nutzen, dass man es nicht nur passiv konsumiert, sondern auch aktiv gestaltet. Es sind nicht viele Bürger, die in ihrem privaten und beruflichen Alltag dazu mehr oder weniger täglich in der Lage sind, wie dies erforderlich ist, wenn man im Internet wirken will. Deshalb dominieren als Gestalter und Autoren im Internet diejenigen, die entweder beruflich damit zu tun haben oder die finanzielle oder zeitliche Disposition für die notwendigen Aktivitäten dort haben.

Diese Herrschaft der Zeitreichen ist nicht gleichzusetzen mit einer Demokratie der Geistreichen, denn Zeit zur Verbreitung eigener Ideen zu haben, sagt noch nichts über die Qualität dieser Ideen aus.

12) *Als Massenmedium ist das Internet zugleich auch mögliches Manipulationsmedium, weil die Zuverlässigkeit von Informa-*

tionen dort nicht so schnell überprüft werden kann, wie sie verbreitet werden.

Das Internet macht es dem Einzelnen nicht nur leichter sich zu informieren und zu äußern, sondern es macht auch viele schnell erreichbar. Es ist zugleich ein großer Meinungsmarktplatz, der von vielen aber als Fakten- und Informationsspeicher missverstanden wird. Subjektive Meinungen, Vermutungen, Spekulationen oder Hoffnungen erscheinen im Netz oft als scheinbar objektive Information und werden gerne damit verwechselt. Dies gilt auch für vieles, was das Internet als Tummelplatz für alle möglichen Spinnereien und Verrücktheiten anbietet. Nirgends entstehen so viele Gerüchte und nirgends werden sie so schnell verbreitet wie im Internet. Dies ist auch einem oberflächlichen Spieltrieb geschuldet, der in der Weitergabe einer im Netz gefundenen Nachricht einen von deren Inhalt oder Seriosität unabhängigen Selbstzweck sieht. Wer zur Verbreitung beiträgt, sieht sich im Internet selten verantwortlich für den Inhalt des Weitergegebenen. Was aber viele verbreiten, wird schnell von allen geglaubt.

Auch totalitäre Staaten haben diese Möglichkeit des Internets längst erkannt. Es ist auch attraktiv für offene und verdeckte gezielte Manipulationsversuche aller Art und wird von Gegnern der freiheitlichen Demokratie mit hoher Professionalität genutzt.

- 13) *Es darf nicht zugelassen werden, dass sich das Internet als rechtsfreier Raum geriert. Was in der freiheitlichen Demokratie offline verboten ist, kann nicht online erlaubt werden. Dabei ist es für demokratische Staaten ebenso legitim, entsprechende Internetseiten generell zu löschen wie sie bis zur möglichen Löschung zu sperren. Wo es um die Durchsetzung des Rechts geht, sind Löschen und Sperren keine Alternativen, sondern ergänzen einander.*

Zu lange wurde ohne Debatte hingenommen, dass das Internet für sich das Ausnahmerecht *Anything goes* beansprucht. Der notwendige Schutz der Menschenwürde wird gerne mit Zensurvorwürfen zurückgewiesen. Es ist aber im Sinn der freiheitlichen Demokratie nicht akzeptabel, dass im Cyberspace in solchen Grundfragen andere Rechtsgrundsätze angewandt werden als in der Offline-Welt. So sorgfältig Eingriffe in die Freiheit offline und online überlegt sein müssen, so konsequent sind sie durchzusetzen, wenn demokratische Grundsätze wie der Schutz der Menschenwürde infrage gestellt werden. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo sie die Freiheit des Nachbarn aushebelt. Das darf der demokratische Staat nicht zulassen, sondern muss alle gebotenen Maßnahmen dagegen ergreifen. Dazu gehört sowohl das Löschen entsprechender Internetseiten als auch das Sperren, solange das Löschen nicht erfolgreich ist. Zwischen diesen beiden Vorgehensweisen einen Gegensatz herzustellen, schwächt den demokratischen Staat im Kampf gegen extremistische und kriminelle Angriffe insbesondere auf die Menschenwürde. Gefragt ist aber hier die umfassende Verteidigungskraft der wehrhaften Demokratie.

14) *Das Internet hat mit dem „Cyberwar“ eine neue Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit hervorgebracht, der mit einer überzeugenden Absage an virtuelle Gewalt entgegengetreten werden muss.*

Teilweise unter dem Deckmantel angeblicher Gewaltfreiheit und eines grenzenlosen Experimentier- und Spieltriebes werden im Internet Verhaltensweisen geduldet, die ohne Rücksicht auf unbeteiligte Dritte das Faustrecht des Stärkeren einsetzen. Dazu gehören Viren- und Hackerangriffe ebenso wie virtuelle Sitzblockaden mit dem Ziel ganze Internetteile oder Server lahmzulegen. Immer stärker wächst auch die Gefahr, dass der Cyberwar über An-

griffe auf lebenswichtige Systeme wie die Strom- und Wasserversorgung oder Industrieanlagen sowie Kommunikations- und Verkehrssysteme auch ganz konkrete Auswirkungen in der realen Welt haben kann. Dieser Methoden bedienen sich inzwischen auch Einzelpersonen, kriminelle und terroristische Gruppen und totalitäre Staaten, deren ausdrückliches Ziel die Beseitigung der freiheitlichen Demokratie ist.

Demokratische Gesellschaften müssen sich damit nicht nur durch die Verbesserung ihrer technologischen Sicherheitsmaßnahmen auseinandersetzen, sondern auch eine wesentlich intensivere Diskussion darüber führen, dass auch virtuelle Gewalt nicht zu rechtfertigen ist. Sie kann sich auch nicht hinter einer „David gegen Goliath“-Begründung verstecken, denn längst sind durch die Offenheit der freiheitlichen Demokratie die Angreifer im Internet in einer nicht zu unterschätzenden Machtposition.

15) Politik findet im Internet nur in einer kleinen Nische statt und bietet dort eine neue Spielweise für die auch außerhalb des Internets politisch Interessierten und Aktiven. Das Politikinteresse allgemein wird durch das Internet nicht gesteigert.

Die Bedeutung von politischen Themen im Netz wird von denen überschätzt, die sich für Politik interessieren und dort aktiv sind. Tatsächlich ist das Internet wesentlich mehr ein Markt- und Spielplatz als ein politisches Forum. Nicht verwirklicht hat sich die ursprüngliche Hoffnung, mit Hilfe des Internets neues Politikinteresse bei denen zu mobilisieren, die sich bisher nicht für Politik interessiert haben. Vielmehr verstärkt das Internet für Politikinteressierte die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung und Meinungsäußerung.

Politisch Verantwortliche tun gut daran, sich immer wieder bewusst zu machen, dass unter der überschaubaren Gruppe von Bürgern, die das Internet intensiv nutzen, poli-

tisch Interessierte wiederum eine Minderheit sind. Insofern ist das Internet ein der freiheitlichen Demokratie angemessenes Medium, das das Recht zum Unpolitischen ebenso ermöglicht, wie es den Bürgern das Recht zur Mitwirkung und Gestaltung eröffnet. Der Zwang zur Politisierung ist eine Eigenart von Diktaturen, der auch im Internet kein Raum gegeben werden sollte.

16) Als politisches Medium eröffnet das Internet für den demokratischen Staat neue Chancen der Bürgernähe und für die Parteien neue Möglichkeiten der Wähleransprache. Zugleich bietet es ein besonderes Forum für kurzfristige Kampagnen und politische Strohfeuer.

Wo sich die politischen Akteure bewusst bleiben, welche Bürger sie über das Internet erreichen können, kann es sinnvoll für die freiheitliche Demokratie genutzt werden, ohne Bürger dadurch auszuschließen, indem das Internet ein politisches Kommunikationsmonopol erhält. So eröffnet das Internet für die Institutionen des demokratischen Staates – von den gewählten Abgeordneten in Kommunen, Land, Bund oder Europa bis hin zu der entsprechenden Verwaltung – neue Möglichkeiten der Bürgernähe. Neben der leichteren Verfügbarkeit von staatlichen Dokumenten bestehen sie insbesondere in der direkten zweigleisigen Bürgeransprache: Einerseits können Bürger unmittelbar und ohne hierarchische oder mediale Zwischenschritte informiert werden, andererseits können sie ihrerseits unmittelbar mit ihren Vertretern Kontakt aufnehmen. Tatsächliche Fortschritte ergeben sich allerdings nur bei einer der Schnelligkeit des Internets angemessenen zügigen Reaktion. Zusätzliche Informationskanäle ergeben sich auch für die Parteien in der Ansprache von Wählern. Besonders eignet sich das Internet für die Mobilisierung eigener Anhänger. Es ist ein ebenso schnelles wie schnelllebiges Kampagnenmedium mit der Tendenz, kurze aber heftige politische Strohfeuer

auszulösen, die besonders leicht im Angriff auf politische Konkurrenten einzusetzen sind.

17) Das Internet bestärkt plebiszitäre Versuchungen und verstärkt zugleich die Defizite direkter Demokratie, weil es nicht alle Bürger anspricht, sondern die politisierten Internetnutzer privilegiert. Durch die Geschwindigkeitseuphorie des Netzes wird die Oberflächlichkeit dort gebildeter Meinungen gefördert.

Die Möglichkeit der permanenten Meinungsabfrage im Internet wird gerne als erster Schritt zur Ablösung der repräsentativen Demokratie durch die direkte Demokratie der Volksabstimmungen begrüßt. Dabei wird übersehen, dass das Internet erhebliche Teile der Bevölkerung ausschließt, die keinen Internetzugang haben oder das Netz selten nutzen. Zugleich schränken plebiszitäre Online-Tendenzen auch die Freiheit der Internetnutzer ein, weil ihnen durch den Druck permanenter Online-Entscheidungen das Recht der Delegation auf gewählte Vertreter genommen und stattdessen Politisierungszwang etabliert wird.

Die Fixierung des Internets auf eine sich ständig beschleunigende Geschwindigkeit vermindert außerdem die Chance und reduziert die Zeit für eine sachliche Diskussion, wie sie vernünftigen Entscheidungen vorausgehen muss. Der schnelle Internetklick gebärdet sich als demokratisches Votum und ist doch tatsächlich nur Ausdruck von Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit.

18) Das Internet eignet sich nicht für Abstimmungen in Sachfragen, weil es außerordentlich manipulationsanfällig und nicht repräsentativ ist. Es kann die Entscheidungen gewählter Gremien nicht ersetzen und ist auch als Entscheidungshilfe problematisch, weil die Versuchung des schnellen Internetklicks die notwendige sachliche Erörterung unzulässig verkürzt.

Immer häufiger wird das Internet mit dem Argument der Bürgerbeteiligung als Abstimmungsinstrument in Sach-

fragen eingesetzt. Dabei wird über die außerordentlich geringe Beteiligung von höchstens drei oder vier Prozent der wahlberechtigten Bürger selten gesprochen. Diese geringe Beteiligung führt dazu, dass die Ergebnisse solcher Abstimmungen keinerlei Anforderungen von Repräsentativität entsprechen. Außerdem ist bei diesen Abstimmungsverfahren, insbesondere bei den in Mode gekommenen internetbasierten kommunalen Bürgerhaushalten, eine hohe Manipulationsgefahr durch Mehrfachabstimmung und die im globalen Netz einfache Teilnahme von Ortsfremden gegeben.

Wenn das Internet gerade als elektronischer Briefkasten und Forum für Anregungen eingesetzt wird, stellt es eine Bereicherung dar, weil es dem Bürger außerhalb der organisierten Politik eine Chance der Mitsprache gibt. Verbunden mit der Versuchung des schnellen Internetklicks durch ein Abstimmungsangebot ist diese auf Argumentationskraft angelegte Beteiligungschance allerdings tatsächlich ausgehebelt.

19) *Der Versuch, allgemeine Wahlen im Internet abzuhalten, ist wegen zahlreicher Sicherheits- und Manipulationsgefahren nicht realisierbar. Als Zusatzmöglichkeit zur Briefwahl haben solche Angebote bisher nicht zur Erhöhung der Wahlbeteiligung geführt.*

Die Grundsätze einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl können im Internet auf absehbare Zeit nicht gewährleistet werden. Selbst wenn alle Sicherheitsfragen gelöst werden könnten, ist der Abschied von der Urnenwahl nicht per se ein erstrebenswertes Ziel, denn dies würde eine Relativierung des für die freiheitliche Demokratie konstitutiven Wahlaktes zur Oberflächlichkeit des schnellen Internetklicks befördern.

Bisherige Erfahrungen mit dem Angebot der Stimmabgabe im Internet im begrenzten Sinn der Ergänzung zur

Briefwahl haben nicht zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung geführt, sondern allenfalls bisherige Briefwahlstimmen ins Internet verlagert.

20) Freiheit braucht Verantwortung und das Internet braucht die Grundwerte freiheitlicher Demokratie.

Das Internet bestätigt die Grundeinsicht freiheitlicher Gesellschaften, dass mit den Rechten der Bürger auch Pflichten einhergehen müssen. Das gilt sowohl auf das Freiheitsrecht des Einzelnen, das mit der Pflicht zur Achtung der Freiheit des Anderen untrennbar verbunden ist, als auch für die Gesellschaft insgesamt: Freiheitliche Demokratie hat es schon vor dem Internet gegeben und könnte auch ohne es erfolgreich sein. Sie ist aber gut beraten, die Chancen des Internet zu nutzen, um ihre Grundwerte zu stärken.

Umgekehrt ist im Internet die Durchsetzung demokratischer Grundwerte unverzichtbare Pflicht, wenn es von seiner Ambivalenz befreit werden soll, um den Menschen und ihren Rechten tatsächlich zu dienen. Diese Herausforderung bleibt eine nachhaltige Aufgabe für alle Demokraten im schnelllebigen Cyberspace.

Anmerkungen

I. Faszination Internet – Kompass Demokratie

¹ Am 6. März 1930 zit. nach Heiner Müller, *Zur Lage der Nation*, Berlin 1990 S. 98ff.

² Meißelbach 2009, S. 36f. (Schon das Telefon hatte eine „Entkörperlichung der Kommunikation“ eingeleitet).

³ Katerina Stanoevska-Slabeva, *Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends*, in: Meckel, Miriam / Stanoevska-Slabeva, Katerina 2008, S. 35.

⁴ Carr 2010, S. 139.

⁵ Vgl. Metzner-Szigeth 2007, S. 17ff.

⁶ Bauer 2003, S. 4.

⁷ Kelly 2005.

⁸ Egloff 2002, S. 250. Vgl. Meinel/Sack 2004, S. 2 und S. 41.

⁹ Kamps 2007, S. 314. Vgl. Rogg 2003, S. 55.

¹⁰ Zit. nach Brown 1997, S. 343 (dazu Brown 1997, S. 280: „In der Frühphase fast jeder großen Veränderung trifft oft der gesunde Menschenverstand hinter einen utopischen Utopismus zurück.“)

¹¹ Kelly 2005.

¹² Metzner-Szigeth 2007, S. 31.

¹³ Brown 1997, S. 19. Vgl. Nils Ole Oermann, *Internet und Ethik*, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 249. Vgl. Kamps 2007, S. 345.

¹⁴ Rogg 2003, S. 19.

¹⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Second_Life bzw. http://de.wikipedia.org/wiki/World_of_Warcraft. Vgl. Robert D. Hof, *My virtual Life*, in: *Business Week* 1. Mai 2006. (http://www.businessweek.com/magazine/content/06_18/b3982001.htm)

¹⁶ Carr 2005.

¹⁷ Lanier 2010, S. 133.

¹⁸ Castells 2005, S. 9.

¹⁹ Metzner-Szigeth 2007, S. 8. Vgl. Kamps 2007, S. 346.

²⁰ Brown 1997, S. 247. „Metaphern (...) tun es ‚mit Blumen‘, versuchen zu verführen, wohingegen Abstraktionen ‚mit Argumenten‘ arbeiten und zu überzeugen versuchen.“ (Metzner-Szigeth

2007. S. 7). Vgl. Birte Schnadwinkel, *Neue Medien – neue Metaphern? Sprachliche Erschließung des neuen Mediums Internet durch Metaphern* (deutsch-französisch), Magisterarbeit, Hamburg 2002 (<http://www.metaphorik.de/aufsaeetze/schnadwinkel.pdf>).

„Genauso beunruhigend finde ich eine kaum merkbare Färbung der Sprache des binären Codes. Die öffentliche Debatte wird zunehmend von den Grundwahrheiten des menschlichen Daseins bereinigt.“ (Brown 1997, S. 19). Vgl. Angelika Storrer, *Über die Auswirkungen des Internet auf unsere Sprache*, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 105.

²¹ Siedschlag/Rogg/Welzel, 2002, S. 24. „Dafür, dass das Virtuelle das Reale in einigen Fällen ganz ersetzen kann, ist das Online-Banking nur ein Beispiel“ (Rogg 2003, S. 26).

²² Zehnder 1998, S. 12.

²³ Metzner-Szigeth 2007, S. 8.

²⁴ Zit. nach Metzner-Szigeth 2007, S. 7.

²⁵ Vgl. <http://t-websolutions.de/inhalt/lesen/37/> (Das monatliche Datenaufkommen im Internet entspricht ungefähr dem Fassungsvermögen von 16 Milliarden DVDs).

²⁶ Cisco Visual Networking Index: Forecast and Methodology, 2009–2014. (http://www.cisco.com/en/US/solutions/collateral/ns341/ns525/ns537/ns705/ns827/white_paper_c11-481360_ns827_Networking_Solutions_White_Paper.html), Juni 2010; Vgl. dazu auch Telegeography, *Global Internet Geography* 2010. (<http://www.telegeography.com/product-info/gig/download/telegeography-global-internet.pdf>)

²⁷ <http://news.netcraft.com/>. Andere Statistiken führen Ende 2010 über 200 Millionen „Top-Level-Domains“, d. h. registrierte und namentlich zuzuordnende Homepages auf (www.zakon.org/robert/internet/timeline).

²⁸ Vgl. Kelly 2005.

²⁹ Kaufmann 2010, S. 19.

³⁰ Stowe Boyd, ein Internetexperte, der sich selbst „Webthropologist“ nennt (<http://www.stoweboyd.com>) in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 18. Mai 2010, S. 17. „At its heart was a new kind of participation that has since developed into an emerging culture based on sharing. (...) The deep enthusiasm for making things, for interacting more deeply than just choosing options, is the great force not reckoned 10 years ago.“ (Kelly 2005)

³¹ Die Bezeichnung Web 2.0 kommt von dem amerikanischen Verleger Tim O'Reilly, der in seinem Blog 2005 den Aufsatz „What is web 2.0“ veröffentlichte und im Oktober 2004 die erste „web-2.0-Conference“ organisiert hat.

³² Schmidt 2009, S. 9.

³³ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010 S. 245.

³⁴ Vgl. Rogg 2003, S. 45.

³⁵ Herbert Kubicek, Das Internet 1995–2005 – Zwingende Konsequenzen aus unsicheren Analysen, in: Leggewie/Maar 1998, S. 59.

³⁶ Vgl. Schmidt 2009, S. 22ff. Vgl. Meißelbach 2009, S. 30f. Vgl. Katerina Stanoevska-Slabeva, Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 28.

³⁷ Vgl. Christian Stöcker, Die Kolonialmächte der Datenwolke, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 105.

³⁸ Weltweit wurden 2005 – ohne die Geräte der Endverbraucher – 123 Milliarden Kilowattstunden an Strom verbraucht, um die Infrastruktur des Internets zu betreiben. Das sind etwa 0,8 % des weltweit erzeugten Stroms (vgl. <http://t-websolutions.de/inhalt/lesen/37/> sowie www.ag-energiebilanzen.de).

³⁹ HTML steht für „HyperText Markup Language“ (in etwa: „Beschreibungssprache für Texte mit Verknüpfungen“) und kann als das Herz des World Wide Web gelten.

⁴⁰ Vgl. Kelly 2005; Vgl. Meinel/Sack 2004, S. 28.

⁴¹ Kelly 2005.

⁴² Vgl. Bush 1945.

⁴³ Castells 2005, S. 51. „Who would have guessed (at least at first) that millions of people would put so much effort into a project without the presence of advertising, commercial motive, threat of punishment, charismatic figures, identity politics, exploitation of the fear of death, or any other classical motivations of mankind. In vast numbers, people did something cooperatively, solely because it was a good idea, and it was beautiful.“ (Lanier 2010, S. 14).

⁴⁴ Castells 2005, S. 38.

⁴⁵ Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 209.

- ⁴⁶ Peter Mambrey, Neue interaktive Medien eröffnen Potentiale für digitale Partizipation und neue Formen der Öffentlichkeit, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 337.
- ⁴⁷ Meißelbach 2009, S. 15.
- ⁴⁸ Castells 2005, S. 73.
- ⁴⁹ Vgl. Katerina Stanoevska-Slabeva, Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23. Vgl. Egloff 2002, S. 250.
- ⁵⁰ Peter Mambrey, Neue interaktive Medien eröffnen Potentiale für digitale Partizipation und neue Formen der Öffentlichkeit, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 344.
- ⁵¹ Vgl. Wagner 2003, S. 61ff.
- ⁵² Grob in NZZ 6.3.2009.
- ⁵³ Hans Geser, Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit – Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 428.
- ⁵⁴ Gellner/von Korff 1998. S. 7f.
- ⁵⁵ Ralph Weiß, Das medial entblößte Ich – verlorene Privatheit, in: Jurczyk/Oechsle 2008, S. 182f.
- ⁵⁶ Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 70.
- ⁵⁷ Alexander Siedschlag / Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 10.
- ⁵⁸ Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 31.
- ⁵⁹ Charnock 2010. S. 3.
- ⁶⁰ Carr 2005.
- ⁶¹ in seinem Standardwerk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Popper 1977, Band 2, S. 198.
- ⁶² Vgl. dazu ausführlich Eisel 1986.
- ⁶³ Bracher, 1977, S. 21.
- ⁶⁴ Hättich, 1978 S. 91.
- ⁶⁵ Bracher, 1968, S. 25.
- ⁶⁶ Hans J. Kleinsteuber, Das Internet in der Demokratie, in: Holz-nagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 7.
- ⁶⁷ Popper 1977, Band 1, S. 176.

- ⁶⁸ Popper 1977, Band 1, S. 174.
- ⁶⁹ Vgl. Christopher Aterton, *The State of Online Politics*, in: Filzmaier 2001, S. 17.
- ⁷⁰ Hagen 1997, S. 22.
- ⁷¹ Vgl. Wagner 2003, S. 21ff.
- ⁷² Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 69.
- ⁷³ Kamps 2007, S. 300.
- ⁷⁴ Hilbert 2007, S. 34; Vgl. Rogg 2003, S. 181.
- ⁷⁵ Zit. nach Brown 1997, S. 105.
- ⁷⁶ Vgl. Benjam R. Barber, *Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology*, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 212.
- ⁷⁷ Statistisches Bundesamt 2010, S. 542 (An anderer Stelle nennt das Statistische Jahrbuch 73 Prozent. In den neuen Bundesländer liegt der Wert etwa zehn Prozent unter dem der alten Bundesländer. S. 116).
- ⁷⁸ Statistisches Bundesamt 2010, S. 692 (Der Internationale Vergleich bezieht sich auf das Jahr 2008).
- ⁷⁹ Statistisches Bundesamt 2010, S. 441.
- ⁸⁰ AGOF 2010, S. 5.
- ⁸¹ 76 % der Internetnutzer kommen dabei über einen Computer und/oder einen Laptop (51 Prozent) ins Netz. Nur 8 Prozent nutzen dafür ein Handy (ARD/ZDF-Onlinestudie 2010).
- ⁸² Vgl. Mirko Marr, *Ein Gerücht geht um die Welt*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 11. Januar 2011 (http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/medien/ein_geruecht_geht_um_die_welt_1.9055992.html). In dem Artikel wird schlüssig die Behauptung widerlegt, das Radio habe 38 Jahre, das Fernsehen 13 Jahre und das Internet lediglich 4 Jahre benötigt, um fünfzig Millionen Menschen zu erreichen.
- ⁸³ Statistisches Bundesamt 2010, S. 116.
- ⁸⁴ Statistisches Bundesamt 2010, S. 116; ähnlich AGOF 2010. S. 9.
- ⁸⁵ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010. Fast 95 Prozent der Internetnutzer gehen von zu Hause aus ins Netz, nur ein Drittel tut dies auch am Arbeitsplatz oder bei Freunden. (AGOF 2010: S. 10).
- ⁸⁶ Hilbert 2007, S. 233.
- ⁸⁷ Jürgen Rüttgers, *Was die Digitalisierung der Welt politisch bedeutet*, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 13.
- ⁸⁸ Benjam R. Barber, *Which Technology for which democracy? –*

Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüne-wald/Hanßmann 2001, S. 213.

⁸⁹ Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahm der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 12.

⁹⁰ Falter 2001, S. 1.

⁹¹ Kamps 2007, S. 346.

⁹² So eine repräsentative Umfrage im Auftrag des IT-Branchenverbandes Bitcom (General-Anzeiger 18.11.2010, S. 12). „76,6 Prozent der Internetnutzer – das sind 38,04 Millionen Menschen – sind seit mehr als drei Jahren im Netz und können damit als versierte Nutzer mit langer Nutzungserfahrung angesehen werden.“ AGOF 2010, S. 10.

⁹³ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010; Setzt man die Altersgrenze bereits bei zehn Jahren an, sind siebzig Prozent der Internetnutzer „jeden oder fast jeden Tag“ im Netz.

⁹⁴ Vgl. SevenOne Media 2010, S. 9f.

⁹⁵ Vgl. <http://de.nielsen.com/news/NielsenPressemeldung-17.03.2011-NielsenNetViewFeb2011.shtml>.

⁹⁶ SevenOne Media 2010, S. 9f.

⁹⁷ Vgl. <http://de.nielsen.com/news/NielsenPressemeldung-17.03.2011-NielsenNetViewFeb2011.shtml>.

⁹⁸ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010; Während die Nutzungsdauer des Internets seit 1998 ständig zugenommen hat, steigt sie beim Fernsehen geringer und ist sie beim Hörfunk leicht rückläufig. Von der „Nutzungsdauer“ unterscheidet die Studie die „Verweildauer“, die bei der Onlinenutzung seit 2003 stabil um 130 Minuten täglich liegt.

Die Firma „Media Control“ spricht von einer „TV-Sehdauer“ von 223 Minuten für 2010 (2009: 212 Minuten) vgl. <http://www.media-control.de/gigantischer-anstieg-der-tv-sehdauer.html>

In Österreich wurde im Herbst 2009 bei der Mediennutzung innerhalb einer Woche lang die Reichweite des Radios bei 82,2 Prozent, der Tageszeitungen bei 75 Prozent, des Fernsehens bei 61,8 Prozent und des Internet bei nur 29,5 Prozent gemessen. Vgl. Heigl/Hacker 2010, S. 67.

⁹⁹ Carr 2010, S. 141/142.

¹⁰⁰ Generation Netzwerk 2010, S. 20; Der Branchenverband Bitcom teilte am 14. September 2010 in einer Presseerklärung mit, „91

Prozent aller Jugendlichen von 14 – 19 Jahren nutzen das Internet (...) Mehr als siebzig Prozent der Sieben- bis Zehnjährigen nutzen das Internet, vorausgesetzt die Eltern haben einen Anschluss.“

¹⁰¹ Vgl. Dieter Jandt, *Wie tickt unsere Jugend – Generation IMM – Irgendwas mit Medien*, Feature-Serie WDTR 5, Köln 2010.

¹⁰² SevenOne Media 2010, S. 28.

¹⁰³ SevenOne Media 2010, S. 8.

¹⁰⁴ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010; Statistisches Bundesamt 2010, S. 118; Ähnliche Zahlen bei AGOF 2010, S. 10: Im Vordergrund der Internetnutzung stehen danach das Senden und Empfangen von E-mails (89 Prozent) und die Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (86 Prozent). Nur die Hälfte der Nutzer besucht Foren und Chatrooms oder nutzt das Internet-Banking. 40 Prozent besorgen sich Software über das Internet, 30 Prozent nutzen Internetradio oder -fernsehen. Auch die Zahlen für jüngere Nutzer unterscheiden sich nicht wesentlich: Von den 12–24-jährigen Internetnutzern, die mindestens einmal in der Woche im Netz sind, nutzen etwa neunzig Prozent die Suchmaschine Google, siebzig Prozent YouTube und 54,9 Prozent Wikipedia (Schmidt 2009, S. 33). Bei SevenOne Media wurde ermittelt, dass unter den 14–49-jährigen deutschsprachigen Internetnutzern zwar 91 Prozent E-Mails abrufen, aber nur 37 Prozent in sozialen Netzwerken vertreten sind. 20 Prozent erstellen Inhalt fürs Internet und 7 Prozent bloggen (SevenOne Media 2010, S. 19).

¹⁰⁵ Katrin Busemann / Christoph Gscheidle, *web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilnahme sinkt*, in: ARD/ZDF-Onlinestudie 2010, S. 362.

¹⁰⁶ Bodo Hombach, *Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume*, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 241.

¹⁰⁷ Vgl. Mayer-Schönberger 2010, S. 12.

¹⁰⁸ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010; Ähnliche Zahlen zu den wöchentlich bzw. täglichen Nutzern ergab eine Studie des Beratungsunternehmens Fittkau&Maaß im Sommer 2010 (vgl. *General-Anzeiger* 1. Juli 2010). Danach sollen aber 62 Prozent aller Internetsurfer bei sozialen Netzwerken angemeldet sein. Dies bestätigt eine repräsentativen Erhebung des Nürnberger Marktforschers Forschungswerk, allerdings ohne Angaben über die Nutzungsintensität: Danach sind 63 Prozent der erwachsenen Internetnutzer (ab 18

Jahren) in mindestens einem sozialen Netzwerk angemeldet, bei den 18–29-Jährigen sogar neunzig Prozent. 27 Prozent der Internutzer sind in zwei oder mehr Netzwerken Mitglied (vgl. www.internetworld.de am 28. April 2009: „Fast zwei Drittel der Internutzer nutzen Onlinenetzwerke“ (www.internetworld.de/layout/set/print/content/view/print/18444/).

¹⁰⁹ Intiti@tive D21 2010, S. 24. Dabei machen die „digital wenig Erreichten“ etwa zwei Drittel der Bevölkerung über 14 Jahre aus.

¹¹⁰ Kamps 2007. S. 314. Vgl. Rogg 2003, S. 55.

¹¹¹ Vgl. dazu im Folgenden Intiti@tive D21 2010.

¹¹² Castells 2005, S. 53 und S. 63 (Die Hacker sind nicht mit den „Crackern“ zu verwechseln, meist sehr junge Einzelpersonen, die das Internet stören wollen, um sich selbst zu beweisen. Mit ihrem ausgeprägter Spieltrieb erliegen sie die Versuchung die neue Technologie auch in Grenzbereichen auszuprobieren und lösen mit teilweise detaillierten, aber zugleich begrenzten technischen Kenntnisse Folgen aus, die sie selbst nicht beherrschen. Manche „Computerviren“ und „Computer-Würmer“ haben hier ihren Ursprung. Eine wiederum andere Gruppe derer, die sich mit den technischen Möglichkeiten des Netzes sehr gut auskennen, haben sich als „Cyberkriminalisten“ dem „Raub im Internet für persönlichen Gewinn“ verschrieben.)

¹¹³ Schirmmacher 2009, S. 201. Die unbewusste Nutzung des Internets etwa bei der Nutzung von Internettelefonie, Radio oder Fernsehen über das Internet kann beiseite gelassen werden. Fälschlicherweise wurde übrigens 2010 von verschiedenen Medien gemeldet, dass im Rahmen der Neuregelung der Hartz IV-Sätze der Anspruch auf einen Internet-Zugang generell zum staatlich garantierten Existenzminimum gerechnet werden solle. Tatsächlich wurden im Referentenentwurf des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als neue „regelungsrelevante Verbrauchsausgaben“ mit „durchschnittlichen monatlichen Ausgaben der Referenzhaushalte“ 10,85 € für „Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)“ einbezogen (http://www.bmas.de/portal/48790/property=pdf/2010_10_20_gesetzentwurf_sgb2.pdf).

¹¹⁴ AGOF 2010. S. 7ff. (Andere Abweichungen fallen weniger deutlich aus. Knapp über fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung lebt in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro, in der Online-Community sind es 46,9 Prozent. 24,6 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in Haushalten mit einem Nettoein-

kommen von bis zwei- und dreitausend Euro, in der Online-Community sind es 24,5 Prozent).

¹¹⁵ Hilbert 2007, S. 233.

¹¹⁶ Ludger Kühnhardt, Wieviel Bytes verträgt die Demokratie?, in: FOCUS, 9. September 1996.

¹¹⁷ Zit. nach Reiter 2010, S. 10.

¹¹⁸ Claus Leggewie, Demokratie auf der Datenautobahn, in Leggewie/Maar 1998, S. 18.

¹¹⁹ Bauer 2003, S. 12.

¹²⁰ Alexander Siedschlag / Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 13.

¹²¹ Wagner 2003, S. 153.

¹²² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Januar 2011.

¹²³ Alle Daten aktuell abrufbar bei www.youtube.com.

¹²⁴ Kamps 2007, S. 346.

¹²⁵ Alexander Siedschlag, Die Entwicklung der Internet- und Politik Debatte in Deutschland und den USA, in: Siedschlag 2005, S. 139.

¹²⁶ Vgl. Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 57ff. Vgl. Kamps 2007, S. 310; Metje 2005, S. 219.

¹²⁷ Meißelbach 2009, S. 100.

¹²⁸ <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/ab100.html#z5>. Vgl. Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2005.

¹²⁹ Vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel 2002, S. 22.

¹³⁰ <http://www.tu-ilmeneau.de/empk/forschung/politische-kommunikation/befragung/bisherige-befunde/>. Die Studie sieht die Online-Gespräche über Politik seit 2002 stabil bei ca. zehn Prozent der Befragten (vgl. Martin Emmer 2010). Vgl. Emmer/Vowe 2004.

¹³¹ Siedschlag/Rogg/Welzel, 2002, S. 19.

¹³² Meißelbach 2009, S. 119.

¹³³ <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860> bzw. https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=list4;limit=10;start=0;sort=nr_sig;dir=down.

¹³⁴ Vgl. Wagner 2003, S. 153.

¹³⁵ Vgl. Keen 2008, S. 106.

¹³⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung 21. Dezember 2010, S. 17.

¹³⁷ Michiewicz 2010, S. 57.

- ¹³⁸ Vgl. Schmidt 2009, S. 31.
- ¹³⁹ Albrecht 2010, S. 167ff., 196ff., 237ff.
- ¹⁴⁰ Wagner 2003, S. 91.
- ¹⁴¹ ARD/ZDF-Onlinestudie 2010.
- ¹⁴² Katrin Busemann / Christoph Gscheidle, web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilnahme sinkt, in: ARD/ZDF-Onlinestudie 2010, S. 360.
- ¹⁴³ Vgl. <http://de.nielsen.com/news/NielsenPressemeldung-17.03.2011-NielsenNetViewFeb2011.shtml>.
Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai 2011, S. 15.
- ¹⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010.
- ¹⁴⁵ Katrin Busemann / Christoph Gscheidle, web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilnahme sinkt, in: ARD/ZDF-Onlinestudie 2010, S. 368.
- ¹⁴⁶ Weis 2011, S. 8.
- ¹⁴⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2010, S. 7; Ende 2010 fanden sich bei YouTube über 5000 verschiedene Videos zu dem Song.
- ¹⁴⁸ <http://www.muensterschezeitung.de/lokales/neuenkirchen/Grosser-Blumenkuebel-zerstoert;art997,988637>.
- ¹⁴⁹ Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/BlumenkProzentC3ProzentBCbel_\(Internet-PhProzentC3ProzentA4nomen\)#cite_note-M.C3.BCnster1-0](http://de.wikipedia.org/wiki/BlumenkProzentC3ProzentBCbel_(Internet-PhProzentC3ProzentA4nomen)#cite_note-M.C3.BCnster1-0). Vgl. <http://www.muensterschezeitung.de/lokales/neuenkirchen/Internetwelle-um-einen-zerstoerten-Blumenkuebel;art997,990767>.
- ¹⁵⁰ Rudolf Hetzel, Jugendliche und das Internet: Chancen für unsere Demokratie, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 48.
- ¹⁵¹ AGOF 2010; S. 13; <http://faz-community.faz.net/blogs/netzkonom/archive/2010/04/26/facebook-zieht-deutscher-konkurrenz-davon.aspx>
- ¹⁵² Reiter 2010. S. 13.
- ¹⁵³ Sunstein 2007; S. 86.
- ¹⁵⁴ Baringhorst 2009, S. 617; Vgl. Sigrid Baringhorst, Introduction: political Campaigning, in: Baringhorst/Kneip/Niesyto 2009, S. 24.
- ¹⁵⁵ Baringhorst 2009, S. 612.
- ¹⁵⁶ Annegret März, Mobilisieren: Partizipation – vom „klassischen Aktivismus“ zum Cyberprotest, in: Baringhorst/Kneip/März/Niesyto 2010; S. 222.

¹⁵⁷ Vgl. Annegret März, Mobilisieren: Partizipation – vom „klassischen Aktivismus“ zum Cyberprotest, in: Baringhorst/Kneip/März/Niesyto 2010; S. 231ff. Thematisch befassten sich diese Kampagnen vorwiegend mit den Arbeitsbedingungen, Menschenrechten und Umweltschutz. Dazu gehörten u. a. die Kampagne für das Verbot von Landminen, die Anti-Pelz-Kampagne oder Kampagnen gegen Genprodukte.

¹⁵⁸ Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktionismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 280.

¹⁵⁹ Metje 2005, S. 20.

¹⁶⁰ Vgl. Sigrid Baringhorst / Veronika Kneip / Johanna Niesyto, Transnationale Anti-Corporate Campaigns im Netz – Untersuchungsdesign und erste Ergebnisse, in: Baringhorst/Kneip/März/Niesyto 2010.

¹⁶¹ Vgl. Baringhorst 2009, S. 627.

¹⁶² Robert Cailliau, Zur Technikgeschichte des Internet, in: Leggevie/Maar 1998, S. 81. (Robert Cailliau ist einer der Väter des World-Wide-Webs bei der „European Organization for Nuclear Research“ CERN.)

¹⁶³ Zit nach Hans J. Kleinsteuber, Das Internet in der Demokratie, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 15.

¹⁶⁴ Krauch 1972, S. 145. Vgl. Hagen 1997, 15. Als Anfang der 70er Jahre das Kabelfernsehen entwickelt wurde, verbanden sich auch mit „interaktiven Kabelanlagen“ Hoffnungen auf demokratischer Innovationen: „die von der Reise-Demokratie zur Verteilmediendemokratie übergegangene Form der industriellen Gesellschaft“ könne „in eine Kabel-Demokratie gewandelt werden“. (Gerhard Vowe / Gernot Wersig, „Kabel-Demokratie“ – Der Weg zur Informationskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1983, zit. nach Hans J. Kleinsteuber, Das Internet in der Demokratie, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 15.

¹⁶⁵ Siedschlag/Rogg/Welzel 2002, S. 112f. Vgl. Meißelbach 2009, S. 74.

¹⁶⁶ Castells 2005, S. 38.

¹⁶⁷ Vgl. Martin Hagen, Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie, in: Kamps 1999, S. 64.

¹⁶⁸ Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? –

Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüneward/Hanßmann 2001, S. 209.

¹⁶⁹ Hans J. Kleinstеuber, Das Internet in der Demokratie, in: Holznagel/Grüneward/Hanßmann 2001, S. 9ff.

¹⁷⁰ Jeanette Hofmann, Am Herzen der Dinge – Regierungsmacht im Internet, in: Gellner/von Korff 1998, S. 73.

¹⁷¹ Vgl. Scholz 2004, S. 37. Vgl. Robert Cailliau, Zur Technikgeschichte des Internet, in: Leggewie/Maar 1998.

¹⁷² So Meridith A. Baker als „Acting Assistant Secretary for Communications and Information“ an die ICANN-Leitung in einem Schreiben vom 30. Juli 2008 zit. nach http://www.ntia.doc.gov/comments/2008/ICANN_080730.html. Der amerikanische Einfluss zeigte sich zum Beispiel daran, dass ICANN zunächst der Domain „.eu“ die Anerkennung verweigerte (Vgl. Castells 2005, S. 43).

¹⁷³ Vgl. www.denic.de/hintergrund/geschichte-der-denic-eg.html. Vgl. Castells S. 41.

¹⁷⁴ Andy Müller-Maguhn, Meine Regierungserklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Oktober 2000.

¹⁷⁵ Zit. nach Scholz 2004, S. 13.

¹⁷⁶ Egloff 2002, S. 255.

¹⁷⁷ Dmitry Polikanov, Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – die digitale Spaltung der Welt aufhalten, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 101. Vgl. Meißelbach 2009, S. 126.

¹⁷⁸ Meißelbach 2009, S. 65.

¹⁷⁹ Hagen 1997, S. 96.

¹⁸⁰ Schmidt 2009, S. 180.

¹⁸¹ Meißelbach 2009, S. 123.

¹⁸² <http://www.google.de/corporate/tenthings.html>.

¹⁸³ Dabei sind die „erzdemokratischen Züge einzelner Webprojekt“ nicht zu leugnen: „Ein englischer Fussballverein wurde im Jahr 2008 von über 21 000 Internetnutzern aus siebzig verschiedenen Ländern für 600 000 englische Pfund gekauft. Die auf myfootballclub.co.uk organisierten Nutzer zahlen je 35 Pfund und besitzen nun 75 Prozent von Ebbsfleet United.“ (Grob in NZZ, 6. März 2009).

¹⁸⁴ Egloff 2002, S. 247ff.

¹⁸⁵ Egloff 2002, S. 257.

¹⁸⁶ Vgl. Winand Gellner, Das Internet: Digitale agora oder Marktplatz der Eitelkeiten, in: Gellner/von Korff 2001, S. 14.

¹⁸⁷ Lanier 2010, S. 3.

¹⁸⁸ Scholz 2004, S. 141.

¹⁸⁹ Ludger Kühnhardt, Wieviel Bytes verträgt die Demokratie?, in FOCUS, 9. September 1996.

¹⁹⁰ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 240.

¹⁹¹ Claus Leggewie, Demokratie auf der Datenautobahn, in: Leggewie/Maar 1998, S. 18.

¹⁹² Siedschlag/Rogg/Welzel, 2002, S. 17. Vgl. Bernhard Holznagel / Anika Hanßmann, Möglichkeiten von Wahlen und Bürgerbeteiligung per Internet, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 55ff.

¹⁹³ Vgl. Claus Leggewie, Demokratie auf der Datenautobahn, in: Leggewie/Maar 1998, S. 22f.

¹⁹⁴ Ursula Weber, Das Demokratiepotezial des Internets, in: Siedschlag 2005, S. 103.

¹⁹⁵ Peter Glotz, Freiheitliche Demokratie in der globalen Informationsgesellschaft, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 18.

¹⁹⁶ Klaus Koziol, Demokratie per Mausclick? – Zur Herstellung von Öffentlichkeit im digitalen Raum, in: Gellner/von Korff 2001, S. 23.

¹⁹⁷ Dazu ausführlich Olaf Winkel, The Democratic Potentials of Interactive Information Technologies under Discussion, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 31ff.

¹⁹⁸ Claus Leggewie, Demokratie auf der Datenautobahn, in: Leggewie/Maar 1998, S. 16.

¹⁹⁹ Alexander Siedschlag / Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 16.

²⁰⁰ Bauer 2003, S. 13.

²⁰¹ Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 216.

²⁰² Castells 2005, S. 198.

²⁰³ Eli Noam, Anarchien in den Netzen? – Regulierung und Deregulierung des Internet, in: Leggewie/Maar 1998, S. 145f.

²⁰⁴ Vgl. Hardt 1999, S. 122 und 151.

²⁰⁵ Rogg 2003, S. 190.

²⁰⁶ Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 71.

II. Menschenwürde und Persönlichkeitsschutz

¹ So der legendäre Dialog zwischen einem Mitarbeiter und dem Pionier der drahtlosen Telekommunikation, Guglielmo Marconi, die erste Verbindung mit der neuen Technologie zwischen New York und Florida zustande kam. (Zit. nach Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 216).

² Ralph Weiß, Das medial entblößte Ich – verlorene Privatheit, in: Jurczyk/Oechsle 2008, S. 177f.

³ Patrick Goltzsch, Anonymität im Internet – Die technische Verteidigung eines Grundrechts, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 110. (Die alltägliche Anonymität ist freilich zum Beispiel durch Kredit- und EC-Karten bereits löchrig geworden.)

⁴ Grossmann 2010.

⁵ Krauch 1972, S. 9.

⁶ Vgl. Castells 2005, S. 131f.

⁷ Bertram Konert / Dirk Hermanns, Der private Mensch in der Netzwelt, in: Weiß/Groebel 2002, S. 499.

⁸ Martin Eifert, Freie Persönlichkeitsentfaltung in sozialen Netzen – Rechtlicher Schutz von Voraussetzungen und gegen Gefährdungen der Persönlichkeitsentfaltung im web 2.0, in: Bieber 2009, S. 257. Vgl. Charnock 2010, S. 124ff.

⁹ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 244.

¹⁰ Zehnder 1998, S. 30.

¹¹ Howard Kurtz in Washington Post, 18. September 2006, zit. nach Keen 2008, S. 90.

¹² Vgl. www.talhotblond.com.

¹³ Grossmann 2010.

¹⁴ Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 69.

¹⁵ PC-Welt 2/2010 S. 84ff

¹⁶ Intiti@tive D21 2010, S. 24; Abweichende Zahlen finden sich bei www.internetworld.de am 28. April 2009: „Fast zwei Drittel der Internetuser nutzen Onlinenetzwerke“ (www.internetworld.de/layout/set/print/content/view/print/18444/): „In einem Ranking liegt Stayfriends mit 27 Prozent der Internetnutzer vor wer-kennt-wen (20 Prozent), Xing (15 Prozent), StudiVZ (13 Prozent) und Facebook (10 Prozent). Twitter kennen zwar 37 Prozent der Nutzer, aber nur ein Prozent ist dort aktiv.“

¹⁷ Vgl. Grossmann 2010; <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Facebook-meldet-500-Millionen-Mitglieder-1043251.html>; <http://www.newsbreaker.de/facebook-mehr-als-250-millionen-taegliche-nutzer/>. Zum Vergleich: Twitter hat weltweit 72 Millionen registrierte Nutzer, das Netzwerk MySpace 200 Millionen (Peter Bloed, Die selbstentblößten Nutzer, in: FOCUS-Online, 29. August 2010). Vgl. Holger Schmidt, Börsenspiel Facebook, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Januar 2011, S. 9. In Afrika dominiert das kostengünstigere Netzwerk Mxit (vgl. Facebook auf Afrikanisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 2010).

¹⁸ http://facebookmarketing.de/zahlen_fakten/nutzerzahlen-faq

¹⁹ <http://www.facebook.com/ads/create/>

²⁰ AGOF 2010; S. 13; <http://faz-community.faz.net/blogs/netzkoenom/archive/2010/04/26/facebook-zieht-deutscher-konkurrenz-davon.aspx>

²¹ Intiti@tive D21 2010, S. 24.

²² Katrin Busemann / Christoph Gscheidle, web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilnahme sinkt, in: ARD/ZDF-Onlinestudie 2010, S. 367.

²³ Vgl. Schmidt 2009, S. 71.

²⁴ Christoph Bieber / Martin Eifert / Thomas Groß / Jörn Lamla, Soziale Netze in der digitalen Welt, in: Bieber u. a. 2009, S. 21.

²⁵ Castells 2005, S. 9.

²⁶ Monika Taddicken / Kerstin Bund, Ich kommentiere, also bin ich – Community Research am Beispiel des Diskussionsforums der ZEIT-online, in: Welker/Wünsch 2010, S. 167.

²⁷ So eine Umfrage unter Nutzern der VZ-Netzwerke: Generation Netzwerk 2010, S. 22.

- ²⁸ Vgl. Schmidt 2009, S. 109.
- ²⁹ Intiti@tive D21 2010, S. 25.
- ³⁰ Castells 2005, S. 143 und 137.
- ³¹ Schmidt 2009, S. 117.
- ³² <http://www.facebook.com/ads/create/> (Hier können jeweils die aktuellen Facebook-Zahlen abgerufen werden).
- ³³ Carr 2010, S. 29.
- ³⁴ Vgl. Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 209.
- ³⁵ Vgl. Schmidt 2009, S. 120ff.
- ³⁶ Monika Taddicken / Kerstin Bund, Ich kommentiere, also bin ich – Community Research am Beispiel des Diskussionsforums der ZEIT-online, in: Welker/Wünsch 2010, S. 167f.
- ³⁷ Peter Bloed, Die selbstentblößten Nutzer, in: FOCUS-Online, 29. August 2010.
- ³⁸ Grossmann 2010.
- ³⁹ Grossmann 2010.
- ⁴⁰ Martin Eifert, Freie Persönlichkeitsentfaltung in sozialen Netzen – Rechtlicher Schutz von Voraussetzungen und gegen Gefährdungen der Persönlichkeitsentfaltung im web 2.0, in: Bieber 2009, S. 264.
- ⁴¹ Zit. nach Die Akte Facebook, in: PC-Welt 4/2011, S. 82.
- ⁴² Grossmann 2010.
- ⁴³ Castells 2005, S. 65. („Die Ursprünge der online-Gemeinschaften lagen sehr nahe bei den gegenkulturellen Bewegungen und alternativen Lebensweisen, die im Gefolge der 1960er Jahre auftraten. (...) Dennoch schwächte sich, als Größe und Reichweite der virtuellen Gemeinschaften anstiegen, ihre ursprüngliche Verbindung zur Gegenkultur ab.“)
- ⁴⁴ Grossmann 2010.
- ⁴⁵ Karl-Heinz Ladeur, Neue Medien brauchen neues Medienrecht – Zur Notwendigkeit einer Anpassung des rechts an die Interkommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 43.
- ⁴⁶ Bertram Konert / Dirk Hermanns, Der private Mensch in der Netzwelt, in: Weiß/Groebe 2002, S. 499.
- ⁴⁷ Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 70; Noch

kritischer ließe sich sagen: „Ein unendliches Geltungsbedürfnis ist der Antrieb für den heißesten Teil der Internetökonomie, für Social-Networking-Sites ...“ (Keen 2008, S. 15).

⁴⁸ Grossmann 2010. Die „American Academy of Matrimonial Lawyers“ berichtet, dass 81 Prozent ihrer Mitglieder einen Anstieg von Ehescheidungen vermerken, bei denen die Nutzung Sozialer Netzwerke eine Rolle spielt. 66 Prozent nennen ausdrücklich Facebook als Scheidungsursache.

⁴⁹ Zit. nach Die Akte Facebook, in: PC-Welt 4/2011, S. 82.

⁵⁰ Vgl. Frauke Lüpke-Narberhaus, Mein digitaler Selbstmord, in: DER SPIEGEL, 3.2. 2008. (<http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/0,1518,532070,00.html>) sowie GENERAL-ANZEIGER, 13. Januar 2011, S. 12. Besonders schwer tun sich Soziale Netzwerke, wenn Hinterbliebene im Todesfall versuchen, solche Nutzerkonten zu löschen. (Vgl. Michael Radunski, Ausloggen für die Ewigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12. Dezember 2010).

⁵¹ Schmidt 2009, S. 181.

⁵² Marit Hansen / Christian Krause, Selbstdatenschutz – Sicherheit im Eigenbau, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 156; vgl. Hilbert 2007, S. 231.

⁵³ Turkle 1998, S. 438.

⁵⁴ Vgl. Schmidt 2009, S. 127.

⁵⁵ Lanier 2010, S. 70.

⁵⁶ Joseph Daniel Lasica, The Net Never forgets, in: 21st Salon, 25. November 1998 (<http://www.salon.com/21st/feature/1998/11/25/feature.html>).

⁵⁷ Ralph Weiß, Das medial entblößte Ich – verlorene Privatheit, in: Jurczyk/Oechsle 2008, S. 174.

⁵⁸ Krishan Kumar / Ekaterina Makavova, The Portable Home: The Domestication of Public Space, in: Jurczyk/Oechsle 2008, S. 73.

⁵⁹ Karin Jurczyk / Mechthild Oechsle, Privatheit: Interdisziplinarität und Grenzverschiebungen, in: Jurczyk/Oechsle 2008, S. 25. Vgl. Bertram Konert / Dirk Hermanns, Der private Mensch in der Netzwelt, in: Weiß/Groebel 2002, S. 418.

⁶⁰ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 243.

⁶¹ Kamps 2007, S. 337.

⁶² Michael Mertes, Internet und politische Kultur, in: Eisel/Scholl 1998, S. 59. Brown 1997, S. 19.

⁶³ Mayer-Schönberger 2010, S. 229ff. Vgl. Michael Mertes, Internet und politische Kultur, in: Eisel/Scholl 1998, S. 59. Vgl. Arne Arnold / Hendrik Becker, Das alles weiß Google über Sie, in: PC-Welt, 16.08.2010 (www.pcwelt.de/2346557).

⁶⁴ Joseph Daniel Lasica, The Net Never forgets, in 21st Salon 25. November 1998. (<http://www.salon.com/21st/feature/1998/11/25/feature.html>)

⁶⁵ Nils Ole Oermann, Internet und Ethik, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 248.

⁶⁶ Schmidt 2009, S. 115.

⁶⁷ Vgl. Mayer-Schönberger 2010, S. 10ff.

⁶⁸ <http://www.youtube.com/watch?v=LddMTJq7sSo>.

⁶⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar 2011.

⁷⁰ Vgl. Schmidt 2009, S. 127.

⁷¹ Mayer-Schönberger 2010, S. 16. Vgl. Reischl 2008, S. 45. Auf die Frage, „warum tilgen Sie nicht einfach alle Spuren einer Suche“, sagte Philipp Schindler, Google-Chef für Nord- und Zentraleuropa, im Januar 2010: „Wir anonymisieren die Suchdaten nach neun Monaten, das heißt, Ihre gespeicherte IP-Adresse wird so verfremdet, dass sie nicht mehr einem Rechner zuzuordnen ist.“ (Der Spiegel, 11. Januar 2010)

⁷² Vgl. Keen 2008, S. 179.

⁷³ Interview in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. September 2010.

⁷⁴ Zit. nach General-Anzeiger, 8. September 2010. Inzwischen wird in 38 US-Bundesstaaten gegen Google wegen der Praxis der Datenerfassung ermittelt (vgl. General-Anzeiger 23. Juli 2010).

⁷⁵ Reischl 2008, S. 67.

⁷⁶ Lanier 2010, S. 15.

⁷⁷ Arne Anold / Hendrik Becker, Das alles weiß Google über Sie, in: PC-Welt, 16.08.2010 (www.pcwelt.de/2346557); vgl. Der Spiegel, 11. Januar 2010 („Ende der Privatheit“).

⁷⁸ Interview in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. September 2010. In einem weiteren Schritt könnte dann ein Spracherkennungsprogramm einen Telefonanruf assoziativ mit Hintergrundinformationen begleiten und nach Schlüsselwörter angerufene Informationen

auf einem Bildschirm einspielen – auch hier natürlich ausgewählt nach den Vorlieben des Nutzers (vgl. Mercedes Bunz, *Das Denken und die Digitalisierung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 2011).

⁷⁹ Grossmann 2010 (Auch Zuckerberg selbst hat kein Büro).

⁸⁰ Zit. nach Grossmann 2010.

⁸¹ Grossmann 2010. Vgl. Mayer-Schönberger 2010, S. 22.

⁸² Zit. nach Jarvis 2009, S. 385.

⁸³ Die Akte Facebook, in: *PC-Welt* 4/2011, S. 80 („Facebook hat in den ersten drei Quartalen 2010 einen Umsatz von 1,2 Milliarden Dollar gemacht, der Gewinn lag bei 355 Millionen Dollar“).

⁸⁴ Jarvis 2009, S. 364ff.

⁸⁵ Heigl/Hacker 2010, S. 18.

⁸⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. November 2010.

⁸⁷ Im Internet gab es im Übrigen in der Debatte um Google Street View sogar Aufrufe, die Häuser derjenigen zu fotografieren und im Internet bekannt zu machen, die bei Google Street View auf Wunsch ihrer Besitzer bzw. Bewohner unkenntlich gemacht wurden.

⁸⁸ Julian Stech, *Stech-Schritt bei Google*, in: *General-Anzeiger*, 20./21. November 2011.

⁸⁹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. November 2010.

⁹⁰ Vgl. Arne Anold / Hendrik Becker, *Das alles weiß Google über Sie*, in: *PC-Welt*, 16.08.2010 (www.pcwelt.de/2346557).

⁹¹ *Der Spiegel*, 11. Januar 2010 („Ende der Privatheit“).

⁹² BverfG, 1 BvR 209, 269, 362, 420, 440, 484/83 vom 15.12.1983.

⁹³ BverfG, 1 BvR 370/07 vom 27.2.2008.

⁹⁴ Castells 2005, S. 184.

⁹⁵ Vgl. Keden 2008, S. 189.

⁹⁶ Castells 2005, S. 187

⁹⁷ Vgl. http://www.bitkom.org/files/documents/Datenschutz_Kodex.pdf. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Datenschutz-kodex-fuer-Geodienste-ueberreicht-1199988.html>

⁹⁸ Rieger 2010.

⁹⁹ http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/rote_linie.pdf?__blob=publicationFile.

¹⁰⁰ Marcus Schlögel / Verena Walter, *Behavioral Targeting – Chan-*

cen und Risiken einer neuen Form des Online-Marketing, in: Meckel/ Stanoevska-Slabeva 2008, S. 182.

¹⁰¹ Zit. nach Jörn Lamla, Soziale Verbrauchervernetzung – Neue Spannungslinien im kulturellen Kapitalismus, in: Bieber u. a. 2009, S. 129.

¹⁰² Vgl. Kelly 2005.

¹⁰³ Castells 2005, S. 67. „The Net turned out to be more ... a mall than a commune.“ (Carr 2005). Bardes/Shelly II/Schmidt 2010, S. 412. „One study found that only 40 percent of the Web is commercial. The rest runs on duty or passion“ (Kelly 2005).

¹⁰⁴ Vgl. <http://news.netcraft.com/>.

¹⁰⁵ G. Günter Voss /Frank Kleemann, Arbeitende Kunden im web 2.0, in: Bieber u. a. 2009, S. 151.

¹⁰⁶ Vgl. Matthew Green, Napster Opens Pandora's Box, in: Ohio State Law Journal 63, Nr. 2/2002, S. 799ff. (Damals kaufte der Medienkonzern Bertelsmann die Musiktaschbörse und betreibt sie seitdem als Plattform zum kostenpflichtigen Musikdownload).

¹⁰⁷ Vgl. Kelly 2005.

¹⁰⁸ So der Branchenverband BITKOM nach einer Erhebung des Instituts FORSA (http://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64038_64736.aspx).

¹⁰⁹ Katerina Stanoevska-Slabeva. Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23.

¹¹⁰ Vgl. Jörn Lamla, Soziale Verbrauchervernetzung – Neue Spannungslinien im kulturellen Kapitalismus, in: Bieber u. a. 2009, S. 132. „The producers are the audience, the act of making is the act of watching, and every link is both a point of departure and a destination.“ (Kelly 2005).

¹¹¹ Axel Bruns, Produktion: Von medialer zur politischer Partizipation, in: Bieber u. a. 2009, S. 67f.

¹¹² Adam Arvidsson, Kunden als Koproduzenten, soziale Produktion und ethische Ökonomie, in: Bieber u. a. 2009, S. 164. Übrigens protestieren im finanziell höchst lukrativen Internet-Porno-Bereich die Porno-Verlage massiv gegen „user-prouzierte“ Angebote, die ihre Umsätze beeinträchtigen (Vgl. Michael Maier, The Readers Edition – Wie Mediennutzer dem Journalismus Konkurrenz machen, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 204).

¹¹³ Anderson 2009, S. 8f. und 27. So verdient auch Google mit den

Anzeigen von Kleinkunden das meiste Geld, nicht mit denen der Großkunden.

¹¹⁴ Battelle 2005, S. 95.

¹¹⁵ G. Günter Voss / Frank Kleemann, Arbeitende Kunden im web 2.0, in: Bieber u. a. 2009, S. 141 bzw. 153. „Verbrauchergeneriertes Werbematerial“ setzen u. a. Wal-Mart, Nike, Mastercard, Toyota, L'Oréal ein (Vgl. Keen 2008, S. 72).

¹¹⁶ Günter Krings, Bloß keine Konterrevolution, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. November 2010, S. 8.

¹¹⁷ Detlef Kröger, Geistiges Eigentum im Netz – Zwischen Industrierecht und Kulturgut, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 216. Vgl. Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 191ff.

¹¹⁸ Andy Müller-Maguhn, Meine Regierungserklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 17. Oktober 2000.

¹¹⁹ Keen 2008, S. 31f. und 156f.

¹²⁰ Kevin Kelly, Scan this Book, in: New York Times Magazine, 14. Mai 2006 (zit. nach Keen 2008, S. 67).

¹²¹ Keen 2008, S. 155.

¹²² Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/David-Bowie-be-kommt-Internet-Oscar-173674.html>. Vgl. <http://www.poplexikon.com/bands/david-bowie>.

¹²³ Georgios Gounalakis, Urheberrecht im ideologischen Zugriff – Wie das web 2.0 einen bisher strikt mono-paradigmatischen Diskurs polarisiert: Ein Berührungsversuch, in: Bieber 2009, S. 216ff.

¹²⁴ Adam Arvidsson, Kunden als Koproduzenten, soziale Produktion und ethische Ökonomie, in: Bieber u. a. 2009, S. 172.

¹²⁵ Thomas Groß, Soziale Netzwerke und die Transformation des Urheberrechts, in: Bieber u. a. 2009, S. 209; Alternative Medien arbeiten in der Regel mit der „Creative Commons-Lizenz 2.0“, die dem Inhalt eines Beitrages zur nicht-kommerziellen Verwendung, Modifikation und Distribution freigibt. (Baringhorst 2009, S. 621)

¹²⁶ Detlef Kröger, Geistiges Eigentum im Netz – Zwischen Industrierecht und Kulturgut, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 216f.

¹²⁷ Vgl. Thomas Groß, Soziale Netzwerke und die Transformation des Urheberrechts in: Bieber u. a. 2009, S. 203ff. In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Oktober 2010 ist diese Geräteabgabe allerdings teilweise für rechtswidrig erklärt worden (vgl. <http://www.iuwis.de/blog/gerProzentC3ProzentA4teabgabe-teils-europarechtswidrig-eugh-v.-21.10.2010-az.-c-46708-sage>). Dem hat

wiederum das Bundesverfassungsgericht im Januar 2011 widersprochen (vgl. <http://www.urheberrecht.org/news/p/1/i/4161/>). 2008 veröffentlichte die EU-Kommission ihr Grünbuch „Urheberrecht in der wissensbestimmten Wirtschaft“.

¹²⁸ Scholz 2004, S. 168.

¹²⁹ General-Anzeiger, 16. Juli 2010, S. 6. Damit verbunden wäre allerdings eine erheblicher Eingriff in den Datenschutz, zu dem auch gehören soll, bei Grenzkontrollen Laptops, Mp3-Player usw. auf illegale Software oder Musikstücke zu scannen.

¹³⁰ Statistisches Bundesamt 2010, S. 118. Nach der ARD/ZDF-Onlinestudie nehmen 6 bis 7 Prozent der Internetnutzer mindestens einmal wöchentlich an Online-Aktionen teil oder kaufen im Netz ein (ARD/ZDF-Onlinestudie 2010).

¹³¹ AGOF 2010, S. 10. Das statistische Bundesamt nennt als Verkaufsschlager Kleidung oder Sportartikel (55 Prozent), private Gebrauchsgüter wie Möbel oder Spielzeug (48 Prozent) und Filme bzw. Musik (37 Prozent). Immerhin 43 % der 10- bis 15-Jährigen haben bereits Musik oder Filme über das Internet gekauft. Im Vordergrund des Konsuminteresses stehen bei Internetnutzern zwischen 14 und 19 Jahren Bekleidung, Schuhe, Kameras, MP3-Player, Handys und bei Mädchen Kosmetik. Spiele stoßen bei nur 23 Prozent auf Interesse (vgl. Generation Netzwerk 2010, S. 36).

¹³² Vgl. Castells 2005, S. 75 und Keen 2008, S. 162. 25 Prozent des Gesamtumsatzes fallen im Bereich der Pornographie an. Vgl. auch Global Trends on Online Shopping (A Nielsen Global Consumer Report) June 2010 (<http://hk.nielsen.com/documents/Q12010OnlineShoppingTrendsReport.pdf>). Vgl. Castells 2005, S. 209.

¹³³ Benjam R. Barber, Which Technology for which Democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüne-wald/Hanßmann 2001, S. 210.

¹³⁴ Statisches Bundesamt 2010, S. 121.

¹³⁵ Castells 2005, S. 71 und 104.

¹³⁶ Castells 2005, S. 67, 89 und S. 103. Dabei bevorzugt das Internet hoch gebildete und initiative Arbeitskräfte mit hoher internationaler Affinität. So hatten in den 90er Jahren 30 Prozent aller Neugründungen in Silicon Valley Vorstandsvorsitzende, die aus Indien oder China eingewandert waren. (Vgl. Castells 2005, S. 102).

¹³⁷ Deutscher Bundestag Enquete 1998, S. 112.

¹³⁸ Baringhorst 2009, S. 623.

- ¹³⁹ Generation Netzwerk 2010, S. 23.
- ¹⁴⁰ Jörn Lamla, Soziale Verbrauchervernetzung – Neue Spannungslinien im kulturellen Kapitalismus, in: Bieber u. a. 2009, S. 129.
- ¹⁴¹ Katerina Stanoevska-Slabeva, Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23.
- ¹⁴² Christoph Bieber / Martin Eifert / Thomas Groß / Jörn Lamla, Soziale Netze in der digitalen Welt, in: Bieber u. a. 2009, S. 15.
- ¹⁴³ Karl-Heinz Ladeur, Neue Medien brauchen neues Medienrecht – Zur Notwendigkeit einer Anpassung des rechts an die Interkommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 34.
- ¹⁴⁴ Thomas Knüwer, Tante Thereses Rückkehr, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 75. Besonders typisch dafür ist der Amazon-Hinweis „Kunden, die dieses Buch kauften, kauften auch ...“
- ¹⁴⁵ Generation Netzwerk 2010, S. 25.
- ¹⁴⁶ Christoph Bieber / Martin Eifert / Thomas Groß / Jörn Lamla, Soziale Netze in der digitalen Welt, in: Bieber u. a. 2009, S. 13.
- ¹⁴⁷ Thomas Knüwer, Tante Thereses Rückkehr, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 73.
- ¹⁴⁸ Vgl. Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktionismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 285.
- ¹⁴⁹ Jarvis 2009, S. 184.
- ¹⁵⁰ Sigrid Baringhorst, Politischer Konsumerismus im Netz – Chancen und Risiken demokratischer Protestpolitik, in: Bieber u. a. 2009, S. 183 und 189.
- ¹⁵¹ Baringhorst /Kneip 2010, S. 248.
- ¹⁵² Vgl. Miriam Meckel, Reputationsevangelisten und Reputationsterroristen – Unternehmenskommunikation 2.0, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23. Themen solcher Kampagnen waren vor allem Arbeitsbedingungen, Menschenrechte und Umweltschutz. Meist werden einzelne Unternehmen adressiert, oft aber eine Branche und die Politik „um durch gesetzliche Normierungen Moralverstöße von Unternehmen generell zu verhindern.“ (Sigrid Baringhorst, Politischer Konsumerismus im Netz – Chancen und Risiken demokratischer Protestpolitik, in: Bieber u. a. 2009, S. 184ff.)
- ¹⁵³ Annegret März, Mobilisieren: Partizipation – vom „klassischen

Aktivismus“ zum Cyberprotest, in: Baringhorst/Kneip/März/Niesyto 2010, S. 222.

¹⁵⁴ Vgl. Veronika Kneip, Political Struggles within the Market Sphere – The Internet as a Weapon, in: Baringhorst/Kneip/Niesyto 2009.

¹⁵⁵ Vgl. Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktionismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 288.

¹⁵⁶ Claus Leggewie, Enteignet Bill Gates!? – Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in: Lerggeiwe/Maar 1998, S. 220.

¹⁵⁷ Christian Stöcker, Die Kolonialmächte der Datenwolke, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 105. Vgl. Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 210.

¹⁵⁸ Vgl. Castells 2005, S. 77.

¹⁵⁹ Vgl. Schmidt 2009, S. 139ff. 2009 scheiterte ein Versuch der Übernahme der VZ-Gruppe durch Facebook. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2011.

¹⁶⁰ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

¹⁶¹ Carr 2010, S. 251; vgl. Keen 2008, S. 17.

¹⁶² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Januar 2011, S. 9.

¹⁶³ Karavas 2007, S. 103.

¹⁶⁴ Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahemn der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 12f.

¹⁶⁵ Vgl. Claus Leggewie, Enteignet Bill Gates!? – Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in: Leggewie/Maar 1998, S. 207.

¹⁶⁶ Der Spiegel, 11. Januar 2010.

¹⁶⁷ http://stats.wikimedia.org/reportcard/RC_2011_01_detailed.html

¹⁶⁸ Vgl. Castells 2005, S. 79.

¹⁶⁹ Brown 1997, S. 117ff.

¹⁷⁰ Christian Stöcker, Die Kolonialmächte der Datenwolke, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 109.

¹⁷¹ Ingo Rumann, Politik im digitalen Zeitalter – Ein Flickentepich, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 43.

¹⁷² Egloff 2002, S. 253.

¹⁷³ Christian Stöcker, Die Kolonialmächte der Datenwolke, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 106.

¹⁷⁴ Hilbert 2007, S. 38.

¹⁷⁵ Zit. nach Gerhard Oestreich, Die Idee der Menschenrechte in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Berlin 1962, S. 6.

¹⁷⁶ Im Time-Magazin zit. nach Lorenz Lorenz-Meyer, Die Zensur als technischer Defekt – der Gilmore Mythos, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 307.

¹⁷⁷ Dmitry Polikanov, Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – die digitale Spaltung der Welt aufhalten, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 102. Vgl. Castells 2005, S. 182.

¹⁷⁸ Vgl. <http://www.internetworldstats.com/stats.htm>; vgl. zum Umfang des Datenverkehr jeweils ständig aktualisiert: <http://www.internettrafficreport.com/>

¹⁷⁹ Ingo Rumann, Politik im digitalen Zeitalter – Ein Flickentepich, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 43.

¹⁸⁰ Meike Zwingenberger, Gemeinschaftsformen in der globalen Informationsgesellschaft, in: Gellner/von Korff 1998, S. 233 und 235.

¹⁸¹ Vgl. Morozov, 2010.

¹⁸² Peter Glotz, Freiheitliche Demokratie in der globalen Informationsgesellschaft, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 19.

¹⁸³ Dmitry Polikanov, Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – die digitale Spaltung der Welt aufhalten, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 105.

¹⁸⁴ Michael Mertes, Internet und politische Kultur, in: Eisel/Scholl 1998, S. 58. Vgl. Kalathil/Boas 2003, S. 137.

¹⁸⁵ Mertes 2010, S. 10; Castells 2005, S. 173.

¹⁸⁶ Zit. nach Kalathil/Boas 2003, S. 1.

¹⁸⁷ Dazu in: <http://www.eff.org/deeplinks/2011/02/egypts-internet-blackout-highlights-danger-weak>. „In response to ongoing protests, Egyptian president Hosni Mubarak ordered a shutdown of all Internet access for five whole days, from January 28 to February 2 ... Nearly all of the major ISPs in Egypt – Link Egypt, Vodafone, Telecom Egypt, Etisalat Misr, and Internet Egypt Network – took their services offline within minutes of each other, ostensibly under some kind of pressure from the Egyptian president, Hosni Mubarak ... Though the Internet blackout impaired Egyptians' ability

to coordinate and communicate, protests continued in Cairo, Alexandria, and Suez with record turnout.“

¹⁸⁸ Morozov 2009.

¹⁸⁹ Vgl. Sascha Lobo, *Wie Facebook arabische Online-Spitzel besiegte*, in: Spiegel-Online, 2. Februar 2011 (<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,742961,00.html>).

¹⁹⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar 2011.

¹⁹¹ Vgl. Dmitry Polikanov, *Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – die digitale Spaltung der Welt aufhalten*, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 102.

¹⁹² Jochen Buchsteiner, *Indonesien im Griff von „pter Porn“*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2010.

¹⁹³ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

¹⁹⁴ Vgl. Kalathil/Boas 2003, S. 30.

¹⁹⁵ Zehnder 1998, S. 62.

¹⁹⁶ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

¹⁹⁷ Kalathil/Boas 2003, S. 26.

¹⁹⁸ Vgl. Reischl 2008, S. 60. Vgl. Alexander Siedschlag, *Internationale Sicherheitspolitik im Internet-Zeitalter*, in: Siedschlag/Bilgeri 2002, S. 113. Vgl. www.tagesschau.de/ausland/google234.html.

¹⁹⁹ Vgl. Grossmann 2010.

²⁰⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 2010.

²⁰¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2011. Zu China insgesamt vgl. Kalathil/Boas 2003, S. 13ff.

²⁰² http://www.big-screen.de/deutsch/pages/news/allgemeine-news/2011_03_21_6165_google-wirft-chinas-regierung-verdeckte-gmail-blockade.php.

²⁰³ Vgl. Morozov 2010.

²⁰⁴ Barney Warf, *Geographies of Global Internet Censorship*, in: GeoJournal Dezember 2010 (<http://www.springerlink.com/content/x0g025347785722p/fulltext.pdf>). Mehr zur Internetzensur unter <http://www.cyberdissidents.org> und <http://en.rsf.org/internet.html>.

²⁰⁵ Vgl. Michiewicz 2010, S. 47.

Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai 2011.

²⁰⁶ <http://en.rsf.org/internet.html>.

²⁰⁷ Spiegel-Online, 1. August 2010; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. August 2010. Auch Saudi-Arabien, Indien und Bahrein

wollten die Dienste sperren, wenn sie keinen Zugriff auf die Blackberry-Daten erhielten. Die EU-Kommission entschied sich „aus Sicherheitsgründen“ dafür, ihren 32.000 Mitarbeitern keine Blackberrys zur Verfügung zu stellen, weil „der Blackberry-Hersteller RIM alle Datenströme über Rechenzentren in Kanada und Großbritannien laufen lässt.“ (General-Anzeiger 5. August 2010). Diese ablehnende Auskunft erhielt der Autor auch als Mitglied des Deutschen Bundestages von der Bundestagsverwaltung, als er im September 2009 einen Blackberry beantragte.

²⁰⁸ <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/archiv/pressemitteilungen/archiv-pressemitteilungen-single/period/1262300400/31535999/archived/browse/5/select/pressemitteilungen/article/39/rog-kritisiert-einschraenkung-von-blackberry-diensten.html>.

²⁰⁹ Zehnder 1998, S. 63. Zu diesen Ländern im Einzelnen vgl. Kalathil/Boas 2003, S. 70ff.

²¹⁰ Vgl. Michiewicz 2010, S. 48.

²¹¹ Kalathil/Boas 2003, S. 62.

²¹² Morozov 2009.

²¹³ Zit nach Schirmmacher 2009, S. 31.

²¹⁴ Vgl. Markus Bickel, Der Herrscher macht auf Facebook-Jugend, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Februar 2011.

²¹⁵ Morozov 2009.

²¹⁶ Morozov 2010. Vgl. Sascha Lobo, Wie Facebook arabische Online-Spitzel besiegte, in: Spiegel-Online, 2. Februar 2011 (<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,742961,00.html>). Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Juli 2010.

²¹⁷ Murad Erdemir, Realisierung der Staatsaufgabe Jugendschutz im Web 2.0, in: Bieber 2009, S. 294.

²¹⁸ Vgl. Katrin Hummel, Im Netz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Dezember 2011.

²¹⁹ Keen 2008, S. 83.

²²⁰ Christoph Bieber / Martin Eifert / Thomas Groß / Jörn Lamla, Soziale Netze in der digitalen Welt, in: Bieber u. a. 2009, S. 19.

²²¹ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 244.

²²² Keen 2008, S. 13. Vgl. Charnock 2010, S. 124ff.

²²³ Vgl. Hans Geser, Auf dem Weg zur Neuerfindung der politi-

schen Öffentlichkeit – Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 413ff.

²²⁴ Alexander Roßnagel, Persönlichkeitsentfaltung zwischen Eigenverantwortung, gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Regulierung, in: Bieber 2009, S. 272. Vgl. Martin Eifert, Freie Persönlichkeitsentfaltung in sozialen Netzen – Rechtlicher Schutz von Voraussetzungen und gegen Gefährdungen der Persönlichkeitsentfaltung im web 2.0, in: Bieber 2009, S. 258.

²²⁵ Reiter 2010, S. 134.

²²⁶ Urteilsbegründung zit. nach „Der Standard“ 7. Juni 2010. Das Video wurde inzwischen angeblich über eine Milliarde Mal angesehen.

²²⁷ Murad Erdemir, Realisierung der Staatsaufgabe Jugendschutz im Web 2.0, in: Bieber 2009, S. 294.

²²⁸ Der Standard, 7. Juni 2010; vgl. Lanier 2010, S. 60.

²²⁹ Focus-Online, 1. Oktober 2010 (http://www.focus.de/panorama/welt/selbstmord-nach-youtube-video-polizei-verhaftet-zwei-studenten_aid_558139.html).

²³⁰ Karl-Heinz Ladeur, Neue Medien brauchen neues Medienrecht – Zur Notwendigkeit einer Anpassung des rechts an die Interkommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 41.

²³¹ Alexander Roßnagel, Persönlichkeitsentfaltung zwischen Eigenverantwortung, gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Regulierung, in: Bieber 2009, S. 278.

²³² Morozov 2010.

²³³ Vgl. dazu Menschenrechte im digitalen Zeitalter (Interview mit Wolfgang Benedek, Leiter des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Karl-Franzens-Universität Graz), 30. Juli 2010 bei orf.at (<http://futurezone.orf.at/stores/1653740/>); Vgl. <http://www.intgovforum.org/cms>. Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton hat sich des Themas im Blick auf die internationale Dimension in zwei Grundsatzreden Anfang 2010 und Anfang 2011 angenommen. Darin forderte sie im Blick auf die Menschenrechte sowohl die Freiheit des Internets als auch Quellen- und Geheimnisschutz (Vgl. <http://www.foreignpolicy.com>).

III. Meinungsbildung im Netz

¹ Federalist Papers Nr. 49, 1788 zit nach Alexander Siedschlag, Die Entwicklung der Internet-und Politik-Debatte in Deutschland und den USA, in: Siedschlag 2005, S. 147.

² Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahmen der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 13. Vgl. Volker Leib, Bürger mit Netzanschluß, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 365.

³ Vgl. Grossmann 2010.

⁴ Deutscher Bundestag Enquete 1998, S. 78f.

⁵ <http://www.coursework.info>.

⁶ Krauch 1972, S. 11.

⁷ Schmidt 2009, S. 105.

⁸ Egloff 2002, S. 249

⁹ Grob in NZZ, 6.3.2009.

¹⁰ Hans Geser, Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit – Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 410.

¹¹ Vgl. Castells 2005, S. 181.

¹² Rudolf Hetzel, Jugendliche und das Internet: Chancen für unsere Demokratie, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 47.

¹³ Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf Museumsforum 2000, S. 35; Vgl. Schmidt 2009, S. 181.

¹⁴ Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahemn der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 13ff.

¹⁵ Baringhorst/Kneip 2010, S. 244f. Vgl. Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf Museumsforum 2000, S. 38. Vgl. Davis 1999, S. 4. Vgl. Rudolf Hetzel, Jugendliche und das Internet: Chancen für unsere Demokratie, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 56.

¹⁶ Kamps 2007, S. 346. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily ließ sich einmal „zu dem Wortspiel hinreißen, mit dem Internet entstehe eine E-Gora – analog zur Agora“ (Bauer 2003, S. 4).

¹⁷ Falter 2001, S. 2.

- ¹⁸ Armborst 2006, S. 5. Vgl. Michiewicz 2010, S. 54f.
- ¹⁹ Reiter 2010, S. 63
- ²⁰ Vgl. Armborst 2006, S. 184. Bei einer 2005 unter 150 deutschsprachigen Bloggern durchgeführten Umfrage nach den Schwerpunkten ihrer Blogs dominierten Fragestellungen aus dem Privatleben (52 Prozent) und Internet-Themen vor allem aus dem technischen Bereich (47 Prozent).
- ²¹ Vgl. www.bloggerei.de. Vgl. auch www.deutscheblogcharts.de.
- ²² Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 177.
- ²³ Michiewicz 2010, S. 41.
- ²⁴ Vgl. Heigl/Hacker 2010, S. 66.
- ²⁵ Benjam R. Barber, *Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology*, in: in: Holznapel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 215.
- ²⁶ Reiter 2010, S. 64.
- ²⁷ Marshall Meluha, *Understanding the Media: The Extensions of Man*, 1963 zit. nach Carr 2010, S. 145. Vgl. Hans Geser, *Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit – Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels*, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 428.
- ²⁸ Albrecht 2010, S. 167ff., 196ff., 237ff.
- ²⁹ Schmidt 2009, S. 138.
- ³⁰ Vgl. Schmidt 2009, S. 143. Vgl. SevenOne Media 2010, S. 25.
- ³¹ Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 52.
- ³² Miriam Meckel, *Cyberpolitics und Cyperpolity*, in: Kamps 1999, S. 240.
- ³³ Kamps 2007, S. 347f.
- ³⁴ Deutscher Bundestag Enquete 1998, S. 78.
- ³⁵ Vgl. Bardes/Shelly II/Schmidt 2010, S. 326. Vgl. Sunstein 2007, S. 138ff.
- ³⁶ Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 176.
- ³⁷ Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 175.
- ³⁸ *Süddeutsche Zeitung*, 16. Februar 2011 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/plagiatsvorwurf-gegen-verteidigungsminister-guttenberg-soll-bei-doktorarbeit-abgeschrieben-haben-1.1060774>).
- ³⁹ Auf der Seite heißt es: „Wikia wird betrieben von Wikia, Inc., mit Hauptsitz in San Francisco, Kalifornien und wurde von Jimmy

Wales sowie Angela Beesley im Jahr 2004 gegründet.“ (http://de.wikia.com/wiki/%C3%9Cber_Wikia)

⁴⁰ http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/GuttenPlag_Wiki

⁴¹ <http://www.facebook.com/#!/ProGuttenberg>

⁴² In der Financial Times gab sich am 25. Februar 2011 der 29-jährige Mainzer Unternehmer Tobias Huch, Mitglied der FDP, als Initiator zu erkennen. (<http://www.ftd.de/it-medien/medien-internet/:facebook-erfolg-die-wundersame-vermehrung-der-guttenberg-fans/60017058.html>) In dem Artikel wird auch über die Ursachen des rasanten Anwachsens dieser Fangemeinde spekuliert.

⁴³ Es heißt dort: „persönliche Fragen an ihn können unter Benutzer Diskussion: PlagDoc gestellt werden“.

⁴⁴ <http://de.guttenplag.wikia.com/wiki/FAQ>.

⁴⁵ Bauer 2003, S. 8.

⁴⁶ Keen 2008, S. 790.

⁴⁷ Die Bibliothek von Babel, 1941, in: Jorge Luis Borges, Labyrinth, München 1962 (Übersetzung von Karl August Horst).

⁴⁸ Meinel/Sack 2004, S. 12.

⁴⁹ Eli Noam, Kommunikationsexperte, zit. nach Brown 1997, S. 223.

⁵⁰ Vgl. Nils Ole Oermann, Internet und Ethik, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 251.

⁵¹ Vgl. Andrew Graham, Nationalstaat und Weltwirtschaft – Die Bedeutung des Vertrauten für den Information-Superhighway, in: Leggewie/Maar 1998, S. 169.

⁵² Jürgen Rüttgers, Was die Digitalisierung der Welt politisch bedeutet, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 13.

⁵³ Siedschlag/Rogg/Welzel 2002, S. 15. Vgl. Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grünwald/Hanfmann 2001, S. 215.

⁵⁴ Weis 2011, S. 6. Vgl. Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 52. Vgl. Castells 2005, S. 292.

⁵⁵ Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 47ff.

⁵⁶ Hardt 1999, S. 281.

⁵⁷ Bush 1945 (dt. Übersetzung 1997), S. 138.

⁵⁸ Michael Weber/Clemens Koob, Die Genese politischen Wissens im Internet, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 33ff.

⁵⁹ Carr 2010, S. 28. Vgl. Kelly 2005.

⁶⁰ Weis 2011, S. 8.

⁶¹ So Christian Blümelhuber zit. nach Michael Weber/Clemens Koob, Die Genese politischen Wissens im Internet, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 33.

⁶² Vgl. Carr 2010, S. 203f.

⁶³ Heiner Rindermann, Warum das Internet unser Denken verändern wird, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 56 bzw. S. 14.

⁶⁴ Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 70.

⁶⁵ Carr 2010, S. 23 und 189. „Eine Nielsen-Studie aus dem Jahr 2005 nannte dafür drei Gründe: ungenügende Lesefähigkeit, ungeschickte Suchstrategien und vor allem eine dramatisch geringe Geduldsspanne bei jungen Menschen.“ (Schirmmacher 2009, S. 27). Vgl. Schirmmacher 2009, S. 15.

⁶⁶ Zit. nach Schirmmacher 2009, S. 31.

⁶⁷ Bodo Hombach, Über das Internet und die Entgrenzung kultureller und zeitlicher Lebensräume, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 245.

⁶⁸ Battelle 2005, S. 8.

⁶⁹ Falter 2001, S. 2.

⁷⁰ Karl-Heinz Ladeur, Neue Medien brauchen neues Medienrecht – Zur Notwendigkeit einer Anpassung des Rechts an die Interkommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 45. Vgl. Schmidt 2009, S. 157ff.

⁷¹ Jarvis 2009, S. 18. (Reischl nennt für Google einen Marktanteil von 83 Prozent in Europa und 60 Prozent in den USA. Reischl 2008, S. 118)

⁷² Carr 2010, S. 242.

⁷³ Vgl. Carr 2010, S. 240.

⁷⁴ Keen 2008, S. 104. Dazu gehören auch verschiedene Manipulationsmöglichkeiten: vgl. Reischl 2008, S. 33. Vgl. Jarvis 2009, S. 77.

⁷⁵ Vgl. Google belohnt gute Inhalte stärker, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 2011, S. 17.

⁷⁶ Zit. nach Schirmmacher 2009, S. 219.

⁷⁷ Carr 2010, S. 246.

⁷⁸ Mercedes Bunz, Das Denken und die Digitalisierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2011.

⁷⁹ Platz 8 im März 2010. Vgl. jeweils aktualisiert <http://www.alexa.com/topsites>

⁸⁰ Vgl. Keen 2008.

⁸¹ Vgl. http://stats.wikimedia.org/reportcard/RC_2011_01_detailed.html

⁸² ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 (Immerhin 6 % der Internetnutzer über 14 Jahre nutzen Wikipedia täglich, 25 Prozent wöchentlich und 27 Prozent monatlich. Nur 27 Prozent der Internetnutzer geben an, Wikipedia nie zu nutzen). Andere Messungen zeigen, dass 54,9 Prozent der 12–24-jährigen Internetnutzer, die mindestens einmal in der Woche im Netz sind, Wikipedia nutzen (Schmidt 2009, S. 33).

⁸³ Katrin Busemann / Christoph Gscheidle, web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilnahme sinkt, in: ARD/ZDF-Onlinestudie 2010, S. 363.

⁸⁴ GNU („GNU is not Unix“) ist ein von Richard Stallmann Anfang der 80er Jahre am Massachusetts Institute of Technology (MIT) entwickeltes vollständig freies Betriebssystem. Vgl. Schmidt 2009, S. 163ff.

⁸⁵ James Surowiecki, *The Wisdom of Crowds*, 2004, zit. nach Grob in NZZ, 6.3.2009.

⁸⁶ https://spenden.wikimedia.de/spenden/?piwik_campaign=wikipedia_de_banner&piwik_kwd=Jimmy_Appeal_2010_13_dringend

⁸⁷ Anderson 2009, S. 787.

⁸⁸ Reiter 2010, S. 25.

⁸⁹ Carr 2005.

⁹⁰ Zit. nach Keen 2008, S. 50.

⁹¹ Keen 2008, S. 12

⁹² Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/kultur/minister-guttenberg-falscher-vorname-die-welt-als-wilhelm-und-vorstellung-1.471072>.

⁹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Januar 2011. Weitere Beispiele bei Carr 2005.

⁹⁴ General-Anzeiger 15./16. Januar 2011.

⁹⁵ Vgl. http://stats.wikimedia.org/reportcard/RC_2011_01_detailed.html. Zum jeweils aktuellen Stand vgl. http://meta.wikimedia.org/wiki/Complete_list_of_language_Wikipedias_ordered_by_size#Grand_Total. Vgl. dazu auch den aufschlussreicher Bericht eines Wikipedia-Nutzers: http://de.wikipedia.org/wiki/Benutzer:Brummfuss/Warum_ich_nicht_mehr_mitspiele. Eine kritisch Begleitung von Wikipedia findet sich auf der von der Europa-Universität Via-

drana in Frankfurt/Oder betriebenen Homepage www.wiki-watch.de.

⁹⁶ Vgl. Richard Zinken, Wikimania. Über die Diktatur der anonymen Zeitreichen, in: *spektrum direkt*, 16. Dezember 2005 (<http://www.wissenschaft-online.de/abo/ticker/796177>). Ausführlich dazu Stegbauer 2009. Vgl. Levke Clausen, Einst basisdemokratisch, jetzt ein exklusiver Club, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. September 2010, S. 31.

⁹⁷ Anderson 2009, S. 229. Vgl. Lanier 2010, S. 147.

⁹⁸ Weis 211, S. 7.

⁹⁹ Reiter 2010, S. 181.

¹⁰⁰ Weis 2011, S. 7. Vgl. Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznelgel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 215.

¹⁰¹ Weis 2011, S. 9.

¹⁰² Walter van Rossum, Web 2.0 – Leben als Netzwerk, *Deutschlandfunk* 2010, zit. nach Weis 2011, S. 10. Vgl. Mercedes Bunz, Das Denken und die Digitalisierung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 2011.

¹⁰³ Zit. nach Eli Noam, Anarchien in den Netzen? – Regulierung und Deregulierung des Internet, in: Leggewie/Maar 1998, S. 146.

¹⁰⁴ Sunstein 2007, S. 5f.

¹⁰⁵ Vgl. Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 35.

¹⁰⁶ Grundwald/Banse/Coenen/Hennen 2006, S. 54. Vgl. Klaus Koziol, Demokratie per Mausclick? – Zur Herstellung von Öffentlichkeit im digitalen Raum, in: Gellner/von Korff 2001, S. 21. Vgl. Hilbert 2007, S. 256.

¹⁰⁷ Hans Geser, Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit – Das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 414. Vgl. Hilbert 2007, S. 228.

¹⁰⁸ „Mosaikgesellschaften“ als Folge der Privatisierung der Öffentlichkeit hat u. a. Alwin Toffler prognostiziert (Vgl. Winand Gellner, Das Ende der Öffentlichkeit, in: Gellner/von Korff 1998, S. 12ff.).

¹⁰⁹ Hilbert 2007, S. 229.

¹¹⁰ Sigrid Baringhorst / Veronika Kneip / Johanna Niesyto, Transnationale Anti-Corporate Campaigns im Netz – Untersuchungs-

design und erste Ergebnisse, in: Baringhorst/Kneip/März/Niesyto 2010, S. 32.

¹¹¹ Vgl. Alexander Siedschlag / Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 11.

¹¹² Kamps 2007, S. 314. Vgl. Rogg 2003, S. 55.

¹¹³ Metje 2005, S. 161. Vgl. Lanier 2010, S. 75.

¹¹⁴ Anderson 2009, S. 221 und 230.

¹¹⁵ Peter Glotz, Freiheitliche Demokratie in der globalen Informationsgesellschaft, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 20. Vgl. Benjam R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüne-wald/Hanßmann 2001, S. 215.

¹¹⁶ Keen 2008, S. 70.

¹¹⁷ Reiter 2010, S. 138. Sunstein 2007, S. 52.

¹¹⁸ Vgl. Michael Weber/Clemens Koob, Die Genese politischen Wissens im Internet, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 40f.

¹¹⁹ Zit. nach Grossmann 2010. „Zwei Drittel haben in VZ-Netzwerken schon auf Werbebanner geklickt. Mehr als die Hälfte hat schon ein Edelprofil einer Marke besucht. (...) 66 % haben bemerkt, dass Freunde eine oder mehrere Marken gut finden! 44 Prozent bekennen sich selbst als Freund mindestens einer Marke, weil sie diese Marke gut finden.“ (Generation Netzwerk 2010, S. 26 bzw. 28) Vgl. Christoph Bieber / Martin Eifert / Thomas Groß / Jörn Lamla, Soziale Netze in der digitalen Welt, in: Bieber u. a. 2009, S. 21.

¹²⁰ Zit. nach Grossmann 2010.

¹²¹ Zit. nach Die Akte Facebook, in: PC-Welt 4/2011, S. 82.

¹²² Jarvis 2009, S. 20.

¹²³ http://news.google.de/intl/de_de/about_google_news.html.

¹²⁴ Jarvis 2009, S. 179.

¹²⁵ <http://www.google.de/corporate/tenthings.html>.

¹²⁶ Vgl. Jarvis 2009, S. 369. Vgl. Jessen in der ZEIT vom 4.6.2009.

¹²⁷ Katerina Stanoevska-Slabeva, Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel/Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23.

¹²⁸ Jean-Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, hrsg. Von Einrich weinstock, Stuttgart 1963, S. 58

- ¹²⁹ Talmon 9161/1963, Band 1, S. 37f.
- ¹³⁰ Sunstein 2007, S. 60f.
- ¹³¹ Hilbert 2007, S. 226.
- ¹³² Reiter 2010, S. 139.
- ¹³³ Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahmen der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 12. Vgl. Bauer 2003. S. 8.
- ¹³⁴ Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 35.
- ¹³⁵ Jarvis 2009, S. 367. Vgl. Anderson 2009, S. 230; Carr 2005; Reiter 2010, S. 123ff.
- ¹³⁶ Siedschlag /Rogg /Welzel, 2002, S. 13/14.
- ¹³⁷ Winand Gellner, das Ende der Öffentlichkeit, in: Gellner / von Korff 1998, S. 12, wobei Gellner pessimistisch hinzufügt: „Man muss das schöne Wort Individualisierung durch Hedonismus ersetzen und statt Globalisierung Monopolisierung sagen.“
- ¹³⁸ Zit. nach Winand Gellner, Das Ende der Öffentlichkeit, in: Gellner/von Korff 1998, S. 24.
- ¹³⁹ Alexander Bilgeri / Alexander Siedschlag, Kampagne oder Propaganda? Rolle und Möglichkeiten des Internets im Rahemn der Politischen Kommunikation, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 14.
- ¹⁴⁰ Siedschlag/Rogg/Welzel, 2002, S. 17.
- ¹⁴¹ Deutscher Bundestag Erquete 1998, S. 79f.
- ¹⁴² Stefan Marschall, Alte und neue Öffentlichkeiten, in: Kamps 1999, S. 123. Vgl. Patrick Donges / Otfried Jarren Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation?, in: Kamps 1999, S. 105.
- ¹⁴³ Vgl. Michael Weber / Clemens Koob, Die Genese politischen Wissens im Internet, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 36.
- ¹⁴⁴ Kamps 2007, S. 305.
- ¹⁴⁵ Rogg 2003, S. 187.
- ¹⁴⁶ Vgl. Alexander Bilgeri / Alexaner Siedschlag, „Die Daten sollen laufen lernen – nicht die Bürger“ – Deutschland auf dem Weg zum Netzwerkstaat, in: Siedschlag/Bilgeri 2003. S. 9ff. Vgl. Alexander Siedschlag / Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 14.
- ¹⁴⁷ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

¹⁴⁸ Vgl. Claudia Nolte, Die Bedeutung des Internet für die weltweite Wahrnehmung der Vereinten Nationen, in: Bilgeri/Wolf 2004, S. 106.

¹⁴⁹ Wilhelm Späth, Global vernetzt – lokal präsent. Wie die deutsche Diplomatie das Internet nutzt, in: Bilgeri/Wolf 2004, S. 53.

¹⁵⁰ Vgl. Martin Hagen, Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie, in: Kamps 1999, S. 42ff.

¹⁵¹ Winand Gellner / Gerd Strohmeier, Cyber-Kampagnen in Großbritannien, Deutschland und den USA, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 41.

¹⁵² Vgl. Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch / Alexander Siedschlag, Wahlkampf im Internet – Erfahrungen, Lehren, Perspektiven, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 17.

¹⁵³ Vgl. Winand Gellner / Gerd Strohmeier, Cyber-Kampagnen in Großbritannien, Deutschland und den USA, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 41.

¹⁵⁴ Vgl. Helmut Reitze, Wer wird Kanzler in de-Land?, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 22.

¹⁵⁵ Sarah Zielmann / Ulrike Röttger, Characteristics and Developments of Political Party Web Campaigns in Germany, France, The United Kingdom, and the United States between 1997 and 2007, in: Baringhorst/Kneip/Niesyto 2009, S. 77ff.

¹⁵⁶ Vgl. Christoph Bieber, Soziale Netzwerke als Arena politischer Kommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 58.

¹⁵⁷ Vgl. Heinrich Wiedemann, Das Internet – eine Steilvorlage für die Demokratie, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 19.

¹⁵⁸ Heigl/Hacker 2010, S. 17ff. (dazu auch die folgenden Angaben). Ein weiteres Beispiel der Professionalität der Obama-Kampagne: Während Clinton einen zufälligen Zahlencode verwendete, hatte sich Obama bei der SMS-Werbung den personalisierten Code „62262“ gesichert, der seinen Namen auf der Handytastatur wiedergab.

¹⁵⁹ Heinrich Wiedemann, Das Internet – eine Steilvorlage für die Demokratie, in: Joos/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 18. Die SPD war zwar schon 1995 mit einem Angebot im Internet vertreten, aber das Netz diente nur quasi als „Datenspeicher für die Kampagne“ (Vito Cecere, Online-Wahlkampf 2002 – Neue Maßstäbe für politische Kommunikation im Internet, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 55). Vgl. Winand Gellner / Gerd Strohmeier, Cyber-Kampagnen

in Großbritannien, Deutschland und den USA, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 38.

¹⁶⁰ Alexander Bilgeri / Dorothea Lamatsch / Alexander Siedschlag, Wahlkampf im Internet – Erfahrungen, Lehren, Perspektiven, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 12.

¹⁶¹ Vito Cecere, Online-Wahlkampf 2002 – Neue Maßstäbe für politische Kommunikation im Internet, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 49. Vgl. Olaf Winkel, The Democratic Potentials of Interactive Information Technologies under Discussion, in: Holznapel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 38.

¹⁶² Britta Schemel, Das Internet im Bundestagswahlkampf 2002, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 23ff.

¹⁶³ Björn Kunze / Yvonne Bauer / Fredericke Becker, Online-Studie: Web-Aktivitäten von Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2009, Infopark-AG Berlin 2009. Vgl. Heimrich, Linette: Politische Public Relations in sozialen Online-Netzwerken, Bachelor-Arbeit, Ilemnau 2010, (http://www.tu-ilmenau.de/uploads/media/Studie_Facebook-Euphorie.pdf)

IV. Entscheidungsfindung im Netz

¹ Zit. nach Sunstein 2007, S. 119.

² Vgl. Hilbert 2007, S. 231.

³ Krauch 1972, S. 13.

⁴ Maria Dettenhofer, Eine neue Chance für Basisdemokratie?, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 97f.

⁵ Katerina Stanoevska-Slabeva, Web 2.0 – Grundlagen, Auswirkungen und zukünftige Trends, in: Meckel / Stanoevska-Slabeva 2008, S. 23.

⁶ vgl. Lanier 2010, S. 4.

⁷ Hilbert 2007, S. 102f. und 227.

⁸ Jessen in der ZEIT am 4.6.2009.

⁹ Vgl. Volker Leib, Bürger mit Netzanschluß, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 382. Vgl. Peter Glotz, Freiheitliche Demokratie in der globalen Informationsgesellschaft, in: Heinz Nixdorf Museums-Forum 2000, S. 18.

¹⁰ Lanier 2010, S. 19.

¹¹ Kamps 2007, S. 314. Vgl. Rogg 2003, S. 55.

¹² Falter 2001, S. 6. Vgl. Lanier 2010, S. 57.

¹³ Zit. nach Samuel Oberländer (Hrsg.): *Lexicon Juridicum Romano-Teutonicum*, (Unveränderter Nachdruck der 4. Auflage Nürnberg 1753), Wien/Köln/Weimar 2000.

¹⁴ Jürgen Habermas jeweils zitiert nach Albrecht 2010, S. 38. Dieses Demokratie-Modell wird in der politikwissenschaftlichen Debatte gelegentlich zwischen dem „republikanischen“ und dem „liberalen“ Modell angesiedelt: „Dem liberalen Verständnis stellt sich die Gesellschaft als eine Aggregation von individuellen Akteuren da, die ihre Interessen verfolgen ... Der Staat tritt der Gesellschaft in dieser Perspektive gegenüber als etwas Äußeres, er muss sich für alle Eingriffe in die Gesellschaft rechtfertigen und kann dies nur insoweit, als er dafür die Zustimmung der Bürger erhält ... Im republikanischen Modell ist die Konstitution des politischen dagegen eine unmittelbare Gestaltung der Gesellschaft, der Staat ist nur Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes und geht in diesem auf.“ Die „deliberative Demokratie“ sieht die Gesellschaft weder als eher „unpolitisch“ im liberalen Sinn noch als durchgängig „politisch“ im republikanischen Sinn. Der Staat folge einer eigenen Logik relativ autonom von der Gesellschaft, zugleich aber an sie zurückgekoppelt: „Die Rolle des Staates ist die Umwandlung der kommunikativ erzeugten Macht der Öffentlichkeit in administrative Macht. Dabei ist er zwar der Gesellschaft als unabhängig gegenüber gestellt, aber durch Einbettung in den politischen Prozess an diese gebunden.“ (Albrecht 2010, S. 36 ff.).

¹⁵ Weis 2011, S. 7.

¹⁶ Benjam R. Barber, *Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology*, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 212.

¹⁷ Benjamin R. Barber, *Wie demokratisch ist das Internet?*, in: Leggewie/Maar 1998, S. 121. „Im Internet herrscht Lichtgeschwindigkeit, nicht der Takt in Legislaturperioden.“ (Helmut Reitze, *Wer wird Kanzler in de-Land?*, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 22). Vgl. Bauer 2003, S. 8.

¹⁸ Alexander Siedschlag, *Die Entwicklung der Internet- und Politik-Debatte in Deutschland und den USA*, in: Siedschlag 2005, S. 145.

¹⁹ Eli M. Noam, *Why the Internet Will Be Bad for Democracy*, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 37.

²⁰ Benjamin R. Barber, *Which Technology for which democracy? –*

Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüne-wald/Hanßmann 2001, S. 212.

²¹ Jarvis 2009, S. 178

²² Siedschlag /Rogg /Welzel 2002, S. 11.

²³ Benjamin R. Barber, Which Technology for which democracy? – Which Democracy for which Technology, in: Holznagel/Grüne-wald/Hanßmann 2001, S. 216f.

²⁴ Keen 2008, S. 790. Vgl. Hilbert 2007, S. 231.

²⁵ Schirmmacher 2009, S. 201.

²⁶ Benjamin R. Barber, Wie demokratisch ist das Internet?, in: Leg-gewie/Maar 1998, S. 121

²⁷ Nik Gowing, Hauptmoderator von BBC-World1999 zit. nach Thilo Hardt, Medien und Demokratie: der Einfluß des Internet und die Folgen für Politik und Politische Bildung, in: Meier-Wal-ser/Hardt 2001, S. 28.

²⁸ FAZ-Korrespondent Jordan Mejias (Peter Hammel) in: Frankfur-ter Allgemeine Zeitung, 29. Juli 2010.

²⁹ Vgl. Castells 2005, S. 96.

³⁰ Alexander Siedschlag, Die Entwicklung der Internet-und Politik-Debatte in Deutschland und den USA, in Siedschlag 2005, S. 163. Vgl. Siedschlag /Rogg /Welzel, 2002, S. 13. Vgl. Scott London. „Te-ledemocracy vs. Deliberative Democracy: A Comparative Look at Two Models of Public Talk.“ Journal of Interpersonal Computing and Technology, Vol 3, No 2 (April 1995), S. 33–55. <http://www.scottlondon.com/reports/tele.html>

³¹ Baringhorst /Kneip 2010, S. 245.

³² Peter Kruse, Kontrollverlust als Voraussetzung für die digitale Teilhabe, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 69.

³³ Keen 2008, S. 64.

³⁴ Jessen in der ZEIT vom 4.6.2009.

³⁵ Falter 2001, S. 6. Vgl. Lanier 2010, S. 57.

³⁶ www.campact.de

³⁷ Avaaz bedeutet „Stimme“ in vielen Sprachen Osteuropas, des Mittleren Ostens sowie Asiens: www.avaaz.org

³⁸ Martin Hagen, Amerikanische Konzepte elektronischer Demo-kratie, in: Kamps 1999, S. 66. Vgl. Hanßmann 2003, S. 29; vgl. Ha-gen 1997, S. 71ff.

³⁹ Jessen in der ZEIT vom 4.6.2009.

⁴⁰ Winand Gellner, Das Ende der Öffentlichkeit, in: Gellner/von Korff 1998, S. 19. Vgl. Siedschlag/Rogg/Welzel 2002, S. 15.

⁴¹ Alexander Siedschlag/Alexander Bilgeri/Dorothea Lamatsch, Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2001, S. 11.

⁴² Zit. nach Peter Mambrey, Neue interaktive Medien eröffnen Potentiale für digitale Partizipation und neue Formen der Öffentlichkeit, in: Martinsen/Simonis 2000, S. 335f.

⁴³ Hilbert 2007; S. 109.

⁴⁴ Siedschlag/Rogg/Welzel, 2002, S. 10.

⁴⁵ Fraenkel 1990, S. 153.

⁴⁶ „Es ist leichter jemanden nach seinen Fragen als nach seinen Antworten zu beurteilen.“ Das Zitat wird oft fälschlicherweise Voltaire zugeschrieben (so auch bei Battelle 2005, S. 19 als „Judge a man by his questions, rather than by his answers.“), stammt aber tatsächlich aus Pierre-Marc-Gaston de Lévis, *Maximes et réflexions sur différents sujets de morale et de politique* (Paris, 1808).

⁴⁷ Hanßmann 2003, S. 28.

⁴⁸ Vgl. Manfred Denninger, TED oder die Teledemokratie, in: ZDF-Jahrbuch 2004 (<http://www.zdf-jahrbuch.de/2004/produktion/denninger.htm>).

⁴⁹ Vgl. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Televoting.html>.

⁵⁰ Hans J. Kleinstüber, Das Internet in der Demokratie, in: Holz-nagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 14; Krauch 1972.

⁵¹ Hardt 1999, S. 279.

⁵² <http://blog.facebook.com/blog.php?post=76815337130>.

⁵³ <http://blog.facebook.com/blog.php?post=79146552130>.

⁵⁴ <http://politik-digital.de/piratenpartei-streit-start-liquid-feed-back-ruecktritt>.

⁵⁵ <https://1qfb.piratenpartei.de/>.

⁵⁶ <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder>.

⁵⁷ Dies ist umso auffälliger als die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der „Servicestelle Kommunen in der einen Welt“ und „Inwent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH“ die aufwendige Homepage www.buergerhaushalt.org betreibt. Dort sind zwar viele Beispiele aufgelistet, aber die fast ausschließlich positive Kommentierung spart die kritische Frage nach der tatsächlichen Beteiligung der Bürger praktisch aus.

Redaktionsleiter der Seite ist ausweislich des Impressums bezeichnenderweise Dr. Oliver Märker. Er ist zugleich geschäftsführender Gesellschafter der Firma Zebralog (www.zebralog.de), die von vielen Kommunen (darunter Köln, Essen, Bonn, Solingen) mit der Durchführung des „Bürgerhaushaltes“ beauftragt ist, also ein kommerzielles Interesse an dem Verfahren hat.

⁵⁸ Vgl. www.buergerhaushalt-hamburg.de.

⁵⁹ So hat beispielsweise die Stadt Bonn in ihren offiziellen Presseerklärungen zur Nutzung des Internetportals „Bonn-packts-an“ fälschlicherweise mitgeteilt, „2100 Bonnerinnen und Bonner“ (20. Januar 2011), „4300 Bürgerinnen und Bürger“ (24. Januar 2011), „5000 Bonner“ (25. Januar 2011) oder „6100 Bürgerinnen und Bürger“ (27. Januar 2011) und über 8000 „registrierte Teilnehmende“ (2. Februar 2011) hätten sich beteiligt. Selbst in einer städtischen Presseerklärung am 17. Februar 2011 hieß es noch ausdrücklich und wider besseres Wissen: „Über 12.700 Bonnerinnen und Bonner haben sich online registriert.“

⁶⁰ Vgl. Zwischenbericht der Firma Zebralog zu „Bonn packts an“ vorgelegt von der Stadt Bonn am 21. März 2011, S. 27 (http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/11/1110935ED2.pdf). Der Zwischenbericht spricht im Übrigen interessanterweise von 11.116 „registrierten Nutzern mit aktiver Beteiligung“ (S. 9), während ansonsten immer von (bereinigten) 12.377 registrierten Nutzern die Rede ist.

Vgl. Evaluierung des Kölner Bürgerhaushalts (Endbericht vom 27.09.2010) durchgeführt vom Institut für Wissenschafts- und Technikforschung Universität Bielefeld (https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/site/downloads/10454_15_Evaluationsbericht_BHH_final_bf_abA7.pdf).

⁶¹ Vgl. Zwischenbericht der Firma Zebralog zu „Bonn packts an“ vorgelegt von der Stadt Bonn am 21. März 2011, S. 9 (http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/11/1110935ED2.pdf).

⁶² Vgl. Bei der Abstimmung getrickst, in: Neue Westfälische, 1. Februar 2011.

⁶³ https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/site/downloads/10454_15_Evaluationsbericht_BHH_final_bf_abA7.pdf.

⁶⁴ Vgl. Presseerklärung der Bundesstadt Bonn vom 17. Februar 2011, Wahlstatistik der Kommunalwahl 2009 (http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/dl/Wahlstatistik/kw/kw2009Repraesent.pdf)

und Vortrag „Leben und Wohnen im Alter“ des Leiters des Statistikstelle der Bundesstadt Bonn (http://www2.bonn.de/statistik_wahlen/dl/vortrag/LebenUndWohnenImAlter.pdf).

⁶⁵ Evaluierung des Kölner Bürgerhaushalts (Endbericht vom 27.09.2010) durchgeführt vom Institut für Wissenschafts- und Technikforschung Universität Bielefeld; https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/site/downloads/10454_15_Evaluationsbericht_BHH_final_bf_abA7.pdf

⁶⁶ Vgl. Zwischenbericht der Firma Zebralog zu „Bonn packts an“ vorgelegt von der Stadt Bonn am 21. März 2011, S. 9 (http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/pdf/11/1110935ED2.pdf). Eine Auszählung des am meisten kommentierten Vorschlags zur Schließung von Oper und Schauspiel (V1) ergab: Von den dort abgegebenen 244 Kommentaren kommt die Hälfte von nur acht Personen, allein zwei Personen („drbonner“ und „Micha2564“) haben hier 81 Kommentare geschrieben.

⁶⁷ Andererseits stellten die Betreiber Vorschläge wie die Streichung der gesamten Jugendarbeit, der Bezirksverwaltungsstellen oder den Wegfall des Beethovenorchesters zur Abstimmung, deren Umsetzung niemand ernsthaft vorhatte. Viele Sparvorschläge der Bonner Verwaltung waren so formuliert, dass der Normalbürger nicht erkennen konnte, worum es eigentlich ging. So wurde z. B. beim Vorschlag D3 „Wegfall/Kürzung der freiwilligen Leistung ‚Bezirksverwaltungsstellen‘“ der Eindruck erweckt, die Bezirksverwaltungsstellen seien lediglich für Repräsentation und Zuschussverteilung an Vereine zuständig. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass deren Wegfall bedeutet, dass jeder Bürger Behördengänge nicht mehr in seinem Stadtbezirk, sondern nur noch im Stadthaus erledigen kann. Bei anderen Vorschlägen (z. B. V2: „Einsparung durch Verschiebung von Straßenbaumaßnahmen“) konnte man nur gemeinsam über zwei Maßnahmen abstimmen, die tatsächlich überhaupt nichts miteinander zu tun haben wie ein Verkehrsinformationssystem in einem Stadtteil und den Ausbau eines Parkplatzes in einem anderen Stadtteil. Bei wieder anderen Vorschlägen (z. B. V1 und D49) wurde mit der Formulierung „Wegfall/Kürzung des Betriebsmittelzuschusses“ für Oper, Orchester oder Kunstmuseum der falschen Eindruck erweckt, diese Einrichtungen könnten ohne „Betriebsmittelzuschuss“ weiter existieren. In Wahrheit geht es aber nicht um „Zuschüsse“, sondern um die Grundfinanzierung, d. h. die Existenz der Einrichtungen.

⁶⁸ Bei 184 Einträgen: 88 Mal Kritik, 20 Mal Lob, 76 Mal Sonstiges und Verfahrensfragen. Die Kommentare von Bürgern lauten u. a.: „Absurd“ – „manipuliert“ – „gewaltiger Flop“ – „Ich fühle mich benutzt“ – „Reine Farce“ – „Traurige Angelegenheit“ – „wende mich mit Grauen ab“ – „Realisierung doch sehr bedauerlich“ – „Eigentlich nur Kopfschütteln“ – „Augenwischerei“ – „So geht es nicht“.

⁶⁹ Zwischenbericht der Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ vom 19. April 2011 (Drucksache 17/5625), S. 4. Dabei ist vom „18. Sachverständigen“ die Rede, weil der Enquetekommission neben 17 Bundestagsabgeordneten auch 17 von den Fraktionen benannte und vom Bundestagspräsidenten berufene Sachverständige angehören. Siehe dazu und im Folgenden: <https://www.enquetebeteiligung.de/>. Die eingesetzte Software „Adhocracy“ stammt von dem Verein „Liquid Democracy“ (<http://liqd.net/>), der Kooperationspartner des Deutschen Bundestages bei diesem Projekt ist. Der Verein hat die Homepage zu seinen Online-Beteiligungsverfahren bezeichnenderweise unter die Überschrift „Gemeinsam verbindlich entscheiden“ gestellt.

⁷⁰ Zit. nach „Statusbericht Adhocracy“ vom 15. April 2011 (<http://politik-digital.de/statusbericht-adhocracy>).

Vgl. Bericht der „AG Online-Beteiligung und -Evaluation“ vom 10. Mai 2011 (www.bundestag.de/internetenquete/Online-Beteiligung-AG/index.jsp).

⁷¹ Burkhard Ewert / Nermin Fazlic / Johannes Kollbeck, E-Democracy – Stand, Chancen und Risiken, in: Schulzki-Hadouti 2009, S. 243

⁷² Bauer 2003. S. 8

⁷³ Vgl. Eli M. Noam, Why the Internet Will Be Bad for Democracy, in: Heinz Nixdorf MuseumsForum 2000, S. 37. Vgl. so Gellner/von Korff 2001.

⁷⁴ Zit. nach Kamps 2007, S. 344.

⁷⁵ Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 108; vgl. Metje 2005, S. 45ff; vgl. Bernhard Holznagel / Anika Hanßmann, Möglichkeiten von Wahlen und Bürgerbeteiligung per Internet, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 55ff; vgl. Dieter Otten, Wahlen wie im Schlaraffenland, in: Holznagel/Grünwald/Hanßmann 2001, S. 73ff;

vgl. Rüdiger Grimm, Technische Sicht bei Internetwahlen, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 86ff; vgl. Bauer 2003, S. 9ff.

⁷⁶ Vgl. Hanßmann 2003, S. 50ff.

⁷⁷ Torsten Faas, Virtuelle Wahlforschung – Akzeptanz und Ergebnisse einer Online-Umfrage anlässlich der Bundestagswahl 2002, in: Siedschlag/Bilgeri 2004, S. 111.

⁷⁸ Vgl. dazu Plenarprotokoll des Deutschen Bundestag 14/224, S. 22269ff.

⁷⁹ Bundestagsdrucksache 14/8098. Vgl. dazu im Einzelnen Hanßmann 2003, S. 234ff.

⁸⁰ Bundestagsdrucksache 14/6318.

⁸¹ Plenarprotokoll des Deutschen Bundestag 14/224, S. 22269ff.

⁸² Norbert Kersting, Internet-Wahlen im Vergleich USA, Schweiz und Deutschland, Siedschlag/Bilgeri 2003. S. 86.

⁸³ http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/cs20090303_2bvc000307.html (Urteil vom 03.03.2009 – 2 BvC 3/07 und 2 BvC 4/07).

⁸⁴ Kuhn 2006, S. 67.

⁸⁵ Hanßmann 2003, S. 191; Oliver Rieß, Rechtliche Implikationen und politische Intentionen des Online-Votings – Ein Widerspruch?, in: Filzmaier 2001, S. 130.

⁸⁶ Falter 2001, S. 4.

⁸⁷ Vgl. dazu Hanßmann 2003, S. 63 ff.

Meist versucht man bisher das Wahlgeheimnis und den Missbrauch der Stimmabgabe bei Online-Wahlen durch ungefugte Dritte durch diverse Sicherheitsverfahren wie etwa das am Online-Banking orientierte PIN- und TAN-Verfahren zu schützen.

⁸⁸ <http://www.bundeswahlleiter.de/de/glossar/texte/Briefwahl.html>.

⁸⁹ Änderung des Bundeswahlgesetzes durch Gesetz vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 394).

⁹⁰ Christian Ahlert, ICANN als Paradigma demokratischer internationaler Politik, in: Holznagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 44ff.

⁹¹ Vgl. Hanßmann 2003, S. 47ff.

⁹² Burkhard Ewert / Nermin Fazlic / Johannes Kollbeck, E-Democracy – Stand, Chancen und Risiken, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 253; vgl. Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“

ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 109.

⁹³ Vgl. Norbert Kersting, Internet-Wahlen im Vergleich USA, Schweiz und Deutschland, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 79ff.

⁹⁴ Norbert Kersting, Internet-Wahlen im Vergleich USA, Schweiz und Deutschland, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 82.

⁹⁵ Vgl. dazu und im Folgenden Hanßmann 2003, S. 52ff. Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Politotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 109.

⁹⁶ Vgl. Kuhn 2006, S. 63.

⁹⁷ Schweizer Bundesrat, Bericht über die Pilotprojekte zum Vote électronique 21. Mai 2006 <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2006/5459.pdf>.

⁹⁸ Vgl. Heigl/Hacker 2010, S. 135.

⁹⁹ Vgl. <http://www.kammerrecht.de/media/veranstaltungen/kammerrechtstag/2010/Vortrag-Axel-Rickert.pdf>.

¹⁰⁰ Vgl. http://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/fachkollegien/index.html; Vgl. Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Politotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 110.

¹⁰¹ Vgl. <http://www.gi.de/wir-ueber-uns/leitung/wahlen-und-ordnungen.html> sowie Rüdiger Grimm, Online Voting – Opportunities and Risks, Präsentation beim Science and Technology Options Assessment (STOA) des Europäischen Parlaments am 17. März 2011 (http://www.europarl.europa.eu/stoa/events/workshop/20111703/rudigergrimm_en.ppt).

¹⁰² So die grüne Bundestagsabgeordnete Grietje Beetin am 14. März 2002 (Plenarprotokoll des Deutschen Bundestag 14/224, S. 22272).

¹⁰³ Vgl. Kuhn 2006, S. 64.

¹⁰⁴ Vgl. dazu Schweizerische Eidgenossenschaft Bundeskanzlei BK, Synoptische Darstellung der Schweizer Vote électronique Versuche in den Jahren 2003 bis 2007 (15. August 2007) <http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/00776/index.html?lang=de>.

Vgl. mit teilweise irreführenden Angaben auch Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Politotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 110 und Kuhn 2006, S. 66.

¹⁰⁵ Schweizer Bundesrat, Bericht über die Pilotprojekte zum Vote

électronique 21. Mai 2006. <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2006/5459.pdf>.

¹⁰⁶ http://www.admin.ch/ch/d/sr/161_1/a8a.html.

¹⁰⁷ Vgl. <http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/index.html?lang=de>. Zuletzt hat der Schweizer Bundesrat am 24.11.2010 entschieden, dass an der Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 in 12 Kantonen Vote électronique-Versuche durchgeführt werden. Ergebnisse lagen bis zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

¹⁰⁸ Genaue Daten finden sich auf der Internetseite der nationalen Wahlkommission: <http://www.vvk.ee/voting-methods-in-estonia/engindex>

¹⁰⁹ Vgl. Hanßmann 2003, S. 40.

¹¹⁰ Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Politotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 108.

¹¹¹ Kuhn 2006, S. 65; Vgl. Hanßmann 2003, S. 44f.

¹¹² Herbert Kubicek / Martin Wind, Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Politotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, in: Filzmaier 2001, S. 109.

¹¹³ Vgl. dazu Christoph Bieber, Ein Hauch von Napster – „Vote-Swapping“ im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2000, in: Meier-Walser/Hardt 2001.

¹¹⁴ Vgl. Norbert Kersting, Internet-Wahlen im Vergleich USA, Schweiz und Deutschland, in: Siedschlag/Bilgeri 2003, S. 80.

¹¹⁵ Vgl. Kuhn, 2006, S. 36.

¹¹⁶ Vgl. Hanßmann 2003, S. 207. Jedenfalls hat sich die Befürchtung mancher Kritiker, dass „durch die allzu tiefe Absenkung von Partizipationshürden die politische Beteiligung von desinteressierten und nicht-informierten Bürgern, die ansonsten gar die geringen Kosten des Gangs ins Wahllokal gescheut hätten“ zunehmen würde, nicht bestätigt.

¹¹⁷ Falter 2001, S. 4.

¹¹⁸ Deutscher Bundestag 2002, S. 125. 1998 hatte die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des Deutschen Bundestages noch weitergehend festgestellt: „Auch Formen direkter Bürgerbeteiligung zur staatlichen Entscheidung sind denkbar. Zu nennen ist hier die elektronische Abstimmung ... Ob und wann elektronische Abstimmungen als Elemente einer direkten

Beteiligung der Bürger an kommunalen und staatlichen Entscheidungs Bedeutung erhalten, hängt von der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit und der politischen Bewertung der direkten Beteiligungsformen ab.“ (Deutscher Bundestag Enquete 1998, S. 80); vgl. Hilbert 2007, S. 230.

¹¹⁹ European Parliament. Science and Technology Options Assessment (STOA), Workshop „Can e-voting increase electoral participation?“, 17. März 2011, Summary Of Proceedings (http://www.europarl.europa.eu/stoa/events/workshop/20111703/article_en.pdf).

¹²⁰ Hans J. Kleinsteuber, Das Internet in der Demokratie, in: Holz-nagel/Grünewald/Hanßmann 2001, S. 20f.

¹²¹ Vgl. Hanßmann 2003, S. 204.

V. Wehrhafte Demokratie

¹ Zit. nach Mertes 2010, S. 12.

² Murad Erdemir, Realisierung der Staatsaufgabe Jugendschutz im Web 2.0, in: Bieber 2009, S. 294. Vgl. Lanier 2010, S. 64.

³ Christoph Busch / Markus Birzer, Rechtsextreme Propaganda im www, in: Siedschlag 2005, S. 23.

⁴ Morozov 2009. Vgl. Joseph Croitoru, Hetze aus London, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. November 2010, S. 33. Vgl. Kilian Kindelberger, Fundamentalismus und Internet, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 81ff.

⁵ Zit. nach Simon Wiesenthal Center 2009. S. 18.

⁶ Zit. nach General-Anzeiger 5./6. März 2011.

⁷ Reda Seyam zit. nach Asiem El Difraoui / Guido Steinberg, Der Feind in unserem Netz – Wie bekämpft man Al-Kaida & Co. im virtuellen Raum, in: Internationale Politik 1/2011, S. 22.

⁸ Asiem El Difraoui / Guido Steinberg, Der Feind in unserem Netz – Wie bekämpft man Al-Kaida & Co. im virtuellen Raum, in: Internationale Politik 1/2011. Zur immer neuen Tarnung solcher Webseiten sind auch die Erläuterungen sehr aufschlussreich, mit denen die Initiatoren der fundamentalistischen Website azzam.com 2002 die Schließung der Seite begründeten (<http://www.freerepublic.com/focus/news/756623/posts>).

⁹ Vgl. Mitteilung der Generalbundesanwaltschaft vom 19.10.2010 (<http://www.generalbundesanwaeltin.de/de/showpress.php?themened=12&newsid=379>).

¹⁰ Vgl. Fromm/Kernbach 2001, S. 133ff und 273ff. Vgl. Simon Wiesenthal Center 2009, S. 6ff.

¹¹ Fromm/Kernbach 2001, S. 9.

¹² Vgl. Zehnder 1998, S. 55. Zündel wurde 2005 aus Kanada nach Deutschland ausgeliefert und 2007 zu einer fünfjährigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt, aus der er im Frühjahr 2010 entlassen worden ist.

¹³ Vgl. Fromm/Kernbach 2001, S. 19.

¹⁴ Dazu mit vielen Beispielen: Simon Wiesenthal Center 2009; Vgl. http://news.cnet.com/8301-1023_3-10469814-93.html.

¹⁵ Selbstbeschreibung auf directactionde.ucrony.net.

¹⁶ <http://www.facebook.com/pages/Schwarzer-Block/301277475946#!/pages/Schwarzer-Block/301277475946?sk=wall>.

¹⁷ Zehnder 1998, S. 66.

¹⁸ Vgl. Lanier 2010, S. 65.

¹⁹ Vgl. Zehnder 1998, S. 72ff. (UNA-Bomber stand für „University and Airline Bomber“, weil vor allem Universitätsprofessoren und Manager von Fluggesellschaften Ziele seiner Briefbogen waren). Vgl. Lanier 2010, S. 65.

²⁰ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

²¹ Zit. nach Castells 2005, S. 182. Vgl. Claus Leggewie, Enteignet Bill Gates!? – Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in: Lergewe/Maar 1998, S. 212ff.

²² Vgl. Ute Bernhardt, Filtern, Sperren, Zensieren? – Vom Umgang mit unliebsamen Inhalten im Internet, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 330.

²³ Vgl. Spiros Simitis, Das Netzwerk der Netzwerke: ein Markt jenseits aller Kontrollen?, in Leggewie/Maar 1998, S. 183. Vgl. Lorenz Lorenz-Meyer, Die Zensur als technischer Defekt – der Gilmore Mythos, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 308ff.

²⁴ Scholz 2004, S. 47. Vgl. Claus Leggewie, Enteignet Bill Gates!? – Staatliche Regulierungsversuche im Internet, in Lergewe/Maar 1998, S. 207.

²⁵ Vgl. Ute Bernhardt, Filtern, Sperren, Zensieren? – Vom Umgang mit unliebsamen Inhalten im Internet, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 324f.

²⁶ Jugendmedienschutz-Staatsvertrag JMStV vom 1. April 2003 mit Änderungen bis zum 1. April 2010, zit. nach KJM-Stabstelle

www.kjm-online.de. Vgl. Murad Erdemir, Realisierung der Staatsaufgabe Jugendschutz im Web 2.0, in: Bieber 2009, S. 296ff.

²⁷ Vgl. Scholz 2004; S. 207ff (Allein 1999 wurden 2.245 Straftatsbestände „Kinderpornographie im Netz“ festgestellt.).

²⁸ Vgl. www.fsm.de.

²⁹ <http://www.pcgameshardware.de/aid,816732/ICANN-XXX-Domaenen-kommen-Update/Internet/News/>. Vgl. Karl-Heinz Lauder, Neue Medien brauchen neues Medienrecht – Zur Notwendigkeit einer Anpassung des Rechts an die Interkommunikation, in: Bieber u. a. 2009, S. 45.

³⁰ Schmidt 2009, S. 123f.

³¹ http://www.fsm.de/inhalt.doc/Verhaltenssubkodex_Chat.pdf.

³² Ute Bernhardt, Filtern, Sperren, Zensieren? – Vom Umgang mit unliebsamen Inhalten im Internet, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 331.

³³ Karavas 2007, S. 111.

³⁴ Vgl. Scholz 2004, S. 211.

³⁵ Vgl. Fromm/Kernbach 2001, S. 21.

³⁶ Ute Bernhardt, Filtern, Sperren, Zensieren? – Vom Umgang mit unliebsamen Inhalten im Internet, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 329.

³⁷ Spiros Simitis, Das Netzwerk der Netzwerke: ein Markt jenseits aller Kontrollen?, in Leggewie/Maar 1998, S. 183.

³⁸ Scholz 2004, S. 135.

³⁹ Vgl. Scholz 2004, S. 217.

⁴⁰ Lorenz Lorenz-Meyer, Die Zensur als technischer Defekt – der Gilmore Mythos, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 313.

⁴¹ Vgl. Spiros Simitis, Das Netzwerk der Netzwerke: ein Markt jenseits aller Kontrollen?, in Leggewie/Maar 1998, S. 183.

⁴² <http://www.zugangerschwerungsgesetz.com/>.

⁴³ Vgl. http://www.eco.de/verband/202_8727.html. Vgl. <http://www.internet-law.de/2011/03/funktioniert-loschen-statt-sperren-jetzt-endlich-auch-beim-bka.html>. Vgl. http://www.bmj.de/DE/Home/_doc/kurzmeldungen/20110406_Internetsperren.html;jsessionid=C76_163_6F91148A9997F1180F93584C1A.1_cid102?nn=1356288. Vgl. Stefan Tonik, Schell gelöscht? – Von wegen!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15. August 2010, S. 6.

⁴⁴ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode vom 26. Oktober 2009.

⁴⁵ Mertes 2010, S. 13.

⁴⁶ <http://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Innenpolitikerstreiten-ueber-Loeschen-statt-Sperren-1167328.html>.

⁴⁷ <http://ak-zensur.de/gruende/>.

⁴⁸ Mertes 2010; S. 11.

⁴⁹ Egloff 2002, S. 256.

⁵⁰ Zum ewigen Frieden – Ein philosophischer Entwurf (1795), zit. nach Gellner/von Korff 2001, S. 71.

⁵¹ Alexander Siedschlag, Internationale Sicherheitspolitik im Internet-Zeitalter, in: Siedschlag/Bilgeri 2002, S. 107.

⁵² Baringhorst 2009, S. 616.

⁵³ http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/reprints/2007/RAND_RP223.pdf. http://www.rand.org/pubs/monograph_reports/MR789.html.

⁵⁴ Metje 2005, S. 122.

⁵⁵ Ingo Rumann, Politik im digitalen Zeitalter – Ein Flickentepich, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 44.

⁵⁶ http://www.bitkom.org/de/presse/66442_65010.aspx.

⁵⁷ Eugene H. Spafford, Cumpster Viruses and Ethics (Purdue Technical Report) 1991 (<http://vxheavens.com/lib/aes00.html>). Vgl. Suelette Dreyfus: Underground: Tales of Hacking, Madness and Obsession on the Electronic Frontier, Random House 1997.

⁵⁸ Vgl. Scholz 2004 S. 196ff.

⁵⁹ Vgl. General-Anzeiger, 24.11.2010, S. 9.

⁶⁰ Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktionismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 273.

⁶¹ Vgl. Zehnder 1998, S. 68ff.

⁶² Vgl. Metje 2005, S. 130.

⁶³ Bei einem koordinierten Angriff von einer größeren Anzahl anderer Systeme spricht man von „Distributed Denial of Service“ (DDoS). Eine Rolle spielt hier auch die sogenannte „Anonymous-Bewegung“ als Teil einer Szene, die das Internet als eigenständigen Raum versteht, der von staatlichen Angriffen frei bleiben soll.

(General-Anzeiger 23. Dezember 2010) Sie entstand aus Aktionen gegen die Scientology-Sekte.

⁶⁴ Armin Medosch, Demonstrieren in der virtuellen Republik – Politischer Aktionismus im Internet gegen staatliche Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 296.

⁶⁵ Konrad Lischka, US-Kommission wirft China Datenentführung vor, In: Spiegel-Online, 17. November 2010.

⁶⁶ Hamburger Abendblatt 28. Juli 2010.

⁶⁷ Vgl. Dmitry Polikanov, Ungleichheit und Verwundbarkeit im Netz – die digitale Spaltung der Welt aufhalten, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 106ff.

⁶⁸ Alexander Siedschlag, Internationale Sicherheitspolitik im Internet-Zeitalter, in: Siedschlag/Bilgeri 2002, S. 113.

⁶⁹ Vgl. Mark Maskow, Killer im Netz – Terrorismus und das Internet, in: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch 2002, S. 126. Vgl. Castells 2005, S. 71.

⁷⁰ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26. Dezember 2010. Vgl. Markus Wehner, Stuxnet sei Dank, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Februar 2011, S. 6.

⁷¹ Vgl. <http://www.hagalil.com/archiv/2009/06/15/cyber-angriff/>.

⁷² Vgl. Markus Wehner, Stuxnet sei Dank, in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Februar 2011, S. 6.

⁷³ http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/OED_Verwaltung/Informationsgesellschaft/cyber.pdf?__blob=publicationFile.

⁷⁴ Alexander Siedschlag, Internationale Sicherheitspolitik im Internet-Zeitalter, in: Siedschlag/Bilgeri 2002, S. 107ff.

⁷⁵ „Sigint“ (Signal Intelligence) bezeichnet das direkte Abhören von Sendesignalen, „Humint“ die konventionelle Informationsgewinnung durch Spione (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juli 2010, S. 29).

⁷⁶ www.zakon.org/robert/internet/timeline.

⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. November 2010.

⁷⁸ Vgl. Rieger 2010. Vgl. WELT-Online 9. Dezember 2010 (<http://www.welt.de/politik/ausland/article11495557/Wikileaks-Hackerblockieren-auch-Visa-Website.html>). Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Dezember 2010. Vgl. Spiegel-Online 10. Dezember

2010 (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,733972,00.html>).

⁷⁹ Weis 2011, S. 7.

⁸⁰ Rieger 2010.

⁸¹ <http://www.golem.de/1011/79374.html>.

⁸² Zu den wenigen bekannt gewordenen Informationen gehört zum Beispiel, dass in den ersten fünf Tagen nach der Veröffentlichung des Videos „Collateral Murder“ für Wikileaks 100.000 Dollar gespendet wurden. (Detlef Borchers, Auf der DVD mit den geheimen Dokumenten stand „Lady Gaga“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni 2010, S. 33.)

⁸³ Raffi Khatchadourian, No secrets – Julian Assange’s Mission für total Transparency, in: The New Yorker, 7. Juni 2010 (http://www.newyorker.com/reporting/2010/06/07/100607fa_fact_khatchadourian); vgl. auch Marie Katharina Wagner, Die Wahrheit ist nicht genug, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Februar 2011, S. 3.

⁸⁴ Detlef Borchers, Auf der DVD mit den geheimen Dokumenten stand „Lady Gaga“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni 2010, S. 33.

⁸⁵ Rieger 2010.

⁸⁶ Vgl. Manfred Redelfs, Informationsfreiheitsrechte in Deutschland – der langsame Abschied vom „Amtsgeheimnis“, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 190ff.

⁸⁷ Castells 2005, S. 291.

⁸⁸ in einem Brief an seine Halbschwester Ulrike im Mai 1799 zit. nach Kleist, Heinrich von: Sämtliche Werke und Briefe. Hrsg. von Helmut Sembdner. Zwei Bände, Band 1, München 2001, Seite 967.

⁸⁹ Andreas Roßnagel, Persönlichkeitsentfaltung zwischen Eigenverantwortung, gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Regulierung, in: Bieber 2009, S. 272ff.

⁹⁰ Siedschlag /Rogg /Welzel, 2002, S. 24.

⁹¹ Keen 2008, S. 37.

⁹² Initiative D21 2010, S. 8.

⁹³ Lanier 2010, S. 21.

⁹⁴ Timothy Garton Ash zit. nach Mertes 2010, S. 14.

⁹⁵ Scholz 2004, S. 302.

⁹⁶ <http://www.akademie3000.de/content/konferenzen/iup2.htm>.

⁹⁷ Alexander Roßnagel, Persönlichkeitsentfaltung zwischen Eigen-

verantwortung, gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Regulierung, in: Bieber 2009, S. 272ff.

⁹⁸ Vgl. Scholz 2004, S. 169ff.

⁹⁹ Deutscher Bundestag Enquete 1998, S. 85.

¹⁰⁰ Vgl. Deutscher Bundestag, 17 Wahlperiode, Drucksache 17/950 und 17/5625.

¹⁰¹ Deutscher Bundestag, 17 Wahlperiode, Drucksache 17/950.

¹⁰² Vgl. Johann Bizer, Grundrechte im Netz von der freien Meinungsäußerung bis zum Recht auf Eigentum, in: Schulzki-Haddouti 2009, S. 24.

¹⁰³ Jürgen Rüttgers, Was die Digitalisierung der Welt politisch bedeutet, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010, S. 14.

¹⁰⁴ <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html>.

¹⁰⁵ Reiter 2010, S. 140. Vgl. Jürgen Rüttgers, Was die Digitalisierung der Welt politisch bedeutet, in: Burda/Döpfner/Hombach/Rüttgers 2010. S. 13.

Literaturverzeichnis

- AGOF (Arbeitsgemeinschaft Online Forschung), Berichtsband zur internet facts 2010 – II, September 2010.
- ALBRECHT, Steffen: Reflexionsspiele – Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet, Bielefeld 2010.
- ANDERSON, Chris: The Long Tail – Nischenprodukte statt Massenmarkt, München 2009.
- ARMBORST, Matthias: Kopfjäger im Internet oder publizistische Avantgarde? – Was Journalisten über Weblogs und ihre Macher wissen sollten, Berlin 2006.
- ARD/ZDF-ONLINESTUDIE 2010 (www.ard-zdf-onlinestudie.de).
- ASSMANN, Aleida: Hier bin ich, wo bist Du?, in: Mittelweg 36, 1/2011.
- BARDES, Barbara A. / SHELLY II, Mack C. / SCHMIDT, Steffen W.: American Government and Politics Today – The Essentials 2009 – 2010 Edition, Boston 2010.
- BARINGHORST, Sigrid: Politischer Protest im Netz – Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation, in: Frank Marcinkowski / Barbara Pfetsch (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42 /2009), Wiesbaden 2009.
- BARINGHORST, Sigrid / KNEIP, Veronika: Konsumentenbürger im Netz – Politische Partizipation zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, in: Seubert, Sandra / Niesen, Peter (Hrsg.): Die Grenzen des Privaten, Baden-Baden 2010.
- BARINGHORST, Sigrid / KNEIP, Veronika / NIESYTO, Johanna (Hrsg.): Political Campaigning on the Web, Bielefeld 2009.
- BARINGHORST, Sigrid / KNEIP, Veronika / MÄRZ, Annegret / NIESYTO, Johanna: Unternehmenskritische Kampagnen (Schriftenreihe Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 34), Wiesbaden 2010.
- BATTELLE, John: The Search – How Google and Its Rivals Rewrote the Rules of Business and Transformed Our Culture, New York 2005.
- BAUER, Werner T.: Internet und Demokratie – Mehr Demokratie durch das Netz?, Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP), November 2003.

- BIALOBRZESKI, Arndt / RIED, Jens: Privatheit in der Online-Welt, in: Die Politische Meinung Nr. 497, April 2011.
- BIEBER, Christoph / EIFERT, Martin / GROSS, Thomas / LAMLA, Jörn (Hrsg.): Soziale Netze in der digitalen Welt – Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a. M. 2009.
- BILGERI, Alexander / WOLF, Alexander (Hrsg.): Diplomatie Digital – Neue Kommunikationswege in der internationalen Politik, Op-laden 2004.
- BRACHER, Karl Dietrich: Geschichte und Gewalt, Düsseldorf 1977.
- BRACHER, Karl-Dietrich: Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 1/1968.
- BROWN, David: Cyber-Diktatur – Das Ende der Demokratie im Informationszeitalter, Berlin 1997.
- Bundesministerium des Innern: Verfassungsbericht 2009, Berlin 2010.
- BURDA, Hubert / DÖPFNER, Mathias / HOMBACH, Bodo / RÜTTGERS, Jürgen (Hrsg.): 2020 – Gedanken zur Zukunft des Internets, Essen 2010.
- BUSH, Vannevar: As We May Think, in: „The Atlantic Monthly“ Juli 1945 (teilweise deutsche Übersetzung mit Kommentaren in „FormDiskurs“ Nr. 2/1997 S. 136–147).
- CARR, Nicholas: The amorality of Web 2.0, online unter: www.rougtype.com, 3. Oktober 2005.
- CARR, Nicholas: Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange? – Wie das Internet unser Denken verändert, München 2010.
- CASTELLS, Manuel: Die Internet-Galaxie – Internet, Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin 2005.
- CHARNOCK, Elisabeth: E-Habits, New York 2010.
- DAVIS, Richard: The Web of Politics – The Internets Impact on the American Political System, Oxford 1999.
- DEIBERT, Ronald J. / PALFREY, John G. / ROHOZINSKI, Rafal / ZIT-TRAIN, Jonathan (Hrsg.): Access Controlled – The Shaping of Power, Rights, and Rule in Cyberspace, Cambridge, Mass. 2010.
- DEIBERT, Ronald J. / PALFREY, John G. / ROHOZINSKI, Rafal / ZITTRAIN, Jonathan (Hrsg.): Access Denied – The Practice and Policy of Global Internet Filtering, Cambridge, Mass. 2008.

- DEUTSCHER BUNDESTAG, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (Schlussbericht der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages BT-Drucksache 14/8900), Berlin 2002.
- DEUTSCHER BUNDESTAG, Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft (Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des Deutschen Bundestages, BT-Drucksache 13/11004), Bonn 1998.
- DE MAIZIÈRE, Thomas: Das Internet als politische und gesellschaftliche Herausforderung, in: Die politische Meinung Nr. 492, November 2010.
- EGLOFF, Daniel: Digitale Demokratie: Mythos oder Realität, Wiesbaden 2002.
- EISEL, Stephan: Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie – Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn/Wien/München/Zürich 1986.
- EISEL, Stephan / SCHOLL, Mechthild (Hrsg.): Internet und Politik (Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 164/1998), St. Augustin 1998.
- EMMER, Martin / VOWE, Gerhard: Mobilisierung durch Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger, in: Politische Vierteljahresschrift 2 /2004, S, 191–212.
- EMMER, Martin: Wie hat das Internet die politische Kommunikation der Deutschen verändert? – Befunde aus dem DFG-Projekt „Politische Online-Kommunikation“ 2002–2009, GESIS-Kolloquium Mannheim 29.09.2010 (http://www.tu-ilmenau.de/fileadmin/media/empk/PolKom-Dateien/GESIS_2010.pdf).
- FALTER, Jürgen: Demokratie im Internet, in: Mediendaten Südwest (Vortrag auf der Baden-Badener Sommerakademie) 2001 (<http://mlarchiv.medien Daten.de/fileadmin/Texte/Falter.pdf>).
- FILZMAIER, Peter (Hrsg): Internet und Demokratie – The State of Online Politics, Innsbruck 2001.
- FRAENKEL, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 1990 (2. Auflage).

- FROMM, Rainer / KERNBACH, Barbara: Rechtsextremismus im Internet – Die neue Gefahr, München 2001.
- GELLNER, Winand / VON KORFF, Fritz (Hrsg.): Demokratie und Internet, Baden-Baden 1998.
- GELLNER, Winand / VON KORFF, Fritz (Hrsg.): Forum Medienethik: E-Demokratie = Ende der Demokratie?, München 2001
- GENERATION NETZWERK – Die Jugendstudie von VZnet und iq digital, (<http://static.pe.studivz.net/media/de/dmexco/Generation-Netzwerk2010.pdf>), September 2010.
- GROSSMANN, Lev: Mark Zuckerberg – Person of the Year 2010, in: Time-Magazin, 15. Dezember 2010 (http://www.time.com/time/specials/packages/article/0,28804,2036683_2037183_2037185,00.html).
- GRUNWALD, Armin / BANSE, Gerhard / COENEN, Christopher / HENNEN, Leonhard: Internet und Demokratie– Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten (Arbeitsbericht Nr. 100 des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag), Berlin 2005.
- GRUNWALD, Armin / BANSE, Gerhard / COENEN, Christopher / HENNEN, Leonhard: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie – Tendenzen politischer Kommunikation im Internet (Studien des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag), Berlin 2006.
- GROB, Ronnie: Das Internet fördert die Demokratie – Warum die Menge intelligenter und effizienter als Eliten entscheidet, in: Neue Züricher Zeitung (NZZ), 6. März 2009.
- HÄTTICH, Manfred: Das Konsensproblem in der Demokratie, in: Konflikt und Integration II (Akademiebeiträge zur Lehrerfortbildung Band 2, hrsg. von der Akademie für politische Bildung Tutzing und der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen), München 1978.
- HAGEN, Martin: Elektronische Demokratie – Computernetzwerke und politische Theorie in den USA, Hamburg 1997.
- HARDT, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung, Kaiserslautern 1999.
- HANSSMANN, Anika: Möglichkeiten und Grenzen von Internetwahlen, Oldenburg 2003.
- HEIGL, Andrea / Hacker, Philipp: Politik 2.0 – Demokratie im Netz, Wien 2010.

- HEINZ NIXDORF MUSEUMSFORUM (Hrsg.): Freiheitliche Demokratie in der globalen Informationgesellschaft, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000.
- HILBERT, Martin: Digitalisierung demokratischer Prozesse – Gefahren und Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie in der demokratischen Willensbildung der Informationgesellschaft (Beiträge zur Politischen Wissenschaft Band 144), Berlin 2007
- HOLZNAGEL, Bernd / GRÜN WALD, Andreas / HANSSMANN, Anika (Hrsg.): Elektronische Demokratie – Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis, München 2001.
- INITI@TIVE D21: Digitale Gesellschaft – Die digitale Gesellschaft in Deutschland – Sechs Nutzertypen im Vergleich (<http://www.digitale-gesellschaft.info/>), Dezember 2010.
- JARVIS, Jeff: Was würde Google tun? Wie man von der Erfolgsgeschichte des Internet-Giganten profitiert, München 2009 (2. Auflage).
- JESSEN, Jens: Das Netz trägt, in: Die Zeit, 4.6.2009 (Nr.24).
- JOOS, Klemens / BILGERI, Alexander / LAMATSCH, Dorothea (Hrsg.): Mit Mouse und Tastatur. Wie das Internet die Politik verändert, München 2001.
- JURCZYK, Karin / OECHSLE, Mechthild (Hrsg.): Das Private neu denken – Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen, Münster 2008.
- KALATHIL, Shanthi / BOAS, Taylor C.: Open Networks – Closed Regimes – The Impact of the Internet on Authoritarian Rule, Washington D. C. 2003.
- KALATHIL, Shanti: Dot Com for Dictators, In: Carnegie Foreign Policy Magazine, März/April 2003
- KAMPS, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie?, Opladen/Wiesbaden 1999.
- KAMPS, Klaus: Politisches Kommunikationsmanagement – Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, Wiesbaden 2007.
- KARAVAS, Vagias: Digitale Grundrechte – Elemente einer Verfassung des Informationsflusses im Internet, Baden-Baden 2007.
- KAUFMANN, Sina Kamala: Politik im Web – Zwischen Wahlkampf und Netzpolitik, Bonn 2010.
- KEEN, Andrew: Die Stunde der Stümper – Wie wir im Internet unsere Kultur zerstören, München 2008.

- KELLY, Kevin: We are the Web, in: WIRED-Magazine, Issue 13.08 – August 2005 (www.wired.com).
- KRAUCH, Helmut: Computer-Demokratie – Hilft uns die Technik entscheiden?, München 1972.
- KRENNERICH, Michael: Internet und Politik, in: Dieter Nohlen (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, Bremen 2001, S. 219–223.
- KUHN, Frank: Elektronische Partizipation (Digitale Möglichkeiten – Erklärungsfaktoren – Instrumente), Wiesbaden 2006.
- LANIER, Jaron: You are not a Gadget, New York 2010.
- LEGGEWIE, Claus / MAAR, Christa (Hrsg.): Internet & Politik – Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln 1998.
- MAYER-SCHÖNBERGER, Viktor: Delete – Die Tugend des Vergessens in digitalen Zeiten, Berlin 2010.
- MARTINSEN, Renate / SIMONIS, Georg (Hrsg): Demokratie und Technik – (k)eine Wahlverwandtschaft?, Opladen 2000.
- MECKEL, Miriam / STANOEVSKA-SLABEVA, Katerina (Hrsg.): Web 2.0 – Die nächste Generation Internet, Baden-Baden 2008.
- MEIER-WALSER, Reinhard C. / HARDT, Thilo: Politikwelt Internet – Neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet?, München 2001.
- MERTES, Michael: Menschenrechtsschutz im Cyberspace, in: Die politische Meinung Nr. 492, November 2010, S. 10–14.
- MEISSELBACH, Christoph: Web 2.0 – Demokratie 3.0 – Demokratische Potentiale des Internets, Baden-Baden 2009.
- MEINEL, Christoph / SACK, Harald: www, Berlin/Heidelberg 2004.
- METJE, Christian: Internet und Politik – Die Auswirkungen des Onlinemediums auf die Demokratie, Berlin 2005.
- METZNER-SZIGETH, Andreas: Internet & Gesellschaft – Ein humanes Projekt?, in: sic et non. zeitschrift für philosophie und kultur. im netz, Nr. 8/2007.
- MICHELIS, Daniel / SCHILDHAUER, Thomas (Hrsg.): Social Media Handbuch, Baden-Baden 2010.
- MICHNIEWICZ, Marta: Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit – Die politische Rolle von Blogs in der gegenwärtigen Zeit, Hamburg 2010.
- MOROZOV, Evgeny: How dictators watch us on the web, in: Prospect, 18. November 2009 (<http://www.prospectmagazine.co.uk/2009/11/how-dictators-watch-us-on-the-web>).

- MOROZOV, Evgeny: The Digital Dictatorship, in: The Wall Street Journal, 20. Februar 2010 (http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703983004575073911147404540.html?mod=WSJ_LifeStyle_LeadStoryNA).
- MOROZOV, Evgeny: The Net Delusion – How to Liberate the World, New York/London 2011.
- MOROZOV, Evgeny: The Net Delusion – The Dark Side of Internet Freedom, New York/London 2011.
- MÜLLER, Klaus-Dieter: www.internet-abgeordnete.de – Die digitale Welt und das Rollenverständnis von Abgeordneten, Berlin 2007.
- POPPER, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, München 1977.
- REISCHL, Gerald: Die Google-Falle – Die unkontrollierte Weltmacht im Internet, Wien 2008.
- REITER, Markus: Dumm 3.0 – Wie Twitter, Blogs und Networks unsere Kultur bedrohen, Gütersloh 2010.
- RIEGER, Frank: Das Zeitalter der Geheimnisse ist vorbei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Dezember 2010.
- RILLING, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie (<http://www.rainer-rilling.de/texte/cyberdemokratie.htm>), Marburg 1996.
- ROGG, Arne: Demokratie und Internet – Der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit, Opladen 2003.
- SCHIRRMACHER, Frank: Payback – warum wir im Informationszeitalter gezwungen sind zu tun, was wir nicht wollen, und wie wir die Kontrolle über unser Denken zurückgewinnen, München 2009.
- SCHMIDT, Jan: Das neue Netz – Merkmale, Praktiken und Folgen des web 2.0, Konstanz 2009.
- SCHOLZ, Stefan: Internet-Politik in Deutschland – Vom Mythos der Unregulierbarkeit, Münster 2004.
- SCHULZKI-HADDOUTI, Christiane (Hrsg.): Bürgerrechte im Netz, Bonn 2003.
- SEVENONE MEDIA, Navigator 04 – Mediennutzung 2010, München 2010 (http://appz.sevenonemedia.de/download/publikationen/Navigator_04_Mediennutzung.pdf).
- SIEDSCHLAG, Alexander / BILGERI, Alexander / LAMATSCH, Doro-

- thea (Hrsg.): Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren (Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2001), Opladen 2001.
- SIEDSCHLAG, Alexander / BILGERI, Alexander / LAMATSCH, Dorothea (Hrsg.): Wahlkampf im Netz (Kursbuch Internet und Politik, Band 1/2002), Opladen 2002.
- SIEDSCHLAG, Alexander / BILGERI, Alexander (Hrsg.): Elektronische Demokratie im internationalen Vergleich (Kursbuch Internet und Politik, Band 2/2002), Opladen 2003.
- SIEDSCHLAG, Alexander / BILGERI, Alexander (Hrsg.): Politische Kommunikation im Netz (Kursbuch Internet und Politik, Band 3), Opladen 2004.
- SIEDSCHLAG, Alexander (Hrsg.): Politische Öffentlichkeit (Kursbuch Internet und Politik 2004/2005), Wiesbaden 2005.
- SIEDSCHLAG, Alexander / ROGG, Arne / WELZEL, Carolin: Digitale Demokratie – Willensbildung und Partizipation per Internet, Opladen 2002.
- SIMON WIESENTHAL CENTER, iReport: Online Terror + Hate: the First Decade, Los Angeles 2009 (<http://www.kintera.org/site/apps/s/link.asp?c=fwLYKnN8LzH&b=4145951>).
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2010, Wiesbaden 2010.
- STEGBAUER, Christina: Wikipedia – das Rätsel der Kooperationen, Wiesbaden 2009.
- SUNSTEIN, Cass R.: Republic.com 2.0, Princeton 2007.
- TALON, Jacob L.: Die Geschichte totalitärer Demokratien (2 Bände), Köln/Opladen 1961/1963.
- TURKLE, Sherry: Leben im Netz – Identität in Zeiten des Internet, Hamburg 1998.
- WAGNER, Ralf M.: Demokratie und Internet – Einfluss des neuen Mediums auf die demokratische Staatsform, Mannheim 2003.
- WEIS, Hans-Willi: Lost in Information – Oder: Wenn das Urteilsvermögen leck schlägt, in: Kommune – Forum für Politik, Ökonomie, Kultur 1/2011, S. 6–10.
- WEISS, Ralph / GROEBEL, Jo (Hrsg.): Privatheit im öffentlichen Raum – Medienhandeln zwischen Individualisierung und Entgrenzung, Opladen 2002.
- WELKER, Martin / WÜNSCH, Carsten (Hrsg.): Die Online-Inhalts-

Literaturverzeichnis

analyse – Forschungsprojekt Internet (Neue Schriften zur Online-Forschung), Köln 2010.

WOYKE, Wichard (Hrsg): Internet und Demokratie, Schwalbach/Ts. 1999.

ZEHNDER, Matthias W.: Gefahr aus dem Cyberspace – Das Internet zwischen Freiheit und Zensur, Basel 1998.

Über den Autor

DR. STEPHAN EISEL, geb. 1955 in Landau/Pfalz, Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und Musikwissenschaft in Marburg und Bonn, Promotion 1985. Von 1983 bis 1992 Redenschreiber für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und stellv. Leiter des Kanzlerbüros, 1992–2007 Leiter der Politischen Akademie sowie der Hauptabteilungen Kommunalpolitik, Innen- und Wirtschaftspolitik und Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1. Januar 2010 Projektbeauftragter in der Konrad-Adenauer-Stiftung. U. a. Autor der Bücher „Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie“, „Musik und Politik“ und „Helmut Kohl – Nahaufnahme“.

Herder-Taschenbücher
herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bernhard Vogel (Hrsg.)

Was eint uns?

Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame

Grundlagen

Freiburg 2008

Wilfried Härle / Bernhard Vogel (Hrsg.)

Begründung von Menschenwürde und Menschenrechten

Freiburg 2008

Volker Schumpelick / Bernhard Vogel (Hrsg.)

Medizin zwischen Humanität und Wettbewerb

Probleme, Trends und Perspektiven

Freiburg 2008

Günter Buchstab / Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.)

In Verantwortung vor Gott und den Menschen

Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat

1948/49

Freiburg 2008

Volker Kauder / Ole von Beust (Hrsg.)

Chancen für alle

Die Perspektive der Aufstiegs-gesellschaft

Freiburg 2008

Bernhard Vogel / Matthias Kutsch (Hrsg.)

40 Jahre 1968

Alte und neue Mythen – Eine Streitschrift

Freiburg 2008

Volker Kronenberg / Tilman Mayer (Hrsg.)
Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?
Konzepte, Konkurrenten und Konstellationen
Freiburg 2009

Volker Schumpelick / Bernhard Vogel (Hrsg.)
Volkkrankheiten
Gesundheitliche Herausforderungen in der
Wohlstandsgesellschaft
Freiburg 2009

Hanns Jürgen Küsters
Das Ringen um die deutsche Einheit
Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt
der Entscheidungen 1989/90
Freiburg 2009

Günter Buchstab / Rudolf Uertz (Hrsg.)
Geschichtsbilder in Europa
Freiburg 2009

Dagmar Schipanski / Bernhard Vogel (Hrsg.)
Dreißig Thesen zur deutschen Einheit
Freiburg 2009

Günter Buchstab (Hrsg.)
Die kulturelle Eigenart Europas
Freiburg 2010

Volker Schumpelick / Bernhard Vogel (Hrsg.)
Innovationen in Medizin und Gesundheitswesen
Freiburg 2010